

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

5. Sitzung

Hannover, den 17. April 2013

Inhalt:

b) Strompreise fair gestalten, den Ausbau erner erbarer Energien vorantreiben - Antrag Fraktic Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/99	on 286 286 287 289 290 d
präsident #Parteibuch - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/100	er 292 2, 302 4, 303 5, 301 7, 302
Zur Geschäftsordnung: Jens Nacke (CDU)	304 305
d) IdeenExpo: Eine einzigartige Erfolgsgeschict te fortsetzen - Ministerpräsident Weil muss sic bekennen! - Antrag der Fraktion der CDU Drs. 17/95	h- :h - 306

Almuth von Below-Neufeldt (FDP)309	Stefan Politze (SPD)344
Maaret Westphely (GRÜNE)310	Karin Bertholdes-Sandrock (CDU)347
Stephan Weil, Ministerpräsident311	Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin 348, 349
	Annette Schwarz (CDU)349
Tagesordnungspunkt 4:	Ausschussüberweisung350
Rede des scheidenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Professor Dr. Jörn Ipsen311	Tagesordnungspunkt 9:
Tichtshols, Herri Froiessor Dr. John ipseli	Erste Beratung:
d	Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über
und	
	die Anpassung der Besoldung und der Versor-
Tagesordnungspunkt 5:	gungsbezüge im Jahr 2013 (Niedersächsisches
	Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz
Rede des neuen Präsidenten des Staatsgerichts-	2013 - NBVAnpG 2013) - Gesetzentwurf der Frak-
hofs, Herrn Dr. Herwig van Nieuwland311	tion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-
Professor Dr. Jörn Ipsen312	nen - Drs. 17/75350
Dr. Herwig van Nieuwland315	Frank Henning (SPD)350
	Reinhold Hilbers (CDU)353, 358
Tagesordnungspunkt 6:	Thomas Schremmer (GRÜNE)355
	Jan-Christoph Oetjen (FDP)355
Erste Beratung:	Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister 356, 358
Änderung der Geschäftsordnung des Nieder-	Jörg Bode (FDP)357
sächsischen Landtages - Antrag der Fraktion der	Ausschussüberweisung360
SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -	
Drs. 17/78	Zur Geschäftsordnung:
Filiz Polat (GRÜNE)317, 324, 325	Jens Nacke (CDU)359
Jens Nacke (CDU)318, 322, 324	Grant Hendrik Tonne (SPD)359
Grant Hendrik Tonne (SPD)320, 323	Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister359
	Helge Limburg (GRÜNE)359
Christian Grascha (FDP)	g =g (e. 1611=)
Ausschussüberweisung325	Tagesordnungspunkt 10:
T	ragesoranangspankt 10.
Tagesordnungspunkt 7:	Frete Peretung
	Erste Beratung:
Erste Beratung:	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Nie-
Ohne Steuererhöhungen runter vom Schulden-	dersächsischen Ausführungsgesetzes zum Was-
berg - Für einen sparsamen, nachhaltigen sowie	serverbandsgesetz (AGWVG) - Gesetzentwurf der
generationen- und leistungsgerechten Staat -	Fraktion der CDU - Drs. 17/70
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/81326	Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU)
Christian Grascha (FDP)326	360, 363
Markus Brinkmann (SPD)328	Sigrid Rakow (SPD)362, 364
Sebastian Lechner (CDU)330	Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)364
Gerald Heere (GRÜNE)332	Dr. Gero Hocker (FDP)365
Reinhold Hilbers (CDU)332, 336	Ausschussüberweisung366
Jens Nacke (CDU)334	
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister334	Tagesordnungspunkt 11:
Renate Geuter (SPD)337	
Ausschussüberweisung337	Abschließende Beratung:
	Rechnung über den Haushalt des Niedersäch-
Tagesordnungspunkt 8:	sischen Landesrechnungshofs (Epl. 14) für das
ragoodianangopanik o.	Haushaltsjahr 2011 - Antrag des Landesrechnungs-
Erata Paratuna:	hofs - Drs. 16/5578 - Beschlussempfehlung des Aus-
Erste Beratung:	schusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/84 366
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schul-	Beschluss
rechtlicher Vorschriften - Gesetzentwurf der Frak-	(Direkt überwiesen am 05.03.2013)
tion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-	(= : : : : : : : : : : : : : : : : : : :
nen - Drs. 17/76	Nächste Sitzung366
Claus Peter Poppe (SPD)	1440119to Ottzurig
Björn Försterling (FDP)	
Ina Korter (GRÜNE)339, 344, 348	
Kai Seefried (CDU)341, 344	

Vom Präsidium:

Präsident

Vizepräsidentin

Vizepräsidentin

Vizepräsident

Vizepräsident

Vizepräsident

Vizepräsident

Vizepräsident

Vizepräsident

Vizepräsident

Karl-Heinz Klare (CDU)

Markus Brinkmann (SPD)

Cabrifficher (CDU)

Schriftführerin Gabriela Kohlenberg (CDU)

Schriftführer Klaus Krumfuß (CDU)

Schriftführer Clemens Lammerskitten (CDU)

Schriftführer Belit O n a y (GRÜNE)
Schriftführerin Sigrid R a k o w (SPD)
Schriftführerin Sabine T i p p e l t (SPD)
Schriftführerin Elke T w e s t e n (GRÜNE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident

Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport Staatssekretär Stephan Manke, Boris Pistorius (SPD) Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister Staatssekretär Frank Doods,

Peter-Jürgen S c h n e i d e r (SPD) Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit

und Integration

Cornelia Rundt (SPD)

Kultusministerin Staatssekretär Peter Bräth,

Frauke Heiligenstadt (SPD) Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Staatssekretärin Daniela Behrens,

Olaf Lies (SPD) Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-

cherschutz

Christian Meyer (GRÜNE)

Justizministerin Staatssekretär Wolfgang Sicheibel,

Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE) Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur Staatssekretärin Andrea Hoops,
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE) Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Staatssekretärin Almut K o t t w i t z ,

Stefan W e n z e I (GRÜNE) Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums und eröffne die 5. Sitzung im 3. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1: Mitteilungen des Präsidenten

Ich darf Sie zunächst bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Am 13. März 2013 verstarb der ehemalige Abgeordnete Helmut Simson im Alter von 96 Jahren. Helmut Simson gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1967 bis 1974 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Jugend und Sport, im Ausschuss für Häfen und Schifffahrt und im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen. In der 7. Wahlperiode war er Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Sport. Helmut Simson wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Am 9. April 2013 verstarb der ehemalige Abgeordnete Reinhold Schultert im Alter von 93 Jahren. Reinhold Schultert gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1967 bis 1982 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und im Unterausschuss "Fremdenverkehr". Von 1978 bis 1982 wirkte er darüber hinaus als Schriftführer im Präsidium dieses Hauses mit. Reinhold Schultert wurde mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Am 16. April verstarb der ehemalige Abgeordnete und Finanzminister a. D. Helmut Kasimier im Alter von 86 Jahren. Helmut Kasimier gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1963 bis 1986 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für innere Verwaltung, im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, im Wahlprüfungsausschuss, im Geschäftsordnungsausschuss und im Ältestenrat. Von 1967 bis 1974 war Helmut Kasimier Vorsitzender der Fraktion der SPD, und von 1978 bis 1986 war er stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der SPD. Von

Juli 1974 bis Januar 1976 hatte er das Amt des Finanzministers in Niedersachsen inne.

Wir werden die Kollegen in guter Erinnerung behalten und widmen ihnen ein stilles Gedenken. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich denke, Sie sind mit mir einig, dass wir fast vollzählig besetzt sind, sodass ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen darf.

Zur Tagesordnung: Die Einladung, die Tagesordnung und der Nachtrag zur Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen vor. Außerdem haben Sie eine Übersicht erhalten, aus der Sie ersehen können, wie die Fraktionen die ihnen zustehenden Zeitkontingente verteilt haben. - Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten fest. Die heutige Sitzung soll demnach gegen 18:35 Uhr enden.

In der unteren Wandelhalle ist zurzeit die Ausstellung "Blinde Menschen im Spiegel der Kunst" zu sehen, die der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V. konzipiert hat. Gestern haben wir - einige von Ihnen waren dabei - diese Ausstellung eröffnet. Der Veranstalter freut sich sicherlich über Ihr Interesse.

Für die Initiative "Schulen in Niedersachsen online" werden in den kommenden Tagen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums der CJD Christophorusschule aus Elze mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft dafür hat der Kollege Markus Brinkmann übernommen. Dafür danken wir ihm.

(Beifall)

Sendungen, die das "Modellprojekt Landtagsfernsehen" der Multi-Media Berufsbildende Schule erstellt, stehen im Internet auf der Homepage der Schule - www.mmbbs.de - zum Abruf bereit und sollen auch über den Regionalsender LeineHertz 106einhalb gesendet werden.

Entschuldigungen liegen für den heutigen Sitzungstag nicht vor, sodass ich die Schriftführer nicht bemühen muss. Das verschafft mir Gelegenheit zu einer Gratulation, auch wenn wir einen Tag zu spät sind.

Gestern hatte unsere Ministerin für Soziales und anderes mehr Geburtstag. Verehrte Frau Rundt, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Bevor wir in die weitere Tagesordnung eintreten, habe ich eingedenk der Abläufe der Sitzungen im Februar und im März gemeinsam mit allen Präsidiumsmitgliedern eine Bitte.

Wir wären sehr dankbar, wenn Sie eine gewisse Disziplin walten ließen. Wenn ich mich richtig erinnere, ist es jetzt zweimal ohne Ordnungsrufe abgegangen. Ich denke, Sie alle haben ein Interesse daran, dass das auch heute und morgen so bleibt. Es wird spannende Beiträge von allen Seiten geben, denen zuzuhören - da sind wir sicher - sich lohnt.

Ich wäre auch dankbar, wenn man etwas Disziplin walten ließe, was das Sich-Bewegen innerhalb des Plenarsaals anbelangt, weil sich auch dies manchmal störend auswirken kann. Ich weise auch noch einmal darauf hin, dass die Plätze der Abgeordneten die Plätze der Abgeordneten sind - nicht, dass dort einmal jemand versehentlich Platz nimmt und wir es, falls wir zählen müssen, mit Irritationen zu tun haben.

Ich darf, an die Besuchertribüne gerichtet, sagen: Beifallskundgebungen und Missfallenskundgebungen sind das Privileg der Legislative, sind also von der Tribüne nicht erlaubt.

Ich darf auch die Regierungsbank rechts und links darauf hinweisen, dass man auch dort eine gewisse Disziplin einzuhalten hat und dass auch von dort Beifallsbekundungen und derlei Dinge traditionell nicht erlaubt sind. Aber ich denke, das hat sich mittlerweile herumgesprochen.

In diesem Sinne wünsche ich uns einen guten Verlauf dieser Sitzungstage.

Ich rufe nun auf

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung mit dem Titel "Auf dem Weg zu einer rationalen Endlagersuche - Castor- und Erkundungsstopp für Gorleben" - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 17/83

Mit Schreiben vom 10. April 2013 hat die Staatskanzlei darauf hingewiesen hat, dass unser Ministerpräsident eine Regierungserklärung unter dem oben genannten Titel abgeben möchte.

Ich darf jetzt Herrn Ministerpräsidenten Weil bitten, die angekündigte Regierungserklärung abzugeben, und erteile ihm das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Endlagerung von hoch radioaktivem Abfall hält uns in Niedersachsen jetzt seit mehr als 35 Jahren in Atem. So lange schon tobt die Auseinandersetzung um Gorleben. Wie oft allein der Niedersächsische Landtag diese Frage debattiert hat, lässt sich nur erahnen. Und auch nach den Beratungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages gibt es bis heute noch nicht einmal eine zweifelsfreie Klärung, warum und mit welcher Begründung 1977 eine Entscheidung für Gorleben gefallen ist.

Seit damals, seit 1977, haben der Streit und die Auseinandersetzung niemals aufgehört: Jeder neue Castortransport war eine enorme Belastung für Niedersachsen. 113 Großbehälter sind es seitdem geworden, und jeder einzelne ist von den Wendländern - wie ich finde - verständlicherweise als eine vorgezogene Endlagerentscheidung verstanden worden.

Damit nicht genug. Ich glaube, wir alle stimmen darin überein: Die Einlagerung von Atommüll in den alten Asse-Salzstock ist ein einziges Desaster.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Geologen haben damals einen Wassereinbruch für immer für unmöglich erklärt, und die Geologie hat sie schon wenige Jahre später widerlegt. Heute wissen wir noch nicht einmal sicher, ob wir diese Fässer mit Atommüll jemals sicher bergen können. Und so ist die Asse - das empfinde ich so - heute ein Menetekel, das gewissermaßen über unserer gesamten Endlagerdiskussion schwebt.

Nehmen wir dann noch Schacht Konrad hinzu, so können wir feststellen: Niedersachsen ist seit Jahrzehnten das Opfer einer fehlgeschlagenen Endlagerpolitik, Niedersachsen hat deswegen das Recht, einen Neuanfang in der Endlagerpolitik zu fordern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt nun endlich die begründete Aussicht auf diesen Neuanfang. Am Dienstag der vergangenen Woche, am 9. April, haben die Bundesregierung, alle 16 Bundesländer und die Bundestagsfraktionen mit Ausnahme der Linken einen Konsens erzielt. Grundlage dieser Einigung ist ein gemeinsamer Vorschlag, den Bundesumweltminister Altmaier, Umweltminister Stefan Wenzel und ich zuvor gemeinsam erarbeitet haben. Der Konsens in Berlin ist deswegen - das lässt sich ohne Übertreibung sagen - ein herausragender Erfolg der niedersächsischen Landespolitik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was ist der Kern dieser Übereinkunft? - Kurz gesagt: Zum ersten Mal soll die Suche nach einem sicheren Endlager gründlich, ergebnisoffen und nachvollziehbar erfolgen. Dafür werden die Weichen am Anfang gestellt. Der Gesetzgeber wird darauf verzichten, Entscheidungen zu treffen, ohne zuvor eine breite gesellschaftliche Diskussion möglich zu machen. Diese Entscheidungen werden auch nicht - wie zunächst vorgesehen - einer Regulierungsbehörde und ihrem Verwaltungsverfahren überantwortet. - So war es nach dem Entwurf vorgesehen, den wir vorgefunden haben. - Stattdessen wird nun eine in dieser Form einmalige Bund-Länder-Kommission eingerichtet, die sich pluralistisch zusammensetzt - von der Wirtschaft bis zu den Umweltverbänden - und die öffentlich tagt. Diese Kommission soll Fragen beantworten, die für die weitere Endlagersuche entscheidend sind: Welche Gesteinsarten sind für die Endlagerung geeignet? Welche Voraussetzungen für welche Gesteinsart müssen vor Ort gegeben sein? Muss die Rückholbarkeit gegeben sein oder nicht? Sprechen wir dann eigentlich noch von einer "Endlagerung"? Und viele andere Grundsatzfragen einer sicheren Lagerung mehr sind zu beantworten.

Es handelt sich um schwierige wissenschaftliche und technische Fragestellungen, aber - so empfinde ich das - auch um zutiefst moralisch-ethische Probleme. Ich will nur ein Beispiel erwähnen: Herr Kollege McAllister hat vor einigen Monaten richtigerweise darauf aufmerksam gemacht, dass nach den niedersächsischen Erfahrungen in der Asse der Atommüll rückholbar sein müsse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte einen weiteren Gesichtspunkt hinzufügen: Wer sagt uns eigentlich, dass es in 50, 100, 150 oder 200 Jahren nicht möglich sein wird, hoch radioaktiven Abfall wesentlich sicherer zu lagern oder weniger schädlich zu machen? Und haben wir heute das Recht, künftigen Generationen eine entsprechende Chance zu nehmen? - Ich finde,

schon diese Fragen geben uns ein Gefühl dafür, wie groß unsere Verantwortung ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Bund-Länder-Kommission wird eine entscheidende Rolle für das weitere Verfahren spielen. Nach ihrem Bericht wird das Gesetz zu überarbeiten und zu ergänzen sein, damit überhaupt geregelt ist, wonach gesucht wird.

In der öffentlichen Diskussion ist gelegentlich die Befürchtung geäußert worden, es werde sich doch bloß um unverbindliche Empfehlungen handeln. Richtig, kein Gesetzgeber kann zur Übernahme von Kommissionsempfehlungen gezwungen werden. Aber ich bin überzeugt, dass diese Empfehlungen eine sehr hohe Bindungswirkung erzielen werden. Ein pluralistisches Gremium von wichtigen gesellschaftlichen Akteuren, das nach gründlicher Debatte mit Zweidrittelmehrheit Empfehlungen abgibt, wird die Politik anschließend nicht einfach ignorieren können. Das wäre in der Tat das Ende des Konsenses.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es hat nach der Einigung von Berlin viele Stimmen gegeben, die genau diese gesellschaftliche Öffnung der Entscheidungsfindung positiv hervorgehoben haben. Lassen Sie mich eines hinzufügen: Ausgehend von Forderungen und Vorschlägen der Umweltverbände, war genau dies die Forderung aus Niedersachsen. Wir haben damit das Gesetz deutlich besser gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den $\mathsf{GR\ddot{U}NEN})$

Was heißt das für Niedersachsen? Und vor allem: Was heißt das für Gorleben? - Im Anschluss an das soeben Gesagte lautet die Antwort: Das wird sehr stark von den Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission und den sich anschließenden Schlussfolgrungen des Gesetzgebers abhängen. Ist Salz nach der Asse noch ein geeignetes Wirtsgestein? Bedarf es jedenfalls eines intakten Deckgebirges? Muss der Abfall rückholbar sein? - Alle diese Fragen werden wir erst im Lichte des Kommissionsberichtes entscheiden, und deswegen verhält sich das Standortauswahlgesetz, bezogen auf Gorleben, bis dahin neutral.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist bekanntlich und unverändert der Auffassung, dass Gorleben aufgrund geologischer Bedenken und Zweifel als Endlagerstandort nicht geeignet ist.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Daran halten wir auch fest, und wir sind zuversichtlich, dass diese Argumente in den Beratungen der Kommission Gehör finden werden. Ich bin sicher, der Kommissionsbericht wird gerade in Niedersachsen mit ganz besonderer Spannung erwartet werden.

So sehr ich verstehen kann, wenn sich viele - ich selbst übrigens auch - einen kompletten Ausschluss Gorlebens schon zum jetzigen Zeitpunkt gewünscht hätten, lassen Sie mich doch eines in aller Klarheit feststellen: Der Erfolg mag nicht perfekt sein. Es ist der Beginn eines richtigen Weges in die richtige Richtung. Aber die Einigung von Berlin ist der mit Abstand größte Erfolg, den das Wendland und alle seine Freunde in 35 Jahren erzielt haben. Das darf man ruhig auch laut und deutlich sagen, meine Damen und Herren.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den rationalen und ergebnisoffenen Neustart bei der Suche nach einem Endlagerstandort hinaus gibt es weitere gute Nachrichten für das Wendland und für Niedersachsen insgesamt.

Erstens: Der Gesetzentwurf legt einen Erkundungsstopp gesetzlich fest.

Zweitens: Die Einrichtung eines Salzlabors in Gorleben wird ausgeschlossen.

Drittens - und vor allem, meine sehr verehrten Damen und Herren -: Es wird keine weiteren Castortransporte nach Gorleben geben.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer hätte von Ihnen auch nur einen Cent darauf gewettet,

(Ulf Thiele [CDU]: Dass Sie so eine Rede halten!)

dass es gelingt, diese Forderung durchzusetzen? - Wohl niemand. Minister Wenzel und mir ist es gelungen, bei allen Gesprächspartnern eines klar zu machen: In Sachen Endlager kann man in Niedersachsen nach 35 Jahren keinen Vertrauensvor-

schuss erwarten. Dieses Vertrauen werden wir uns mühsam erarbeiten müssen.

(Björn Thümler [CDU]: Wohl wahr!)

Jeder weitere Castortransport nach Gorleben wäre Gift für diese Vertrauensbildung, und ich bin froh, dass man sich dieser Einsicht angeschlossen hat.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gibt zwar einen Konsens darüber, dass Gorleben nicht mehr das Ziel von Castortransporten sein wird. Es gibt aber noch keine Klarheit darüber, wo sie denn stattdessen hinkommen. Es ist die Pflicht des Bundesumweltministers, auf diese Frage eine plausible Antwort bis zum abschließenden Gesetzesbeschluss zu liefern. Und das ist auch ein Lackmustest für die Bereitschaft der anderen Bundesländer, eine gemeinsame Last gemeinsam zu tragen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das stimmt!)

Ich freue mich sehr über konstruktive Signale aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg; herzlichen Dank dafür aus Niedersachsen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hoffe, andere Bundesländer, z. B. solche, in denen CDU und FDP die Verantwortung tragen, folgen diesem Beispiel. Niedersachsen muss jedenfalls seine abschließende Zustimmung von einer Klärung abhängig machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist aber auch in weiteren Punkten erfolgreich gewesen. Das will ich Ihnen selbstverständlich nicht vorenthalten.

Erstens war vorgesehen, die vorhandenen Zuständigkeiten der Länder während des Suchverfahrens abzugeben, insbesondere im Wasser- und im Bergrecht. Das, meine Damen und Herren, haben wir wegverhandelt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erst nach einer abschließenden Entscheidung über den Standort des Endlagers werden die Zuständigkeiten konzentriert.

Es war zweitens vorgesehen, dass während des gesamten, jahrzehntelangen Verfahrens keine

Rechtsschutzmöglichkeit für Bürger und Verbände gegeben sein sollte - wie ich finde, unmöglich. Ich bin froh, feststellen zu können: Auch das haben wir wegverhandelt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vor der untertägigen Erkundung muss Rechtsschutz möglich sein.

Drittens war - kaum verhohlen mit Blick auf Gorleben - die Möglichkeit vorgesehen, Grundstückseigentümer gewissermaßen auf Vorrat zu enteignen. Auch das haben wir wegverhandelt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zieht man unter all das einen Strich, dann lässt sich, bei aller gebotenen Bescheidenheit, eines feststellen: Die Landesregierung ist bei der Vertretung unserer niedersächsischen Interessen außerordentlich erfolgreich gewesen. Es ist uns gelungen, die Symmetrie eines bereits weitgehend abgestimmten Entwurfes zu korrigieren. Es ist uns in einer Reihe von Einzelfragen gelungen, Fortschritte für Niedersachsen zu erzielen.

Das ist gelungen - wie Sie wissen, durchaus auch gegen Widerstände im eigenen politischen Lager, soweit es die Bundesebene betrifft. Für diese Landesregierung gilt ein Grundsatz klipp und klar: Erst kommt das Land, dann die Partei. Diesen Beweis haben wir angetreten.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Und was ist mit Frau Fischer aus Osnabrück? Erst das Land, dann die Partei! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte gedacht, mindestens bei diesem Grundsatz hätten wir Einvernehmen. Denken Sie einfach noch mal drüber nach!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Reden Sie mal mit Ihrem Innenminister!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, manche Politikerinnen und Politiker haben gemeint, der Konsens über die unendlich schwere Suche nach einem sicheren Endlager und das Verfahren dazu seien "historisch". Ich zögere bei einem solchen Wort. Mir liegt ein anderes Bild näher: Nach 35 Jahren des Stillstands haben wir endlich, endlich einen großen, einen guten Schritt vorwärts gemacht. Das Ziel ist noch weit entfernt, ehrlich gesagt, jahrzehnteweit: die Inbetriebnahme eines sicheren Endlagers für Atommüll. Dessen müssen wir uns bewusst sein, genauso wie unserer Verantwortung. Die intelligente Form des Homo sapiens - also wir, mehr oder weniger - - -

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Mehr oder weniger!)

- Ich freue mich, dass es mir zumindest in diesem Punkt gelungen ist, Zustimmung von allen Seiten des Hauses herbeizuführen.

(Thomas Adasch [CDU]: Ist ja auch eine Lachnummer! - Jens Nacke [CDU]: Das ist doch kein Karnevalsverein! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Eine Lachnummer? Hören Sie den Satz zu Ende, Herr Adasch!

Die intelligente Form des Homo sapiens ist 35 000 Jahre alt; Atommüll strahlt mehr als 1 Million Jahre. Ich glaube, nichts verdeutlicht mehr das unsägliche Erbe, das uns die Atomwirtschaft hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir uns der Aufgabe der Endlagersuche - dieses Wort verwende ich jetzt ganz bewusst - mit Demut nähern. Deswegen müssen wir einen breiten und belastbaren Konsens suchen. Deswegen müssen wir uns stets unserer ganz besonderen Verantwortung in dieser Frage bewusst sein.

Die Einigung von Berlin bringt uns dabei einen Schritt weiter - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Lassen wir dieser Einigung weitere Schritte folgen, im Konsens - möglichst auch hier im Landtag - und in aller Bescheidenheit.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst feststellen, dass die Regierungserklärung exakt 20:11 Minuten gedauert hat. Wir hatten im Ältestenrat, wie üblich, die Redezeiten festgelegt. Dort war gesagt worden: 25 Minuten für die Regierungserklärung, jeweils 25 Minuten für die Replik der größeren Fraktionen und jeweils 12,5 Minuten Redezeit für die sogenannten kleineren Fraktionen.

Ich darf jetzt dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Thümler, das Wort erteilen.

(Zustimmung bei der CDU)

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Grund für die heutige Regierungserklärung ist die in der vergangenen Woche in Berlin erzielte Einigung beim Standortauswahlgesetz. Als CDU-Landtagsfraktion anerkennen wir den erzielten Handlungsfortschritt. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass das, was Sie eben vorgetragen haben, Herr Ministerpräsident, über bloßes Zeitungswissen nicht hinausgegangen ist.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Ihr Vortrag enthielt nichts Neues, und auf die zentralen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang zwingend stellen, haben wir keinerlei Antworten gehört. Mit Allgemeinplätzen lässt sich vieles abfeiern. Es lohnt sich jedoch, der Sache einmal genauer auf den Grund zu gehen, zumal die Beteiligten nach der Anfangseuphorie inzwischen in der atomrechtlichen Wirklichkeit angekommen sind.

Deshalb ist Ludger Fertmann zuzustimmen, der im *Hamburger Abendblatt* am 9. April schrieb:

"Das neue Endlagersuchgesetz ist noch nicht der große Durchbruch, der Prozess wird in quälend langsamen Schritten erfolgen und die Nerven aller Beteiligten strapazieren."

Aber der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Deshalb wäre es besser gewesen, wenn Sie, Herr Weil, sich und Ihren Umweltminister und sein Verhandlungsgeschick heute hier nicht so überschwänglich gelobt hätten.

Fakt ist ebenso: Einen Kompromiss, wie er letzte Woche gefunden wurde, hätten wir im Grundsatz schon vor vielen Monaten haben können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es war Ministerpräsident David McAllister, der die Tür für einen Endlagerkonsens überhaupt erst aufgestoßen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Er hat vor anderthalb Jahren in Winfried Kretschmann einen wichtigen Verbündeten in dieser Sache gefunden.

(Johanne Modder [SPD]: Der hat die Tür aufgestoßen!)

Er, David McAllister, hat Peter Altmaier von einem Erkundungsstopp in Gorleben überzeugt. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, und das muss auch so gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Weil, ich muss Ihnen noch etwas ins Stammbuch schreiben. Das Verhalten, das Sie in dieser Frage bis zum 20. Januar 2013 an den Tag gelegt haben, ist in hohem Maße irrational. Das sage ich auch im Hinblick auf den von Ihnen selbst gewählten Titel Ihrer Regierungserklärung mit dem Postulat einer "rationalen Endlagersuche". Sie wussten: Bei einem Neuanfang der Endlagersuche von einer "weißen Karte" in Deutschland zu sprechen und gleichzeitig sofort einen Ort auf dieser Karte streichen zu wollen - das geht nicht. Das haben auch Herr Gabriel und Herr Trittin immer gesagt und daraus nie einen Hehl gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihre Haltung zu Gorleben war nicht nur irrational, nein, Sie waren in dieser Frage auch unehrlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gleichwohl haben Sie als SPD-Spitzenkandidat die irrationale Position bezogen. Jeder kann das nachlesen. Ich erinnere an Ihre Interviews in der *FAZ* vom 10. September 2012. Mit exakt dieser Position sind Sie in den Wahlkampf gezogen. Mit dieser Haltung haben Sie sich am 20. Januar dem Wählervotum gestellt. Diese Haltung haben Sie auch noch in einem Gastkommentar in der *Bild am Sonntag* am 10. Februar 2013 bekräftigt.

Ihr zentrales Wahlversprechen hielt dagegen gerade einmal sechs Wochen. Das ist bemerkenswert kurz, meine Damen und Herren. Darüber sollten Sie einmal nachdenken!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb ist es kein Wunder, wenn die *Neue Presse* in der Ausgabe vom 25. März Ihnen sehr kritisch vorhält - ich zitiere -: Klar ist: Die Gorleben-Frage ist Weils erste große Niederlage als Ministerpräsident. Das Versprechen, den Salzstock im Wendland aus dem Verfahren zu streichen, konnte der SPD-Politiker nicht einhalten.

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Was haben Sie denn in zehn Jahren geschafft?)

Die Neue Zürcher Zeitung fasste den letzte Woche gefundenen Kompromiss unter der Überschrift "Gorleben lebt" zusammen. - Meine Damen und Herren, wir haben Ihre Wahlversprechen nie geglaubt. Inzwischen glauben Ihnen aber auch die Bürgerinitiativen im Wendland kein Wort mehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Filiz Polat [GRÜNE]: Laufzeitverlängerung!)

So sehr wir hoffen, dass Bundestag und Bundesrat im Juli dieses Jahres tatsächlich mit breiter Mehrheit ein Standortauswahlgesetz samt Protokollnotiz beschließen, bleibt eine Reihe von offenen Fragen. Ist es wirklich schon ausgemachte Sache, dass keine weiteren Castoren nach Gorleben rollen? Fakt ist doch: Die Energieversorger haben einen Rechtsanspruch auf diese Transporte nach Gorleben. Im Übrigen ist Gorleben das einzige in Deutschland planfestgestellte Zwischenlager dieser Art für diese radioaktiven Stoffe.

(Anja Piel [GRÜNE]: Sie wollen Gorleben weiter?)

- Zuhören!

(Lachen bei der CDU)

Gegenwärtig liegen keine Genehmigungen für Castoren aus der Wiederaufbereitung von Großbritannien und Frankreich für die Standortzwischenlager an den Kernkraftwerken vor. Man braucht aber neue Genehmigungsverfahren für die Einlagerung von verglasten Abfällen in den Zwischenlagern. Bearbeitungsdauer: drei Jahre, meine Damen und Herren.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Da ist nicht viel Platz!)

Denn diese sind bisher nur für die Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen für maximal 40 Jahre genehmigt - für die Brennelemente, die in diesem Kraftwerk zum Einsatz gekommen sind, meine Damen und Herren, und nicht für

Brennelemente aus der Wiederaufarbeitung aus Sellafield oder La Hague. Das ist die Wahrheit. Das verschweigen Sie den Leuten. Das ist Ihre Unehrlichkeit, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Frage ist: Wie wollen sie die Betreiber dazu bringen, Genehmigungsanträge zu stellen? Sie müssen die Energieversorger in dieser Frage doch mit ins Boot holen!

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie ebenso fragen: Respektieren Sie die völkerrechtlichen Verträge, die in die Amtszeit von Bundesumweltminister Trittin fallen und die Rückführung aus der Wiederaufbereitung vorsehen?

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Was wollen Sie eigentlich wirklich?)

Sie können in dieser Frage nicht einfach auf Berlin verweisen. Großbritannien und Frankreich würden einen Bruch der geltenden Vereinbarungen nicht ohne Weiteres hinnehmen. Es drohen unter Umständen sogar Schadensersatzforderungen, wenn es, bedingt durch eine innenpolitische Debatte, zu eklatanten Verzögerungen in der Rückführung kommt.

Meine Damen und Herren, es ist unser Müll, der dort lagert. Das wissen Sie ganz genau, so wie auch wir es wissen. Es bereitet auch uns keine Freude, genau diesen Tatsachen ins Auge zu schauen. Aber man kann sie nicht einfach ausblenden, weil man sie nicht zur Kenntnis nehmen will.

(FDP - Johanne Modder [SPD]: Das macht doch keiner!)

Das macht nämlich die Unehrlichkeit noch schlimmer, als sie ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch mit der neuen Genehmigung für Zwischenlager ist es noch nicht getan. Was machen Sie beispielsweise bei defekten Castorbehältern? In Gorleben steht dafür eine Pilotkonditionierungsanlage - in Klammern: die einzige - zur Verfügung. Wäre es aus Ihrer Sicht verantwortbar, für den Fall der Fälle defekte Castortransporter beispielsweise von Philippsburg quer durchs Land nach Gorleben zu transportieren?

Zudem möchte ich von der Landesregierung wissen: Soll die Genehmigung der Castortransporte zukünftig ohne Öffentlichkeitsarbeit erfolgen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Die waren noch nie kaputt!)

- Ich höre gerade den Zwischenruf: Die waren noch nie kaputt. - Nein, die waren noch nie kaputt. Aber, meine Damen und Herren, Castortransportbehälter - das wissen Sie - haben eine Gasschutzhülle. Es kann schon einmal vorkommen, dass aus dieser Gasschutzhülle Gas entweicht. Dann müssen diese Castorbehälter überprüft und umgelagert werden. Das geht - das wissen Sie genau - nur in einer dafür genehmigten Pilotkonditionierungsanlage. Derer gibt es nur eine in Deutschland. - Auch das ist die Wahrheit. Das wissen Sie genau, meine Damen und Herren. Das blenden Sie aus. Das ist Fahrlässigkeit.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Stopp der Erkundung in der Amtszeit Jürgen Trittins mussten seinerzeit Standortzwischenlager errichtet werden. Hiergegen gab es schon damals erhebliche Vorbehalte von Kommunalpolitikern und der Bevölkerung vor Ort. Auf diese Vorbehalte wird auch die Verbringung von Castoren an andere Standorte in Deutschland stoßen. Die Politik steht vor der Herkulesaufgabe, die möglichen Standortkommunen davon zu überzeugen, dass die Castoren aus Großbritannien und Frankreich hier nicht auf unbestimmte Zeit, bis zum Sankt-Nimmerleinstag, lagern. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt: Wie überwindet man den Widerstand, mit dem man an den infrage kommenden Zwischenlagerstandorten Brunsbüttel und Philippsburg zu rechnen hat? Und: Welchen Beitrag leistet die Niedersächsische Landesregierung dabei?

Der grüne Umweltminister in Kiel hatte Anfang letzter Woche ein großzügiges Angebot unterbreitet, alle Castoren sollten nach Brunsbüttel. Inzwischen ist die schleswig-holsteinische Landesregierung in dieser Frage deutlich zurückhaltender und stellt gegenüber dem Bund Bedingungen, die von sachfremden Erwägungen geleitet werden.

Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident, eines ganz deutlich: Sie können sich nicht einfach auf die Zuschauertribüne zurückziehen und den Bundesumweltminister in dieser Frage allein auf dem Platz stehen lassen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Was ist eigentlich mit Ihren schwarz-gelben Ländern?)

Ihre bisherige Amtsführung nach dem Prinzip "liegenlassen, später machen" funktioniert in dieser Frage nicht. Ach nein, sorry, ich meine natürlich Ihre Erledigungsblockade, meine Damen und Herren. Im Gegenteil! Unser Land Niedersachsen würde Schaden nehmen, wenn Sie hier nicht kraftvoll vorangehen und auch an der Seite von Peter Altmaier weiter kämpfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Gegner eines möglichen Kompromisses in Kiel haben sich inzwischen lautstark artikuliert - ich zitiere -:

"Es kommt in keiner Weise in Betracht, dass Schleswig-Holstein das alleine macht."

Das ist die kraftvoll vorgetragene Aussage vom SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner. Mit Blick auf die ablehnende Haltung von Herrn Stegner, Herr Weil, wäre es sinnvoll, von Landesvorsitzendem zu Landesvorsitzendem ein vertrauliches Gespräch zu führen und auch Herrn Stegner davon zu überzeugen, dass er seine Haltung aufgeben muss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Es gibt viele offene Fragen, denen Sie sich ernsthaft stellen müssen. Aus niedersächsischer Sicht sind es vor allem zwei Fragen, die von ganz zentraler Bedeutung sind.

Erstens. Was wäre für unser Bundesland wirklich gewonnen, wenn ein Teil der Castortransporte am Ende doch wieder nach Niedersachsen rollt, wenn auch an andere Standorte? Die Landesregierung kann nicht mit letzter Sicherheit ausschließen, dass ein Teil der Castoren am Ende beim KKU Unterweser, in Grohnde oder Lingen zwischengelagert wird.

Ich bin Ihnen übrigens dankbar, dass Sie zumindest für das Kernkraftwerk Unterweser über *dpa* haben verlauten lassen, dass Sie ausschließen, dass dort Castoren eingelagert werden, die aus La Hague oder Sellafield kommen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das auch heute von hier aus deutlich sagen. Ich hätte mir ebenso gewünscht, dass Sie das gleichzeitig für die Standorte Lingen und Grohnde ausschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Johanne Modder [SPD]: Ja, für eigentlich alle! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das ist Geschichtsklitterung!)

- Nein, das ist keine Geschichtsklitterung, gnädige Frau, sondern Ihr Umweltminister Wenzel ist im Weser-Kurier damit zitiert worden ist, dass Unterweser in Betracht käme.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sagen Sie doch einmal, wer uns das eingebrockt hat!)

Auch dieser Realität müssen Sie sich einfach stellen, und Sie können nicht sagen: Der böse Peter Altmaier ist es. - In dieser Frage sitzen wir alle in einem Boot. Da sitzen wir schon immer. Das Problem ist, Sie haben es noch nicht verstanden. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es bleiben die Fragen: Welche Auswirkungen hätte das auf den geplanten Rückbau des Kernkraftwerks Unterweser? Welche Auswirkungen hätte das überhaupt auf den geplanten Rückbau kerntechnischer Anlagen?

Zweitens. Was tut die Landesregierung für den Fall, dass die geplante Enquete-Kommission einen anderen Erkundungsstandort in Niedersachsen in den Fokus der Endlagersuche rückt? Die Neue Osnabrücker Zeitung sprach in ihrer gestrigen Ausgabe bereits von einem möglichen Pyrrhussieg und gab in diesem Zusammenhang zu bedenken - ich zitiere -:

"So oder so ist Niedersachsen in Sachen Endlager nicht aus dem Schneider. Das Bundesland ist reicher als jedes andere an Gestein, das für die Lagerung für Atommüll geeignet scheint."

Wenn Sie sich die Mühe machen würden, meine Damen und Herren, einmal über die Grenze zu schauen, wie diese Ankündigungen in den Niederlanden wirken - im Übrigen komplett durch das ganze Parteienspektrum in den Niederlanden von der rechten bis auf die linke Seite -, würden Sie sehen, dass dort Resolutionen gegen den Standort Wahn ins Feld geführt werden, die sich gewaschen haben. Bürgerinitiativen machen sich bereit, den Kampf gegen eine Endlagersuche am Standort Wahn aufzunehmen. Ich kann Ihnen sagen: Das gilt für Standorte wie Bad Zwischenahn und andere genauso.

Ich sage Ihnen eines: Das Problem auszublenden, hilft nicht. Sie bleiben auf dem Platz und müssen

Ihrer Verantwortung gerecht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Petra Tiemann [SPD]: Wie sieht denn Ihre Lösung aus?)

Ich sage Ihnen ganz offen: Nicht nur die Bürger im Wendland, sondern auch die Menschen in Kleinensiel, in Lingen, in Grohnde, in Wahn, in Lichtenhorst, in Höfer bei Celle, in Bad Zwischenahn haben einen Anspruch darauf, dass man ihre Interessen vertritt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: Die haben Sie alle verraten!)

Meine Damen und Herren, Deutschland braucht ein Endlager. Die dauerhafte dezentrale Lagerung von Atommüll ist keine zukunftsfähige und vor allen Dingen keine sichere Lösung. Wenn Sie sich Ihrer Verantwortung für ganz Niedersachsen stellen und wenn Sie das Prinzip "liegenlassen, später machen", das Prinzip des "Sorry, nein", also Ihr entscheidendes Zögern in dieser für die Landespolitik so zentralen Frage, außer Kraft setzen, dann haben Sie unsere volle Unterstützung.

Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Thümler. - Nur ein Hinweis an die CDU: Die Redezeit hat 15:59 Minuten betragen. Man muss also die erlaubte Redezeit nicht voll ausschöpfen, um alles zu sagen.

Jetzt ist Frau Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Fraktion, an der Reihe. Bitte sehr!

Johanne Modder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich dem Beitrag von Herrn Thümler widme, möchte ich im Namen meiner Fraktion unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil und unserem Umweltminister Stefan Wenzel ganz herzlich für ihre Positionierung, für ihre konsequente Haltung und für ihre unbeirrbare Verhandlungsführung in den letzten Wochen und Monaten danken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Meinen Sie jetzt die Position vor der Wahl oder die nach der Wahl? - Mechthild

Ross-Luttmann [CDU]: Das ist die Konsequenz der SPD!)

Ein dickes Dankeschön gebührt ihnen, weil sie trotz etlicher Angriffe auch aus diesem Hause und schwerer Vorwürfe dem Endlagersuchgesetz in seiner ursprünglichen Form nicht sofort zugestimmt haben, sondern an dieser Stelle hart geblieben sind und die Interessen Niedersachsens vehement vertreten haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Jetzt zu dem Beitrag des Kollegen Thümler.

(Heiner Schönecke [CDU]: Ein sehr guter Beitrag!)

Wissen Sie, Herr Thümler, was ich mich die ganze Zeit gefragt habe? - Ich habe mich gefragt: Was wollen Sie eigentlich, und wo stehen Sie jetzt eigentlich?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich gebe Ihnen den dringenden Rat: Gucken Sie sich noch einmal das Endlagersuchgesetz an, das unter der alten Landesregierung Zustimmung gefunden hätte - dann wären nämlich Castortransporte nach Gorleben gegangen -,

(Petra Tiemann [SPD]: Ja, ohne Frage!)

und gucken Sie sich an, wie die Interessen Niedersachsens vertreten worden sind - nämlich gar nicht, überhaupt nicht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sollten dem Hohen Hause heute einmal erklären, ob Sie jetzt zu dem Kompromiss stehen, ob Sie Altmaier und Merkel unterstützen oder ob Sie noch nicht ganz wissen, wo Sie stehen wollen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Sie haben vorhin gesagt: Wir sitzen alle in einem Boot. - Ja, aber zumindest meine Fraktion und, glaube ich, auch die Grünen steigen bei Ihnen garantiert nicht ins Boot.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, seit 35 Jahren beschäftigt und belastet uns die Frage der Endlagerung unseres Atommülls - bundespolitisch, aber insbe-

sondere natürlich konkret hier in Niedersachsen. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Wir haben bis heute keine Lösung dieses Problems. Dieses Erbe unseren Kindern, Enkeln, Urenkeln und vielen weiteren Generationen zu hinterlassen, ist nach meiner tiefsten Überzeugung nicht zu verantworten. Auch deshalb ist die Bedeutung des Atomausstiegs - des Ausstiegs aus dieser Risikotechnologie - mit allen seinen Folgen nicht hoch genug zu bewerten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unser Bundesland war von Beginn an und in all den Jahren der alleinige Lastenträger, was die Rückstände der Kernenergienutzung in Deutschland angeht. Endlich, nach 35 Jahren, ist in dieser Frage das Denkverbot über Landesgrenzen hinaus aufgebrochen. Mit dem Spitzentreffen von Bund und Ländern am 9. April haben wir die politische Wende eingeschlagen, die viele Beteiligte noch am Vorabend für nicht möglich gehalten hatten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser hart erkämpfte Kompromiss ist das Ergebnis unzähliger Gespräche, Telefonate und Abstimmungen. Er ist der vom Ministerpräsidenten beschriebene Weg zu einer rationalen Endlagersuche in Deutschland. Allerdings stehen wir - das muss uns bewusst seinganz am Anfang dieses Weges. Das nun vorliegende, maßgeblich von Niedersachsen ausgehandelte Ergebnis ist ein großer Erfolg der neuen Landesregierung. Niedersachsen hat klug und erfolgreich verhandelt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich hervorheben, was uns sehr wichtig ist: Wir setzen auf einen öffentlichen und transparenten Prozess. Wir wollen endlich die Fehlentscheidungen der Vergangenheit korrigieren. Wir wollen die Erfahrungen anderer Länder mit einbringen, dabei die Grundsatzfragen der Lagerung radioaktiven Mülls nachvollziehbar klären und auf dieser Grundlage die Eignungs- und Ausschlusskriterien für die langfristig sichere Lagerung radioaktiven Mülls erarbeiten

Der Bund-Länder-Kompromiss vom 9. April umfasst aber noch mehr. Schon die Meldung "Keine weiteren Castortransporte nach Gorleben" halte ich

für einen wirklichen Fortschritt in der sicherlich vielschichtigen Debatte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Nachricht bedeutet für unser Land und für das Wendland - nach 35 Jahren Widerstand, Unsummen aus Landesmitteln, unzähligen schwierigen Polizeieinsätzen, aber auch kräftezehrenden Einsätzen der Widerständler - ein langes, tiefes Aufatmen und eine unbeschreibliche Erleichterung.

Es gibt eine politische Einigung. Da steht jetzt der Bundesumweltminister, Herr Altmaier, in der sehr großen Verantwortung, dass es keine weiteren Transporte nach Gorleben geben wird. Natürlich ist dies - das hat die Berichterstattung der letzten Tage gezeigt - der schwierige Part in dieser Einigung, weil jetzt kurzfristig die Modalitäten dieser Einigung zu klären sind. Ich kann an dieser Stelle Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, nur auffordern, auf Ihre Freundinnen und Freunde in den von Ihnen noch regierten Ländern einzuwirken, sich hier nicht in eine Blockadehaltung zu begeben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie müssen insbesondere wegen Ihrer Positionierung in der Atompolitik auch diese Frage der Zwischenlagerung beantworten. Das Ganze, meine Damen und Herren, hat auch etwas mit Ihrer Glaubwürdigkeit zu tun.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wenn ich nun höre und lese, welche Kostenschätzungen für andere potenzielle Zwischenlager und das Endlagersuchverfahren im Raum stehen, dann kann ich nur sagen: Auch die Beteiligung der Energieversorgungsunternehmen muss neu gedacht werden. Die Energieversorgungsunternehmen müssen endlich in die finanzielle Verantwortung genommen werden. Ich stelle diese Frage hier ganz bewusst: Können wir den Bürgerinnen und Bürgern wirklich noch länger zumuten, den atompolitischen Irrweg weiter aus öffentlichen Kassen zu finanzieren, wenn auf der anderen Seite die großen Energieversorger Milliardengewinne einfahren, die sie den Atommeilern zu verdanken haben?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Einstellung der Erkundung und Erforschung bringt endlich Sicherheit vor fadenscheinigen Pseudoaktivitäten der Atomlobby in der Region. Diese Manöver, die auf Zeitschinderei aus sind, dienen nur dem Prinzip Hoffnung, dass die alte Politik doch noch zu Gorleben steht. Ich erinnere mich hierbei noch an die irritierende Idee des damaligen Umweltministers, Herrn Dr. Birkner, ein Untertagelabor zu Forschungszwecken zu unterhalten. Das ist noch gar nicht so lange her.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Arbeitsplätze!)

- "Arbeitsplätze" - ein sehr schöner Zwischenruf.

(Christian Dürr [FDP]: Das war ein Vorschlag der Mitarbeiter! Frau Modder, das wissen Sie!)

Ich bin froh, dass das jetzt abschließend geklärt ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für mich die Einsetzung der Bund-Länder-Kommission. Diese Kommission soll aus 24 Mitgliedern bestehen: jeweils sechs Vertreterinnen und Vertreter aus Bund und Ländern, vier aus der Wissenschaft, jeweils zwei von Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Gewerkschaften. Dieser Bund-Länder-Kommission kommt eine ganz zentrale Bedeutung auf diesem zugegebenermaßen schwierigen Weg zu. Wir müssen sehr sorgfältig nicht nur die Mitglieder der Kommission auswählen und benennen, sondern auch den Auftrag der Kommission beschreiben.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Endlagersuche sorgen wir mit unserem Vorschlag aus Niedersachsen für einen sorgfältigen, ergebnisoffenen und nachvollziehbaren Prozess. Diese Bund-Länder-Kommission kann dazu beitragen und mithelfen, dass wir ein Stück des verloren gegangenen Vertrauens in die Politik zurückgewinnen, und kann für einen breiten, gesamtgesellschaftlichen Konsens sorgen. Helfen wir also alle mit, dass dieser Schritt gelingen kann!

Wir stehen auch gegenüber unseren Nachkommen in einer sehr großen Verantwortung. Die Bund-Länder-Kommission soll möglichst bis Ende 2015 konkrete Vorschläge für Such- und Ausschlusskriterien, Sicherheitsanforderungen und Abwägungskriterien bezogen auf unterschiedliche geologische Formationen erarbeiten. Erst auf der Basis dieser

Vorschläge werden diese Fragen im Standortsuchgesetz erörtert und geklärt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem anderen Kernstück der neuen Vereinbarung kommen. Bislang läuft das Standortsuchverfahren am Bundestag vorbei. Die Regierung kann das bisher alleine ohne Beteiligung des Parlaments entscheiden. Künftig werden Bundestag und Bundesrat jeden einzelnen Schritt - von der Suche über die Auswahl, die Erkundung und den Bau eines Lagers - beraten und beschließen. Hierbei ist ganz entscheidend, dass sich das Parlament bei seinen Entscheidungen auf die Bund-Länder-Kommission stützen kann. Dass sie das tun wird, hat der Ministerpräsident vorhin schon ausgeführt.

Meine Damen und Herren, daher ist die Besetzung der Bund-Länder-Kommission von großer Bedeutung für den ganzen Prozess. Es wird entsprechend darauf ankommen, kompetente, qualifizierte und glaubwürdige Menschen in diese Kommission zu berufen, die auch bereit sind, konsensual miteinander an diesem Jahrhundertprojekt zu arbeiten.

Ich will an dieser Stelle zwei Punkte der Einigung nicht unerwähnt lassen, weil sie auch die Frage der Glaubwürdigkeit bei dieser Endlagersuche deutlich machen:

Erstens. Es gibt keine vorzeitigen Enteignungen.

Zweitens. Auf Beleihung privater Gesellschaften mit hoheitlichen Aufgaben wird während des Verfahrens verzichtet.

Meine Damen und Herren, die oben genannten Punkte sind für mich wichtige Anliegen, die die Grundlage für unser angestrebtes Ziel darstellen: ein breiter Konsens und eine große Akzeptanz in der Zivilgesellschaft bei dem Endlagersucherverfahren, das dann möglichst den sichersten Standort hervorbringen mag.

Mit Blick auf die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses in Berlin - wir alle haben heute schon die Zeitungen lesen können - muss ich sagen, dass ich doch etwas erstaunt bin. Die Ausführungen von Herrn Thümler unterstreichen das noch einmal. Aus dem Verhalten des Bundesumweltministers und der Bundeskanzlerin in den letzten Wochen schlussfolgere ich zumindest, dass sie aus den Fehlern von Gorleben lernen wollen. Das ist löblich. Ihre Parteikollegen im PUA wollen aber ich gehe fast davon aus, auch die entsprechenden Fraktionen hier im Niedersächsischen Landtag offenbar immer noch die Aufklärung verhindern, um das schwarze Kapitel Gorleben reinzuwaschen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In ihrer Bewertung kommt die schwarz-gelbe Koalition zu dem Schluss: 30 Jahre Gorleben-Erkundung - Sicherheit stets an erster Stelle. Bei der Standortauswahl Gorleben ist immer alles richtig und tadellos gelaufen. - Wer glaubt Ihnen das eigentlich noch? Ich finde das völlig absurd. Vor allem stellen Sie sich bitte die Frage: Ist das auch wirklich klug? Das sind die Schlachten von gestern. Sie belasten tatsächlich und wirklich akut den gesellschaftlichen Konsens bei der Endlagersuche.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das kann man doch nicht ernsthaft vertreten!)

Wir, die Regierungsfraktionen im Niedersächsischen Landtag, sind nach wie vor der Überzeugung, dass Gorleben als Atommüllendlager ungeeignet ist und aufgegeben werden muss.

(Jens Nacke [CDU]: Das sind doch die Schlachten von gestern, Frau Modder!)

Dabei bleiben wir auch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Fangen Sie erst einmal an zu kämpfen!

(Jens Nacke [CDU]: Frau Modder, Ihre ganze Rede war von gestern, und jetzt sagen Sie so etwas! Das ist unglaublich!)

- Herr Nacke, machen Sie eine Kurzintervention! Dann können Sie alles das, was Sie dazwischenrufen, hier sagen.

Meine Damen und Herren, wenn der Bundesrat am 5. Juli diesem Standortsuchgesetz zustimmt, dann haben wir einen noch nie da gewesenen Kompromiss bei der atomaren Endlagerfrage in Deutschland. Dieser Kompromiss trägt im Bewusstsein der Gesamtverantwortung über Partei- und Ländergrenzen hinweg. Darauf können wir, meine Damen und Herren, dank der geschickten und souveränen Verhandlung der neuen Landesregierung auch stolz sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist richtig Bewegung in die bisherige Blockadehaltung der anderen Bundesländer gekommen. Auf einmal ist auch von - man höre und staune - "Lastenausgleich" die Rede. Für die noch ausstehenden Castoren aus Sellafield und La Hague gibt es erste leichte Signale aus Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Diese leichten Signale gilt es aufzunehmen. Es gibt aber auch entgegengesetzte Botschaften aus anderen Bundesländern.

Ich will betonen: Niedersachsen hat genug Lasten zu tragen und ausreichend Verantwortung übernommen. Wir lehnen es daher ab, dass seitens des Bundesumweltministers mit Unterweser erneut ein niedersächsischer Standort ins Auge gefasst wird. Deswegen bedarf es auch der Bereitschaft aus Ihren Reihen, aus den Reihen von CDU und FDP. Ein Wegducken schwarz-gelber Landesregierungen ist hier nicht hilfreich.

Von daher mein dringender Appell an dieses Hohe Haus und die Parlamente in den anderen Bundesländern: Lassen Sie uns den Kompromiss gemeinsam tragen und miteinander den so wichtigen politischen Neustart in der Frage der Endlagersuche beginnen! Es wäre ein wichtiges Signal auch in unsere Gesellschaft, dass hier eine Verständigung möglich ist. Gehen wir diesen Weg gemeinsam! Ich glaube, das wäre ein sehr gutes Signal.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Modder. - Meine Damen und Herren, an dieser Stelle zwei Hinweise auch mit Blick auf die Geschäftsordnung, weil hier vorhin das Stichwort "Kurzintervention" gefallen ist. Nach § 77 a unserer Geschäftsordnung ist bei einer Regierungserklärung eine Kurzintervention grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Das entspricht aber nicht der Übung hier im Hause, weil dabei insbesondere die Fraktionsvorsitzenden für Redebeiträge vorgesehen sind.

Als Zweites gebe ich noch einen Hinweis auf § 70 der Geschäftsordnung betreffend die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Absatz 1 Satz 1 lautet: "Die Präsidentin oder der Präsident bestimmt die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner." Das liest sich gut, so als könnten wir hier oben machen, was wir wollen. Satz 2 lautet jedoch: "Dabei soll sie oder er" - je nachdem, wer gerade

leitet - "für sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung sorgen und die verschiedenen Auffassungen zum Beratungsgegenstand und die Stärke der Fraktionen berücksichtigen." Ich greife den Hinweis "verschiedene Auffassungen" auf: Die Debatte im Parlament lebt davon, dass wir These und Antithese, Rede und Gegenrede hören. Das ist hier guter Brauch. So gesehen, darf ich die vorliegenden Wortmeldungen im Einvernehmen mit den Betroffenen so anwenden, dass jetzt die Wortmeldung für die FDP von Herrn Dr. Stefan Birkner zum Zuge kommt. Bitte sehr!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt den Entwurf des Standortauswahlgesetzes und die diesbezügliche politische Übereinstimmung der Parteien und Fraktionen ausdrücklich. Damit ist endlich erreicht, wofür wir seit etwa anderthalb Jahren gearbeitet und geworben haben. Der Weg zu diesem Konsens war steinig. Wir hätten ihn durchaus schneller gehen können, insbesondere wenn sich SPD und Grüne in ihrer Oppositionszeit konstruktiver verhalten hätten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich erinnere hier nur an Beiträge von Herrn Tanke, der, ohne sich zur Sache zu äußern, die Landesregierung und die damaligen Regierungsfraktionen als "Wendehälse" beschimpft hat, und an Äußerungen von Herrn Wenzel, der diffamierend von einem "Gorleben-Legalisierungsgesetz" sprach. So viel, Herr Ministerpräsident, zu der von Ihnen gewünschten Harmonie und Sachlichkeit in dieser für Niedersachsen so wichtigen Frage!

Meine Damen und Herren, nun haben wir also endlich einen gemeinsam getragenen Gesetzentwurf. Dieses Gesetz ist der Ausgangspunkt für eine neue, ergebnisoffene bundesweite Suche und Auswahl eines Standortes für die Lagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle. Allen muss klar sein, dass wir uns hier am Anfang eines langwierigen und nervenaufreibenden Prozesses befinden. Entscheidend für das Gelingen wird sein, dass wir den politischen Konsens zumindest im Grundsatz auch bis zum Abschluss dieses Suchund Auswahlverfahrens - d. h. etwa 20 Jahre lang stets erneuern und beibehalten. Erst wenn uns das gelungen ist, wird es zu der insbesondere für Niedersachsen so wichtigen befriedenden Wirkung kommen.

Meine Damen und Herren, von zentraler Bedeutung für den dauerhaften Konsens ist, dass es sich um einen ergebnisoffenen, transparenten und wissensbasierten Prozess handelt. Das ist auch der Grund, weshalb die FDP-Fraktion stets dafür geworben hat, dass der Salzstock in Gorleben mit in die Betrachtung gezogen und in dem neuen Verfahren so wie jeder andere Standort auch behandelt wird, im Guten wie im Schlechten. Entgegen allen politischen Behauptungen und Beteuerungen von SPD und Grünen ist eben nicht nachgewiesen, dass der Salzstock in Gorleben nicht geeignet ist. Ich erinnere hier nur an entsprechende Äußerungen des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz und des Betriebsratschefs, der für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gorleben spricht, beim Besuch des Umweltministers in Gorleben.

Wer nunmehr wie die Grünen in Niedersachsen zum erklärten Ziel macht, dass die Kriterien für die neue Suche durch die Bund-Länder-Kommission so definiert werden müssten, dass der Salzstock in Gorleben auf jeden Fall herausfalle, dass es also bei der Kommissionsarbeit am Ende nur darum gehe, politisch gewollte Gorlebenverhinderungskriterien zu bestimmen, der verlässt den Boden der Ergebnisoffenheit und Wissensbasiertheit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Damit, Frau Piel, versuchen Sie, aus diesem Gesetz ein Gorlebenverhinderungsgesetz zu machen, und legen die Axt an den neuen Endlagersuchprozess, noch bevor er richtig begonnen hat.

(Björn Thümler [CDU]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung nunmehr mitträgt, dass der Salzstock in Gorleben bei der neuen Suche dabei ist und von einer weißen Karte ausgegangen wird. Klar ist aber auch, Herr Weil und Herr Wenzel, dass Sie damit ein zentrales Wahlversprechen gebrochen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie, Herr Weil, hielten als Spitzenkandidat der SPD den Ausschluss Gorlebens vor Beginn des Verfahrens für die notwendige Bedingung für eine erfolgversprechende Endlagersuche, und Sie, Herr Wenzel, meinten, dass es eine Zustimmung zu einem Endlagersuchgesetz nur geben werde, wenn sichergestellt sei, dass ungeeignete Standorte wie Gorleben ausgeschlossen würden. Mit diesen Positionierungen hatten Sie sich hoffnungslos verrannt und isoliert. Es war schon im Wahlkampf

erkennbar, dass das nicht durchzuhalten sein wird. Am Ende wurde wohl der Druck vor allem aus den eigenen rot-grünen Reihen zu groß. Ihre Parteikolleginnen und -kollegen haben Ihnen in Aussicht gestellt, das Gesetz mit Gorleben notfalls auch ohne Sie auf den Weg zu bringen. Um das zu verhindern, haben Sie sich letztlich entschieden, Ihr Wahlversprechen zu brechen. Zur Gesichtswahrung wurden Ihnen vermeintliche Zugeständnisse gemacht, die Sie jetzt als große Verhandlungserfolge dieser Landesregierung zu verkaufen versuchen.

Da ist zunächst die Bund-Länder-Kommission zu nennen. Wir begrüßen diese Kommission; denn sie ist ein geeignetes, vertrauensbildendes Instrument, mit dem das bereits in den vergangenen Entwürfen beschriebene Ziel, in einem breit getragenen Diskurs öffentlich und nachvollziehbar die Grundlagen und Kriterien für den Umgang mit hochradioaktiven Abfällen zu bestimmen - übrigens einschließlich der Rückholbarkeit; das ist ein Punkt, der durch unsere Landesregierung, nämlich durch David McAllister und mich, in die Diskussion eingebracht wurde -, erreicht werden kann. Dieses Ergebnis, eine solche Kommission zu bestimmen - also das Instrument, wie man das Ziel erreicht -, hätte meiner Einschätzung nach sehr wohl sehr kooperativ erreicht werden können, nicht aber konfrontativ, also gegen den Rest der Welt in dieser Diskussion.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Was war denn der Rest der Welt?)

- Der Rest der Welt waren alle anderen. Sie waren mit Ihrer Positionierung völlig isoliert, sowohl innerhalb des roten als auch des grünen Lagers, sowohl bei Schwarz als auch bei Gelb. Sie waren völlig isoliert und haben sich völlig verrannt. Sie haben die Wähler im Wahlkampf über Ihre wahren Absichten auch dann noch getäuscht, als sie schon längst erkennbar waren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ferner, Herr Ministerpräsident, haben Sie gelobt, dass die Rechtsschutzmöglichkeiten verbessert worden sind. Für die Forderung potenziell Betroffener, Rechtsschutz durch die Fachgerichte zu bekommen, was im Falle einer Planung durch Gesetz an sich nicht möglich ist, habe ich viel Verständnis. Der Vorschlag des Bundesumweltministers - Ihre Vorschläge dazu waren nicht zu gebrauchen, wenn ich das bei dieser Gelegenheit einmal sagen darf - sieht nunmehr die Möglichkeit zur Überprüfung durch das Bundesverwaltungsgericht

vor der Entscheidung des Bundesgesetzgebers über die untertätige Erkundung vor.

Die damit einhergehende Vermischung von Verwaltungs- und Legalplanung ist im Hinblick auf die verfassungsmäßige Verteilung - das ist eben nicht banal - legislativer, exekutiver und judikativer Aufgaben allerdings problematisch und trägt am Ende die Gefahr in sich, dass Verantwortlichkeiten verwischt werden und gerade die von Rot-Grün in die Diskussion eingebrachte Legitimationswirkung durch Gesetzesbeschluss nicht erreicht wird.

Deshalb, meine Damen und Herren, können Sie das gerne als den großen Durchbruch verkaufen. Es ist aber nicht zu Ende gedacht und längst nicht ausgemacht, wie ein solches Verfahren gestaltet werden soll.

Letztendlich werden Sie sich entscheiden müssen: Wollen Sie sozusagen eine Legalplanung und damit eine hohe Legitimationswirkung haben und nur die Verfassungsbeschwerde eröffnen - abgesehen davon, dass gegen die verwaltungsrechtlichen Umsetzungsakte weiterhin Rechtsschutz gegeben ist -, oder wollen Sie ein Verwaltungshandeln haben und den Rechtsschutz insoweit über die Fachgerichte eröffnen?

Sie werden hier Farbe bekennen müssen. Die Lösung, die Sie hier verfolgen, ist letztendlich nicht zukunftsfähig und hat keine realistische Chance auf Umsetzung.

Meine Damen und Herren, es bleibt noch das Untertagelabor. Frau Modder, Sie haben eben gerühmt, wie toll es ist, das Untertagelabor verhindert zu haben. Ich will Ihnen einmal in Erinnerung rufen, wessen wesentliches Anliegen das war. Es waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gorleben. Es war der Betriebsrat, der diesen Vorschlag auf den Tisch gelegt hat. Es war die IG BCE, die ausdrücklich den Wunsch unterstützt hat, dass ein standortunabhängiges Untertagelabor eingerichtet wird, nicht nur, um Arbeitsplätze zu sichern, sondern auch, um Wissen und das notwendige Know-how für die Tiefenbohrung zu erhalten.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Es ist schon bemerkenswert, dass wir hier von einer SPD-geführten Landesregierung - von den Grünen sind wir es ja gewohnt, dass sie im Zweifelsfall gegen Wissenserhalt und Arbeitsplätze sind und die Ideologie voranstellen -, von einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten hören müs-

sen, dass sie sich dafür rühmen, dass die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter vor Ort mit Füßen getreten werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, schließlich soll auf weitere Castortransporte in das Transportbehälterlager Gorleben verzichtet werden. Wir unterstützen diese Forderung ausdrücklich, ist sie doch schon von Hans-Heinrich Sander als Umweltminister erhoben worden.

(Detlef Tanke [SPD]: Aber nicht umgesetzt, weil die Strahlenwerte überschritten waren! - Björn Thümler [CDU]: Oh, Herr Tanke wacht auf!)

- Jetzt, Herr Tanke, kommen wir einmal zur Sache. Jetzt tragen Sie die Regierungsverantwortung. Sie behaupten, Strahlenwerte seien überschritten worden. Das ist eine inzwischen widerlegte Behauptung. Sie argumentieren stets unsachlich und sind in der Sache überhaupt nicht orientiert. Sie argumentieren völlig populistisch einfach so in den Raum hinein. Kommen Sie!

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben uns natürlich sehr wohl um diese Dinge bemüht. Es waren aber von der SPD und den Grünen geführte Landesregierungen, die nicht geantwortet und sich nicht bereit erklärt haben, Castoren aufzunehmen. Das ist jetzt glücklicherweise anders. Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg haben erklärt, dass sie bereit seien, Castoren aufzunehmen. Philippsburg und Brunsbüttel stehen in Rede, was ausdrücklich zu begrüßen ist. Am Ende funktioniert das Ganze aber nur, wenn die Betreiber mitmachen. Es reicht eben nicht, Herr Ministerpräsident, die Verantwortung auf den Bund zu schieben und von Herrn Altmaier zu fordern, er möge dieses Problem für Sie lösen. In Ihrem eigenen Koalitionsvertrag steht - Frau Modder, Sie sollten ihn vielleicht einmal lesen; dass Sie ihn nicht ernst nehmen, glaube ich gern und ist auch gut für das Land -,

(Lachen und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

dass Sie sich bemühen werden, Gespräche mit den Betreibern und den anderen Ländern zu führen, und dass Sie aktiv dafür werben wollen, dass die Castoren woanders aufgenommen werden. Und was tun Sie? - Sie stellen sich hier hin und sagen: Der Bundesumweltminister wird es schon richten.

(Johanne Modder [SPD]: Was glauben Sie eigentlich, was wir machen? Was haben Sie in den vergangenen zehn Jahren gemacht?)

So wird das nicht funktionieren, Frau Modder! So funktioniert Politik nämlich nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Genau dieser Punkt zeigt, dass Sie ahnen, dass das sehr, sehr schwierig sein wird. Mit einem Energie- und Umweltminister, der hier als Oppositionsführer - er war ja der wahre Oppositionsführer - im Verhältnis zu den Energieversorgern verbrannte Erde hinterlassen hat, ist es natürlich schwierig, eine vernünftige Gesprächsbasis zu finden mit dem Ziel, zu Lösungen zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage Ihnen voraus: Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, sich nicht auf den Weg machen und Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, dann werden Sie in wenigen Monaten in betroffene Gesichter Ihrer Parteifreundinnen und Parteifreunde in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg schauen und sich mitleidsvoll anhören müssen, dass man ja gewollt habe, dass es leider aber die gemeinen Betreiber nicht ermöglicht hätten, weil denen nicht unbedingt erklärbar war, warum sie auf ein genehmigtes Lager verzichten und zweistellige Millionenbeträge in die Hand nehmen sollten. Wenn Sie nicht aktiv werden, meine Damen und Herren, dann wird das nicht funktionieren. Sie können die Verantwortung hier nicht auf den Bund schieben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bei näherem Hinschauen handelt es sich bei dem, was die Landesregierung hier als großen Verhandlungserfolg präsentiert hat, lediglich um eine - wenn auch wichtige - Konkretisierung bezüglich der Bund-Länder-Kommission, um einen nicht zu Ende gedachten Lösungsansatz bezüglich der Klagemöglichkeiten, um einen Verzicht auf Wissenserhalt bezüglich des Untertagelabors und am Ende um ein vages Versprechen im Hinblick auf die Castortransporte, das andere für Sie einlösen sollen.

Ein echter Verhandlungserfolg sieht anders aus.

(Johanne Modder [SPD]: Sie haben gar nichts gemacht! Sie haben versagt!)

Was bleibt, sind ein gebrochenes Wahlversprechen und ein richtiges Gesetz.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich nun Frau Piel das Wort.

Anja Piel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich für die Grüne-Fraktion ein Wort des Dankes an unseren Ministerpräsidenten und natürlich auch an unseren Umweltminister Stefan Wenzel für ihren persönlichen Einsatz bei den Verhandlungen richten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Birkner, ich glaube nicht, dass es ausreicht, dass man sich ins Stammbuch schreibt, man habe sich um eine Einigung bemüht. Verhandeln ist schon ein bisschen mehr!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf einmal ein wenig Geschichtsaufarbeitung betreiben, damit wir verstehen, was von CDU und FDP als ein "ordentliches Verfahren" bezeichnet wurde.

Es ist 36 Jahre und 2 Monate her, dass ein Niedersächsischer Ministerpräsident auf Gorleben zeigte und entschied: Das ist der Ort, an dem ein nukleares Entsorgungszentrum gebaut werden soll.

(Björn Thümler [CDU]: Sie wissen, dass das falsch ist! Das können Sie den Unterlagen entnehmen!)

Ernst Albrecht wollte in Gorleben ein nationales Entsorgungszentrum mit Wiederaufbereitungsanlage, Zwischenlager und Endlager bauen. Dafür hatte er allerdings keine wissenschaftlichen, sondern vor allem politische Gründe. Schließlich lag Gorleben an der Grenze zur DDR im wenig besiedelten Wendland. Da hat man mit wenig Protest gerechnet - einer der großen Irrtümer!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vier Jahrzehnte später erreichen uns nun überraschende Nachrichten aus dem Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestages. CDU und FDP bezweifeln nach Durchsicht der Akten nicht, dass sich Gorleben als Standort für ein Endlager eigne; eigentlich sei da doch alles ganz vorbildlich gelaufen. - Das ist wenige Wochen vor dem Konsens für den Neustart für eine ergebnisoffene Suche eine sehr mutige und kühne Aussage.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kritische Anmerkung. Zu dieser Ihrer Einschätzung passt natürlich, dass die Bundesregierung den Bürgerinitiativen gerade einmal 48 Stunden Zeit einräumt, um den 75-seitigen Gesetzentwurf kritisch zu prüfen. Aber nach Ihrer Ansicht ist da wahrscheinlich auch gar nichts zu prüfen. Es geht ja nur um ein Papier, in dem Voraussetzungen formuliert sind, die 1 Million Jahre in die Zukunft reichen müssen. - Aber eben deshalb sind sie genau zu betrachten!

Meine Damen und Herren, vertrauensbildende Maßnahmen für die zu Recht wachsamen Menschen im Wendland sehen anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Von Ernst Albrechts großem Traum eines Nuklearzentrums in Gorleben ist übrigens nicht viel übrig geblieben. Dafür hat auch der Widerstand im Wendland gesorgt. Und nach den Erfahrungen mit der Asse sind die Bedenken der Grünen gegen den Standort Gorleben nicht geringer geworden.

Aber lassen Sie uns nach vorne schauen; Herr Birkner hat uns das ja eben aufgetragen.

Nach all den Jahrzehnten der Risikotechnologie ohne eine Möglichkeit der Unterbringung ihrer verstrahlten Hinterlassenschaften haben wir nun endlich die Chance auf eine echte Suche, die ganz Deutschland und alle Wirtsgesteine umfasst und die Ernst Albrechts fragwürdige Auswahl endlich beerdigen könnte. Dies ist zumindest das vorläufige Ergebnis des Bund-Länder-Gesprächs vom Dienstag der vorigen Woche. Ministerpräsident Stefan Weil und unser Umweltminister Stefan Wenzel haben bei den Nachverhandlungen in Berlin erreicht, was zu erreichen war. Herr Birkner hat das mit der Kommission ja selbst genannt. Für diesen persönlichen Einsatz in Sachen des drin-

gend notwendigen Neuanfangs haben beide meinen tief empfundenen Respekt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Bedenken von Herrn Thümler und Herrn Birkner teile ich übrigens durchaus. Ob es tatsächlich zu einem offenen Verfahren mit einem offenem Ausgang kommt, ist eine große Hoffnung. Diese Hoffnung ist durch die Ansage, dass an der Geeignetheit Gorlebens festgehalten wird, schon getrübt - und natürlich auch dadurch, dass Gorleben der bisher einzige im Suchverfahren genannte Standort ist. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob es gelingen kann, diese "Nicht-bei-uns!"-Haltung aufzubrechen.

(Zurufe von der CDU)

- Sie sollten erst einmal zuhören! Ich habe für Sie nämlich auch einen Arbeitsauftrag, nachdem Sie uns ja schon etliche erteilt haben. Wir stehen in diesem Prozess schließlich Schulter an Schulter.

Die aktuelle Diskussion um die Aufbewahrung der restlichen 26 Castoren - dabei reden wir noch nicht einmal über ein Endlager - zeigt uns schon, dass es von uns allen Einsatz fordert, dass diese *nationale* Aufgabe nicht wieder mit "Niedersachsen" definiert wird, wie es in den letzten Jahren ausschließlich der Fall war. Und das geht nicht nur SPD und Grüne an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Um das Misstrauen abzubauen, das im Wendland gegen alles Politische in Berlin besteht - und das nach all den Tricksereien der letzten Jahrzehnte auch berechtigt ist -, und um aus der Hinterzimmerpolitik der letzten Jahre herauszukommen, ist diese Kommission eine tragfähige und gute Idee. Das haben Sie uns ja auch schon bestätigt. Die Skepsis der Bevölkerung kann nur dann überwunden werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger Kenntnis davon haben, wie Kriterien ausgewählt werden. Jetzt ist es nicht mehr der Fingerzeig eines alten Ministerpräsidenten, sondern jetzt ist es eine Kommission, die sich über die Kriterien Gedanken macht. Das, meine Damen und Herren, ist ein Schritt nach vorn.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Der weitere Weg liegt noch vor uns, da gebe ich Ihnen völlig recht. Um ehrlich zu sein: Auch wir hatten erst gedacht, dass wir es mit einem ergebnisoffenen Verfahren zu tun haben, sobald Gorleben in dieser Suche nicht mehr Vergleichsstandort ist. Aber in der aktuellen Diskussion zeigt sich, wie jetzt selbst hinsichtlich der letzten 26 Castoren die Festlegung auf Gorleben noch funktioniert. Mit hohem Aufwand und unter erheblichen Kosten sind dort 113 Castoren gelandet. Dass jetzt zum ersten Mal darüber diskutiert wird, dass die Castoren auch woandershin können, haben wir tatsächlich den rot-grünen Gesprächen zu verdanken. Da, Herr Birkner, haben wir unsere Arbeit schon gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Karin Bertholdes-Sandrock [CDU])

Die Zwischenlagerung der letzten Castoren muss von der Bundesregierung konzipiert werden. Dazu blicken wir zunächst einmal nach Berlin; denn diese Bundesregierung hat den Kompromiss mitverhandelt. Dafür müssen aber auch - da gebe ich Ihnen völlig recht - die Energieversorgungsunternehmen mit ins Boot geholt werden. Die Länder werden am Ende entscheiden. Aber wir und auch Herr Peter Altmaier müssen sich mit denjenigen einigen, die den maximalen Profit aus dieser risikoreichen Art der Energieerzeugung gezogen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Ich komme nun zu der Lastenteilung, was die Verantwortung angeht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP; denn diese ruht jetzt auch bei Ihnen. Signalisieren Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund - Kanzlerin Merkel und Umweltminister Altmaier -, dass es jetzt darauf ankommt, die Suche nach einem Endlagerstandort neu zu starten. Machen Sie es wie wir und sprechen Sie ruhig einmal mit den Kollegen in Bayern und Hessen. Reden schadet an dieser Stelle nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie sich in Ihrem gemeinsamen Bemühen mit uns - ich nehme uns da ausdrücklich nicht aus - nicht beirren. Es ist keine unzumutbare Härte, die großen Stromerzeuger bei den Kosten für die Suche nach einem Endlager einzubinden. Die halten das schon aus, glaube ich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Als Letztes, weil Sie uns ja gesagt haben, was wir noch zu tun haben: Die grüne Zustimmung ist kein Blankoscheck. Verantwortung werden wir als Grüne gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der SPD, nur für ein Verfahren übernehmen, das am Ende die Attribute "ergebnisoffen" und "Transparenz" garantiert.

Mein Appell an Sie von der CDU und von der FDP lautet: Helfen Sie Ihren Parteifreunden in der Bundesregierung! - Herr Thümler hat ja so schön erklärt, um was es wirklich geht.

(Jörg Hillmer [CDU]: Ja, recht hat er!)

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Stichwort Siegen und Verlieren. Ich glaube, am Ende wird es darauf ankommen, dass wir gemeinsam die Kraft entwickeln, auch unliebsame Entscheidungen für einen neuen Standort und eine neue Erkundung gemeinsam zu treffen.

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Als nächster Redner hat sich - - -

(Zuruf von Karin Bertholdes-Sandrock [CDU])

- Frau Bertholdes-Sandrock, die CDU-Fraktion hat noch Redezeit! - Die SPD-Fraktion hat noch eine Restredezeit von 9:38 Minuten.

Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Bosse zu Wort gemeldet.

Marcus Bosse (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gab hier einige Ausführungen, die mich geradezu gereizt haben, von dieser Stelle aus darauf einzugehen.

Zunächst: Es hat niemand behauptet, dass diese Landesregierung einen leichten Weg geht.

(Jens Nacke [CDU]: Doch, vor der Wahl haben Sie das gesagt!)

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP sind in der Vergangenheit einen leichten Weg gegangen. Diese Landesregierung tut das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es einfach wäre, diesen Prozess durchzuführen, hätten Sie das ja schon machen können. Aber für die schwierigen Dinge sind wir zuständig! (Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Homo sapiens sapiens!)

Der Weg, den diese Landesregierung geht, ist steinig, steil und unbequem. Links und rechts dieses Weges stehen Fallen, und da lauern auch durchaus Gefahren.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich denke, das ist allen Beteiligten hier im Hause auch bewusst. Gleichwohl: Wir, diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, gehen diesen unbequemen Weg - weil es gut ist für Niedersachsen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will einmal daran erinnern, wie oft wir uns hier im Hause über Gorleben unterhalten haben: über Castortransporte, über Polizeieinsätze, über die Staatsmacht gegen die Bürgerinnen und Bürger, über Schottern und Nicht-Schottern. Viele Stunden hat der Landtag mit diesen wirklich wichtigen Fragen verbracht. Und deshalb halte ich es für ungeheuerlich und für einen Skandal, dass Sie sich heute hier hinstellen und sagen, das wäre kein Erfolg für Niedersachsen. Meine Damen und Herren, es ist ein Erfolg für Niedersachsen kommen werden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe ja durchaus Verständnis für Ihren Ärger und Ihren großen Zorn. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben in zehn Jahren nicht das geschafft, was diese Landesregierung in wenigen Wochen geschafft hat. Sie haben sich die Zähne daran ausgebissen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU] und Gabriela König [FDP]) lachen - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Zehn Jahre Moratorium!)

Herr Ministerpräsident Weil und Herr Minister Wenzel stellen sich im Übrigen auch dem Dialog. Beide werden am Freitag ins Wendland fahren. In der Vergangenheit hingegen war die Landesregierung dort eher mäßig, eigentlich gar nicht präsent. Aber immerhin sei einmal, wie zu lesen war, aus dem Auto heraus gegrüßt worden. - Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden den Weg des Dialogs gehen. Sie werden einen steilen Weg gehen; sie werden einen steinigen

Weg gehen, aber wir werden sie dabei begleiten. Unsere Unterstützung haben sie.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Als nächste Rednerin für die CDU-Fraktion rufe ich Frau Bertholdes-Sandrock auf. Sie haben noch 9:01 Minuten.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Frau Piel, hier sind heute Dinge gesagt worden, die ich in neun Minuten gar nicht alle richtigstellen kann. Daher werde ich mich auf einige wenige Punkte konzentrieren müssen.

Zu dem Punkt "Hat sich die Landesregierung geschert oder nicht? - Sie war ja kaum da". Vertreter der Landesregierung waren mehrfach in Gorleben! Minister Sander war da, Herr Dr. Birkner war da, unser Fraktionsvorsitzender war auch da. Und wir haben dort auch nicht nur eine halbe oder eine ganze Stunde bei Häppchen zusammengesessen, sondern wir haben mit den Vertretern des BfS, mit den Vertretern der BLG und mit dem Betriebsrat gesprochen. Wir haben diskutiert, so gut es nur ging.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aber nicht mit den Bürgerinitiativen!)

Frau Piel, natürlich muss man sich erst einfinden, wenn man neu in den Landtag gekommen ist. Aber ich finde es nicht angebracht, dass Sie in einer Ihrer ersten Reden die Stirn haben, zu sagen, nach 30 Jahren müsse man hier gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wissen Sie eigentlich, wer die Verantwortung hatte? - Das betrifft im Übrigen nicht nur die Menschen im Wendland; denn der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist um einiges größer, um Ihnen das auch einmal zu sagen. - Das waren wir

(Helge Limburg [GRÜNE]: Vor allem Sie, Frau Kollegin!)

und im Wesentlichen diejenigen, die politisch keinen Profit daraus geschlagen haben, nämlich CDU und FDP, die sehr darunter gelitten haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Nun hören Sie doch mal damit auf! Das Thema ist zu ernst für eine solche lächerlich machende Reaktion.

(Detlef Tanke [SPD]: Sagen Sie doch: "Gorleben ist ungeeignet", dann ist die Sache erledigt!)

Wir haben in Lüchow-Dannenberg über 30 Jahre lang gesagt: Wir sind bereit, dort arbeiten zu lassen, und danach wird man eine Aussage zur Geeignetheit treffen können.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Wer ist denn "wir"? Sie haben doch nicht einmal im Kreistag eine Mehrheit!)

Das 30 Jahre lang politisch zu ertragen, war sehr schwer. Insofern bitte ich Sie, hier nicht so zu tun, als ob Sie jetzt Verantwortung übernähmen. - Diese Verantwortung übernehmen Sie im Übrigen vom Rednerpult im Landtag aus; etwas anderes tun Sie ja nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben immer gesagt, wir wollen eine klare, ehrliche und wissenschaftlich fundierte Aussage dazu, ob Gorleben geeignet ist oder nicht. Das haben wir im Übrigen schon gesagt, bevor Fukushima kam und auch Sie in diesem Sektor wach geworden sind. Die CDU in Lüchow-Dannenberg hat ein halbes Jahr vor Fukushima die Suche nach einem alternativen Endlager gefordert. Das haben wir auch innerhalb der eigenen Partei und auch gegenüber Minister Röttgen getan. Dazu gehörte viel Mut. Das müssen sie erst einmal nachmachen, bevor Sie hier von Konsens brabbeln.

(Beifall bei der CDU)

Zur Frage des Forschungslabors. Die Idee eines Forschungslabors ist keine ganz neue. Wir haben vor fünf, sechs, sieben oder acht Jahren mit Wissenschaftsminister Stratmann, dem Präsidenten der TU Clausthal, seinem Vizepräsidenten und einigen anderen in Gorleben - Herr Stratmann war also auch da - hervorragende Gespräche über die wissenschaftliche Möglichkeit geführt, dort ein Forschungslabor zu errichten. Das haben manche, auch die Betreiber, gar nicht gerne gehört. Aber wissen Sie was? - Wir gucken nicht, nach welchen Meinungen wir uns richten müssen, sondern wir gucken, was wir machen können. Und genau das wäre eine gute Möglichkeit. Als Herr Dr. Birkner Minister war, hat er dies auch aufgegriffen. Ich finde das hervorragend.

Ansonsten vergibt man sich doch geradezu die Möglichkeit, wissenschaftliches und bergmännisches Know-how zu erhalten. Schon jetzt ist es doch so, dass die Bergleute weggehen. Irgendwann - wenn Sie meinen, 30 Jahre lang Verantwortung getragen zu haben - wird man in Deutschland nämlich an dem Punkt sein, an dem man keinen mehr hat, der das machen kann. - Aber dann können wir ja Verhandlungen mit Russland führen.

Mein vorletzter Punkt. Was ist überhaupt dadurch gewonnen, dass die Castoren woanders stehen? Die Castoren stehen woanders ja nicht sicherer. Das Entscheidende beim Castor ist ohnehin die Verpackung. Insofern ist es unter dem Gesichtspunkt der Endlagerung völlig egal, ob sie verteilt sind oder nicht. Damit ist überhaupt noch kein Schritt in die Zukunft getan. Feiern Sie Ihre Erfolge also nicht zu groß!

Wirklich nett ist das, was der Ex-Landtagskollege Kurt Herzog von der Linken neulich in einem Leserbrief geschrieben hat: Der einzige Vorteil ist, dass die Lösung, die jetzt kommt, den Widerstand im Wendland bricht. - Darauf freue ich mich schon lange.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir die Besprechung schließen können.

Ich komme zum

Tagesordnungspunkt 3:

Aktuelle Stunde

Für diesen Tagesordnungspunkt sind mir vier Themen benannt worden, deren Einzelheiten Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können

Die in unserer Geschäftsordnung für den Ablauf der Aktuellen Stunde geregelten Bestimmungen setze ich bei allen Beteiligten, auch bei der Landesregierung, als bekannt voraus. Ich eröffne die Besprechung zu

a) Steuergerechtigkeit herstellen - Steueroasen trockenlegen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/94

Ich erteile Frau Geuter das Wort.

Renate Geuter (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Veröffentlichung der Datensätze mit der Bezeichnung "Offshore-Leaks" hat deutlich gezeigt, dass weltweit Menschen - darunter auch einige hundert Deutsche - ihr Geld in die Schweiz, nach Liechtenstein, aber auch in Steueroasen jenseits der Ozeane in Sicherheit gebracht haben. Dabei haben auch deutsche Banken sicherlich nicht nur eine Statistenrolle gespielt. Millionen Euro an Steuereinnahmen sind auf diese Weise den Heimatländern entzogen worden. Dabei handelt es sich nicht nur um reiche Steuerflüchtlinge, sondern auch um Kriminelle, die Briefkastenfirmen und sogenannte Trusts genutzt haben, um große Vermögen zu verstecken und zweifelhafte Geschäfte zu verschleiern.

Es ist gut, dass jetzt ein wenig Licht in die Schattengeschäfte von Steuerbetrügern und deren Helfershelfern gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die letzten Jahre der schwarz-gelben Bundesregierung, aber auch der ehemaligen Landesregierung waren ja kaum durch Aktivitäten für einen Kampf gegen Steueroasen, Steuerschlupflöcher und Steuersünder gekennzeichnet. Der von Nordrhein-Westfalen initiierte Kauf von Steuer-CDs mit Daten über Steuerflüchtlinge wurde von den Finanzministern Schäuble und Möllring sogar noch kritisiert. Wer sich die gestrige Pressemeldung der FDP durchliest, stellt fest, dass da offensichtlich immer noch nichts gelernt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Grascha, ich frage Sie: Wen wollen Sie eigentlich schützen?

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Zum Abkommen mit der Schweiz, Frau Geuter!)

- Ja, dazu komme ich doch noch. Warten Sie doch einfach mal ab.

(Christian Dürr [FDP]: Da sind wir gespannt!)

Wir müssen alle Daten, die den Fahndern aus den Lecks eines Gott sei Dank noch nicht ganz so perfekten Betrugsystems zur Verfügung gestellt werden, ausnutzen. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass sich die derzeitige Niedersächsische Landesregierung an dem Ankauf von Steuer-CDs beteiligt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz, das die Anonymität der Kapitaleinkünfte zum Standard erheben wollte, war nun wirklich nicht hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Es hat nur den Druck herausgenommen, anstatt zielführend über den automatischen Informationsaustausch zu unversteuertem Geldvermögen zu verhandeln, in Europa und auch darüber hinaus. Es ist gut, dass Herr Schäuble mit den Finanzministern der größten EU-Länder jetzt dazugelernt und ein Maßnahmenpaket vereinbart hat, das die Schließung der Steueroasen, den automatischen Informationsaustausch für alle Kapitaleinkommen und die Offenlegung der tatsächlichen Nutznießer von solchen Firmen zum Ziel hat. Wir können Ihnen versprechen, dass wir die Umsetzung dieser Ankündigung genau hinterfragen werden.

Aber es geht nicht um die Steueroasen. Nach den Schätzungen des Internationalen Währungsfonds sind die Schäden, die durch die Ausnutzung legaler Steuerschlupflöcher entstehen, mindestens genauso groß wie die Schäden, die durch die Steuerparadiese entstehen. Die Weigerung der schwarzgelben Bundesregierung, bekannte Schlupflöcher in bestehenden deutschen Steuergesetzen zu schließen, macht uns nun wirklich große Sorgen. Im Jahressteuergesetz war die Absicht vieler Landesregierungen - u. a. auch der damaligen schwarz-gelben Niedersächsischen Landesregierung - vorgesehen, gerade im Bereiche der Erbschaftsteuer die sogenannten Cash-GmbHs einzuschränken. Die Bundesregierung hat sich diesem wichtigen Anliegen verweigert.

Sie sehen, wir haben Handlungsbedarfe nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch hier im Bund. Wir müssen dafür sorgen, dass Steuerflucht hart bestraft wird und dass wir Maßnahmen gegen die sogenannte Steueroptimierung, mit denen man mit mehr oder weniger komplexen Operationen ganz legal Steuerabgaben umgeht, noch verschärfen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass einzelne Bundesländer - die liegen südlich von Niedersachsen - ungeniert mit wenig Steuerfahndern und seltenen Steuerprüfungen als besonderem Akt der Wirtschaftsförderung werben. Ich glaube, da sollte der Wettbewerb tatsächlich in die andere Richtung gehen.

Ich danke Ihnen.

(Starken Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Hilbers das Wort.

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Steuerhinterziehung und Steueroasen ist durch die neuesten Veröffentlichungen wieder verstärkt ins Bewusstsein gerückt. Die Öffentlichkeit ist sensibilisiert, und der Druck wird international und national erhöht.

Das kann man nur begrüßen; denn Steuerhinterziehung ist keine Kavaliersdelikt. Steuerhinterziehung gehört hart bestraft, Steuerhinterziehung gehört aufgeklärt. Wer Steuern hinterzieht, legt die Axt an unser Gemeinwohl und an die Finanzierung unserer gemeinsamen Aufgaben. Er verhält sich unsolidarisch und stört damit letztendlich auch das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Denn wenn es nicht gerecht zugeht, sind die Bürger auch nicht bereit, Steuern zu zahlen.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich, was insbesondere Finanzminister Schäuble in Berlin auf europäischer Ebene erreicht hat. Wir brauchen diesen gemeinsamen Druck. Neben eher populistischen Dingen wie einem Achtpunkteplan, in dem viele Selbstverständlichkeiten stehen - z. B. der Entzug der Banklizenz, was es schon längst gibt -, brauchen wir internationale Abkommen, die es ermöglichen, Daten auszutauschen, die es ermöglichen, Steuersündern international auf die Spur zu kommen, und die dazu führen, dass man auch entsprechende Durchgriffsmöglichkeiten hat.

Zwar gibt es in vielen Fällen bereits rechtliche Regelungen. Aber es mangelt immer noch an der Umsetzung. Für diese nämlich bedarf es internationaler Regelungen. Hier aber sind wir in den ver-

gangenen Monaten und Jahren entscheidend vorangekommen. Finanzminister Schäuble hat für die Bundesrepublik Deutschland mit Italien, den USA, Großbritannien und Frankreich ein Abkommen erreicht, das darauf abzielt, die Steuerbasis gemeinsam zu ermitteln. Das ist die Grundlage: auch bei international tätigen Unternehmen die gemeinsame Steuerbasis zu ermitteln und dafür zu sorgen, dass ein automatischer Datenabgleich stattfinden kann.

Internationale Abkommen, eine internationale Informationsvernetzung und ein gemeinsames und entschiedenes Vorgehen gegenüber Staaten, die sich als Steuerschlupflöcher auftun, sind entscheidend. Die Finanzpolitiker von CDU und CSU aller Bundesländer haben sich dazu letzte Woche noch einmal in Mecklenburg-Vorpommern getroffen. Wir haben dort ganz klar gesagt, dass es aus unserer Sicht notwendig ist, an die Staaten zu appellieren, hierbei mitzumachen. Wer sich dem - auch als Schwellenstaat - verschließt und seine Rolle als Steuerschlupfloch sucht, dem muss klar sein, dass er bei internationaler Zusammenarbeit und auch bei Entwicklungshilfe nicht auf unsere Unterstützung zählen kann.

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Regelungen, wir brauchen klare, realitätsnahe Lösungen, und wir brauchen internationalen Druck. Was wir aber nicht brauchen, ist ein Ausweichen auf den Ankauf von Steuer-CDs. Ich will den einzelnen Ankauf einer Steuer-CD jetzt nicht im Einzelnen bewerten, aber eines, glaube ich, ist doch richtig: Die Frage von Steuerhinterziehung und von Steueroasen kann nicht durch den Ankauf von Steuer-CDs gelöst werden. Dafür brauchen wir dauerhafte Regelungen und gezielte Maßnahmen, aber eben nicht die Effekthascherei durch den Ankauf von Steuer-CDs, wie er im Augenblick von Ihnen als Alternative dazu ins Feld geführt wird, ein Abkommen mit der Schweiz abzuschließen. Das führt nicht weiter. Das Abkommen mit der Schweiz hätte wesentlich mehr gebracht als die CDs, die Sie kaufen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen erkennen, dass Sie damit auf dem Holzweg sind. Das, was Finanzminister Schäuble in der EU erreicht und über die EU hinaus mit der OECD bespricht, ist wesentlich zielführender und führt am Ende dazu, dass wir auf Dauer eine Lösung bekommen, die solchen Praktiken entschieden einen Riegel vorschiebt.

Meine Damen und Herren, die angestrebten Regelungen sind wichtig. Wir müssen uns auch im Bereich der international tätigen Unternehmen darüber unterhalten, welche Dinge legal und welche illegal sind. Nicht alle Steuergestaltungsmöglichkeiten sind illegal. Wir müssen auch über die Fälle reden, in denen Unternehmen große Gewinne machen, diese aber durch Transaktionen in Unternehmensbereiche verlagern, die in Niedrigsteuerländern oder in Ländern mit Steuerschlupflöchern angesiedelt sind.

Auch durch ein einseitiges Kontrollrecht erzielen Sie in Deutschland keine Lösung, weil es dann ziemlich einfach ist, Geld über ein Land, das nicht der Überwachung bzw. nicht der Meldepflicht unterliegt, das sich also nicht daran beteiligt, in ein Drittland zu verschieben. Dann ist die Ermittlungskette unterbrochen, sodass man nicht mehr eingreifen kann und zusehen muss, wie man an die Daten herankommt.

Ich denke, wir haben noch viel zu tun. Wir alle sollten gemeinsam den internationalen Druck erhöhen. Wir sollten insgesamt dafür sorgen, dass alle Staaten mitmachen, damit Steuerehrlichkeit herrscht. Mit Steuerehrlichkeit und einem vernünftigen, steuerbaren Steuersystem kommen wir am weitesten. Da bin ich mir sicher. Finanzminister Schäuble ist insoweit auf einem guten Weg. Das ist eindeutig der Fall, und das wird auch international und in der EU anerkannt. Ihn sollten Sie unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Heere das Wort.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach Schätzungen lagern zwischen 21 und 32 Billionen - 1 Billion sind 1 000 Milliarden - US-Dollar Vermögen in Steueroasen. 1 Billion Euro an Steuereinnahmen gehen den Staaten der EU jedes Jahr durch Steuergestaltung und Steuerflucht verloren. Das sind wertvolle Steuereinnahmen, die dem Gemeinwohl entzogen werden und im Fall von Steuerflucht in den Taschen von Kriminellen landen. Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt, sondern Brandbeschleuniger für Finanzkrisen und soziale Verwerfungen. Daher muss

der Kampf gegen Steueroasen endlich allerhöchste Priorität bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass sich nun auch die Bundesregierung bewegt und das Problem der Steuerhinterziehung von Privatleuten oder Unternehmen verstärkt angehen will. Allerdings fehlt mir noch ein wenig der Glaube, dass dieses Engagement wirklich dauerhaft ist. Vielleicht ist es auch nur ein Placebo zur Überbrückung der aktuellen Enthüllungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Bisher ist Herr Schäuble völlig anders unterwegs gewesen. Wie war das denn mit dem Steuerabkommen mit der Schweiz, für das sich auch Ex-Finanzminister Möllring eingesetzt hat?

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das war ein gutes Abkommen!)

Das war doch genau das Gegenteil von dem, was Schäuble jetzt neu ankündigt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Denn nach diesem Abkommen wären die Berechtigten der in der Schweiz angelegten Gelder anonym geblieben, und die Zinsbesteuerung wäre zum Teil niedriger gewesen, als wenn dieses Geld hier legal versteuert würde. Deshalb war es richtig, dass Rot-Grün dieses Gesetz im Bundesrat gestoppt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Nur dank dieser Blockade gab es inzwischen eine weitere Bewegung in Richtung eines strengeren Abkommens mit der Schweiz, so streng wie das FATCA-Abkommen, das die Schweiz mit den USA abgeschlossen hat. Das bedeutet: Schluss mit der Anonymität und eine Meldepflicht für Schweizer Banken bei möglichen Steuervergehen von ausländischen Steuerbürgern. Eine solche Lösung wollen wir auch für Europa als Teil eines gesamteuropäischen Steuerpakts.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist auch ein Akt der Steuergerechtigkeit, wenn wir uns bis zur Umsetzung dieses Abkommens am Ankauf von Steuer-CDs beteiligen und so den Steuerbetrügern das Handwerk legen. Ihre Empö-

rung, die ich aus der Mitte und von dieser Seite des Plenums höre, sollten Sie sich dabei sparen. Bei Rechtsextremismus, Terrorismus, organisierter Kriminalität ist es ganz selbstverständlich, dass wir mit Insidern, Informanten, ja bezahlten V-Leuten operieren.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Völlig richtig!)

Aber wenn wir hochkarätige Steuerverbrechen mit ganz ähnlichen Maßnahmen bekämpfen wollen, dann soll das ein Problem sein.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn es ums Geld geht, scheinen bei Ihnen andere Maßstäbe zu gelten. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte das Thema nicht auf die internationalen Transaktionen beschränken, sondern auch noch auf die nationalen Steuern eingehen. Es gibt diverse Schlupflöcher im nationalen Steuerrecht, so beispielsweise bei der Erbschaftsteuer. Kollegin Geuter hat eben schon das Problem der Cash-GmbH angesprochen, das wir dringend angehen müssen. Das ist nur eines der Dinge, die wir nach der Bundestagswahl dringend korrigieren müssen.

Der NDR und die *Süddeutsche Zeitung* haben in ihren Recherchen für Niedersachsen mindestens elf Fälle von Offshoresteuerbetrug ausgemacht. Daher ist es ein richtiges Signal, das wir uns im Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen haben, die Steuerverwaltung zu stärken und mehr Steuerprüferinnen und -prüfer einzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das dient weniger dazu, kurzfristig Mehreinnahmen zu erzielen. Denn Sie alle wissen, dass das wegen des Länderfinanzausgleichs bestenfalls ein Nullsummenspiel ist und dass wir vieles wieder abgeben. Wir werden es trotzdem machen, weil es schlicht ein Akt der Gerechtigkeit ist, dafür zu sorgen, dass die geschuldeten Steuern auch tatsächlich gezahlt werden. Nur wenn wir ein Vorbild sind, können wir die gleiche Konsequenz auch von anderen Bundesländern einfordern, und das tun wir.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn es so weit kommt, dass der Steuerehrliche eigentlich der

Dumme ist, dann geht das an die Wurzeln unseres Gemeinwesens. Dazu darf es nicht kommen. Dafür wird diese Koalition aus SPD und Grünen ihren Beitrag leisten.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Bode das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Heere, Sie sind ja noch neu hier im Haus, aber ich muss schon sagen: Wenn Sie in Ihrer Rede heute, zwei Tage nach den schrecklichen Ereignissen von Boston, Steuerhinterziehung und Terrorismus gleichsetzen, dann ist das eine Verharmlosung, die ich keinesfalls tolerieren kann.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Unverschämtheit! Sie haben wohl nicht zugehört! Sie verdrehen bewusst! Das ist völlig stillos, was Sie machen! - Ronald Schminke [SPD]: Unterste Schublade!)

Liebe Frau Geuter, Ihre Beiträge sind normalerweise ausgewogen. Aber heute haben Sie, was mich gestört hat, Dinge, die nicht zusammengehören, in einen Topf geworfen. Sie haben legale Anlagemöglichkeiten im Ausland mit illegalen zu verurteilenden und natürlich auch zu verfolgenden Steuerhinterziehungstatbeständen gleichgesetzt. Dabei muss man in der Debatte aber schon deutlich differenzieren.

(Zurufe von der SPD)

Ja, es gibt legale Möglichkeiten, Gelder im Ausland anzulegen. Ja, sie sind auch von vielen genutzt worden.

(Thomas Schremmer [GRÜNE]: Das ist moralisch in Ordnung!)

Aber wir können doch nicht denjenigen, die die Gesetze, die wir alle als Parlamentarier hier oder im Bundestag gemacht haben, anwenden, genau daraus einen Vorwurf machen. Wir müssten dann eher fragen, ob die geltenden Gesetze tatsächlich richtig sind.

(Ronald Schminke [SPD]: Die FDP und das Großkapital!)

Dazu, Herr Schminke, muss ich sagen: Ja, ich finde es durchaus richtig, dass es einen Steuerwettbewerb zwischen den Ländern gibt, weil dieser dazu führt, dass man nicht einfach Steuern erhöhen kann, bis es nicht mehr weitergeht, weil die Menschen dann durchaus die Wahl haben, sich anders zu entscheiden, genau so wie es in Frankreich, Ihrem Vorbild, geschehen ist: Gérard Depardieu ging nach Russland. Aber ich kann Ihnen sagen: Nicht jeder will Russe werden. Auch ich will nicht Russe werden. Ich möchte in Deutschland auch weiterhin in einem gerechten und sehr schönen Land leben, und ich möchte, dass hier auch Steuergerechtigkeit herrscht. Die haben wir - so sehe ich es jedenfalls - momentan nicht. Daran müssen wir etwas ändern.

In Deutschland gibt es derzeit zwei Gruppen, die mit der vorhergehenden Situation eigentlich keine Probleme hatten. Das sind jene, die fast nichts haben und keine Steuern zahlen, und das sind jene, die fast alles haben und rein theoretisch viele Steuern zahlen müssten, aber aufgrund der Steuergesetzgebung, die fast keiner mehr versteht, so viele Gestaltungsmöglichkeiten haben, dass sie eben doch wenig zahlen. Gekniffen ist der Handwerker, gekniffen ist der Facharbeiter, die nicht einfach nach Moskau wegziehen können, um sich die Situation zu erleichtern.

Darum müssen wir uns kümmern. Wir brauchen ein gerechteres Steuersystem, das von allen verstanden und auch angewandt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was machen Sie von der SPD jetzt? - Sie machen mit einer diplomatischen Meisterleistung von Peer Steinbrück zunächst einmal internationale Verhandlungen sehr schwierig. Als es dann aber doch gelang, mit der Schweiz ein Steuerabkommen zu verhandeln, das dazu führen sollte, dass der in der Schweiz anlegende Deutsche hinterher genauso viele Steuern zahlt wie der Deutsche, der in Deutschland sein Geld anlegt,

(Ronald Schminke [SPD]: Weniger! - Weiterer Widerspruch bei der SPD)

blockierten Sie das, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn man sich vor Augen hält, was Sie stattdessen machen: Sie wenden das unterschriebene Ab-

kommen, das nur noch ratifiziert werden muss, nicht an, sondern Sie kaufen lieber Steuer-CDs, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie leisten dem Datenklau Vorschub, weil Sie nicht den legalen Weg mit der Schweiz gehen wollen. Das ist eine Vergewaltigung des Rechtsstaats, die Sie hier praktizieren.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sehr geehrter Herr Schneider, Sie haben sogar gesagt, dass das der richtige Weg ist. - Ich sage Ihnen: Wenn sich diese Vergewaltigung des Rechtsstaates wenigstens finanziell für das Land lohnen würde, dann könnte man das vielleicht noch verstehen.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Können Sie sich in Ihrer Wortwahl mal wieder einkriegen?)

Aber was haben all diese Steuer-CDs insgesamt gebracht? - Das waren 128 Millionen Euro. Allein einmalig haben wir 500 Millionen Euro aus dem Steuerabkommen verschenkt, weil Sie es blockiert haben. Dadurch fehlen den niedersächsischen Kommunen 150 Millionen Euro. Das ist auch finanzieller Wahnsinn, den Sie hier betreiben. Das muss geändert werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es ist blanker Populismus, den die SPD betreibt, weil sie dieses Thema so gern für die Bundestagswahl einsetzen möchte, also eine vom Steuerzahler getragene Wahlkampfhilfe in Milliardenhöhe. Ich finde, das darf man Ihnen nicht durchgehen lassen.

Man muss, wie ich finde, auch immer wieder darstellen, wie die Konzepte aussehen. Auf der einen Seite geht es darum, gerechte Steuersysteme in Deutschland zu schaffen, die verständlich sind, einfach sind und auch zu einem fairen Umgang zwischen Staat und Bürger führen. Auf der anderen Seite steht das SPD-Konzept von Ihrem sensationellen Spitzenkandidaten Peer Steinbrück. Irgendwann werden auch wir ihn zu einer Veranstaltung einladen, weil das immer sehr brillant ist. Peer Steinbrück hat ein anderes Konzept.

(Zurufe von der SPD: Der versteht etwas davon!)

Er sagt: Man muss einfach Instrumente schaffen. Er hätte sie wie die 7. Kavallerie vom Fort Yuma. Die kann man ausreiten lassen, muss man aber

nicht. Die Indianer - das steht für ihn für die Schweiz - müssen nur wissen, dass es sie gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie in die Geschichtsbücher schauen, werden Sie feststellen, dass sich Peer Steinbrück damit in eine Gesellschaft begibt, die doch sehr zweifelhaft ist. Erstens ist die 7. Kavallerie durchaus des Öfteren ausgeritten. Dann hat sie Massaker veranstaltet. Am Ende wurde sie 1876 unter General Custer am Little Bighorn vernichtend geschlagen und aufgerieben.

Ich sage Ihnen schon jetzt: Das Little Bighorn Ihres Peer Steinbrück ist die Bundestagswahl im September.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Schneider das Wort.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was im September sein wird, werden wir sehen, aber dass Sie heute den General Custer abgegeben haben, werde ich Ihnen gleich vorführen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zunächst darf ich mich aber für die Ausführungen der Vorredner zur Steuerehrlichkeit und zu den Grundsätzen bedanken. Das alles werde ich Ihnen jetzt ersparen. Das will ich nicht noch einmal vortragen. Da besteht Übereinstimmung.

Zu den aktuellen Dingen rund um die Steuer-CDs darf ich einige technische und, wie ich finde, recht interessante sonstige Hinweise geben.

Im Rahmen der Quartalsberichterstattung haben wir just gestern die aktuellen Zahlen zu den Datenankäufen der Vergangenheit vorgelegt bekommen. Die OFD hat mir mitgeteilt, dass im Zusammenhang mit den Kapitalanlagen in der Schweiz, in Luxemburg und in Liechtenstein aktuell allein in Niedersachsen insgesamt 146 Millionen Euro realisiert worden sind, die wir ohne die Ankäufe der CDs nicht bekommen hätten.

146 Millionen Euro - das ist ein Ausschöpfungsgrad, der, über alles gerechnet, noch unter 90 % liegt. Wir werden in den nächsten Monaten also noch einiges obendrauf packen können.

Ihr Vergleich mit dem Abkommen mit der Schweiz ist natürlich falsch gewesen; das wissen Sie. Gesichert waren dem Vertrag nach Einnahmen in Höhe von 2 Milliarden Euro. Das wären 200 Millionen Euro für Niedersachsen gewesen, aber nicht die 500 Millionen Euro, die Sie hier genannt haben.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Dies nur zur allgemeinen Richtigstellung.

(Zustimmung bei der SPD)

Zum aktuellen Fall: Sie haben der Presse entnommen, dass Rheinland-Pfalz eine weitere CD gekauft hat. Genau genommen hat Rheinland-Pfalz erstmals eine CD gekauft, nur in der Gesamtsicht ist es eine weitere CD. Das ist für den Zusammenhang, auf den ich noch kommen werde

(Zurufe von der FDP)

- ganz vorsichtig! -, nicht unbedeutsam. Diese CD hat zwischen 40 000 und 50 000 Datensätze. Rund 10 % der Datensätze, nämlich 4 200, sind den Ländern vorab zur Verfügung gestellt worden. Niedersachsen hat daraus 227 Fälle erhalten, die sich quer über das Land verteilen.

Inzwischen sind sieben Durchsuchungen durchgeführt worden, die unterm Strich - das will ich hier vielleicht doch sagen - pro Fall etwa 1 Million Euro Staatseinnahmen erwarten lassen. Allein die sieben Durchsuchungen! Der kleine Handwerker dürfte hierbei also nicht vertreten sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz hat auch die Gesamtkosten mitgeteilt. Auch das können Sie den Zeitungen entnehmen: 4,4 Millionen Euro. Wir rechnen mit 200 000 Euro. Das wird also, betriebswirtschaftlich betrachtet, eine sehr gute Investition sein, die wir hier tätigen.

Darum geht es aber nicht in erster Linie. Es geht darum, den Druck auf die Steuersünder zu erhöhen, um eine generalpräventive Wirkung zu erzielen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden diesen Druck weiterhin ausüben, weil das richtig ist.

Nun komme ich zu General Custer, Herr Minister a. D.: Wir bewegen uns hier exakt auf der Linie der Vorgängerregierung. Herr Grascha hat sich ja schon gestern zum Schutzpatron der Steuerhinterzieher ausgerufen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich darf fragen, ob Sie den netten Spruch "Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche" kennen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Februar 2007 ist das erste Mal in Deutschland eine Steuer-CD angekauft worden. Daran hatte sich Niedersachsen aus unterschiedlichen Gründen nicht beteiligt. Im September 2008 kaufte nur Mecklenburg-Vorpommern eine CD an, weil es sich ausschließlich um mecklenburgische Daten handelte.

Im Februar 2010 sind Daten angekauft worden, woran sich Niedersachsen beteiligt hat. Ich vermute sehr stark, dass die Landesregierung dem Ankauf zugestimmt hat, Herr Minister a. D. Im Juni 2010 - man höre und staune - hat sich das Land Niedersachsen nicht nur an dem Ankauf beteiligt, sondern hat höchstpersönlich eine CD gekauft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD: Oh!)

Der Bund und alle Länder haben sich an dem Ankauf beteiligt, Niedersachsen hat gekauft. Richtigerweise - aus meiner Sicht.

(Christian Dürr [FDP]: Das aber vor den Verhandlungen mit der Schweiz!)

Aber Sie sollten noch einmal im Protokoll nachlesen, wie Sie diesen Vorgang im Nachhinein kommentiert haben, wie Sie ihn juristisch bewertet haben, wie Sie selbst darüber abgestimmt haben. Mir wäre das peinlich!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich bin noch nicht ganz am Ende der Ankäufe: Im September 2011 wird abermals mit Beteiligung Niedersachsens eine Steuer-CD angekauft. Der Ankauf vom August 2012 ist noch nicht abgewickelt, also kann ich noch nichts über eine Beteiligung Niedersachsens sagen. Und nun haben wir einen neuen Vorgang.

(Christian Dürr [FDP]: Niedersachsen hat sich dann nicht beteiligt, weil die Verhandlungen über das Steuerabkommen liefen!)

Damit befinden wir uns letzten Endes - ich wiederhole das - in einer guten Tradition, die die alte Landesregierung begründet hat. Dazu sollte man stehen. Außerdem sollte man das mit den Elchen ernst nehmen. Manchmal ist es ganz gut, wenn man sich rückerinnert, nicht plötzlich einen Schwenk macht und die anderen verurteilt, die das nicht so schnell mitgekriegt haben.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Die Landesregierung hat die Redezeit etwas überschritten. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Bode eine Minute zusätzliche Redezeit.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schneider, Sie haben leider nicht alles dargestellt. Die FDP-Fraktion hat auch die Ankäufe von Finanzminister Möllring kritisiert - öffentlich in Pressemitteilungen. Ich kann Ihnen sagen, er hat sich ja gerühmt, das ganz alleine, ohne Ministerpräsidenten - übrigens auch ohne den Koalitionspartner - entschieden und umgesetzt zu haben, und das war das einzige Mal in den zehn Jahren, als er und ich richtig aneinandergeraten sind und es geknallt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Jens Nacke [CDU]: So war er halt!)

Insofern ist die Position unverändert. Ich will Ihnen aber noch eine Frage stellen, die mich wirklich interessiert. Ich habe Ihnen ja gesagt, es macht finanziell keinen Sinn; denn bei 128 Millionen Euro - jetzt haben Sie gesagt, es sind 140 Millionen gewesen - überwiegt gegenüber 500 Millionen Euro bei dem Steuerabkommen der Vorteil des Steuerabkommens.

(Petra Tiemann [SPD]: Sie haben nicht zugehört, Herr Bode!)

Jetzt haben Sie gesagt, die Annahme war falsch, man hätte den Mindestwert nehmen müssen. Sie haben erklärt, der Mindestwert wären 2 Milliarden Euro für Deutschland - also 200 Millionen Einnahmen für Niedersachsen - gewesen. Können Sie mir jetzt erklären, welche Steuereinnahmen höher sind: die 140 Millionen Euro, die Sie durch die Steuer-CDs bekommen haben, oder die 200 Millionen Euro, die Sie durch das Abkommen bekom-

men haben? Wie rechnet denn der Finanzminister?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Um zusätzliche Redezeit hat auch Herr Kollege Hilbers gebeten. Bitte, Sie haben für zwei Minuten das Wort.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sind Sie auch mit Herrn Möllring aneinandergeraten?)

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist klar geworden - der Finanzminister hat es auch noch einmal geschildert -: Es gibt überhaupt keinen Dissens darüber, dass in der Vergangenheit CDs angekauft worden sind, dass dabei mitgeholfen worden ist, Daten anzukaufen, und dass damit auch hier in Niedersachsen Einnahmen erzielt worden sind. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Ich will hier durchaus hervorheben, dass wir auch daran interessiert sind, Steuerbetrug aufzuklären, und dass wir darum solche Wege immer mitgegangen sind.

Was ich gesagt habe, ist: Es kann keine Alternative oder kein Dauerzustand sein, darauf zu setzen, von irgendwelchen Leuten, die sich illegal Daten besorgen, diese ständig ankaufen zu können. Wir brauchen langfristig eine Regelung, mit der man diese Dinge grundsätzlich aufklären kann, ohne die CDs zu kaufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Um diese Frage geht es. Darum geht es auch beim Schweizer Abkommen.

Natürlich kann man das Garantierte nehmen, Herr Minister Schneider. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass das der unterste Wert dessen ist, was man dort bei Schätzungen angenommen hat. Vor allen Dingen hatte man die Zuversicht, dass zukünftig alles immer ganz automatisch - wie bei der Quellensteuer in Deutschland - abgeführt und gemeldet worden wäre. Das ist eben etwas anderes, als wenn ständig ermittelt werden muss. Das hätte uns eine Grundlage gegeben, die dauerhaft den Landeshaushalt unterstützt hätte und die auch durchaus geeignet wäre, von einer Größenordnung von über 500 Millionen Euro auszugehen. Das ist damals eine Größenordnung gewesen, die sehr seriös angenommen worden ist, auch in Ihrem Haus. Dazu gibt es auch Parlamentsdrucksachen, die das ausweisen. Sie können davon ausgehen, dass wir uns sehr intensiv damit beschäftigt haben.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen eine dauerhafte Lösung. Sie aber setzen auf Effekthascherei. Das ist eben auch der Steinbrück-Plan: Da wird so getan, als seien Sie die vermeintlich Gerechten, die jetzt allen zu Leibe rückten. Aber Ihre Methoden sind erstens ungeeignet, zweitens sind es Dinge, die schon längst im Gesetz verankert sind, und drittens führen sie nicht grundsätzlich dazu, dass das international durchgesetzt werden kann. Sie brauchen internationale Abkommen. Da ist der Weg von Schäuble viel klüger, besser und effizienter. Deswegen: Gehen Sie ihn mit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Zusätzliche Redezeit erhält auch Herr Kollege Limburg. Eine Minute, bitte!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hilbers, natürlich haben Sie recht: Wir brauchen dauerhafte Abkommen. Aber gerade darum, Herr Kollege Hilbers, war es mindestens grob fahrlässig, was der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble versucht hat, mit der Schweiz auszuhandeln. Wir brauchen nämlich nicht ein isoliertes, nationales Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz, sondern wir brauchen einen automatischen Informationsaustausch der gesamten Europäischen Union mit der Schweiz. Genau diesen Austausch hat Ihr Bundesfinanzminister versucht zu verhindern und zu torpedieren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ferner brauchen wir ein Abkommen - darauf ist bereits hingewiesen worden -, das die Steuerkriminellen aus der Anonymität herausholt. Darum ist der Weg, den die USA in den Verhandlungen mit der Schweiz gegangen sind, der richtige. Das sollte ein Vorbild für ein europäisches Abkommen sein, und nicht das, was Ihre Bundesregierung hier auf den Weg gebracht hat.

Herr Kollege Bode, ich will noch auf Ihren Beitrag eingehen. Zunächst einmal möchte ich unterstreichen - ich glaube, da haben Sie nicht richtig zugehört -, dass der Kollege Heere zu Recht darauf hingewiesen hat, dass es ein völlig normaler Vorgang ist, der von keiner der hier im Hause vertretenen Parteien jemals kritisiert worden ist, dass der Staat z. B. im Bereich der organisierten Kriminalität auch durch den Ankauf von Informationen versucht, der Kriminellen habhaft zu werden. Bei diesem Ausmaß an Steuerhinterziehung, meine Damen und Herren, handelt es sich natürlich um einen Bereich organisierter Kriminalität, und darum ist das Verhalten des Finanzministers Peter-Jürgen Schneider richtig und findet unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweitens.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Limburg, für "zweitens" bleibt Ihnen leider keine Zeit mehr. Sie müssen zum Schluss kommen.

Helge Limburg (GRÜNE):

Die Redezeit steht hier noch bei 1:30 Minuten, Frau Präsidentin.

Zweitens. Wenn Sie, Herr Bode, hier von Vergewaltigung - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Limburg, ich habe Ihnen eine Minute Redezeit erteilt. Diese Zeit haben Sie ausgeschöpft. Ich bitte Sie, jetzt zum Ende zu kommen.

Helge Limburg (GRÜNE):

Selbstverständlich, Frau Präsidentin. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass ich das nicht kalkulieren konnte.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Der letzte Satz!

Helge Limburg (GRÜNE):

Der letzte Satz: Wenn Sie, Herr Bode, Im Zusammenhang mit dem Ankauf von Steuer-CDs von Vergewaltigung des Rechtsstaats sprechen, dann möchte ich Sie daran erinnern, dass das höchste deutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht, den Ankauf ausdrücklich für rechtmäßig erklärt hat -

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Dirk Toepffer [CDU]: Abschalten!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Limburg, das war Ihr letzter Satz.

Helge Limburg (GRÜNE):

- und dass es eine Verhinderung - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Limburg, das war Ihr letzter Satz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Schneider zu Wort gemeldet. Bitte!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache es kurz. Ich bin ja gefragt worden und will hier auch darauf antworten.

Der Betrag von 2 Milliarden Euro ist nicht geschätzt, wie es fälschlicherweise - ich glaube, es war von Herr Hilbers - gesagt wurde, sondern war in dem Abkommen garantiert.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ja!)

Alles andere ist Wind vor der Hoftür.

Wenn dort tatsächlich so viel Geld liegt, dann ist der Weg, den wir im Moment gehen, auch angesichts anderer Möglichkeiten, richtig. Dann wird uns die CD, die jetzt angekauft worden ist, eine Menge zusätzliches Geld bescheren.

Zur Aufklärung bei den Zahlen: Die 128 Millionen Euro, die Sie genannt haben, bezogen sich auf den 31. Dezember.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das hat keiner bestritten!)

Die aktuelle Zahl - ich habe gesagt, dass das ganz frisch ist - sind 146 Millionen Euro. Das ist ein Ausschöpfungsgrad, der noch unter 90 % liegt. Wir werden sehen, wo wir dann letztlich landen. Das alles ist natürlich ohne Rheinland-Pfalz gerechnet. Wir werden mit Sicherheit über die 200 Millionen Euro deutlich hinauskommen. Und wir sehen noch ein erhebliches Potenzial.

Was Schäuble angeht: Er ist ein bisschen spät in Gang gekommen. Die internationalen Abkommen, die sich jetzt abzeichnen, gehen über das, was mit der Schweiz verabredet war, richtigerweise hinaus.

(Detlef Tanke [SPD]: Gott sei Dank!)

- Gott sei Dank geht das darüber hinaus.

Das Abkommen mit der Schweiz - das war doch der Hauptkritikpunkt; damit komme ich zum Schluss - hätte Schwarzgeld legalisiert. Und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. Damit schließe ich die Besprechung zum Tagesordnungspunkt 3 a.

Wir kommen unter Tagesordnungspunkt 3 zu

b) Strompreise fair gestalten, den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/99

Ich erteile Herrn Volker Bajus das Wort.

Volker Bajus (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie viele andere hat auch der Umweltausschuss letzte Woche die Hannover Messe besucht. Dabei hatten wir Gelegenheit, mit Unternehmen aus der Energiebranche zu sprechen. Und wissen Sie, was diese uns, der Politik, unisono ins Stammbuch geschrieben haben? - Wir brauchen endlich wieder Verlässlichkeit. - Denn die haben sie im Moment nicht, weil die Bundesregierung in Sachen Energiewende uneins ist, wie sich erst gestern wieder bei der gescheiterten Emissionshandelsinitiative der EU gezeigt hat, weil die Bundesregierung kein Konzept hat und weil sie fast jede Woche ein neues Fass aufmacht.

Da war z. B. der aberwitzige Altmaier-Rösler-Vorschlag, die Einspeisevergütung für Bestandsanlagen nachträglich zu kürzen. Die Folge: Verunsicherung in der gesamten Branche. Es brauchte schon einen Energiegipfel und eine rot-grüne Bundesratsmehrheit, um dieses Vorhaben wieder zu stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Leider sind noch nicht alle schwarz-gelben Folterinstrumente für die Erneuerbaren vom Tisch - etwa Windkraftanlagen in den ersten fünf Monaten die Einspeisevergütung zu streichen oder die Direktvermarktung für Strom aus Anlagen über 150 kW. Solche kontraproduktiven Vorschläge unterlaufen jede betriebswirtschaftliche Kalkulation. Wie bitte soll man in solchen Umfeldbedingungen Geschäftspartner, vor allem auch die Banken, überzeugen, weiter zu investieren? Das, meine Damen und Herren, ist keine Strompreissicherungspolitik, das ist eine Energiewendebremse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein in Niedersachsen und Bremen sind akut 5 000 Arbeitsplätze gefährdet, wie das MW letzte Woche mitteilte. Entsprechend mies war auch die Stimmung auf der Nationalen Maritimen Konferenz. Die einstmaligen Hoffnungsträger im Offshorebereich in Emden, Wilhelmshaven, Cuxhaven und Bremerhaven werden Sorgenkinder. Das darf nicht sein.

Meine Damen und Herren, natürlich muss Energie bezahlbar bleiben. Aber während der Bundesumweltminister von Kosten in Billionenhöhe schwadroniert, mahnt Klaus Töpfer völlig zu Recht: Wer die Diskussion über die Energiewende als eskalierende Preisdebatte führt, spielt mit der Zustimmung der Bevölkerung. - Das müssen und wollen wir verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Dr. Gero Hocker [FDP]: Wie denn?)

- Dazu kommen wir jetzt, Herr Hocker.

Die Realität ist doch: Seit 2000 ist der Preis für Öl um 20 Punkte stärker gestiegen als der für Strom. Nur rund ein Viertel der privaten Energiekosten sind Stromkosten, nur 5 % EEG-Kosten. Aber die Bundesregierung tut so, als liege beim EEG allein die Lösung. Dem ist keineswegs so. Da müssen wir doch die Kirche im Dorf lassen.

Der jüngste Anstieg der EEG-Umlage um 1,7 Cent ist größtenteils Folge beliebiger Umlagenbefreiung durch Schwarz-Gelb.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Oh!)

- Ja, das wissen Sie doch, das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen!

Inzwischen reden wir von über 2 000 Unternehmen. Nur wenige davon stehen im internationalen Wettbewerb. Können Sie mir erklären, wieso Wiesenhof oder McDonald's dazugehören, und warum die gefährdet sein sollten,

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

wenn sie die gleichen Preise wie die Konkurrenz aus dem Mittelstand zahlen müssten? - Gerecht ist das nicht. Meine Damen und Herren, diese Befreieritis muss doch endlich ein Ende haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Erneuerbaren wirken an der Strombörse kostensenkend, etwa 0,5 Cent pro kW/h. Davon profitieren allein die großen Unternehmen und die Energieversorger.

(Zuruf von Dr. Gero Hocker [FDP])

Warum hört man dazu von Ihnen eigentlich nichts, Herr Hocker? Sie haben ja gleich die Gelegenheit, etwas dazu zu sagen. Lassen Sie uns doch endlich auch die Vorteile gerecht verteilen.

Einen weiteren sinnvollen Vorschlag zur Senkung der Stromkosten haben Ministerpräsident Weil und Umweltminister Wenzel kürzlich gemacht: die Stromsteuer auf die Erneuerbaren zu erlassen. Als Verbrauchssteuer hat diese ohnehin keine regulierende Wirkung. Wenn man das machen würde, könnte der Strompreis um einen weiteren halben Cent gesenkt werden.

Meine Damen und Herren, das sind die Stellschrauben für bezahlbare Strompreise: Beschränkung der Befreiung von der EEG-Umlage und von den Netzentgelten - macht anderthalb Cent -, Berücksichtigung der strompreisdämpfenden Wirkung der Erneuerbaren - macht noch mal einen halben Cent -, Senkung der Stromsteuer um den Anteil der Erneuerbaren - noch mal ein halber Cent. Das alles sind faire, gerechte und vor allem sofort umsetzbare Vorschläge.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

So könnten die Strompreise um rund 2,5 Cent sinken und zugleich - das ist der entscheidende Punkt - der Ausbau der Erneuerbaren und die Energiewende dynamisch bleiben. Das wäre nicht nur gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch für Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist Zeit, zu handeln. Sie können uns dabei helfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Hocker das Wort.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Bajus, es ist, wie ich finde, offensichtlich, welchen Effekt Sie sich von Ihrer Aktuellen Stunde erhoffen: Sie haben Angst, dass Sie bei der Strompreisdiskussion sozusagen in die Defensive geraten, und fürchten, dass Sie an die Wand gespielt werden. Deswegen reichen Sie schnell eine Aktuelle Stunde ein, die das Wort Strompreise in der Überschrift trägt, und glauben, damit die Deutungshoheit zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, Sie hätten heute endlich mal das Übel wirklich bei der Wurzel packen können. Sie hätten etwas gegen die planwirtschaftlichen Strukturen sagen können, die sich bei der Energiewende abzeichnen. Sie hätten auch einmal benennen können, wo das Problem liegt, anstatt hier von Sozialtarifen zu schwadronieren. So gewinnt man nicht die Deutungshoheit.

Diese Betroffenheitsshow, die Sie hier abgeliefert haben, zeigt nur eines: Sie haben überhaupt kein Konzept, Sie haben keinen Plan, Sie sind komplett blank, Sie von den Grünen haben kein Papier, keinen Beschluss, um irgendetwas gegen die Strompreisentwicklung zu tun. Das war peinlich, Herr Bajus.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Sie wissen, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz jede Kilowattstunde Strom fördert, die eingespeist wird, egal, ob sie abgenommen und verbraucht wird oder nicht. Das ist eine Premiumsubvention, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen weht mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auch ein Hauch von Planwirtschaft durch Niedersachsen und durch Deutschland, der sich quasi wie Mehltau auf die Innovationsfreude in unserem Land legt und immense soziale Verwerfungen nach sich zieht.

Ich nenne nur eine Zahl: Im Jahre 2011 hat es einen Rekord gegeben, und zwar den Rekord der verschickten Mahnungen wegen nicht bezahlter Stromrechnungen. 6 Millionen Mahnungen wurden an Menschen verschickt, die die Stromrechnung nicht mehr haben bezahlen können. Das zeigt eins: Die Energiewende so, wie Sie sie mit einem starren Vergütungssystem wie dem EEG auf den

Weg gebracht haben, führt zu immensen sozialen Verwerfungen. Das ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist eben nicht mehr selbstverständlich, dass Kinder aus einkommensschwächeren Familien morgens eine warme Dusche haben können und abends, wenn sie nach Hause kommen, ihre Hausaufgaben in einer warmen Wohnung erledigen können.

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Das sind die sozialen Verwerfungen, zu denen Ihr EEG geführt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wer es sich leisten kann, Herr Bajus, schraubt sich eine Photovoltaikanlage aufs Dach. Die Zeche zahlt die Allgemeinheit. - Wo bleibt da bitte sehr die soziale Gerechtigkeit?

Allein im Jahre 2011 hat die zusätzlich installierte Photovoltaikleistung dazu geführt, dass dem Fiskus 600 Millionen Euro an Steuereinnahmen entgehen. 600 Millionen Euro! Ich spreche nur von der Leistung, die im Jahre 2011 installiert wurde. Ich spreche nicht über die Jahre 2010, 2009, 2008 usw. Ich spreche nicht von Windenergie. Ich spreche nur von Photovoltaikzubau in einem Jahr: 600 Millionen Euro! Sie müssen sich doch die Frage stellen, wie die Energiewende so zum Erfolg geführt werden kann. Sie machen keine Energiewende, sondern die größte Kapitalumverteilung seit dem Zweiten Weltkrieg zulasten derer, die sich ihr Einkommen mit ihrer Hände Arbeit erarbeiten müssen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

und zugunsten derjenigen, die sich einmal eine Photovoltaikanlage aufs Dach schrauben, sich dann zurücklehnen und darüber freuen können, wie ihr Vermögen wächst.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Herr Bajus, Sie haben, obwohl sie neu in diesem Hause sind, die grüne Rhetorik schon sehr gut angenommen. Wenn ich mich früher mit dem ehemaligen Kollegen und jetzigen Minister Wenzel über diese Frage gestritten habe, dann kamen immer zwei Argumente. Das erste Argument war: Herr Hocker, Sie müssen aber doch einmal dagegenrechnen, welche Kosten bei der Nutzung der Kernenergie für die Allgemeinheit entstehen. - Keine Frage: Diese Kosten

gibt es. Aber ganz ehrlich: Es ist peinlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute, im Jahre 2013, die explodierenden Strompreise damit zu erläutern, dass wir die Kernenergie genutzt haben, die sich jetzt in Abwicklung befindet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das zweite Argument der Grünen, das Sie, Herr Bajus, soeben bemüht haben, ist die Befreiung der energieintensiven Unternehmen von der Ökostromumlage.

(Glocke der Präsidentin)

Keine Frage: Golfplätze und Imbissbuden müssen nicht befreit sein. Darüber müssen wir uns überhaupt nicht streiten. D'accord.

Aber, ganz ehrlich: Gucken Sie einmal nach Niedersachsen! Gucken Sie sich einmal die Situation z. B. der Dow in Stade an. An diesem Unternehmen hängen - auch bei den Zulieferern im Umland - Tausende und Abertausende Arbeitsplätze. Tausende und Abertausende Arbeitsplätze sind davon abhängig, dass das Unternehmen von der Ökostromumlage befreit ist. Fahren Sie nach Salzgitter zur Salzgitter AG! Da haben Sie auch prominente ehemalige Vertreter aus dem Unternehmen. Fahren Sie nach Wolfsburg zu VW! Gucken Sie sich einmal an, wie die Situation dort, vor Ort, ist! Wir sind abhängig von diesen Industrien, die in Niedersachsen ansässig sind und die im Wettbewerb mit Unternehmen aus dem Ausland stehen. wo die Strompreise nur die Hälfte betragen. Deswegen ist das richtig und deswegen stehen wir zu dieser Befreiung von der Ökostromumlage.

Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie Ihre Fantasien von Planwirtschaft und von Ökodiktatur umsetzen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD und bei den GRÜNEN: Oh! - Glocke der Präsidentin)

Auch wenn es keiner gewesen sein will, meine sehr verehrten Damen und Herren: Grün regiert in Niedersachsen. Deswegen kommen Sie mit solchen lapidaren Erklärungen nicht mehr durch. Sie regieren jetzt! Jetzt müssen Sie endlich liefern, anstatt nur herumzuschwadronieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Bosse das Wort.

Marcus Bosse (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank an die Fraktion der Grünen, dass sie zu diesem Thema einen Antrag für die Aktuelle Stunde eingebracht hat. Ich denke, dass es eine ganz eindeutige Diagnose dafür gibt, dass wir uns mit diesem wichtigen Thema befassen müssen. Diese Diagnose, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann nur lauten: totales Versagen des Bundeswirtschaftsministers Philipp Rösler.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn die Bundesregierung in diesem Schneckentempo weitermacht, wird die Energiewende wahrscheinlich tatsächlich ein Jahrhundertprojekt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Frage der Netzsicherheit und Versorgungssicherheit führt bei vielen Unternehmen und vielen Bürgerinnen und Bürgern zu großer Unruhe. Diese Unsicherheiten hat letztendlich die schwarz-gelbe Bundesregierung zu verantworten. Dreieinhalb Jahre Versagen von Philipp Rösler! Völlig verlorene Zeit, wertvolle Zeit für die Energiewende, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der Bundeswirtschaftsminister hat zumindest zu dieser Frage - ich denke aber, auch zu vielen anderen Fragen an der Stelle - keine Antwort. Es gibt keinen Plan, es gibt keine Steuerungskompetenz, es gibt kein Management, und es geht bei diesen für den Bund, für das Land, für die Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger doch so wichtigen Fragen völlig chaotisch und unkoordiniert zu.

Die Bundesregierung muss zur kurzfristigen Dämpfung der Kosten der Energiewende eine Verständigung mit den Ländern und der politischen Opposition auf Bundesebene - mindestens auf Bundesebene - herbeiführen, und zwar konsensorientiert. Konsensorientiert deswegen, weil die Energiewende natürlich in mehreren Legislaturperioden aktuell sein wird.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Deswegen brauchen wir den Konsens. Hier gilt es, nicht mit dem Kopf durch die Wand zu fahren.

Auch dazu scheint diese Bundesregierung offenbar unfähig zu sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit Investoren nicht länger verunsichert und ihr Vertrauen nicht gänzlich zerstört wird, was letztlich die Kosten der Energiewende erhöht, ist der geplante Eingriff in die Vergütungsstruktur von Bestandsanlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien unbedingt zurückzunehmen. Die Befreiung für Unternehmen von EEG-Umlage, KWK-Umlage und Netzgebühren ist wieder auf den Kreis der Unternehmen zu konzentrieren, die mit hohen Energiekosten im internationalen Wettbewerb stehen und alle betriebswirtschaftlich rentablen Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt haben. Aber auch an der Stelle ist zu fragen: Was macht die Bundesregierung? - Die Bundesregierung steht auch an dieser Stelle wieder auf der Bremse, und zwar nicht nur deutschlandweit, sondern europaweit, meine Damen und Herren.

Die Energiewende muss letzten Endes auch eine Gerechtigkeitswende sein. Verbraucher und Unternehmen benötigen Vertrauen und Sicherheit in das System. Eine Stromsteuerbefreiung für den Grundverbrauch sollte den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen Teil der höheren Umsatzsteuereinnahmen durch die gestiegenen Strompreise zurückgeben und kurzfristig den Anstieg der Strompreise dämpfen. Zusätzlich sollten Maßnahmen, die die Energieeffizienz in privaten Haushalten steigern, unterstützt werden.

Wir brauchen letztendlich ein Modell, das im Zuge der steigenden Selbstversorgung mit Strom eine zuverlässige Finanzierung der Infrastruktur ermöglicht. Für die Erarbeitung eines neuen Strommarktdesigns ist zunächst eine belastbare Datenbasis der Energiekosten herzustellen. Schließlich sind bei diesem wichtigen Thema innerhalb der Bundesregierung völlig neue Strukturen aufzubauen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordinierung ermöglichen.

Doch nun, kurz, wirklich ganz kurz vor der Bundestagswahl, wird die Bundesregierung langsam rege. Es regt sich ganz langsam und sinnig. Da ist ja der 22. September. Jetzt muss ein bisschen Bewegung hineinkommen. - Wie heißt es doch so schön, meine sehr verehrten Damen und Herren? Am Abend werden die Faulen munter!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die vorgeschlagenen Maßnahmen der Bundesregierung senken den Strompreis nicht, sondern sie gefährden z. B. auch insbesondere im Bereich der Windenergie Milliardeninvestitionen und speziell hier in Niedersachsen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Hier gilt es anzusetzen. Niedersachsen ist in großem Maße auch und gerade von der Windenergie abhängig.

Ich stelle fest: Diese Bundesregierung ist unkalkulierbar, sie ist unfähig, sie ist nicht konsensbereit und verunsichert die Märkte sowie die Bürgerinnen und Bürger, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Bäumer. Sie haben das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Präsident, lesen Sie die Rede bitte noch einmal nach!)

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Titel dieser Aktuellen Stunde ist ja ziemlich hehre: "Strompreise fair gestalten, den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben". - Ich habe mich den ganzen gestrigen Abend gefragt, was denn da wohl kommt. Am Ende muss ich sagen: Herr Bajus, das war sehr viel heiße Luft und vermutlich der Versuch, Ihren Minister Wenzel heute noch einmal hier im Plenum reden zu lassen. Sie haben mir aber nicht erklären können, wie Sie die Strompreise fair gestalten wollen. Sie haben mir auch nicht erklären können, wie Sie dazu beitragen wollen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien vorankommt.

Wir haben gestern Abend auf dem Parlamentarischen Abend des Bundesverbandes Windenergie einiges zu dem Thema gehört. Mir ist in Erinnerung geblieben, dass in Niedersachsen die erneuerbaren Energien in den vergangenen zehn Jahren deutlich vorangekommen sind. Daran kann man sehen, dass wir Ihnen in Niedersachsen die Erneuerbaren aufgebaut haben. Im Grunde sind Sie jetzt in der Position, davon zu profitieren, dass wir in den vergangenen Jahren sehr viel Gutes gemacht haben. Niedersachsen ist führend im Be-

reich der erneuerbaren Energien. Wer hat es gemacht? Wir haben es gemacht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zu diesem Thema habe ich von Ihnen bislang noch keinen konstruktiven Beitrag gehört. Mein Kollege Dr. Hocker und ich haben miterleben können, wie Minister Wenzel im Umweltausschuss versucht hat, zu erklären, was seine Handlungsschwerpunkte in den kommenden fünf Jahren sein sollen. Ich muss konstatieren, es ist nicht viel gewesen, was mich begeistert hat. Ich habe nicht die Hoffnung, dass es Rot-Grün in Niedersachsen gelingen wird, die gute Arbeit der Vorgängerregierung fortzusetzen.

(Johanne Modder [SPD]: Da haben Sie recht!)

Herr Bajus, ich bin mit Ihnen einig darüber, dass es im Bereich der erneuerbaren Energien Verlässlichkeit braucht. Die braucht es aber nicht nur da, sondern die braucht es eigentlich überall. Nur da, wo die Dinge verlässlich sind, haben die Menschen den Mut, etwas in die Hand zu nehmen. Insofern gilt die Forderung nach Verlässlichkeit für den privaten Bereich, für den Bereich der erneuerbaren Energien, aber darüber hinaus auch für das Thema Landwirtschaft und für das Thema Torf.

Wenn Sie auf der einen Seite fordern, dass die Menschen, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind, sich darauf verlassen müssen, dass die Dinge, die einmal gegolten haben, weiter gelten, dann gilt das, Herr Bajus, auch für die Landwirtschaft, die vor wenigen Jahren vielleicht einmal Ställe gebaut hat und sich nun darauf verlassen muss, dass sie nicht im Nachhinein gezwungen wird, teures Geld in die Hand zu nehmen, das in der damaligen Kalkulation nicht vorgesehen war. Verlässlichkeit ja, aber wenn wir von Verlässlichkeit reden, dann gilt das für alle Menschen und nicht nur für die, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind.

Bundeskanzlerin Merkel hat nach dem Energiegipfel ganz klar und deutlich gemacht, dass es Verlässlichkeit gibt. Sie hat gesagt, dass es rechtsverbindlich zugesagte Vergütungen für Bestandsanlagen gibt und sie nicht angetastet werden. Sie hat auch gesagt, dass dies für Anlagen gilt, für die es bereits rechtsverbindliche Verpflichtungen gibt. Das heißt also, für den, der unterschrieben hat, der sich darauf eingelassen hat, etwas zu machen, gibt es Verlässlichkeit und Bestandsschutz.

Wenig hilfreich, Herr Bajus, war Ihr Hinweis, dass neben dem Strompreis auch der Benzinpreis gestiegen ist. Bei Benzin haben Sie eine Alternative. Sie können - gerade wenn Sie in der Stadt wohnen - statt des Autos den Bus nehmen. Aber haben Sie diese Möglichkeiten auch im Bereich des Stroms? - Sie haben sie nicht! Die Menschen, die Probleme haben, weil der Strompreis so dramatisch gestiegen ist, haben keine Alternativen; sie können das Licht auslassen, aber das wird wenig hilfreich sein.

Insofern haben wir ein Problem, und es ist zu wenig, zu sagen: Dann machen wir die EEG-Umlage eben ein wenig anders. Dann senken wir die Stromsteuer, dann nehmen wir die strompreisdämpfende Wirkung. All das sind Dinge, die Sie in einem großen Pott verrühren wollen. Sie verkennen dabei, dass wir beim EEG in der Tat ein Problem haben. Alle haben geglaubt, das ist ein großer Topf, in den viel hineinkommt und aus dem man sich frei bedienen kann. Diese Zeiten sind ab dem Moment vorbei, ab dem erneuerbare Energien auch in Deutschland eine zunehmend große Rolle spielen. Deshalb muss es erlaubt sein, über die Zukunft des EEG zu diskutieren; nicht mit Hektik, sondern mit Verlässlichkeit.

(Glocke des Präsidenten)

Wir müssen überlegen, wie es anders gehen kann. Denn so, meine Damen und Herren, wird es nicht weitergehen. Der Strompreis steigt und steigt, und wir als Politiker haben keine Antwort darauf. Wenig hilfreich ist es zu sagen: Das klappt schon irgendwie. - Das erinnert mich an die damalige Diskussion über den Jäger 90. Er war auch für alles gut. Er musste auch für alles verwendet werden. Geholfen hat es am Ende nicht.

Die Webfehler des EEG, Herr Bajus, hat Rot-Grün damals eingebaut. Insofern sind Sie für das, was heute passiert, verantwortlich.

(Renate Geuter [SPD]: Und warum haben Sie es nie verändert?)

Was ich an dieser Stelle - weil Sie ein Grüner sind, müssen Sie damit leben - überhaupt nicht haben kann, sind Schlagzeilen wie die in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* von heute. Da heißt es, dass die Energiegesellschaft grünen Gegenwind spürt.

Wenn sich ein Landkreis wie der Landkreis Osnabrück auf den Weg macht, über eine Energiegesellschaft in die Produktion von erneuerbarem Strom einzutreten, sind es die Grünen, die hier im Landtag sagen: Wir wollen erneuerbare Energien.

Da sind es die Grünen, die sagen: Nein, so wollen wir das nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie müssen überlegen, was Sie wollen. Halten Sie hier im Landtag keine hochtrabenden Reden. Tun Sie konkret etwas vor Ort. Wir tun das. Mit uns geht es weiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Wir haben eine Wortmeldung der Landesregierung. Herr Minister Wenzel, Sie haben das Wort.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bäumer, nach dem, was ich gesehen habe und Ihre Vertreter im Bund und in den Ländern verhandelt haben, hatte ich einen anderen Eindruck als den, den Sie hier vermittelt haben. Es ging um hektische und auch rückwirkende Kürzungen. Das hat große Verunsicherung ausgelöst.

Meine Damen und Herren, ich will an zwei Megatrends erinnern: zum einen an die Endlichkeit fossiler Ressourcen, zum anderen an den Anstieg des Anteils von CO₂ in der Atmosphäre und die Veränderung des Weltklimas, die an vielen Stellen der Erde leider bereits sehr deutlich spürbar ist, und zwar insbesondere in der Landwirtschaft.

Wenn wir alle unsere fossilen Ressourcen verbrauchen, dann wird unser Planet anders aussehen, als wir ihn heute kennen.

Was heißt all das für die Preisentwicklung? - Ein zentraler marktwirtschaftlicher Grundsatz ist: Bei gleicher oder steigender Nachfrage und sinkender Menge kommt es zu einem Preisanstieg. Das ist der Megatrend, den wir nicht einfach aushebeln können. Zum Beispiel haben sich die Heizölpreise für einen normalen Haushalt in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Von dieser Entwicklung können wir uns nur abkoppeln, wenn wir verlässlich auf erneuerbare Energien setzen. Das meine ich ernst: verlässlich und planvoll. Deswegen finde ich es problematisch, wenn es hier im monatlichen Rhythmus politische Vorstöße gibt, die alles Erreichte infrage stellen.

Das EEG war und ist das wichtigste politische und rechtliche Instrument zum Umbau der Energiever-

sorgung. Das EEG hat ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Planungssicherheit ermöglicht und hat viele Investoren - Bauern, Landwirte, Bürgerinnen und Bürger, Stadtwerke - dazu gebracht zu investieren. Weit über 50 % der Investitionen, die wir heute sehen, kamen genau aus diesen Bereichen.

Umso problematischer ist das Vorgehen der Bundesregierung, die das Vertrauen in die Förderbedingungen beschädigt hat. Insofern ist es erfreulich, dass die Pläne zunächst einmal zurückgestellt und kurzfristige Eingriffe vorerst gestoppt wurden. Aber wenn ich mir Ihre Redebeiträge hier und insbesondere den der FDP anhöre, dann muss ich erkennen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Die FDP-Pläne zur Einführung eines Quotenmodells bedeuten nichts anderes als eine Remonopolisierung der Energieversorgung. Die FDP- und CDU-Pläne zusammen würden eine Vollbremsung bei den Investitionen zur Folge haben. Ihre Kürzungspläne würden alle Offshoreplanungen von heute auf morgen zum Erliegen bringen, weil alle Banken die Risiken und die Margen neu verhandeln würden. Das ist für unsere Betriebe an der Küste ein Problem. Deshalb wollen wir an dieser Stelle Verlässlichkeit. Deswegen setzen wir darauf, hier zu einem parteiübergreifenden Grundverständnis zu kommen. Ihre Pläne würden 70 bis 80 % der Onshoreinvestitionen und damit die gesamte Energiewende ausbremsen.

Wir stehen zur Windkraft - onshore und offshore -, wir stehen zur Photovoltaik, und wir stehen auch zur Bioenergie in einem vernünftigen Rahmen. Wir stehen für Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Wir haben daher Vorschläge gemacht, die den Anstieg der Strompreise begrenzen sollen und begrenzen können.

Bei der Ablehnung der rückwirkenden Kürzungen sind wir uns auch mit Ihren Kollegen in Bayern einig. Wir wollen nicht gerechtfertigte Ausnahmen von der Umlage abbauen, aber an der Entlastung von Unternehmen festhalten, die im internationalen Wettbewerb stehen. Deshalb geht das, was Herr Hocker hier vorträgt, in die Irre.

Eine kurzfristige Entlastung könnte man bei der Stromsteuer schaffen. Das ist das weniger dynamische System. Dort könnten wir im Umfang dessen, was die erneuerbaren Energien heute im Netz ausmachen, Entlastung schaffen.

Unser Modell würde die Dynamik der Investitionen in erneuerbare Energien erhalten und Raum für eine vernünftige und verlässliche Weiterentwick-

lung des Strommarktdesigns schaffen. Das ist notwendig, um Gaskraftwerke für Lastspitzen am Netz zu halten und die Zeit für die Implementierung entsprechender Kapazitätsmärkte zu gewinnen.

Tragisch, meine Damen und Herren, ist das Vorgehen der Bundesregierung beim Emissionshandel. Sie lässt zu, dass das bislang einzige globale Instrument zur Wirkungslosigkeit verkommt. Dabei entsteht die schizophrene Situation, dass Gaskraftwerke abgeschaltet werden und Kohlekraftwerke weiterlaufen.

Wir haben die Hoffnung aber nicht aufgegeben, dass es hier im Rahmen einer parteiübergreifenden Verständigung noch gelingen kann, die wichtigsten Weichen zu stellen, um Planungssicherheit zu schaffen. Da sind wir jederzeit gesprächsbereit, Herr Bäumer, Herr Hocker.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister Wenzel. - Damit ist die Besprechung zu Punkt b beendet.

Ich eröffne die Besprechung zu Punkt c der Aktuellen Stunde:

c) Qualifikation war gestern #Pistorius #Polizeipräsident #Parteibuch - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/100

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Christian

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

"Der fatale Eindruck einer rot-grünen Polizei zieht das Ansehen der gesamten Polizei in Mitleidenschaft. Der neue SPD-Innenminister Boris Pistorius stellt offenbar die Versorgung politisch Nahestehender … über das Renommee der Polizei in Niedersachsen."

So die Nordwest-Zeitung vom 4. April 2013.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

"Schon als Oberbürgermeister in Osnabrück fiel Boris Pistorius nicht durch ein glückliches Händchen in Personalfragen auf. ...

Als Mitglied der Landesregierung scheint es nicht besser zu werden. Insbesondere die Absetzung Heike Fischers ohne handfeste Gründe beschädigt nicht nur die beliebte Beamtin, sondern auch den Minister."

So die Neue Osnabrücker Zeitung vom 4. April 2013.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nirgendwo hat man Verständnis für diese Entscheidung. In Oldenburg wird der "erfolgreiche Ermittler und Behördenleiter" - so die *NWZ* - Hans-Jürgen Thurau abgesetzt, in Hannover muss mit Axel Brockmann ein engagierter Kämpfer gegen die Hells Angels und gegen Rechtsextreme seinen Stuhl räumen, und in Osnabrück wird die - Zitat aus der *NOZ* - "beliebte" und junge Polizeipräsidentin Heike Fischer geschasst.

Ich sage Ihnen das ganz deutlich: Wir wollen eine Verwaltung, in der Leistung zählt, in der Menschen Verantwortung übernehmen und sich über das normale Maß hinaus engagieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie, Herr Pistorius, haben drei Menschen für ihr Engagement abgestraft. Ihnen, Herr Pistorius, ging Parteibuch vor Personalakte. Dafür hat niemand Verständnis. Das ist ein Angriff auf alle Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hier werden verdiente und engagierte Führungskräfte aus rein parteipolitischen Gründen ausgetauscht.

Dann kam noch das Argument, zwei von den Neuen seien in der SPD, nicht alle drei.

(Lachen bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Sie werden damit auch den neuen Polizeipräsidenten nicht gerecht. Denn anstatt ernsthafte Gründe für den Austausch zu nennen, heften Sie ihnen auch noch öffentlich den Makel an, dass nicht etwa bessere Kompetenz, sondern vor allem das Parteibuch entscheidend war. Es bleibt der Eindruck, dass schamlos eigene Genossen bedient werden sollen. Herr Pistorius, Sie machen Niedersachsen zur rot-grünen Bananenrepublik.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Rot-Grün ist angetreten für mehr Dialog. Axel Brockmann erfuhr per Handy während einer Podiumsdiskussion, dass er abserviert wird.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich! - Jörg Hillmer [CDU]: Das ist doch kein Stil!)

Rot-Grün ist angetreten für mehr Transparenz. Minister Pistorius weigert sich hartnäckig, Gründe für das Hire and Fire bei der Polizei zu benennen.

Rot-Grün ist angetreten für mehr Frauen in Führungspositionen. Mit Heike Fischer wird eine herausragende weibliche Führungskraft einfach rausgeschmissen und durch einen SPD-Mann ersetzt.

(Gabriela König [FDP]: Ganz genau!)

"An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" Sie hatten den Landesbischof bei Ihrer Klausurtagung zu Gast, Herr Weil. Hätten Sie ihm einmal zugehört!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Und dann, meine Damen und Herren, beklagen Sie öffentlich, dass das Geld der neuen Landesregierung vorne und hinten nicht reiche. Aber wer bereit ist, allein in dieser einen Personalsache 1 Million Euro zum Fenster hinauszuwerfen - so viel kostet dieser vorzeitige Ruhestand die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nämlich -, der braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn er mit dem Geld anderer Leute nicht hinkommt.

Das Postengeschacher dieser Regierung, das jetzt in der Staatskanzlei seine fröhliche Fortsetzung findet, ist nicht nur politisch unwürdig. Herr Weil, Sie haben sich vorhin gewundert, dass die rechte Seite des Plenums gelacht hat, als Sie gesagt haben: Erst das Land, dann die Partei. - Das Gegenteil ist der Fall: Erst die SPD, dann Niedersachsen. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Um es klar zu sagen: Es ist nicht verboten, politische Beamte auszutauschen.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wir hätten uns aber niemals träumen lassen, dass eine Landesregierung diese Regelung derart missbrauchen würde. Herr Pistorius wird nicht müde, zu betonen: Es lag weder an der Integrität der Beamten noch an deren Kompetenz. - Ich sage Ihnen deutlich: Wir müssen bei dieser Landesregierung

ernsthaft überlegen, die Regelung zu verschärfen und klare Kriterien für politische Beamte einzuführen. Es darf nicht dazu kommen, dass einzig und allein das Parteibuch entscheidet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Schluss: Herr Weil, wir regen uns hier nicht nur darüber auf, dass Sie willkürlich Polizeipräsidenten austauschen.

(Johanne Modder [SPD]: Sie wissen schon, worüber Sie reden?)

Die Hälfte der ersten 100 Tage ist jetzt herum. Wir denken nur eine Sekunde daran zurück, wie Schwarz-Gelb 2003 angefangen hat. Die einzigen beiden Botschaften, die diese Landesregierung bisher ausgesandt hat, bestanden darin, erstens bewährte und erfolgreiche Topbeamte auf Steuerzahlerkosten zu feuern und zweitens die Eigenbedarfsgrenze von Cannabis von 6 auf 10 g zu erhöhen. Ich frage mich: Was wollen Sie den Menschen in Niedersachsen eigentlich sagen? - Ich kann nicht akzeptieren, dass diese Regierungsarbeit nur noch schönzurauchen ist, meine Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort zum gleichen Punkt hat Frau Kollegin Meta Janssen-Kucz.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dürr, bleiben Sie einfach auf dem Teppich! Werden Sie ein bisschen ruhig! Das tut Ihnen gut in jungen Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben für die Aktuelle Stunde eine interessante Überschrift gewählt. Ich würde sagen, sie ist nicht ganz korrekt. Vielleicht hätte sie lauten sollen: "#Gestern war #Schwarz-Gelb #Ministerialverwaltung #Parteibuch. Gerade die Qualifikation in den letzten 300 Regierungstagen von Schwarz-Gelb #Fehlanzeige".

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die schwarz-gelbe Landesregierung hat die politischen Beamten eingeführt. Sie haben davon umfassend Gebrauch gemacht. So haben Sie z. B. die ehemaligen Polizeipräsidenten in Weser-Ems und in Oldenburg "mit der richtigen Chemie" - O-Ton ehemaliger Innenminister Schünemann - besetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Genau so!)

Des Weiteren kann, glaube ich, jeder Einzelne von uns hier im Saal Ihnen Beispiele nennen, wie vor Ort Besetzungen nach Parteibuch stattgefunden haben. Fragen Sie die Kollegen hier und dort!

(Zurufe von der CDU: Wo denn?)

Sie haben die schwarz-gelben politischen Beamten gewollt und eingeführt, und zwar nicht nur im Polizeibereich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es kommt noch besser: Als die Umfragen 2011 den Regierungswechsel prognostizierten, als sich die FDP schon als außerparlamentarische Opposition sah, wurde gerade in dieser FDP, die hier heute über Qualifikation schwadroniert, ganz, ganz emsig gearbeitet - Sie haben ganz emsig Ihre Bekannten und Freunde aus dem Dunstkreis der Liberalen in den Ministerien und in den Behörden untergebracht. Erstaunlicherweise - lesen Sie einmal den *rundblick* aus dem letzten Jahr - reichte es in vielen Fällen - ob CDU- oder FDP-Parteibuch sogar noch für eine Verbeamtung vor der Landtagswahl. Wer im Glashaus sitzt, sollte also nicht mit Steinen schmeißen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die CDU war clever genug, das nicht als Thema für die Aktuelle Stunde zu nehmen und sich nicht dieses Kuckucksei ins Nest zu legen; denn auch die CDU hat genau so Positionen für ihre Freunde gefunden. Auch sie hat Wege gefunden, wie man die Beamten absichert. Es gab interessante Tricks. Mittlerweile stehen in manchen Ministerien hinter hoch dotierten Posten kw-Vermerke: "künftig wegfallend". Sollten wir diese Beamten versetzen wollen, ist die ganze Stelle weg, wären in Teilen ganze Referate weg. So hat es Schwarz-Gelb gemacht!

Meine Damen und Herren, kommen wir zu den Polizeipräsidenten zurück. Es ist selbstverständlich, dass ein Minister in der Öffentlichkeit keine konkreten Gründe für den Wechsel von politischen Beamten nennt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist selbstverständlich. Man sollte Personen schützen. Auch Sie sollten das tun. Sie wollen ja immer so korrekt sein. Dann seien Sie korrekt!

Ich nenne Ihnen den Fall Landrat Höbrink. Wie hat sich der Innenminister Schünemann da verhalten?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich nehme das Wort nicht in den Mund. - Man hat als Regierung einen Auftrag. Den hat man zu schützen, und man hat Personen zu schützen. Grundsätzlich geht es um die Übereinstimmung in wichtigen zentralen Fragen der polizeilichen Arbeit und um Strategien. Damit werden Sie sich hier und heute und auch weiterhin zufriedengeben müssen. Ihre Spekulationen haben ja einiges ausgesagt.

(Glocke des Präsidenten)

Sie sehen: Uns geht es um eine adäquate Neubesetzung weiterhin mit qualifiziertem Personal und um die politische Übereinstimmung.

(Jens Nacke [CDU]: Was haben Sie gegen Herrn Thurau? Das sagen Sie einmal!)

Alle politischen Beamten, die wir abgelöst haben bzw. die selbst einen Antrag auf frühzeitige Ablösung gestellt haben, haben ihre Aufgaben im Interesse des Landes ausgeübt. Dafür sagen wir ihnen hier und heute ein Dankeschön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Weil er krank ist! Weil er Krebs hat! Das ist doch peinlich!)

Meine Damen und Herren, noch ein Satz zur Frauenquote: Ja, das ist unser Ziel, und daran halten wir fest.

(Zuruf von Christian Dürr - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das schließt aber nicht aus, Herr Dürr, dass wir Frauen genau so behandeln wie Männer.

(Lachen bei der CDU und bei der SPD)

Frauen kommen in Spitzenpositionen, weil sie Frauen und hoch qualifiziert sind.

(Glocke des Präsidenten)

Gerade Sie, die diesen Kuhhandel auf Bundesebene eingegangen sind, sollten gar nicht über Frauenquote und Frauenförderung reden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, noch ein Satz: Wenn es inhaltliche Differenzen zwischen politischen Beamten und dem Minister gibt, gilt für Frauen das Gleiche wie bei Männern. Das ist Gleichberechtigung. Wenn Sie uns hier daraus einen Strick drehen wollen, dann ist das schon aberwitzig.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass wir in Sachen Personalentwicklung noch viel zu tun haben. Ich sehe aber auch die vielen hoch qualifizierten Frauen im Lande. Die werden in den nächsten Jahren die Führungspositionen besetzen. Für uns gilt: Qualifikation ja, bürgerfreundliche Polizei ja, Parteibuch nein.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Sie müssen zum Schluss kommen, Frau Janssen-Kucz!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Das war gestern mit Ihren Parteibüchern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt Frau Jahns von der CDU-Fraktion aufrufe, eine kurze Bemerkung: Dies ist natürlich eine emotionale Debatte. Trotzdem bitte ich, jetzt der Rednerin zuzuhören. Es war sehr laut. Man hatte auch von hier aus wirklich Probleme, der Rednerin zuzuhören. Ein Parlament lebt dadurch, dass es hier ordentliche Beiträge gibt und dass auch Zwischenrufe gemacht werden. Das ist keine Frage. Ich werde aber beim nächsten Mal eingreifen. - Das Wort hat Frau Jahns.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde wurde von der FDP mit "Pistorius, Polizeipräsident, Parteibuch" betitelt. Ich könnte diese Begrifflichkeiten noch mit den Worten "Para-

digmenwechsel, Pleiten, Pech und Pannen, Pistorius" weiter fortführen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: Ja, genau!)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Landesregierung hat sich bisher dadurch ausgezeichnet, vieles anzukündigen, vieles zu versprechen, aber nichts Konkretes vorzuweisen. Ich will dafür auch Beispiele nennen.

Fangen wir mit dem angekündigten Paradigmenwechsel in der Asylpolitik an. Die erste Abschiebung, die in diesem Lande anstand, war eine einzige Katastrophe. Es ist von daher unglaublich, von einem Paradigmenwechsel zu reden. Meine Damen und Herren, statt dafür die Verantwortung zu übernehmen - das ist nämlich auch ein Stück Personalpolitik -, sagt der Innenminister, die Schuld an dieser Misere hätten seine Mitarbeiter im Innenministerium. - Meine Damen und Herren, das ist unglaublich. Das ist ein Stil von Personalpolitik, den man nur verachten kann. Man hat als Minister selbst die Verantwortung dafür zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt aber noch weitere Beispiele. Kommen wir zu der Person von Frau Schröder-Köpf. Im Wahlkampf angekündigt, mit großartigen Positionen und sogar als Ministerin gehandelt, hat man letztendlich zwei Monate gebraucht, um irgendeine Position für sie zu finden, um eine Anordnungsstelle zu finden. Sie ist jetzt an die Staatskanzlei angedockt. Man hat überlegt, ob sie im Innenministerium angedockt werden soll.

(Zurufe von der SPD)

Das war ein einziges Tohuwabohu. Kein Mensch wusste am Anfang: Was machen wir eigentlich mit ihr?

(Petra Tiemann [SPD]: Wir schon! Sie nicht!)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Zwei Monate haben Sie gebraucht. Sie haben gerade noch rechtzeitig am Dienstag im Kabinett diesen Beschluss gefasst, um wenigstens für die heutige Landtagssitzung noch etwas vorweisen zu können.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Können Sie mal zur Sache reden?)

- Das gehört zur Personalpolitik.

Ich darf es noch einmal erläutern. Frau Schröder-Köpf ist Integrationsbeauftragte, meine Damen und Herren. Sie ist aber nicht einmal Mitglied des Innenausschusses, in dem auch Integrationsfragen, Asylfragen und Fragen der Härtefallkommission behandelt werden. Sie ist nicht Mitglied im Sozialausschuss, in dem ebenfalls Integrationsfragen behandelt werden. Sie haben sie nicht als Vertreterin für die beiden klassischen Ausschüsse benannt. Sie setzen sie an den Katzentisch und sagen, sie dürfe dort Gast sein. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, kommen wir zu der Personalpolitik bezüglich der Polizeipräsidenten. Der Innenminister entlässt drei verdiente Beamte, die sich durch hervorragende Arbeit ausgezeichnet haben.

(Johanne Modder [SPD]: Manche sagen so, und manche sagen so!)

Außer Spesen ist bei dieser Landesregierung bisher nichts gewesen. Darauf muss ich jetzt noch einmal hinweisen. Selbst der Bund der Steuerzahler kritisiert dies auf das Schärfste und sagt: Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass jemand entlassen wird, ohne dass ihm etwas Nachteiliges nachgewiesen werden kann. - Nach dem Beamtenrecht ist das natürlich möglich; das ist so. Aber das kostet dieses Land wahnsinnig viel Geld. Wir haben es vorhin gehört: mindestens 1 Million Euro. Eine Beamtin, eine hoch qualifizierte Frau, wird abgesägt, die mit 50 Jahren noch viele positive Entscheidungen vor Ort hätte treffen und Handlungen hätte vornehmen können.

(Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle, Herr Pistorius: Die IHK Osnabrück - das ist ja wohl Ihr Heimatbereich - hat gerade erst im April noch eine Zeitschrift herausgegeben, in der Frau Fischer als Frau in einer Führungsposition besonders hervorgehoben worden ist. - Ich darf an dieser Stelle sagen: Sie setzen hier - auch mit Unterstützung der Grünen, was mich wirklich wundert - keine Frauen ein. Stattdessen setzen Sie die einzige Frau, die wir wirklich noch in einer Führungsposition haben, ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, Sie haben Ihre Entscheidung mit einem Mangel an politischer Übereinstimmung in zentralen Fragen begründet. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. (Björn Thümler [CDU]: Unglaublich!)

Sie sägen eine Frau mit der Äußerung "ein Mangel an politischer Übereinstimmung in zentralen Fragen" ab. Das heißt - liebe Hanne Modder, jetzt muss ich auch Sie einmal angucken -: Sie haben im Innenausschuss keine einzige Frau mehr.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb muss man sich einmal fragen: Was machen Sie denn mit der Frauenförderung? Wo sind denn Ihre Frauen?

(Johanne Modder [SPD]: Das lasse ich mir von der CDU überhaupt nicht sagen!)

Das ist unglaublich!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Wo ist denn Ihre Vizepräsidentin geblieben? Wo ist Frau Vockert geblieben? Wo ist die denn geblieben?)

Ich darf Ihnen zum Schluss sagen: Das, was Sie hier mit Unterstützung der Grünen, die das immer als Heiligtum verkündet haben, an Frauenförderung betreiben, ist eine Blamage für alle, die hier in Regierungsfunktion sind.

(Johanne Modder [SPD]: Ihr müsst ganz ruhig sein! Was habt ihr denn mit Astrid Vockert gemacht? - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Jahns, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Angelika Jahns (CDU):

Zum Schluss meiner Rede darf ich Ihnen, Herr Minister Pistorius, noch einmal sagen: Sie gehen in die Geschichte dieses Landes als Abschiebeminister ein - nicht im Asylbereich, aber beim hoch qualifizierten Personal!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank.

Angelika Jahns (CDU):

Weil Sie ja so gut im Austeilen sind, können Sie, glaube ich, auch gut einstecken. Ich habe Ihnen als symbolische Geste ein rotes Parteifilzbuch

mitgebracht. Ein bisschen grün ist daran, weil die Grünen an dieser Entscheidung ja mit beteiligt sind.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Jahns!

Angelika Jahns (CDU):

Darin steht "Zu den Akten gelegt sind die drei Polizeipräsidenten" und natürlich auch - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Jahns, kommen Sie bitte zum Schluss! - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Angelika Jahns [CDU] überreicht Innenminister Pistorius das Buch - Unruhe -Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir setzen die Besprechung fort. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Ulrich Watermann.

(Zurufe - Anhaltende Unruhe)

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ausgebellt? - Angesichts Ihres Klamauks auf Ihrer Seite muss man sich ernsterweise fragen: Wie ernst nehmen Sie es denn eigentlich? Wie ernst nehmen Sie es eigentlich mit der Polizei? Wie ernst nehmen Sie es eigentlich mit der Frauenförderung? Ist es wirklich so, dass Sie das hier an einem Tag zum Thema machen müssen, an dem verkündet wird, dass Sie auf Bundesebene eingeknickt sind? Ist heute wirklich der Tag, an dem Sie sich bei der Rede der Kollegin Jahns wirklich frauenfreundlich und vorbildlich verhalten haben? Wollen Sie uns hier in diesem Saal wirklich etwas von Innenpolitik erzählen?

(Jens Nacke [CDU]: Ja! Kabinett, Staatssekretäre, Aufsichtsräte! Polizeipräsidenten! Sie sind frauenfeindlich! Das ist die Wahrheit!)

- Herr Nacke, hören Sie doch einfach erst einmal zu und hören Sie auf, hier herumzubellen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Einen kleinen Moment, Herr Watermann! Herr Watermann, eine Sekunde! In dieser emotionalen Debatte habe ich viel zugelassen. Wir müssen aber respektieren, dass man dem Redner jetzt zuhört. Das gilt im Übrigen für beide Seiten.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist schwer bei Herrn Watermann! - Weitere Zurufe)

- Ihre Zwischenrufe habe ich auch gehört, liebe Kollegin.

Ich glaube, wir sollten jetzt wieder ein bisschen Ruhe einkehren lassen. Herr Watermann, Sie haben das Wort. Dann gucken wir weiter. Sonst muss ich von hier oben aus eingreifen. Wir müssen uns gegenseitig akustisch verstehen können.

Ulrich Watermann (SPD):

Ja, wir werden uns gegenseitig hören. Verstehen kann ich das, was hier vorgeführt wird, aber nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie denn schon vergessen, wer Polizeipräsidenten als politische Beamte eingeführt hat und gegen welchen Widerstand sie eingeführt worden sind? Wo war denn die FDP, als der Minister diese politischen Beamten damals gegen die Polizei und gegen das eigene Haus eingeführt hat? - Wer politische Beamte einführt, der führt damit auch ein, dass sie so abgelöst werden, wie es jetzt vorgekommen ist. Das war doch selbstredend.

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie denn schon vergessen, was mit dem Chef der niedersächsischen Polizei, Herrn Bruns, passiert ist? Kein Parteibuch? Keine Versetzung in den Ruhestand? - Von denen, die Sie damals eingesetzt haben, haben Sie selbst welche in den Ruhestand versetzt. Der Innenminister hat nichts anderes als Parteipolitik gemacht, er hat in seinem Innenministerium nichts anderes als inhumane Ausländerpolitik gemacht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Allergrößte ist ja, dass Sie das alles vermischen und durcheinanderbringen, nur weil diese Regierung den richtigen Weg beschreitet. Diese FDP entdeckt nun auf einmal etwa bei den Ener-

giekosten die soziale Gerechtigkeit und beim Bürgerrecht die Liberalität.

(Christian Dürr [FDP]: In welcher Aktuellen Stunde sind Sie eigentlich?)

Haben Sie schon einmal festgestellt, dass Sie das nur theoretisch machen und praktisch nie vollziehen? Haben Sie eigentlich schon einmal festgestellt, dass Sie bei Steuersenkungen theoretisch und praktisch gut sind?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie gaukeln hier der Öffentlichkeit vor, dass Sie jetzt einen guten neuen Weg gehen. Nein, Sie wollen sich von dem verabschieden, was Sie hier zu verantworten haben, nämlich von einer Innenpolitik mit diesem Innenminister, über den der Alt-Ministerpräsident gesagt hat: Der ist schuld daran, dass wir verloren haben!

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Natürlich hat er das gesagt!

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Dieser Minister ist ein guter Minister.

(Christian Dürr [FDP]: Wer die ganze Wahrheit kennt ...!)

Und ich sage Ihnen ganz deutlich: Ihre Amtszeit ist "Pleiten, Pech und Pannen", da steht "Schünemann" dran. Wir hingegen machen eine praktische, präzise und perfekte Politik, und dafür steht Pistorius.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, mir ist gerade mitgeteilt worden, dass hier ein Zwischenruf gelaufen ist, der nicht statthaft war. Wir müssen das prüfen, weil wir es hier nicht gehört haben. Wir werden das im Protokoll nachlesen, und dann werden wir entsprechend verfahren.

Das Wort hat jetzt der Innenminister Boris Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal an die Adresse von Herrn Dürr: Sehr geehrter Herr Dürr,

entgegen einer landläufigen Meinung stärkt die Lautstärke des Vortrags keineswegs die Kraft der Argumente.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Ja, Herr Lehrer Pistorius!)

Zweite Bemerkung. Es ist schon wirklich ein besonderer Vorgang, dass sich Herr Dürr hinstellt und die Aktuelle Stunde mit Zitaten aus zwei regionalen Zeitungen einleitet, und zwar Bezug nehmend auf zwei Kommentare von zwei Kommentatoren, die an der Pressekonferenz, die ich zum Thema Polizeipräsidenten abgehalten habe, nicht teilgenommen haben.

(Jens Nacke [CDU]: Medienschelte!)

- Das ist keine Medienschelte. Ich stelle fest, sie haben etwas kommentiert, obwohl sie nicht dabei waren. Wenn sie dabei gewesen wären, hätten sie die umfassende Darstellung meines Vortrags aufnehmen können.

(Jens Nacke [CDU]: Sie sind ein Anfänger, Herr Minister!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, politische Beamtinnen und Beamte - das ist bereits deutlich geworden - sind seit langer Zeit fester Bestandteil des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen und in Deutschland.

(Jens Nacke [CDU]: Sie verstehen zu wenig von Politik! Das ist die Wahrheit!)

Bund und Länder setzen sie in unterschiedlichster Weise ein. Politische Beamte sind Beamtinnen und Beamte in Schlüssel- und Spitzenstellungen. Sie stehen an der Nahtstelle zwischen Politik und Verwaltung und gewährleisten den Übergang von der politischen Spitze in die Verwaltung. Dadurch können sie besonderen Einfluss nehmen, meine Damen und Herren. Sie unterscheiden sich damit wesentlich von den übrigen Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

"Bei einem Polizeipräsidenten als Leiter einer Flächendirektion beispielsweise liegt es auf der Hand, dass dieser eine besondere Vertrauensposition im Verhältnis zu dem für die innere Sicherheit zuständigen Minister aufweisen sollte."

Das ist nicht von mir, sondern von Herrn Schünemann,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aha!)

und zwar aus der Landtagsdebatte im Januar 2011, als es um eine Anfrage ging.

Dem ist zunächst schon fast nichts mehr hinzuzufügen. Ich tue es aber trotzdem: Diese politischen Beamten nehmen Aufgaben wahr, die in besonderer Weise das Vertrauen der jeweiligen Regierung erfordern. Ist dieses besondere Vertrauensverhältnis nicht mehr gegeben oder garantiert, können politische Beamte jederzeit und - ich betone das ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

(Jens Nacke [CDU]: Das entscheiden Sie nach Parteibuch, oder?)

Ein klassischer Grund für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand von politischen Beamten liegt z. B. vor, wenn die Beamtin oder der Beamte nicht mehr oder nicht zu 100 % mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen einer Regierung übereinstimmt.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Weiterer Zuruf von der CDU: Oder mit der Partei!)

- Sie haben nicht richtig zugehört. Ich habe nicht gesagt "mit einer Partei", sondern "mit einer Regierung". Das ist immer noch ein Unterschied.

(Jens Nacke [CDU]: Da machen Sie doch gar keinen Unterschied! - Weitere Zurufe von der CDU)

Daher, meine Damen und Herren - - -

(Unruhe)

Herr Präsident, wer hat das Wort?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Sie haben das Wort.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport: Danke.

(Zuruf von der CDU: Machen Sie es doch mal konkret!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie noch einmal, dem Minister zuzuhören. Durch diese Zwischenrufe - die erlaubt sind, gar keine Frage - stören Sie wirklich erheblich. Das trägt im Moment

nicht dazu bei, dass wir in der Debatte vorankommen. Es möge bitte jeder Einzelne für sich bedenken, wann er einen Zwischenruf äußert. Jetzt haben wir eine Sachdarstellung, auf die wir alle gespannt sind.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport: Vielen Dank, Herr Präsident.

Daher sieht das Beamtenstatusgesetz nun einmal die Möglichkeit vor, politische Beamte jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzen zu können. Und ich füge hinzu: laut Gesetzeswortlaut ohne vorherige Anhörung und ohne Begründung - das nur für diejenigen, die die Gesetzestexte nicht zu Ende lesen.

In diesem Kontext füge ich hinzu, weil das immer wieder behauptet wird: Herr Brockmann hat nicht per Anruf von seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand erfahren. Dieser Anruf hat ihn lediglich davon in Kenntnis gesetzt, dass die Pressekonferenz vorgezogen wurde. Das persönliche Gespräch hatte bereits vorher stattgefunden. Dies nur zur Klarstellung für all diejenigen, die gerne an Legenden hängen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die vorherige Niedersächsische Landesregierung hat im Jahr 2004 die Entscheidung getroffen - Sie waren das, meine Damen und Herren -, die Ämter der Polizeipräsidenten als politische Beamte einzurichten.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wollen Sie das rückgängig machen?)

Begründet wurde dies damit, dass die Amtsausübung eines Polizeipräsidenten eine fortdauernde Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Landesregierung erfordert. Damit sollte sichergestellt werden, dass das besondere Vertrauensverhältnis zur jeweiligen Landesregierung jederzeit und umfassend gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, die Polizeidirektionen wurden unter der Verantwortung der Fraktionen von FDP und CDU eingeführt. Im Zuge dieser Einrichtung hat die Landesregierung alle zu vergebenden Positionen seinerzeit mit Beamten besetzt, denen sie ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Landesregierung zugetraut hat.

(Johanne Modder [SPD]: Ja, und die das Parteibuch hatten!)

Trotzdem hat die vorherige Landesregierung im Laufe der darauffolgenden Jahre von der Möglichkeit Gebrauch gemacht - übrigens auch ohne Angabe von Gründen -,

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Ja, genau!)

diese Polizeipräsidenten teilweise wieder abzuberufen, weil das zunächst bestehende Vertrauensverhältnis offensichtlich doch nicht mehr gegeben war. In dem Kontext hat Herr Schünemann davon gesprochen, dass die Chemie nicht stimme. - Das ist ein bemerkenswerter Grund, wenn es denn einer ist.

In diesem Zusammenhang fällt mir etwas ein. Wissen Sie eigentlich, was ein Pharisäer ist? - Ich meine das nordfriesische Nationalgetränk, das mit einer Sahnehaube versucht zu verdecken, was es in Wirklichkeit ist. So, meine Damen und Herren, kommen Sie mir vor. Das, was Sie hier machen, ist pharisäerhaft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Bei einem Regierungswechsel, wie wir ihn jetzt in Niedersachsen erfreulicherweise vollzogen haben, können im Übrigen zum Beispiel auch Zweifel an der Effizienz des bisherigen Amtsinhabers - ich betone: zum Beispiel - die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand rechtfertigen.

Übrigens: Soweit das politische Vertrauen bei den Leitungen der Polizeidirektionen gegeben war, bestand kein Grund, die Beamtin oder den Beamten in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

(Glocke des Präsidenten)

Ob ein solches Vertrauensverhältnis bestand oder nicht, hat die Landesregierung unabhängig von einer etwaigen - bitte aufmerksam zuhören! - Parteizugehörigkeit beurteilt. Die Parteizugehörigkeit war kein Auswahlkriterium bei der Besetzung dieser wichtigen Position, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Reiner Zufall! - Weitere Zurufe von der CDU)

Dies sehen Sie - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Pistorius, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Wir sind in den Fraktionen übereingekommen, dass sich die Landesregierung, wenn sie in der Aktuellen Stunde redet, auch an die Redezeit von fünf Minuten hält. Sie sind jetzt bei sechs Minuten.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Wir haben durch die Zwischenrufe Unterbrechungen gehabt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ja, das zählen wir aber nicht. - Herr Minister, Sie haben das Wort, keine Frage. Es gibt aber die Möglichkeit, dass die Fraktionen dann auch noch einmal das Wort bekommen.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport: Das soll mir recht sein.

Dies sehen Sie übrigens auch daran, dass die Landesregierung - auch das ist ein Erkenntnisgewinn, wenn Sie denn zuhören -, die Mehrzahl der amtierenden von der Vorgängerregierung eingesetzten Polizeipräsidenten im Dienst belassen hat.

(Jens Nacke [CDU]: Was für ein Oberlehrer!)

- Ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht.

Es liegt allerdings in der Natur der Sache,

(Ulf Thiele [CDU]: Dass Sie das nicht verstehen!)

dass die Polizeipräsidenten wegen der Art ihrer Aufgaben und des besonderen Verhältnisses auch zugleich der Regierungspartei angehören können - aber doch keineswegs müssen, meine Damen und Herren. Alle neuen Polizeipräsidenten sind hoch qualifiziert. Sie verfügen über langjährige Erfahrungen in den verschiedensten Positionen.

(Angelika Jahns [CDU]: Wir reden ja von den Geschassten!)

Sie haben ihre Kompetenz in unterschiedlichsten Verwendungen unter Beweis gestellt.

Wir werden - nur damit Sie es wissen; das haben wir auf der letzten Behördenleitertagung am Montag als Arbeitsauftrag erteilt - eine gezielte Personalentwicklung zur Förderung von Frauen auflegen, weil wir festgestellt haben, dass es nicht genügend Frauen in Führungspositionen der Polizei aibt.

(Christian Dürr [FDP]: Doch, Frau Fischer!)

Und das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf an dieser Stelle den ausgeschiedenen Polizeipräsidenten und der ausgeschiedenen Polizeipräsidentin für ihre Arbeit danken und wünsche den drei neuen Polizeipräsidenten viel Erfolg in der gemeinsamen Arbeit mit dieser Landesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Was für ein peinlicher Oberlehrer!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, vielen Dank. - Es waren doch fast drei Minuten. Frau Jahns hat sich gemeldet und möchte gerne für ihre Fraktion sprechen. Anderthalb Minuten!

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Pistorius, Sie haben eben erläutert, dass die Inkenntnissetzung der abgesetzten Polizeipräsidenten vorher erfolgt sei und dass z. B. Herr Thurau nicht nur telefonisch informiert worden sei, sondern dass er telefonisch über eine Pressekonferenz informiert worden sei. - Nach unserer Kenntnis ist Herr Thurau erst nach dieser Pressekonferenz persönlich davon in Kenntnis gesetzt worden, dass er abgesetzt wird. Vielleicht können Sie das noch einmal kurz erklären.

Darüber hinaus möchte ich Sie nur noch einmal darüber informieren, dass die drei Personen, die Sie hier in den Ruhestand versetzen, nicht das Parteibuch der CDU haben.

Auf den Vorwurf, wir hätten auch verschiedene Posten nach Parteibuch besetzt, kann ich Ihnen nur sagen: In diesem Bereich haben wir z. B. Herrn Landespolizeipräsidenten Andreas Bruns bis 2011 - und wir haben die Regierung 2003 übernommen - in seiner Position gelassen.

(Johanne Modder [SPD]: Was hat Andreas Bruns sich denn vorzuwerfen?)

- Gar nichts.

(Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Hat sich Herr Thurau denn etwas vorzuwerfen? Was Sie da gemacht haben, ist sogar menschlich unanständig!)

Wir haben auch Frau Brandenburger, die jetzt Präsidentin des Verfassungsschutzes ist, als Mitglied der SPD über zehn Jahre in ihrer Position als Pressesprecherin gelassen.

(Zustimmung bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Wie gnädig! Sie hatten keine bessere!)

Da kann ich nur sagen: Das ist ein positiver Personalumgang, den die Vorgängerlandesregierung geleistet hat.

In diesem Sinne werden wir da, wo wir noch Verantwortung tragen, auch weiter eine positive Personalpolitik betreiben. Ich hoffe, das wird in fünf Jahren hier auch wieder der Fall sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort hat Herr Watermann für 1:40 Minuten. Bitte!

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade an diesem Redebeitrag ist recht schön deutlich geworden, dass es Ihnen wirklich nur um den Klamauk ging.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben hier nämlich den Landespolizeipräsidenten Bruns angesprochen. Herrn Bruns haben Sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

(Angelika Jahns [CDU]: Aber nicht nach vier Wochen und ohne Leistungsbeurteilung!)

Er ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, weil er politisch nicht genehm war.

Der entlarvendste aller Sätze war aber: Die Pressesprecherin haben wir trotz des Parteibuchs noch in ihrer Position gelassen. - Das war dann Ihre Großzügigkeit. Damit entlarven Sie sich mit Ihrer Taktik ganz alleine. Sie sind es, die Verantwortung

dafür tragen, dass in diesem Land in den letzten zehn Jahren nur Parteipolitik betrieben worden ist.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Dürr, Sie haben das Wort, auch für 1:30 Minuten. Die anderen Redner lagen etwas darüber. Herr Watermann hat ein bisschen kürzer gesprochen. Wir haben uns auf 1:30 Minuten verständigt.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, erstens kann ich Frau Kollegin Jahns nur recht geben: Dieses Parlament hat ein Recht, zu erfahren, wann diese Gespräche stattgefunden haben und ob Sie das Parlament zu jedem Zeitpunkt wahrheitsgemäß unterrichtet haben - um das ganz deutlich zu sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweiter Punkt: Niemand kritisiert - ich kann mich an keine solche Pressemitteilung der CDU oder der FDP in den letzten Wochen erinnern -, dass in der Landesregierung ein Umbau stattfindet. Er erfolgt übrigens mannigfaltig, an verschiedensten Positionen und in fast allen Häusern durchgängig. Hier geht es aber um verdiente Spitzenbeamte, die ohne Angabe von Gründen abgesetzt werden. Man könnte doch wenigstens abstrakt sagen, um was es an dieser Stelle geht.

Es geht auch nicht um die Kommentatoren, die nicht bei Ihrer Pressekonferenz waren. Im Übrigen gibt es nicht einen einzigen Zeitungsartikel in Niedersachsen, in dem das begrüßt worden ist. Die gesamte Öffentlichkeit in Niedersachsen kritisiert dieses Verhalten. Müsste man sein Handeln - um das auch ganz klar zu sagen - nicht spätestens zu diesem Zeitpunkt einmal überprüfen, Herr Pistorius?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie selbst haben das parteipolitische Argument angeführt und damit die drei neuen Präsidenten aus meiner Sicht ausdrücklich beschädigt, indem Sie gesagt haben, zwei seien von der SPD und einer sei parteilos. Das war Ihr Argument, Herr Pistorius. Daher ist das nicht nachzuvollziehen.

Dritter und letzter Punkt - das ist mir besonders wichtig, meine Damen und Herren -: Ich finde den Umgang von Rot-Grün mit dem Thema Frauen-

quote langsam unerträglich. Im Koalitionsvertrag steht, alles solle paritätisch besetzt werden. Sie schaffen es, viele Blätter Papier mit diesem Thema zu beschreiben. Aber an ihren Taten sollt ihr sie messen! Ich wiederhole mich an dieser Stelle gerne. Frau Fischer war eine über alle Parteigrenzen hinweg anerkannte Polizeipräsidentin. Sie haben sie zur Seite geschoben und durch einen Mann ersetzt. Das ist Ihre gelebte rot-grüne Frauenpolitik, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Janssen-Kucz, bitte! Sie haben auch 1:30 Minuten.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Jahns, Ihr Beitrag hat sehr deutlich gemacht, wie Ihr Verhalten ist und wie Sie politische Beamte achten bzw. nicht achten.

(Angelika Jahns [CDU]: Keiner der geschassten Polizeibeamten hat das CDU-Parteibuch!)

Herrn Dürrs Beitrag war in dieser Richtung auch nicht besser, weil: Sie haben keine Achtung vor dem Amt und vor den Personen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Was?)

Das, was hier als Beispiel gelaufen ist, hat eine Ebene erreicht, die hier im Parlament gar nichts zu suchen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Wo denn dann, wenn nicht im Landtag?)

Ich habe Ihnen sehr deutlich gesagt - der Minister hat auch aus dem Gesetz zitiert -, dass es nicht notwendig ist, konkrete Gründe zu nennen. Es sollte auch eine Selbstverständlichkeit sein, Spitzenbeamte zu schützen. Genau das haben wir gemacht.

(Lachen und Zurufe von der CDU: Nein! - Wann denn?)

Noch ein Satz, Herr Dürr, zu Ihren unerträglichen Beiträgen zur Frauenquote

(Christian Dürr [FDP]: An ihren Taten sollt ihr sie messen!)

und auch in Richtung CDU: Lesen Sie die Zeitungsüberschriften der letzten Tage, dann wissen Sie, wie Ihr Beitrag in Sachen Frauenquote aussieht.

(Jörg Hillmer [CDU]: Wir diskutieren aber gerade Ihre Politik!)

Bei der CDU ist es z. B. so: Sie planen jetzt, 2020 etwas aufzunehmen. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Was Sie als Kompromiss auf den Weg gebracht haben, ist ein ausgestreckter Mittelfinger in Richtung der Frauen. Das ist traurig.

(Beifall von Helge Limburg [GRÜNE] - Zurufe von der CDU: Hey!)

- Ich habe es freundlich formuliert.

Das wollte ich einfach nur noch einmal zur Frauenquote sagen. Ich würde mich an diesen Stellen sehr ruhig verhalten.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Sehr geehrte Frau Janssen-Kucz, Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Der Innenminister hat deutlich gemacht, welche Programme wir auflegen werden, um weiter Frauen zu fördern und sie in qualifizierten Spitzenpositionen unterzubringen, unabhängig vom Parteibuch.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort hat der Innenminister.

(Unruhe - Zurufe)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um auf die Frage von Frau Jahns und Herrn Dürr zu antworten: Ich habe sowohl mit Herrn Brockmann als auch mit Frau Fischer vor der Pressekonferenz Vieraugengespräche geführt.

(Angelika Jahns [CDU]: Und mit Herrn Thurau?)

- Ich komme zu Herrn Thurau. Mit Herrn Thurau war für denjenigen Mittwochabend - um 18 Uhr, glaube ich aus der Erinnerung - ein Gesprächstermin terminiert. Aufgrund der Indiskretionen im Bereich einer Polizeidirektion war es angeraten, zum

Schutz der betroffenen Personen und zur Vermeidung weiterer Spekulationen den Pressetermin, der für später vorgesehen war, auf den Nachmittag dieses Mittwochs vorzuziehen. Davon habe ich Herrn Thurau, der wusste, welchen Inhalt das Gespräch haben würde, telefonisch vor dem Pressetermin in Kenntnis gesetzt. Wir haben uns darüber ausgetauscht und das persönliche Gespräch dann nach dem Pressetermin zum geplanten Zeitpunkt in meinem Büro in aller Vertrautheit und Verschwiegenheit geführt - so wie mit allen anderen auch.

Sollten Sie der Hoffnung unterliegen, dass ich mich durch Ihre Provokationen dazu hinreißen lasse, irgendwelche Details aus diesen Gesprächen öffentlich zu machen, muss ich Sie enttäuschen. Ich halte mich an die innerhalb dieser Gespräche getroffenen Verabredungen, dass diese Gespräche vertraulich bleiben - zum Schutz aller betroffenen Personen und so, wie sich das in solchen Fragen gehört.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist allein zu Ihrem Schutz, und das wissen Sie!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Besprechung. Bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, möchte ich noch drei Dinge sagen.

Erstens. Es wird geprüft, wie der Zwischenruf aus Reihen der CDU-Fraktion, der hier nicht angekommen ist und auf den wir aufmerksam gemacht worden sind, zu bewerten ist.

Zweitens. Den "ausgestreckten Zeigefinger", von dem Sie gesprochen haben, halten wir in dem Zusammenhang für parlamentarisch. Das ist noch akzeptabel.

(Björn Thümler [CDU]: Es war der Mittelfinger! - Zuruf von Jens Nacke [CDU])

- Wenn man den Zusammenhang sieht, Herr Nacke, in dem Frau Janssen-Kucz das gesagt hat, ist es noch zu akzeptieren. Lesen Sie den Zusammenhang. Sie bekommen gleich das Wort.

Der dritte Punkt: Es handelte sich bei diesem Tagesordnungspunkt natürlich um eine sehr emotionale Debatte. Dass die Wogen hochgehen, haben wir erwartet. Aber ich glaube, dass wir erleben konnten, dass dieser Tagesordnungspunkte trotz der Umstände, die ich gerade genannt habe, von allen Seiten vernünftig abgewickelt wurde. Ansonsten bitte ich Sie ganz einfach, dass Sie sich der Verantwortung, die Sie hier haben, auch bewusst sind: bei all den Zwischenrufen und bei all den Bemerkungen, die gemacht worden sind.

Jetzt hat sich Herr Nacke von der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte, Herr Nacke!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem ich den Antrag stellen möchte, dass sich der Ältestenrat in seiner nächsten Sitzung einmal sehr ausführlich darüber austauscht. Wir hatten das in der letzten Sitzung des Ältestenrats bereits kurz angesprochen, und ich hatte den Eindruck, dort auf Verständnis gestoßen zu sein. Aber das scheint nicht der Fall zu sein.

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

Eines muss doch wohl klar sein - das gilt auch für Sie, Herr Kollege Watermann -: Dass es jetzt plötzlich parlamentarisch sein soll, wenn Gesten, die in diesem Haus ohne jeden Zweifel einen Ordnungsruf nach sich ziehen würden, umschrieben werden - - - Ich habe im letzten Ältestenrat einige dieser Gesten angesprochen, weil sie von der Regierungsbank gekommen sind. Ich gehe davon aus, dass der Präsident das an dieser Stelle falsch verstanden hat. Einen Zeigefinger haben wir hier schon oft gesehen und auch oft kritisiert. Der "Hauptzeigefinger", Herr Dr. Sohn, ist inzwischen nicht mehr da. Dafür ist jetzt Herr Pistorius da. Der tritt ähnlich oberlehrerhaft auf. Geschenkt! Zeigefinger habe ich hier also schon oft gesehen. Aber was hier beschrieben wurde, ist eine Geste, die klar unparlamentarisch war. Sie sollten jetzt nach vorne gehen und die Gelegenheit nehmen, sich dafür zu entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Nacke. - Das Wort hat jetzt Herr Tonne.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Nacke, erlauben Sie mir den Hinweis, dass ich nach dem Auftritt, den Sie sich in den vergangenen 20 Minuten hier geleistet haben, schon überrascht bin, einen solchen Beitrag zur Geschäftsordnung zu erleben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu der Frage, die der Kollege Nacke hier zum Schluss aufgeworfen hat, liegt eine Entscheidung des Präsidiums vor. Diese Entscheidung werden wir nicht kritisieren; denn ich habe in Erinnerung, dass man, wenn man das Präsidium kritisiert, einen Ordnungsruf kriegen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ihrer Anregung, Herr Kollege Nacke, dass sich der Ältestenrat im Rahmen der nächsten Sitzung mit den Vorfällen auseinandersetzt, kommen wir allerdings sehr gerne nach. Dann werden wir auch sehr gerne thematisieren, dass der ehemalige Ministerpräsident den Begriff "Quatschkopf" dazwischenruft, dass der Kollege Oesterhelweg den Begriff "Proleten" dazwischenruft und dass wir hier vorne bei Diskussionen den "Scheibenwischer" in Richtung Regierungsbank erleben. Das werden wir dann sehr gerne mit Ihnen im Rahmen der nächsten Ältestenratsitzung thematisieren. Das kommt auf den Tisch.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Grascha ebenfalls zur Geschäftsordnung!

(Christian Grascha [FDP]: Der Herr Kollege Limburg war doch erst!)

- Der Kollege Limburg? - Ich habe nicht gesehen, wer sich zuerst gemeldet hat. - Herr Kollege Limburg!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Es ehrt Sie, Herr Kollege Grascha, dass Sie zumindest in diesem Punkt die Gepflogenheiten in diesem Hause achten und auch ausdrücklich verteidigen. Vielen Dank dafür.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Nacke, ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Tonne weitgehend anschließen. Selbstverständlich sollten wir im Ältestenrat einmal über den Umgang in diesem Hause reden. Ich füge hinzu: Ich finde es ausdrücklich bedauerlich, dass wir bereits in der dritten Plenardebatte dieser Wahlperiode an die-

sem Punkt angekommen sind. Das ist kein Gütezeichen für dieses Landesparlament. Aber offensichtlich ist es notwendig.

Wir müssen darüber reden, dass Kolleginnen und Kollegen aus Ihren Reihen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider den "Scheibenwischer" zeigen. Wir müssen natürlich darüber reden, dass die Kollegin Janssen-Kucz in einer Aktuellen Stunde redet und praktisch fünf Minuten lang ununterbrochen von Zwischenrufen aus Ihren Reihen behelligt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zur Entscheidung bezüglich der Umschreibung. Herr Nacke, Sie tun ja geradezu so, als hätte die Kollegin Janssen-Kucz hier eine Geste gemacht. Sie hat eine Geste umschrieben und hat eine Metapher verwendet.

(Lachen bei der CDU)

Das mag in Ihren Reden nicht so häufig vorkommen. Frau Janssen-Kucz hat das gemacht, und der Herr Präsident hat im Rahmen seines Ermessensspielraums darauf hingewiesen, dass das aus Sicht des Präsidiums parlamentarisch war.

Mir geht es wie Herrn Tonne: Ich habe das nicht zu kritisieren. Aber ich habe für Sie, Herr Kollege Nacke, die Anregung, dass Sie sich in der nächsten Wahlperiode um das Amt des Vizepräsidenten Ihrer Fraktion bemühen. Dann steht Ihnen dieser Ermessensspielraum auch zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Grascha!

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Als der Präsident seine Entscheidung bekannt gegeben hat, haben wir in ein überraschtes Gesicht von Frau Janssen-Kucz geguckt, die, glaube ich, eher davon ausgegangen ist, dass sie hier zumindest den Hinweis bekommt, dass es nicht parlamentarisch ist.

Ich glaube, das war nicht parlamentarisch, und deswegen sollten wir das in der Tat im Ältestenrat thematisieren. Wenn eine Geste, die in diesem Haus ohne Zweifel unparlamentarisch ist, beschrieben wird, wenn also der ausgestreckte Mit-

telfinger beschrieben wird, dann sollte das zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern und dem Ältestenrat entsprechend debattiert werden. Das halte ich für sinnvoll und notwendig.

Wenn hier schon Unterstellungen von Herrn Tonne und auch von Herrn Limburg gemacht werden, dann sollten wir darüber ganz konkret im Ältestenrat sprechen. Dazu sind wir selbstverständlich bereit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, vielen Dank. - Die Fraktionen sind, soweit ich es gehört habe, übereingekommen, dass diese Angelegenheit mit dieser Metapher - oder wie man das auch nennen möchte - im Ältestenrat besprochen wird. Dann wird selbstverständlich so verfahren.

Ich stelle fest, dass wir jetzt am Ende dieser Besprechung sind. Für eine **persönliche Bemerkung** hat sich aber noch die Kollegin Jahns zu Wort gemeldet.

Frau Jahns, zu persönlichen Bemerkungen sagt die Geschäftsordnung:

"Einem Mitglied des Landtags, das sich zu einer persönlichen Bemerkung zu Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluss der Besprechung zu erteilen. Das Mitglied des Landtags darf in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen es gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Es darf nicht länger als fünf Minuten gesprochen werden. Bei Verstößen gilt § 71 Abs. 4 entsprechend."

Sie haben das Wort, Frau Jahns.

Angelika Jahns (CDU):

Es wird auch nicht lange dauern.

Meine Damen und Herren! Herr Tonne, Ihre Wortmeldung hat mich dazu veranlasst, mich noch einmal zu melden; denn ich fühle mich persönlich betroffen. Sie haben in der Aussprache gesagt: "wie wir uns in den letzten 20 Minuten hier benommen haben". Ich weiß nicht, wen Sie mit "wir" meinen. Ich habe in den letzten 20 Minuten zweimal am Mikrofon gestanden, und ich glaube, dass ich mich in den 15 Jahren, die ich Mitglied im Landtag bin, noch nie despektierlich verhalten habe. Ich fühle mich dadurch persönlich angegrif-

fen. Ich weise zurück, dass ich mich in irgendeiner Art und Weise schlecht verhalten haben soll.

Ich denke, bei allen Rednern, die hier oben gestanden haben, war das in Ordnung, und ich möchte gerne, dass das auch in Zukunft so bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Jahns. - Ich rufe jetzt auf

d) IdeenExpo: Eine einzigartige Erfolgsgeschichte fortsetzen - Ministerpräsident Weil muss sich bekennen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/95

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Hillmer von der CDU-Fraktion.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind bei einem neuen Thema und müssen vielleicht etwas herunterkühlen.

Die IdeenExpo - der Fortbestand und auch die Weiterentwicklung der IdeenExpo - ist uns als CDU-Fraktion außerordentlich wichtig. Die IdeenExpo ist für uns nicht deswegen wichtig, weil sie 2007, in der CDU/FDP-Regierungszeit, initiiert wurde. Sie ist auch nicht deswegen wichtig, weil sie von den Ministerpräsidenten Christian Wulff und David McAllister entscheidend geprägt wurde, und auch nicht, weil sie eine sehr erfolgreiche Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik darstellt. Nein, sie ist wichtig, weil sie in ganz einzigartiger Weise junge und auch ältere Menschen für Technik begeistern kann. Und das brauchen wir, meine Damen und Herren.

Unser Wohlstand - in Deutschland, aber auch in Niedersachsen - fußt in erster Linie darauf, dass wir sehr erfolgreich Technologiegüter exportieren. Die Basis dafür bildet das technische Know-how unserer hoch qualifizierten Fachkräfte, vor allem aus dem MINT-Bereich. Der Fachkräftemangel gerade in den technischen Berufen bedroht unseren Wohlstand. VW, Conti, Stahlwerke Salzgitter, Otto Bock, Sennheiser - sie alle brauchen Ingenieurinnen und Ingenieure, Facharbeiterinnen und Facharbeiter, wenn sie aus Niedersachsen heraus in der Welt erfolgreich sein wollen. Auch das Handwerk hält die IdeenExpo bei der Gewinnung von Fachkräften für unverzichtbar.

Die IdeenExpo war niemals die einzige Antwort auf den Fachkräftemangel. Aber sie ist ein ganz wichtiger Baustein bei der Sicherung des Technologiestandorts Niedersachsen. Das erklärte Ziel der IdeenExpo ist es, fundierte Wissensvermittlung mit einem hohen Spaßfaktor zu verbinden. Gerade junge IdeenExpo-Besucher können spannende Entdeckungen machen und bekommen so die Gelegenheit, Naturwissenschaft und Technik hautnah aus einer anderen Perspektive zu erleben. Die IdeenExpo ist damit eine wertvolle Ergänzung zum Schulunterricht.

Seit 2007 findet die IdeenExpo regelmäßig statt. Zuletzt, im Jahr 2011, kamen 310 000 Besucher aus ganz Deutschland. Unser Dank gilt ganz besonders den Initiatoren und dem Management dieser IdeenExpo, Herrn Jan Schulz und Herrn Dr. Volker Schmidt, dem Aufsichtsratsvorsitzenden, aber auch allen Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz.

Mit dem Regierungswechsel ist jedoch viel Unsicherheit entstanden. Die heutige Ministerin und die Grünen insgesamt haben aus ihrer Skepsis nie ein Hehl gemacht. Frau Heinen-Kljajić hat 2009 die Aufstockung der Mittel für die IdeenExpo um 2 Millionen Euro durch uns als Effekthascherei kritisiert. Sie hat ferner gesagt, der einmalige Besuch einer Technikshow könne junge Menschen nicht dafür begeistern, irgendwann ein natur- oder ingenieurwissenschaftliches Studium aufzunehmen. Weiter hat sie gesagt - und das noch im Jahr 2012 -:

"Die alle zwei Jahre stattfindende Messe IdeenExpo eignet sich nur bedingt zur Rekrutierung der MINT-Fachkräfte von morgen."

Noch schwerwiegender als das, was gesagt wurde: Die Grünen haben mit ihren Haushaltsanträgen regelmäßig die Streichung der Ansätze für die IdeenExpo gefordert.

Nun könnte man sagen, dies sei alles Oppositionsrhetorik gewesen. Aber die Technologiefeindlichkeit der Grünen ist ja rot-grüne Regierungslinie geworden. Vor vier Wochen haben wir an dieser Stelle ausführlich über HannoverGen gesprochen. Dieses Projekt ist bereits ihrer Ideologie zum Opfer gefallen. Das darf hier keine Fortsetzung finden.

Vom 24. August bis zum 1. September dieses Jahres findet auf dem Messegelände in Hannover die nächste IdeenExpo statt. Meine Damen und Herren, wir müssen schon jetzt die Weichen für 2015 stellen. Die Organisatoren brauchen jetzt Klarheit darüber, ob die derzeitige Landtagsmehr-

heit und die Landesregierung das Projekt weiter unterstützen und auch mitfinanzieren. Herr Ministerpräsident Weil, ich fordere Sie auf: Sorgen Sie heute für Klarheit darüber, wie es nach 2013 mit der IdeenExpo weitergehen soll!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Dr. Lesemann hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Im Spätsommer wird es die vierte IdeenExpo auf dem Messegelände in Hannover geben. Ich freue mich sehr auf den Tag, an dem unser Ministerpräsident Stephan Weil diese Ausstellung eröffnen wird,

(Beifall bei der SPD)

und ich bin mir sicher, wir werden wieder vielfältige Einblicke in die neuesten technischen Entwicklungen erhalten, spannende Experimente anschauen und Workshops begleiten können.

Die IdeenExpo ist eine sehr gelungene Technikausstellung. Sie will mehr sein als eine Technikshow. Sie will bei den Schülerinnen und Schülern Begeisterung für Technik wecken und ebenso Kontakte zwischen Unternehmen und Fachkräften vermitteln. Das ist auch bitter nötig.

(Beifall bei der SPD)

Die seit Jahren bestehende Fachkräftelücke ist bekannt. Vor allem der Engpass an naturwissenschaftlich-technisch qualifizierten Fachkräften ist schon jetzt eine Wachstums- und Innovationsbremse für die deutsche Volkswirtschaft. Verschärft wird diese Situation durch den demografischen Wandel, der den Bedarf zusätzlich steigen lässt. Schätzungen beziffern einen Bedarf von 52 000 Hochschulabsolventen pro Jahr, die allein erforderlich sind, um diese Lücke zu schließen. Doch nach wie vor schließen zu wenige Absolventinnen und Absolventen ein Studium in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ab. Deshalb ist es genau richtig und wichtig, jede Möglichkeit zu nutzen, Interesse für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu wecken. Die IdeenExpo ist hierfür ein Baustein nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Weichen für grundsätzliche berufliche Interessen werden nicht erst bei der Studienwahl gestellt. Das passiert viel früher. Die Lust auf naturwissenschaftliches Experimentieren und die technische Neugier von Jungen und Mädchen müssen früh geweckt werden und sollten am Alltag der Kinder ansetzen.

Herr Kollege Försterling hat neulich verlauten lassen, dass es Rot-Grün nur darum gehe, in der Schule mehr Spaß zu haben. Natürlich soll Schule Spaß machen, Schule muss Spaß machen; denn ein gutes Lernklima trägt zur Förderung der Neugier und der Freude am Lernen bei. Das ist doch ganz klar. Dazu gehört auch, dass wir Raum und Zeit für forschendes Lernen schaffen, und dies darf nicht Veranstaltungen vorbehalten bleiben, die alle zwei Jahre stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Das Interesse an MINT-Fächern zu fördern und zu verstetigen, ist ein wichtiges und notwendiges Interesse. Denn hieran entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Schwarz-Gelb hat uns da eine schwere Hypothek hinterlassen. In allen wichtigen Bereichen weist Ihre Abschlussbilanz Schlusslichtpositionen aus. Denn egal, ob es sich um Kita-Plätze, um die Studienanfängerquote, um die Bildungshürde Studiengebühren oder um den Studienexportsaldo handelt - die Bilanz der abgewählten Regierung ist negativ. Uns muss es besser als der Vorgängerregierung gelingen, mehr junge Menschen für ein Studium zu motivieren, und wir müssen es auch schaffen, dass sie das Studium erfolgreich abschließen und dass die Studienabbrecherquote sinkt. Hürden müssen beseitigt und Bildungsteilhabe muss geschaffen werden. Darum muss es gehen.

Wir wollen die Hochschulen durchlässiger machen. Wir wollen mehr Jugendliche aus nicht akademischen Elternhäusern den Weg an die Hochschulen ebnen. Deshalb werden wir die Hochschulen sozial öffnen. Wir werden die Fachhochschulen weiterentwickeln. Und wir wissen: Die Chance auf eine akademische Ausbildung darf weder sozialen noch finanziellen Schranken unterliegen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Was ist mit der IdeenExpo?)

Wir wollen mehr jungen Menschen ein Studium ermöglichen, und zwar unabhängig vom Bildungshintergrund ihrer Eltern,

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

und wir wollen selbstverständlich auch mehr jungen Menschen den Abschluss einer Berufsausbildung in diesen Fächern ermöglichen. Auch das ist klar.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Was ist mit der IdeenExpo?)

Die Abschaffung der Studiengebühren ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern auch ein Gebot ökonomischer Vernunft.

(Jörg Hillmer [CDU]: Soll die IdeenExpo dafür herhalten?)

Die Studierenden von heute sind nämlich die so dringend benötigten Fachkräfte von morgen. Ich sprach vorhin von Ingenieurinnen und Ingenieuren, die ganz dringend benötigt werden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Ist die IdeenExpo das Opfer für die Studienbeiträge?)

- Übrigens, Herr Hillmer: Von den Rednern der SPD und der Grünen, die sich in den vergangenen Jahren, 2009 und 2011, zum Thema IdeenExpo geäußert haben, hat keiner die IdeenExpo infrage gestellt.

(Jörg Hillmer [CDU]: Sie tun es gerade!)

Wir haben damals immer nur darauf hingewiesendas betone ich auch heute-, dass wir im Gegensatz zu Ihnen auf eine Bildungspolitik aus einem Guss setzen. Das heißt: In frühkindlicher, schulischer und beruflicher Bildung, in Hochschul- und Erwachsenenbildung, in allen Bereichen ergibt sich die Verpflichtung. Wir müssen die Potenziale in Niedersachsen besser ausschöpfen, als Sie dies getan haben. Statt auf einzelne Ereignisse zu setzen, hat Bildung einen ganz zentralen Stellenwert für die rot-grüne Landesregierung.

(Jörg Hillmer [CDU]: Reden Sie nicht drum herum! Kommen Sie zur Ideen-Expo!)

Denn wir wissen: Die Stellschraube zur Behebung des Fachkräftemangels ist die Bildungspolitik.

Danke.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Das war's? Kein Wort zur IdeenExpo? Das gibt es doch nicht!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Frau von Below-Neufeldt.

Almuth von Below-Neufeldt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es sie nicht schon gäbe, man müsste sie erfinden. Die IdeenExpo ist keinesfalls ein einzelnes Bildungsereignis. Die IdeenExpo bietet die Plattform dafür, dass sich junge Menschen für die sogenannten MINT-Fächer - Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik - zu begeistern Iernen. Sie sollen Anschauungsmaterial vorfinden. Ich will Ihnen sagen: Jeder einzelne Lehrer weiß, wie schwierig es ist, MINT-Fächer so zu verpacken, dass sie begeistern.

Begeisterung soll mit der IdeenExpo geschaffen werden. Das ist genau der richtige Weg. Die Ideen-Expo hat nicht den Ansatz, eine Bildungsmaschinerie zu sein, sondern sie soll Ansätze bieten. Die IdeenExpo soll ermutigen. Sie soll auch gerade Mädchen ansprechen und sie ermutigen, sich für MINT-Berufe zu begeistern und sich zu trauen, Fragen zu stellen, sich Laboren zu öffnen, zu experimentieren und eigene Ideen einzubringen. Die IdeenExpo ist zur Begeisterung da.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie hat auch einen weiteren ganz wichtigen Aspekt. Sie alle wissen: Hier geht es um Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Schule und weiteren Trägern. Der wichtige Aspekt bei der IdeenExpo ist doch der, dass hier in Sachen Berufsbildung informiert werden soll. Das ist nicht nur ein einmaliges Ereignis und ein einmaliger Tag, sondern das wird mit der IdeenExpo 2013 über die IdeenExpo hinausgehen; d. h. alle diejenigen, die Berufsberatung machen, werden auch nach der IdeenExpo weiterhin dafür zur Verfügung stehen. Das ist richtig, und das ist ein richtig guter Weg.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer die Herausforderungen der Zukunft meistern will, der wird um die MINT-Fächer nicht drum herumkommen. In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie die Themenfelder Energiewende, Umweltschutz, Demografie und Mobilität beschrieben. Das alles sind Themenfelder, die nach technischen Lösungen verlangen. Insofern werden Sie gar nicht umhinkönnen, in diesen Bereichen auszubilden und künftige Fachkräfte anzuwerben. Genau das kann auf der Ideen-Expo angebahnt werden.

Auf der IdeenExpo bekommen Schüler - und gegebenenfalls auch Lehrer - eine Idee davon, was

die künftige Berufswelt so alles zu bieten hat. Hier ist ein ausgesprochen breites Spektrum erlebbar.

In Niedersachsen ist übrigens auch die forschungsintensivste Region Europas beheimatet: in meinem Wahlkreis - in Braunschweig.

(Björn Thümler [CDU]: Genau!)

Auch dort werden wir weiterhin qualifizierte, gute Fachkräfte gerade in den MINT-Bereichen brauchen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Sehr richtig!)

SPD und Grüne sprachen bislang über die Ideen-Expo immer wieder - wie ich fand - abwertend als Show und Event. Aber genau dadurch muss sich die IdeenExpo doch vom Alltag abheben. Sie muss Show und Event sein. Sie braucht einen hohen Aufmerksamkeitswert. Über sie muss gesprochen werden. Denn die IdeenExpo will und soll junge Menschen als künftige Fachkräfte ansprechen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich Ende November 2012 über 45 000 Besucher an neun Tagen gefreut. Sie hatten nämlich eine ganz ähnliche Idee wie die IdeenExpo. Sie nennen es "Monat der Wissenschaft". Alle zwei Jahre findet der in Hannover mit großem Erfolg statt, und ich kann mich nur bei allen Akteuren bedanken. Es ist aber die gleiche Idee, die dahinter steht: für Wissenschaft begeistern. Das Feld Berufsbildung ist dabei allerdings nicht ganz so im Fokus wie bei der IdeenExpo.

Ich bitte heute und hier an dieser Stelle darum, die IdeenExpo fortzuführen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben von Ihnen, liebe SPD, leider gar keine Aussage dazu gehört. Wir brauchen die IdeenExpo. Wir müssen junge Menschen ansprechen. Und wir sprechen nicht nur die Menschen in Niedersachsen an, wir sprechen inzwischen junge Menschen bundesweit und auch im Ausland an. Die Zahlen sprechen für sich: 310 000 Besucher im Jahr 2011 - ein unglaublicher Erfolg!

(Präsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Diese Erfolgsgeschichte, meine Damen und Herren, gilt es fortzusetzen. Ich bitte darum, dass die IdeenExpo 2015 sowohl durch Ihre Aussage als auch durch die Finanzierung sichergestellt wird. Wir brauchen die IdeenExpo. Wir sind ein Land der

Wissenschaft, und wir sind in Niedersachsen technologisch geprägt. Genau das gibt die IdeenExpo wieder. Wir müssen junge Fachkräfte gewinnen. Wir müssen die Menschen begeistern. Das können wir, und das zeigt sich auf der IdeenExpo.

Lassen wir sie weiterleben! Bitte geben Sie Ihr Jawort, dass Sie 2015 eine weitere IdeenExpo hier in Niedersachsen am Messestandort Hannover durchführen werden!

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Jetzt hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Maaret Westphely gemeldet. Bitte sehr!

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU hat diese Aktuelle Stunde zur IdeenExpo ja im Zweijahresrhythmus auf Wiedervorlage liegen. Ich als Neue habe mich deswegen im Landtag ein bisschen gewundert und gefragt, ob das das Einzige ist, was die CDU in puncto "Was tun wir gegen den Fachkräftemangel im MINT-Bereich?" zu bieten hat.

(Jörg Hillmer [CDU]: Offensichtlich war es nötig!)

Die IdeenExpo ist sicherlich, was die Entwicklung der Besucherzahlen angeht, bisher erfolgreich gewesen. Ob sie aber auch tatsächlich in dem Sinne erfolgreich ist, dass sie maßgeblich dazu beiträgt, dass sich mehr Studienanfänger für den MINT-Bereich interessieren und sich dann auch für einen Beruf in diesem Bereich entscheiden, müsste erst noch bewiesen werden. Alle anderen Behauptungen wären unseriös; denn schließlich gibt es sie erst seit 2007, und bislang hat keine Evaluation stattgefunden.

Tatsache ist: Es gibt deutschlandweit einen Anstieg bei den Studierendenzahlen. Es gibt auch einen Anstieg bei den Studierendenzahlen im MINT-Bereich. Die Abweichungen in Niedersachsen in 2011 sind insbesondere durch den doppelten Abiturjahrgang zu erklären. Aber Tatsache ist auch, wie Frau Lesemann schon gesagt hat: Niedersachsen ist immer noch Exportweltmeister von Schulabgängerinnen und -abgängern in andere Bundesländer,

(Jörg Hillmer [CDU]: Noch!)

und noch immer bleiben auch im MINT-Bereich Studienplätze frei. Das ist unserer Meinung nach Ergebnis eines schwarz-gelbes Versäumnisses der letzten Jahre. Es sind keine überzeugenden Konzepte entwickelt worden, die diese Missstände beheben könnten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die MINT-Fachkräftelücke im Jahr 2011 ist mit 10 % als Differenz zu der Zahl der offenen Stellen im hoch qualifizierten MINT-Segment unter den norddeutschen Ländern in Niedersachsen am höchsten. Das ist auch ein Problem für die Wirtschaft. Eine IdeenExpo ist sicherlich eine nette Abwechselung für die Schülerinnen und Schüler und ermöglicht niedrigschwellig Kontakte zwischen Unternehmen und Schülerinnen und Schülern. Das ist auch gut so, und das finden wir richtig. Aber zu glauben, dass sie einen maßgeblichen Einfluss auf die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler hat, ist meiner Meinung nach etwas vorschnell; denn laut Umfragen des Hochschul-Informations-Systems macht nur ein sehr kleiner Anteil von Schülerinnen und Schülern die Wahl ihres Studienfachs tatsächlich von Messen und Techniktagen abhängig.

Deswegen braucht es mehr: Es braucht mehr bei der Nachwuchsförderung im naturwissenschaftlichen Bereich. Dazu haben wir in der letzten Wahlperiode schon konkrete Lösungsansätze entwickelt, um die Frage zu beantworten, in welchem Bereich es eigentlich noch Potenziale gibt.

Ein Schlüssel liegt unserer Meinung nach darin, Mädchen für Technikfächer zu begeistern. Da müssen wir schon in den Kitas und in der Schule anfangen. Denn dort liegt das zukünftige Potenzial für die Fachkräfte. Die konkreten Vorschläge sind beispielsweise: mehr praxisorientierter Unterricht, unter Genderaspekten schauen, was eigentlich die Alltagserfahrungen und die Interessen von Mädchen sind und wo wir dabei anknüpfen können.

Wir brauchen auch mehr Frauen als Vorbilder in den Naturwissenschaften und der Technik. Ich denke, wir alle müssen feststellen, dass es dort noch Luft nach oben gibt. Unsere Wissenschaftsministerin hat sich in diesem Bereich vorbildliche Ziele gesetzt, die wir sehr unterstützen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir können aber feststellen, dass sich jenseits der ganzen Bandbreite an Handlungsbedarf in der Schul- und Hochschulpolitik die IdeenExpo zu einem Publikumsmagneten entwickelt hat. Wir werden sehen, wie sie zusammen mit den Partnern aus der Wirtschaft konzeptionell weiterentwickelt werden kann. Aber auch weiterhin gilt - da knüpfe ich nahtlos an das an, was in der letzten Legislaturperiode von den Grünen diskutiert worden ist -: Die IdeenExpo kann immer nur das Tüpfelchen auf dem i sein. Entscheidend ist, dass wir mit Blick auf den Fachkräftenachwuchs sehr gute Grundlagen und Konzeptionen entwickeln.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Frau Abgeordnete Westphely. - Nun hat die Landesregierung das Wort. Es spricht der Herr Ministerpräsident.

(Jens Nacke [CDU]: Der kann das jetzt rausreißen!)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne zum eigentlich Kern der Debatte zurückkehren. Es geht um ein Bekenntnis. Ich soll mich bekennen. Ich dachte, ich hätte mich schon bekannt. Einer Pressemitteilung zur IdeenExpo vom 6. März können Sie folgendes Zitat entnehmen:

"Ich stehe voll und ganz hinter der IdeenExpo und bin von dem Konzept dieser Erfolgsgeschichte überzeugt."

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Gilt das auch für die gesamte Landesregierung?)

Da Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen - Sie haben das ja ganz bestimmt aufmerksam gelesen -, das aber nicht auszureichen scheint, möchte ich diese Erklärung hier gerne wiederholen: Ich stehe voll und ganz hinter der IdeenExpo und bin von dem Konzept dieser Erfolgsgeschichte überzeugt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Und wir setzen sie fort!)

Damit aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht genug der Bekenntnisse: Morgen finden um 14.15 Uhr am Alten Rathaus in Hannover vor dem Bus der Roadshow der IdeenExpo Fotoaufnahmen statt. Ich bin dahin eingeladen und ganz sicher, die Organisatoren würden sich freuen, wenn alle Freundinnen und Freunde der IdeenExpo ebenfalls dabei wären, damit wir gemeinsam dieses Bekenntnis abgeben können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das heißt, Sie wollen während des Plenums zu einer Präsentation gehen? Das ist unfassbar!)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, damit erkläre ich die Behandlung dieser Aktuellen Stunde für beendet.

Wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 4:

Rede des scheidenden Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Professor Dr. Jörn Ipsen

Tagesordnungspunkt 5:

Rede des neuen Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Dr. Herwig van Nieuwland

Das ist ja doch etwas Besonderes, das eher selten vorkommt.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten! Ich wäre auch dankbar, wenn bei diesen wichtigen Tagesordnungspunkten die Vollzähligkeit des Hauses hergestellt wird. Ich gehe davon aus, dass das in Kürze so sein wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Landtag hat in seiner Sitzung am 13. März den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg, Herrn Herwig van Nieuwland, zum neuen Präsidenten des Staatsgerichtshofs gewählt, weil die Amtszeit von Herrn Professor Jörn Ipsen in wenigen Tagen - am 4. Mai 2013 - ausläuft. Der Ältestenrat hat, einer Tradition folgend, beschlossen, Gelegenheit zu geben, dass sich der scheidende Präsident vom Landtag verabschiedet und sich sein gewählter Nachfolger dem Haus und damit auch der Öffentlichkeit vorstellt.

Ich darf aus diesem Anlass beide Herren, aber selbstverständlich auch ihre sie begleitenden Ehefrauen, hier ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

Auch begrüße ich die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs sowie die bereits gewählten, aber noch nicht im Amt befindlichen Nachfolgerinnen und Nachfolger, die zahlreich auf der Tribüne Platz genommen haben. Begrüßen möchte ich insbesondere Frau Dr. Menk, die dem Staatsgerichtshof sieben Jahre lang als Mitglied angehört hat und zum 31. März 2013 ausgeschieden ist.

Sehr geehrter Herr Professor Ipsen, Sie sind seit dem 5. Mai 2006 Mitglied des Staatsgerichtshofs, waren zuvor gut dreieinhalb Jahre stellvertretendes Mitglied und haben zum 1. Februar 2007 das hohe Amt des Staatsgerichtshofpräsidenten übernommen. Für die verantwortungsvolle Tätigkeit im Staatsgerichtshof haben Sie als Professor für Öffentliches Recht an der Universität Osnabrück die allerbesten fachlichen Voraussetzungen mitgebracht, und Sie haben sich der bei Ihrem Amtsantritt als Präsident für Sie - wenn mal so will - als Exponent der Wissenschaft neuen Aufgabe als Richter mit großer Hingabe gewidmet.

Mit Ihrem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt werden Sie auf eine sechsjährige Tätigkeit als Repräsentant eines unserer obersten Verfassungsorgane zurückblicken können. In dieser Zeit haben Sie an vielen wichtigen Entscheidungen des Gerichts mitgewirkt.

Wir sind nun gespannt, zu hören, was Sie uns am Ende Ihrer Amtszeit als Präsident des Staatsgerichtshof aus dem sicherlich reichen Erfahrungsschatz, den Sie im Rahmen dieser Tätigkeit gewonnen haben, mit auf den Weg geben werden. Verehrter Herr Professor Ipsen, ich bitte Sie, nun zu uns zu sprechen. Sie haben das Wort. Bitte sehr!

(Beifall)

Professor Dr. Jörn Ipsen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 27. Januar 2007 habe ich meine Antrittsrede als Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs gehalten. Wie seinerzeit darf ich auch heute sagen, dass es für mich eine große Ehre ist, sechs Jahre später wiederum vor dem Parlament des Landes zu sprechen, dem ich mich durch Geburt,

berufliche und zuletzt auch richterliche Tätigkeit so eng verbunden fühle.

Eine Abschiedsrede könnte dazu veranlassen, die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs während der letzten sechs Jahre Revue passieren zu lassen, um damit die Weisheit und Umsicht des Gerichts unter Beweis zu stellen. Ich möchte dieser Versuchung widerstehen, weil Richter *durch* ihre Urteile, nicht *über* ihre Urteile sprechen sollten.

Stattdessen will ich mich in aller Kürze Grundfragen widmen, die sich stets im Verhältnis von Politik und Verfassungsgerichtsbarkeit stellen. Politik und Recht sind unterschiedliche Pole der Sozialgestaltung. Der Politik ist eigen, dass sie Gemeinwohlentwürfe verfolgt, die aus den Bedürfnissen der Bevölkerung heraus entwickelt werden, rechtlich aber nicht vorgegeben sind. Selbst so wichtige Staatszielbestimmungen wie der Umweltschutz oder das Sozialstaatsprinzip zeigen nur eine grobe Richtung an und bedürfen der Umsetzung durch das Parlamentsgesetz.

Politik ist der Kampf um Macht und Machterhalt. Es wäre naiv, zu meinen, dass die politischen Parteien nur hehre Gemeinwohlziele verfolgen und ihnen gewissermaßen zufällig die Instrumente hierfür gegeben werden, diese auch zu erreichen. Es ist deshalb völlig legitim, dass im Wettbewerb der Parteien auch mit härteren Bandagen gekämpft wird. Allerdings sei an dieser Stelle sogleich vermerkt, dass der zurückliegende Wahlkampf in Niedersachsen von einer bemerkenswerten Fairness gekennzeichnet war.

Die Bühne des politischen Wettbewerbs, um hier den Begriff des Kampfes zu vermeiden, ist in einer parlamentarischen Demokratie naturgemäß das Parlament. Ich habe bei zahlreichen Besuchen des Hohen Hauses stets die Disziplin und das Niveau der Plenardebatten beobachten können.

Wie Sie alle wissen, hat der Parlamentarismus in Deutschland, anders als etwa in Großbritannien, keine ruhmvolle Geschichte. Nach Gründung der Bundesrepublik mussten erst - mit einem Wort von Michael Stolleis - "Lehrjahre der Demokratie" erfolgen. Hierzu gehört die Einsicht, dass die Plenardebatte nicht zuallererst der Meinungsbildung, sondern der Meinungsäußerung dient. Zu den bekannten Stereotypen der Parlamentarismuskritik etwa von Carl Schmitt gehört die Behauptung, der Parlamentarismus habe die ihm früher eigenen Merkmale der Diskussion und Öffentlichkeit eingebüßt. Dies ist unzutreffend, weil die Parlamentsdebatten in der jüngeren Geschichte regelmäßig der

Darstellung unterschiedlicher Positionen dienten und nicht etwa das Ziel verfolgten, überhaupt erst eine Mehrheitsmeinung herzustellen. Was die Öffentlichkeit angeht, gibt es in unserem Medien- und Informationszeitalter ganz ungeahnte Möglichkeiten der Verbreitung, die auch einem Landesparlament offenstehen.

Der politische Prozess bedarf allerdings der Regeln, die innerhalb des Landtags - wie ich vielfach beobachten konnte - strikt eingehalten werden. In den Plenarsitzungen wacht der Sitzungsvorstand über die Einhaltung der Geschäftsordnung und trägt damit die Verantwortung dafür, dass sich die Fraktionen trotz ihrer politischen Gegensätze und der nicht selten leidenschaftlich geführten Debatten auf einer gemeinsamen Basis wiederfinden. Die Geschäftsordnung des Landtags stellt bekanntlich nur Innenrecht dar, gilt also nicht außerhalb des Parlaments und insbesondere nicht für die Beziehungen der Staatsorgane untereinander. Die Grundlagen des staatlichen Lebens, die Konstituierung der Staatsorgane und die Abgrenzung ihrer Kompetenzen finden sich in der Verfassung.

Das Land Niedersachsen hat mit der Verfassung vom 13. Mai 1993 nach mehr als 40-jähriger Geltung der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung eine Vollverfassung erhalten. Verfassungsbestimmungen bedürfen nicht selten der Auslegung. Es entspricht aller Erfahrung, dass es hierbei unterschiedliche Auffassungen geben kann. Die Verfassung vermag ihre Aufgabe als Regelwerk des politischen Prozesses indes nur zu erfüllen, wenn eine Instanz besteht, die im Streitfalle die Verfassung mit Bindungswirkung für alle Staatsorgane auslegt.

An dieser Stelle ist der Bogen zur Verfassungsgerichtsbarkeit und damit zum Staatsgerichtshof zu schlagen. Nicht nur der Bund hat ein Bundesverfassungsgericht, auch alle Bundesländer verfügen über eigene Landesverfassungsgerichte. Die Verfassungsgerichte stehen unausweichlich Schnittpunkt von Recht und Politik. Ihre Entscheidungen sind stets von weittragender politischer Bedeutung, gleichgültig, wie sie ausfallen. Nicht selten werden deshalb an Entscheidungen und an die an den Entscheidungen beteiligten Personen bestimmte Erwartungen gestellt. Solche Erwartungen gehen von einem unzutreffenden Verständnis des verfassungsgerichtlichen Entscheidungsprozesses aus.

In den Beratungen kommt es stets auf Argumente an, nicht auf politische oder gar parteipolitische Positionen. Der Entscheidungsprozess in Verfassungsgerichten unterscheidet sich deshalb grundlegend von dem in anderen Kollegialorganen, etwa Parlamentsausschüssen, in denen das abschließende Abstimmungsergebnis nicht selten nur begründet, aber nicht gebildet wird.

Als Bilanz meiner über sechsjährigen Tätigkeit als Präsident des Staatsgerichtshofs darf ich nicht ohne Stolz vermelden, dass die Entscheidungen stets einvernehmlich getroffen worden sind, wofür als äußeres Zeichen gelten mag, dass es zu keinem Minderheitsvotum gekommen ist.

Die Entscheidungsbefugnisse des Staatsgerichtshofs sind, wie die aller anderen Verfassungsgerichte, einzeln aufgezählt und damit begrenzt. Erinnert sei daran, dass bis zum Inkrafttreten der Niedersächsischen Verfassung am 1. Juni 1993 nur das Normenkontrollverfahren und die Organstreitigkeit praktische Bedeutung erlangten, was dazu führte, dass der Staatsgerichtshof in den bekannten jahrelangen Dornröschenschlaf verfiel, weil keine Verfahren anhängig waren.

Mit dem Inkrafttreten der Niedersächsischen Verfassung änderte sich diese Situation schlagartig, weil die kommunale Verfassungsbeschwerde eingeführt wurde und kommunale Gebietskörperschaften gegen Einschränkungen ihrer Selbstverwaltungsgarantie durch Landesgesetze nicht mehr das Bundesverfassungsgericht anrufen mussten.

Die kommunale Verfassungsbeschwerde stellt mittlerweile zahlenmäßig die stärkste Verfahrensart dar. Auch gegenwärtig sind elf Verfassungsbeschwerden anhängig, über die der Staatsgerichtshof am 29. April, wenige Tage vor Ende meiner Amtszeit, entscheiden wird. Nicht statthaft ist dagegen die Individualverfassungsbeschwerde. Mit anderen Worten: Der Bürger kann sich nicht mit der Behauptung, er sei in seinen Grundrechten verletzt, direkt an den Staatsgerichtshof wenden.

Ich habe in meiner Antrittsrede am 27. Januar 2007 zugesagt, mich öffentlicher Äußerungen zur Problematik der Verfassungsbeschwerde zu enthalten. Im Staatsgerichtshof selbst bestanden unterschiedliche Meinungen über die Sinnhaftigkeit einer Landesverfassungsbeschwerde, und ich habe vermeiden wollen, dass öffentliche Äußerungen von mir als Auffassung des Staatsgerichtshofs insgesamt gewertet würden. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich kurz vor Ende meiner Amtszeit diese Zurückhaltung aufgebe und meine Abschiedsrede zu einem Plädoyer für die Einfüh-

rung einer Landesverfassungsbeschwerde benutze.

Vorweg sei bemerkt, dass es hierzu nur eines einfachen Gesetzes, nämlich der Ergänzung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof, bedarf. Nach Artikel 54 Nr. 6 der Niedersächsischen Verfassung entscheidet der Staatsgerichtshof auch - ich zitiere - "in den übrigen ihm durch diese Verfassung oder durch Gesetz zugewiesenen Fällen." Es bedarf also keiner Verfassungsänderung, um die Bürgerverfassungsbeschwerde einzuführen. 10 der 16 Landesverfassungen kennen die Verfassungsbeschwerde und verfügen hierbei - so etwa Bayern und Hessen - über eine jahrzehntelange Tradition. In Baden-Württemberg ist ein Gesetzgebungsverfahren zur Einführung der Verfassungsbeschwerde eingeleitet worden. Die Hamburger Verfassung enthält keine Grundrechte, sodass eine Verfassungsbeschwerde hier nicht in Betracht kommt. Übrig bleiben als Länder ohne Verfassungsbeschwerde deshalb nur Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Bremen und Schleswig-Holstein sehen erwartungsvoll auf Niedersachsen, was mir vielfach bestätigt worden ist. Nur Nordrhein-Westfalen verstand sich bislang als eine Art Bollwerk gegen die Einführung der Landesverfassungsbeschwerde.

Ich kann an dieser Stelle nicht alle Argumente für und wider ihre Einführung vortragen, gehe indessen von der Prämisse aus, dass einer Verfassung, die Grundrechte gewährleistet - sei es auch im Wege der Inkorporation der Grundrechte des Grundgesetzes -, ein Rechtsbehelf entspricht, mit dem die Verletzung dieser Grundrechte geltend gemacht werden kann.

Nicht überzeugend ist das vielfach gehörte Argument, die Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde würde die Ehrenamtlichkeit in der Verfassungsgerichtsbarkeit infrage stellen. Sämtliche Landesverfassungsgerichte folgen dem Prinzip der Ehrenamtlichkeit, und es ist bislang nicht bekannt geworden, dass sie dem Geschäftsanfall an Verfassungsbeschwerden nicht gerecht geworden wären.

Untauglich ist letztlich auch das Kostenargument; denn schon jetzt kann der Staatsgerichtshof zur Unterstützung seiner Arbeit Richter im Landesdienst anfordern. Dieses Modell würde sich auch für die Bearbeitung von Verfassungsbeschwerden eignen.

Ein entscheidendes Argument für die Landesverfassungsbeschwerde besteht darin, dass Landesgesetze und ihr Vollzug vielfach einen so stark regionalen oder auch örtlichen Bezug haben, dass für die entsprechenden Rechtsstreitigkeiten und für ihre Entscheidung die Landesverfassungsgerichte schlechthin geeigneter sind als das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Sie mögen mir als Prognose gestatten, dass durch die Einführung der Landesverfassungsbeschwerde auch die Eigenstaatlichkeit des Landes gestärkt würde. Denn Bundesländer sind Gliedstaaten der Bundesrepublik und nicht lediglich Verwaltungsuntergliederungen. Insofern weist die Individualverfassungsbeschwerde in den Bundesländern auch auf ein größeres Landesbewusstsein hin.

Ich habe allerdings feststellen müssen, dass die Verfassungsbeschwerde nicht auf der Agenda der neuen Landesregierung steht. Nun stehe ich nicht an, der Regierung in dieser Stunde Ratschläge zu erteilen. Denn über die Einführung der Landesverfassungsbeschwerde zu entscheiden und darüber zu debattieren, ist allein Aufgabe des Landtags, dem ich für seine ungeteilte Aufmerksamkeit meinen Dank sage.

(Starker Beifall)

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrter Herr Professor Ipsen, der Landtag dankt Ihnen für Ihre Ausführungen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen für Ihre dem Land Niedersachsen und seinen Bürgerinnen und Bürgern geleistete Arbeit im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich zu danken. Für Ihren weiteren persönlichen und wissenschaftlichen Lebensweg wünschen wir Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit und Zufriedenheit.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Dr. van Nieuwland, der Landtag hat Sie in seiner Sitzung am 13. März 2013 in ein hohes Amt gewählt. Sie gehören dem Staatsgerichtshof bereits seit Juni 2000 als stellvertretendes Mitglied und seit dem 23. Februar 2005 als Mitglied an. Seit dem 7. Dezember 2006 sind Sie zudem Vizepräsident des Gerichtes. Als Präsident des Oberverwaltungsgerichtes sind Sie erfahren in der Entscheidung juristischer Konflikte. Die Verfassungsrechtsprechung steht vor der immer wieder zu bewältigenden Herausforderung, trotz der oft großen politischen Bedeutung die verfassungsrechtlich richtige Entscheidung zu treffen. Ihre Erfahrungen und die der anderen Mitglieder des

Staatsgerichtshofes werden, so denke ich, dabei von großem Nutzen sein.

Wir freuen uns auf das, was Sie uns sagen wollen, und sind gespannt, ob und wie Sie den von Ihrem Vorgänger geworfenen Ball aufnehmen. Sie haben das Wort.

(Beifall)

Dr. Herwig van Nieuwland:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine besondere Ehre, aus Anlass meiner Wahl zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs heute vor Ihnen, den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, sprechen zu dürfen. Dass Sie mir dazu Gelegenheit geben und mich vor genau fünf Wochen mit so großer Mehrheit in dieses hohe Richteramt gewählt haben, dafür möchte ich an dieser Stelle noch einmal allen herzlich Dank sagen. Ich freue mich auf meine neue Aufgabe und werde mich nach Kräften bemühen, meinen Teil dazu beizutragen, der Landesverfassung als der Grundordnung niedersächsischer Staatlichkeit die ihr zukommende Geltung zu verschaffen.

Bei der letzten Wahl sind allerdings nicht nur der Präsident und die Vizepräsidentin des Staatsgerichtshofs neu gewählt worden, sondern es haben auch sieben weitere Wahlen von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern stattgefunden. Allein bei den Mitgliedern hat es vier Neuwahlen gegeben. Damit ist fast die Hälfte der Mitglieder neu in das Richteramt berufen worden. Man kann daher mit Fug und Recht von einer Phase des Umbruchs und eines gewissen Neuanfangs sprechen. Dabei ist besonders erfreulich, dass der Staatsgerichtshof nun aus vier Frauen und fünf Männern besteht. Zum ersten Mal in der Geschichte des Staatsgerichtshofs wurde damit die Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht, soweit dies bei der ungeraden Zahl neun möglich ist. Die letzten Richterwahlen sind insoweit Ausdruck einer neuen Entwicklung, die ich außerordentlich begrüße.

Gestatten Sie mir, dass ich vorab ein Wort des Dankes an meinen Amtsvorgänger richte! Sie, Herr Professor Ipsen, waren der erste Hochschullehrer im Amt des Präsidenten. Von daher konnte es nicht überraschen, dass Sie diesem Amt eine ganz eigene Prägung gegeben haben. Mit den Besuchen beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat sich den Mitgliedern des

Staatsgerichtshofs die Möglichkeit eröffnet, einen Blick über den Tellerrand zu werfen und dabei neue Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen. Darüber hinaus ist es Ihrem Engagement und Ihrer Zielstrebigkeit zu verdanken, dass der Staatsgerichtshof inzwischen über sehr repräsentative Räume verfügt, deren Ausstattung keine Wünsche offenlässt.

Meine Damen und Herren, der Staatsgerichtshof hat bekanntlich eine Doppelfunktion. Er ist Gericht und Verfassungsorgan zugleich. Er ist ein Gericht, weil er als Gericht organisiert ist, nur auf Antrag tätig werden kann und sein Erkenntnisprozess in einem streng justizförmig geregelten Verfahren abläuft. Er ist ein Verfassungsorgan, weil Verfassungs- und Gesetzesrecht ihn dazu bestimmen, seine Aufgaben und Befugnisse sich unmittelbar aus der Landesverfassung ergeben und seine Entscheidungen die beiden anderen Verfassungsorgane - also Parlament und Regierung - binden. Einzelne seiner Entscheidungen haben sogar Gesetzeskraft. Damit ist der Staatsgerichtshof das einzige Verfassungsorgan, das öffentliche Gewalt ausübt, ohne selbst einer Kontrolle zu unterliegen.

In dieser durch die Landesverfassung vorgegebenen Konstruktion mag man - vielleicht nicht ohne Grund - eine gewisse Gefahr erblicken. Denn seine Stellung verleiht dem Staatsgerichtshof vordergründig die Kompetenz, in einem bestimmten Maße selbst darüber entscheiden zu können, was noch zum Bereich zulässiger Verfassungsauslegung gehört und wo der Bereich der Verfassungspolitik beginnt. Der Schlüssel zur Lösung dieses der Verfassungsgerichtsbarkeit immanenten Problems liegt für mich in der strikten Beachtung des Prinzips der richterlichen Selbstbeschränkung. Nur wenn dem Staatsgerichtshof stets bewusst ist. dass er kein politisches Gestaltungsmandat hat, und er deshalb immer nur streng am Maßstab der Verfassung prüft und entscheidet, wird die aus der Befugnis zur autoritativen Verfassungsinterpretation erwachsende Macht des Staatsgerichtshofs aufgewogen. Nur dadurch wird gewährleistet, dass sich die Gewichte zwischen den Verfassungsorganen nicht verschieben und das Prinzip der Gewaltenteilung gewahrt bleibt.

In einer Demokratie entscheidet der Souverän über die Gestaltung von Staat und Gesellschaft. Der Respekt vor dem in Parlamentsentscheidungen oder Plebisziten zum Ausdruck gekommenen Volkswillen gebietet es daher, den Gesetzgebungsakt nur dann für ungültig zu erklären, wenn die Norm hinreichend klar nicht mehr im Einklang

mit den formellen und materiellen Regelungen der Verfassung steht. Für diese sensible Aufgabe im Grenzbereich zwischen Recht und Politik und für die Akzeptanz verfassungsgerichtlicher Entscheidungen ist es daher aus meiner Sicht unabdingbar notwendig, sich immer wieder vor Augen zu führen, dass nicht der Staatsgerichtshof über den anderen Verfassungsorganen steht, sondern einzig und allein die Landesverfassung.

Der Staatsgerichtshof genießt aufgrund seiner konsistenten Rechtsprechung landesweit und parteiübergreifend hohes Ansehen. Die Bekanntheit des Staatsgerichtshofs und seine Verankerung im öffentlichen Bewusstsein werden freilich nicht allein durch die Qualität und die Überzeugungskraft seiner Entscheidungen geprägt, sondern gleichermaßen durch den Umfang der dem Gericht zugewiesenen Aufgaben. Dabei möchte ich, um Missverständnissen vorzubeugen, vorausschicken, dass das öffentliche Bewusstsein von der Existenz und der Stellung des Staatsgerichtshofes nun gar nichts mit der Eitelkeit oder dem Sendungsbewusstsein seiner Mitglieder zu tun hat. Beides entspräche nicht dem Gebot richterlicher Zurückhaltung. Mir geht es bei diesem Thema deshalb ausschließlich um die identitätsstiftende Funktion unserer Landesverfassung, um die Kontrolle staatlicher Machtausübung und um die Gewährung effektiven Rechtsschutzes.

Bei einer vergleichenden Betrachtung des Verfassungsrechts der Länder ist der Aufgabenkatalog des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs bislang eher begrenzt. Mit Ausnahme der kommunalen Verfassungsbeschwerde, die im Jahre 1993 neu in das Landesverfassungsrecht eingefügt wurde und zahlreiche wegweisende und bundesweit beachtete Entscheidungen insbesondere zum kommunalen Finanzausgleich hervorgebracht hat, beschränken sich die Zuständigkeiten des Staatsgerichtshofs im Wesentlichen auf das Staatsorganisationsrecht und die Klärung von Rechtsstreitigkeiten zwischen den Verfassungsorganen. Die Folge ist, dass der Staatsgerichtshof seit Inkrafttreten der neuen Landesverfassung im Jahre 1993 bislang erst 69 Entscheidungen getroffen hat, durchschnittlich also 3,5 pro Jahr. Schon an diesen Zahlen kann man erkennen: "Da geht noch was"!, ohne nun gleich die Frage der Überlastung stellen zu müssen.

(Heiterkeit)

Ein strukturelles Defizit im Rechtsschutzsystem des Staatsgerichtshofs ist aus meiner Sicht - ich

freue mich, dass wir, mein Amtsvorgänger und ich, insoweit Übereinstimmung haben - das Fehlen der individuellen Verfassungsbeschwerde, die inzwischen in 10 der 16 Bundesländer zur festen Verfassungspraxis gehört. Es ist nicht recht einzusehen, weshalb ein Gastwirt, der das Niedersächsische Nichtraucherschutzgesetz für verfassungswidrig hält, diese Frage dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorlegen muss oder warum ein großes niedersächsisches Drogerieunternehmen, das sich gegen die neuen Rundfunkbeiträge wenden will, eine Popularklage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof anhängig machen muss. So ist es aber geschehen, und die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Die Niedersächsische Landesverfassung hat einen umfangreichen Grundrechtskatalog, der über den des Grundgesetzes noch deutlich hinausgeht. Grundrechte entfalten aber erst dann ihre volle Normativität, wenn sich der Bürger auf sie berufen und sie vor einem eigenen Verfassungsgericht einklagen kann. Mir ist selbstverständlich bewusst, dass die Diskussion über die Einführung einer Verfassungsbeschwerde in Niedersachsen bislang kontrovers geführt worden ist, auch gerichtsintern; davon war schon die Rede.

Natürlich räume ich ein, dass es gute Gegenargumente gibt, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Das wohl gewichtigste ist, dass der Grundrechtsschutz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bislang in guten Händen gewesen ist. Wohl wahr! Allerdings muss man sehen, dass das Bundesverfassungsgericht mit inzwischen über 6 000 Verfassungsbeschwerden pro Jahr immer mehr an seine Grenzen stößt. Deshalb ist in den letzten Jahren die Gefahr enorm gestiegen, dass unter der Masse der Verfahren auch solche Streitsachen im Vorfeld des Annahmeverfahrens beim Bundesverfassungsgericht hängenbleiben, die für die Weiterentwicklung des niedersächsischen Landesrechts wichtig sind und einer Klärung bedürfen.

Der Gesetzgeber sollte daher meines Erachtens noch einmal über das Pro und Kontra einer Landesverfassungsbeschwerde nachdenken. Schließlich wird erst durch die Eröffnung eines adäquaten Rechtsweges aus einem zunächst nur objektiv verbürgten Grundrecht ein voll wirksames subjektives öffentliches Recht.

Mit der Verfassungsbeschwerde für jedermann würde sich aber nicht nur eine Rechtsschutzlücke schließen, es würde gleichzeitig das öffentliche Bewusstsein von den Werten und Normen unserer Landesverfassung gestärkt und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit der dritten Gewalt gefestigt. Aus dem Staatsgerichtshof könnte auf diese Weise noch viel stärker als bisher ein Bürgergericht werden.

Meine Damen und Herren, stellvertretend für alle Richterinnen und Richter des Staatsgerichtshofes in seiner künftigen Besetzung darf ich Ihnen wie den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Niedersachsen versichern, dass der Staatsgerichtshof auch künftig seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle unseres Landes wahrnehmen wird.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Dr. van Nieuwland, auch Ihnen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir wünschen Ihnen und allen Mitgliedern des Staatsgerichtshofs ein gerechtes und erfolgreiches Wirken zum Wohl des Landes Niedersachsen und seiner Bevölkerung. Wenn ich gehört habe, dass es über die Jahre hinweg im Durchschnitt 3,5 Verfahren pro Jahr gab, dann spricht das auch ein bisschen für die Qualität der Gesetzgebung durch diesen Landesgesetzgeber. Die 3,5 hatten es allerdings meistens richtig in sich; das geben wir auch zu.

Das Thema ist gestellt. Wir warten, wie die Diskussion verläuft. Noch einmal Ihnen allen ein ganz, ganz herzliches Dankeschön, Herr Professor Ipsen und Herr Dr. van Nieuwland! Besten Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind mit leichter Zeitüberschreitung am Ende der Vormittagssitzung angekommen. Wir sind mit den Parlamentarischen Geschäftsführern übereingekommen, dass wir die Nachmittagssitzung nicht um 15 Uhr, sondern um 15.15 Uhr beginnen. Das dürfte dann für alle passen. Ich danke schön und unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung von 13.37 Uhr bis 15.15 Uhr)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren! Wir fahren mit der für die Mittagspause unterbrochenen Plenarsitzung fort. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -Drs. 17/78

Im Wesentlichen geht es in diesem Antrag um § 18 b. Das wird aber gleich noch durch die Antragsteller erläutert.

Zur Einbringung des Antrages hat sich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Polat zu Wort gemeldet, der ich das Wort erteile. Bitte schön, Kollegin Polat!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Filiz Polat (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen mit dem Ihnen vorliegenden Antrag die Kommission für Migration und Teilhabe neu ausrichten: mehr Mitbestimmung, klare Voten und Erweiterung der Zusammensetzung.

CDU und FDP haben vor zehn Jahren den ersten gemeinsamen Vorstoß der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für mehr Mitbestimmung der Vertreterinnen und Vertreter der damaligen Ausländerkommission abgelehnt. Heute laden wir Sie ein, das Einstimmigkeitsprinzip in der Kommission Geschichte werden zu lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Kommission kann zukünftig mit einfacher Mehrheit Entscheidungen treffen und Empfehlungen geben. Gehen Sie mit uns im Niedersächsischen Landtag einen wesentlichen Schritt zur aktiven Gestaltung der Migrationsgesellschaft!

Obwohl sich die externen Vertreterinnen und Vertreter in vielen Punkten zu Fragen der Migration einig waren, gab es oftmals ein ablehnendes Votum der Kommission. Das war demotivierend und frustrierend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, so geht man nicht mit Bürgerinnen und Bürgern um, die sich seit Jahrzehnten ehrenamtlich für unsere Migrationsgesellschaft einsetzen. Wir wollen das ändern. Wir wollen echte Teilhabe auf Augenhöhe mit dem Parlament, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Kommission wird öffentlich tagen. Das ermöglicht unseren Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere Schülerinnen und Schülern sowie Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, parlamentarische Arbeit auf andere Weise kennenzulernen. Ich finde, das ist ein Beitrag zur gelebten Demokratie.

Die Kommission soll sich als Denk- und Ideenwerkstatt weiterentwickeln. Die Mitglieder der Fachausschüsse sind eingeladen, die Expertise der Vertreterinnen und Vertreter der Kommission einzuholen. Die Fraktionen haben die Möglichkeit, Anregungen und Kritik zu ihren Anträgen zu bekommen, genauso wie es Stellungnahmen zu Initiativen der Landesregierung geben wird.

Meine Damen und Herren, wer sitzt in der Kommission? - Neben den Fraktionsmitgliedern werden wieder Vertreterinnen und Vertreter von landesweit tätigen Verbänden der Migrantinnen und Migranten in der Kommission mitarbeiten. Wir wollen zukünftig aber auch die Expertise der Wohlfahrtsverbände und der Wissenschaft in der Kommission berücksichtigen. Und wir werden die unabhängige Beauftragte für Migration und Teilhabe mit ihrer Expertise zur Kommission dazuladen.

Erstmalig - das ist uns besonders wichtig - wollen wir eine Vertreterin oder einen Vertreter der Sinti und Roma berufen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Zuwanderung von Roma und Sinti aus Osteuropa und den Balkanländern ist ein wichtiges Thema auch der kommenden Jahre, genauso wie in diesem Zusammenhang der zunehmende Antiziganismus und der wachsende Rassismus und Rechtspopulismus in unserer Gesellschaft und in ganz Europa.

Meine Damen und Herren, ich zitiere:

"Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute, im 21. Jahrhundert, immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine bessere Zukunft beraubt wird."

Dies sagte vor anderthalb Jahren Zoni Weisz, der zum ersten Mal anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus als Sinto im Bundestag reden durfte. Zoni Weisz sprach von einem vergessenen Holocaust an seinem Volk und klagte gleichzeitig über die anhaltende Diskriminierung seines Volkes, meine Damen und Herren. Wir wollen den Sinti und Roma eine Stimme in diesem Parlament geben - nicht nur einmal, sondern so oft sie wollen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Polat, für die Einbringung. - Im Rahmen der Beratung hat das Wort nun der Kollege Jens Nacke von der CDU-Fraktion. Bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht eine Vorbemerkung: Es ist in diesem Hause eine gute Tradition, dass wir Fragen der Geschäftsordnung und Fragen, die die Arbeit des Parlaments und auch die Rechtsstellung der Abgeordneten betreffen, in der Regel vorab im Austausch miteinander besprechen. Ich hätte es gut gefunden, wenn wir auch jetzt Gelegenheit gehabt hätten, den Inhalt des Antrags schon im Vorfeld miteinander zu erörtern. Dass Sie dieses Vorhaben planen, war ja - - -

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

- Herr Kollege Watermann, genau so ist es.

(Ulrich Watermann [SPD]: Ich kann mich noch daran erinnern, dass es genau so nicht war!)

Ich möchte an dieser Stelle gerne noch etwas ausführen. Ich hätte es gut gefunden, wenn das vorher geschehen wäre. Denn dann hätten wir die öffentliche Debatte, die wir jetzt hier beginnen - wir haben ja noch Gelegenheit, uns entsprechend auszutauschen -, möglicherweise zum Teil schon im Vorfeld abräumen können.

Natürlich verfolgt der Antrag ein lobenswertes Ziel, nämlich ein Forum für die Teilhabe und Beteiligung von Migranten zu schaffen. Das war schon immer Sinn und Zweck dieser Kommission mit ihren unterschiedlichen Bezeichnungen. Das ist eine gute Einrichtung dieses Parlaments.

Die Veränderungen, die Sie jetzt vorhaben, erinnern aber doch ein wenig daran: Gut gemeint, aber eben nicht gut gemacht. Ich werde Ihnen kurz aus-

führen, warum ich zu dieser Auffassung gelangt bin.

Ich glaube - das wird Sie überraschen, Frau Kollegin Polat -, dass dieser Antrag letztendlich auf einen Bedeutungs- und Autoritätsverlust der Kommission hinauslaufen wird. Das ist schade. Warum bin ich zu dieser Auffassung gelangt? - Es gibt unterschiedliche Änderungen der Rechtslage für diese Kommission. Einige sind nicht so von Belang. Diese Kommission soll zukünftig 19 Mitglieder haben; nur 4 davon - in der Vergangenheit waren es 5 von 16 - aus dem Parlament, also pro Fraktion eines. Das bedeutet, dass die Kommission zukünftig gegen die Mehrheit der Parlamentarier - so ist es auch gewollt -, im Grunde genommen also gegen die Auffassung des gesamten Parlaments, in jedem Fall aber auch gegen die Auffassung auch der Regierungsfraktionen - das ist das, was Sie gerade auch angesprochen haben -, Beschlüsse herbeiführen kann. Damit ist das ein Unikum. Das gibt es so kein zweites Mal. Das gilt für keinen Ausschuss. Das gilt für keine Kommission. Bei allen anderen Ausschüssen gilt das Spiegelbildprinzip - hier nicht.

Mit der bisherigen, von Ihnen schon häufig auch öffentlich beanstandeten und auch von den anderen Mitgliedern der Kommission ab und an kritisierten Regelung des Einstimmigkeitsprinzips war das natürlich kein Problem; denn letzten Endes konnten die Regierungsfraktionen immer dann, wenn über kostenrelevante Themen diskutiert wurde, und natürlich auch das Parlament in Gänze die Möglichkeit nutzen, eine Entscheidung dieser Kommission in ihrem Sinne zu beeinflussen. Damit waren auch die gewählten Vertreter entsprechend repräsentiert.

Jetzt ist eine andere Entscheidung möglich. Die Frage ist: Was bedeutet das? Steigt dadurch die Bedeutung von Beschlüssen dieser Kommission, oder wird sie eher reduziert? - Ich sage Ihnen voraus: Dadurch werden Entscheidungen und Debatten in dieser Kommission letzten Endes, wie ich meine, auf ganz normale Stellungnahmen, auf das Prinzip Anhörung zurückgeführt. Das finde ich schade. Ich finde, wir sollten noch einmal darüber nachdenken, ob das so bleiben soll.

Im Übrigen muss man auch der Regierung sagen, dass dies kaum in ihrem Interesse sein wird. Häufig finden Anträge hier im Parlament, aus welchen Gründen auch immer, keine Mehrheit. Häufig sind es Kostengründe. Das wissen Sie selbst. Es ist das Wesen von Verbandstätigkeit, Dinge zu for-

dern und anzuregen. Häufig sind es Dinge, die weit über das hinausgehen, was wir als Parlament machen können, was eine Regierung mittragen kann. Gleichwohl wird aber eine Forderung in den Raum gestellt in der Hoffnung, dass man die Regierung in eine bestimmte Richtung beeinflussen kann. Das wird jetzt nicht mehr möglich sein.

Das Zweite ist die Frage, ob es ein Initiativrecht geben soll. Das ist unklar. Wenn man in dieser Art und Weise eine Mehrheit von Gruppierungen schafft, die ja von Verbänden geschickt und nicht von der Bevölkerung gewählt sind, müssen diese aus ihrer Systematik heraus dort auch Verbandsinteressen vertreten.

Ein dritter Punkt ist die Frage: Wie ist es mit dem Zitierrecht? Bekommt die Kommission, wie es die anderen Ausschüsse ja haben, ein Zitierrecht nach Artikel 23 der Niedersächsischen Verfassung? Kann also die Anwesenheit von Mitgliedern der Regierung verlangt werden? Bislang ist dies ein Privileg gewählter Parlamentarier. Mit Ihrer Änderung, die so klein wirkt, würden Sie einer Kommission mit einem bestimmten Thema dieses Sonderrecht einräumen. Wir müssen zumindest darüber diskutieren, ob das so sein soll.

Viertens stellen sich auch ziemlich schwierige rechtliche Fragen. Deswegen haben wir der sofortigen Abstimmung an dieser Stelle nicht zugestimmt, Herr Kollege Tonne. Ich schlage deshalb vor, dass sich auch der Rechtsausschuss mit dieser Frage befasst - ich ziehe das an dieser Stelle vor -, weil ich auch die Frage beantwortet haben möchte, ob verfassungsrechtlich Probleme entstehen können. Ich will das hier gar nicht in den Raum stellen. Ich möchte das aber durch den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst geprüft wissen. Deshalb mein Vorschlag, dass sich der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit dieser Frage beschäftigt.

Nicht eingegangen sind Sie auf die Aufgabenänderung. Bislang heißt es ja in unserer Geschäftsordnung: "Zur regelmäßigen Erörterung aller Fragen der Teilhabe …" Das ist knapp gefasst, aber gleichwohl ist damit ein umfassendes Betätigungsfeld gegeben. Sie haben das jetzt spezialisiert, indem die Aufgabe wie folgt geändert werden soll: "Zur regelmäßigen Erörterung aller Fragen, die sich aus der kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Vielfalt sowie aus der besonderen Situation der Migrationsgesellschaft Niedersachsens ergeben, und die deren Teilhabe und Partizipation betreffen …" Meines Erachtens ist das sprachlich

nicht richtig, da sich das Wort "deren" auf die Gesellschaft bezieht, aber meines Erachtens auf Einzelpersonen beziehen muss. Das muss noch umformuliert werden. Das ist aber relativ unproblematisch.

Die Formulierung "religiöse Vielfalt" - ich nenne nur dieses eine Beispiel; ich könnte auch den Bereich der Kultur nehmen - bezieht sich nicht auf ausländerspezifische oder integrationsspezifische bzw. migrationsspezifische Fragestellungen. Sie steht gesetzessystematisch allein und drückt aus: Dieser Ausschuss soll sich mit der religiösen Vielfalt im Lande beschäftigen. - Wie das ohne Vertreter der christlichen Kirchen, der jüdischen Glaubensgemeinschaft und anderer Glaubensgruppen möglich sein soll, ist mir ein Rätsel. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nach dem Vorschlag, den Sie uns unterbreitet haben, sind mit DITIB und dem Landesverband der Muslime in Niedersachsen ausschließlich muslimische Glaubensgemeinschaften vertreten. Das ist nachvollziehbar; denn die haben besondere Fragen bei der Integration und Migration. Aber wenn es um die Erörterung der religiösen Vielfalt geht, ist an dieser Stelle zumindest unklar, wie das wird.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass die Wohlfahrtsverbände einen festen Vertreter haben sollen. Ich vermute, dass dies ein Zugeständnis an die Integrationsministerin ist, die ja vor ihrer Tätigkeit als Ministerin den Wohlfahrtsverbänden besonders zugetan war. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Wohlfahrtsverbände hier möglicherweise dabei sein wollen, weil sie der größte Anbieter von Beratung in diesem Bereich sind. Es gibt aber auch andere, beispielsweise die Volkshochschulen, die ausdrücklich in diesem Kontext nicht umfasst sind. Ob es wirklich klug und sinnvoll ist, in eine solche Kommission nur einen Anbieter von vielen, auch staatlichen Angeboten für Integration und Teilhabe an den Tisch zu holen und damit andere auszugrenzen, stelle ich infrage. Ich erinnere nur an die Zusammensetzung des Integrationsbeirats.

In diesem Zusammenhang haben wir genau diese Frage sehr intensiv diskutiert. Sie sind da, glaube ich, noch Vorsitzende. Ich weiß aber nicht genau, ob gestern schon mit entschieden worden ist, dass das geändert werden soll. In der Zeitung stand ja, dass Frau Schröder-Köpf zukünftig den Vorsitz dort übernehmen soll. Man ist dort letzten Endes

auf 60 Personen gekommen, um alle Interessen zu berücksichtigen. Bei dem jetzt vorliegenden Vorschlag für die Kommission soll es genau anders sein. Das ist eine schwierige Frage.

Ich komme darauf zurück: Das ist gut gemeint, aber nach dem jetzigen Stand - wir können darüber sprechen; ich will auch nicht von vornherein sagen, dass wir das ablehnen - noch nicht gut gemacht. Das kriegen wir vielleicht hin, aber nur unter Beteiligung - das beantrage ich hiermit, damit wir es gleich entscheiden - des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses als zuständige Fachausschüsse.

(Zuruf von der SPD: Das geht doch gar nicht!)

Das müssen wir deshalb hier entscheiden, weil sich ansonsten der Ältestenrat damit beschäftigt. Dann wären wir auf jeden Fall beim übernächsten Plenum; denn er tagt vorher nicht noch einmal. Das ist mein Vorschlag, damit wir die Chance haben, diese schwierigen rechtlichen Fragestellungen zu erörtern. Vielleicht haben wir dann eine Chance, zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. So können wir dem Antrag jedenfalls nicht zustimmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Nacke. Über die Anträge auf Mitberatung werden wir gemäß der Geschäftsordnung eine Meinungsbildung des Hauses herbeiführen.

Ich darf jetzt im Rahmen der Beratung zunächst Herrn Kollegen Tonne für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir legen Ihnen heute eine dringend notwendige Änderung der Geschäftsordnung vor, damit die Kommission für Migration und Teilhabe ihre Arbeit aufnehmen kann - das ist für uns das Wesentliche; so können Einschätzungen auch auseinanderfallen - und damit sie eine moderne und der gesellschaftlichen Entwicklung angepasste Arbeitsgrundlage hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Teilhabe und Partizipation für alle sind die Grundlagen, auf denen die Kommission arbeiten soll. Niedersachsen ist ganz unstreitig ein Einwanderungsland. Daher wollen wir die Trennung in "wir" und "ihr" aufheben. Zugehörigkeit kann nur in einem wechselseitigen Prozess stattfinden: durch eine Öffnung der aufnehmenden Gesellschaft und durch einen Integrationswillen der Zuwanderer. Dieses Grundverständnis soll sich auch in der neuen Kommission für Migration und Teilhabe widerspiegeln. Dafür ist es z. B. auch wichtig, dass wir vermeintliche Kleinigkeiten wie den Titel und den mit falschen Annahmen verbundenen Begriff der Integration durch "Migration und Teilhabe" ersetzen. Damit ist die Ausrichtung der Kommission eine komplett andere als noch unter der Vorgängerregierung. Diese Kehrtwende ist in unseren Augen dringend nötig. Wir werden sie daher auch vollziehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Rahmen der Zusammensetzung der Kommission war und ist es für uns wichtig, dass die Betroffenen umfänglich die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen. Dazu gehören dann die landesweit tätigen Verbände der Migrantenarbeit, die Freie Wohlfahrtspflege, kommunale Integrationsbeauftragte, Wissenschaft und Forschung, damit diese als Experten in eigener Sache zu Wort kommen, die Landespolitik beraten und Empfehlungen geben können. Zu Recht sollen auch die Sinti und Roma ausdrücklich einen Vertreter bzw. eine Vertreterin benennen. Damit werden wir ihrem Stellenwert gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ganz bewusst können Empfehlungen nun mit einfacher Mehrheit gefasst werden. Das, was eigentlich so selbstverständlich klingt, war es bisher nicht. Es mussten einstimmige Beschlüsse gefasst werden. Damit haben auch CDU und FDP in der Vergangenheit Sperrminoritäten genutzt, um unliebsame Kritik aus der Kommission an der eigenen Politik zu unterbinden. Wir haben das nicht nötig und haben auch keine Angst davor. Deswegen lassen wir einfache Mehrheiten in dieser Kommission zu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf den Dialog. Wir nehmen die Stimmen der Betroffenen durch diese Änderung ernst. So sieht dann auch

eine wirklich demokratische Beschlussfassung aus. Damit setzen wir eine strukturelle Veränderung um, wozu die Vorgängerregierung zehn Jahre lang weder willens noch in der Lage war.

In diesem Zusammenhang gratulieren wir ganz herzlich unserer Kollegin Doris Schröder-Köpf zu ihrem neuen Amt als Beauftragte für Migration und Teilhabe.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist einer von etlichen Schritten - die zugesagt sind und die auch richtig und gut sind - in Richtung einer neuen Willkommenskultur für zugewanderte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir freuen uns darüber

(Norbert Böhlke [CDU]: Wir mussten auch lange genug darauf warten, Herr Kollege! - Gegenrufe von der SPD: Zehn Jahre!)

- Wer zehn Jahre regiert hat, kann doch nicht nach zwei Monaten einen solchen Zwischenruf machen, Herr Kollege! Wir können zig Beispiele aufführen, wo Sie wesentlich schneller hätten sein können, aber nicht konnten und nicht wollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verankerung der Migrationsbeauftragten in der Staatskanzlei, die Vernetzung von Härtefallkommission, Integrationsbeirat, Kommission und Kabinettssitzungen durch die neue Landesbeauftragte - das alles macht deutlich, dass Rot-Grün Teilhabe und Partizipation nicht nur als Querschnittsaufgabe für alle Landesressorts ansieht, sondern auch entsprechend handelt. Das ist nämlich der Unterschied dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Querschnittspolitik gerade für Sie von der CDU offensichtlich etwas Neues ist, hat man in den letzten Tagen an Ihren Reaktionen sehr deutlich gemerkt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich habe mir einmal die gestrigen Pressemitteilungen von FDP und CDU angeschaut.

(Christian Grascha [FDP]: Hoffentlich auch gelesen!)

Da kann man feststellen: Unberührt von Sachkenntnis wird erst einmal wild alles Mögliche kritisiert. Fakten werden nicht einmal ansatzweise zur Kenntnis genommen.

Deswegen sage ich in Anspielung auf das, was gestern veröffentlicht worden ist: Das Chaos in der Integrationspolitik, sehr geehrte Frau Eilers, haben wir der Vorgängerregierung zu verdanken. Wir sind es, die die dringend notwendige Ordnung gerade wiederherstellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir legen auch sehr viel Wert darauf, dass die Kommission ihre Sitzungen öffentlich durchführt. Das ist eine völlige Umkehrung des bisherigen Selbstverständnisses. Für die Vorgängerregierung war die gesamte Integrationskommission eigentlich ein Hindernis. Man hat sie zu einem Unterrichtungsgremium verkommen lassen. Die Beteiligung stand zwar auf dem Papier, wurde aber nie ernsthaft praktiziert. Logischerweise sollte also auch die Arbeit im Verborgenen stattfinden, ohne ernst zu nehmende Mitwirkungsrechte.

Wir hingegen wollen einen transparenten Ablauf. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich frühzeitig über den Stand der Diskussionen und die Positionen der Fraktionen informieren können. Die Migrationspolitik muss aus der hintersten Ecke eines Sitzungszimmers heraus und mitten hinein in die Gesellschaft - wo sie auch hingehört.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Insgesamt ist festzustellen: Wir begrüßen die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt in unserem Land. Wir wollen sie fördern und auch weiterentwickeln. Und glauben Sie mir: Akzeptierte Vielfalt geht weit über gelegentliches Spaghettioder Döneressen hinaus.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind bereit, für unser Selbstverständnis quer durch die Landespolitik zu kämpfen. Rot-Grün hält ein, was wir versprochen haben. Dieser Vorschlag ist ein guter Schritt in Richtung eines weltoffenen Niedersachsens.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, auf den Beitrag des Kollegen Tonne hat sich der Kollege Nacke zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie kennen das Prozedere, Herr Nacke: 90 Sekunden. Bitte!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Tonne, ich finde es schade, dass Sie in Ihrem Redebeitrag kaum die Gelegenheit genutzt haben, auf die Punkte einzugehen, die ich angesprochen habe.

Im Übrigen finde ich, dass die Wahl von Frau Schröder-Köpf nicht zu diesem Tagesordnungspunkt gehört. Da Sie sie aber nun schon einmal angesprochen haben, sage ich hier auch von meiner Seite: Frau Schröder-Köpf, ich gratuliere Ihnen recht herzlich zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen für Ihre Aufgabe alles Gute. Gleichwohl verbleibe ich bei meiner Kritik, dass die Einbettung in die Arbeit der Landesregierung nach meiner Auffassung nicht gelungen ist. Das werden Sie der gestrigen Pressemitteilung aber auch entnommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Tonne, es ist falsch, dass die damalige Landesregierung oder die Regierung tragenden Fraktionen unliebsame Kritik haben abwehren wollen. Die Sperrminorität, von der Sie gesprochen haben, galt für jede einzelne Fraktion in diesem Haus. Das sollte man an dieser Stelle nicht vergessen. Sie galt für die Linken, für die SPD, für die Grünen, für die CDU und für die FDP.

(Glocke des Präsidenten)

Der Gedanke war bislang tatsächlich: Wir wollen eine Kommission, die auf absolute Übereinstimmung ausgerichtet ist und eben keine Mehrheitsentscheidung gegen parlamentarische Gremien fällen kann. Das ist jetzt anders.

Ihre Rede war ein bisschen nach dem Motto: Das ist ein Wahlversprechen; hier sind wir jetzt, die Mordsmollis in der Integrationspolitik; deswegen werden wir uns an dieser Stelle nicht mehr verändern. - Da gebe ich Ihnen den guten Rat: Gehen Sie zumindest auf die Kritikpunkte des - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Nacke, die 90 Sekunden sind abgelaufen.

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Letzter Satz: Gehen Sie zumindest auf die Anregungen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes ein. Das würde ich dringend empfehlen; denn ansonsten erleidet diese Kommission möglicherweise einen Wertverlust, und das wäre schade.

Und vielleicht gehen Sie auch noch einmal auf das ein, was ich in meinem ersten Redebeitrag gesagt habe.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, ich appelliere an alle Mitglieder des Hauses, bei Kurzinterventionen die Redezeit auch wirklich einzuhalten. Mit dem letzten Satz haben Sie ein Drittel mehr Zeit in Anspruch genommen, als es die Geschäftsordnung hergibt. Wie Sie wissen, ist so etwas in der Vergangenheit durch rigoroses Abschalten des Mikrofons unterbunden worden. Ich will diese Praxis nicht zu Beginn der Wahlperiode fortsetzen. Das setzt aber Ihre Disziplin voraus. Ansonsten werden wir in Zukunft wirklich ohne Hinweis nach 90 Sekunden das Mikrofon abschalten.

Die SPD-Fraktion hat die Möglichkeit, auf diese Kurzintervention zu antworten. Der Kollege Tonne macht davon Gebrauch. Bitte schön!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Nacke, die Bedenken, die Sie formuliert haben, gehen darauf zurück, dass wir in diesem Haus ein unterschiedliches Verständnis von der Bedeutung der Kommission haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das habe ich in meinem Redebeitrag auch dargestellt. Wir interpretieren die Bedeutung der Kommission offensichtlich anders als Sie.

Zweitens. Wenn das Thema "Migration und Teilhabe" diskutiert wird, gehört selbstverständlich auch die strukturelle Veränderung in der weiteren Arbeit der Landesregierung dazu. Deswegen gehört die neue Landesbeauftragte natürlich mit in eine solche Diskussion hinein. Sie haben es heute Morgen ja sogar geschafft, im Rahmen der Aktuellen Stunde zu Herrn Pistorius etwas zu Frau Schröder-Köpf zu sagen. Das fand ich deutlich gewagter, als das in diese Diskussion einzubetten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Drittens. Wir können an jeder Stelle, an der es sich anbietet, miteinander über Detailfragen diskutieren. Das machen wir gerne, gar keine Frage. Aber eines muss ich auch feststellen: Dass es Sie wirklich überrascht, dass wir das, was wir versprochen haben, umsetzen wollen, wirft schon ein bezeichnendes Licht auf Sie.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Im Rahmen der weiteren Beratung erteile ich jetzt dem Kollegen Christian Grascha für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte, Herr Kollege!

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Tonne, Ihr Redebeitrag hat mich schon ein Stück weit gewundert, zumal der Kollege Nacke einen sehr sachlichen Beitrag geliefert hatte,

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Geht das bei Herrn Nacke?)

in dem er, wie ich finde, bei aller Offenheit gegenüber diesem Thema auch Kritikpunkte und Fragen formuliert hat, die wir zunächst im Ältestenrat und in den Fachausschüssen klären sollten. Insofern, lieber Kollege Tonne, passt das, was Sie hier vorgetragen haben, weder vom Verfahren - es wäre sicherlich sinnvoll gewesen, diese Geschäftsordnungsänderung vorab mit den anderen Fraktionen zu besprechen - noch vor dem Hintergrund, dass Sie Ihren Redebeitrag offensichtlich in Unkenntnis des Redebeitrags von Herrn Nacke schon vorbereitet hatten, zu der neuen Dialogkultur, die die rotgrüne Mehrheit nach der Landtagswahl angekündigt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Über die einzelnen Fragen werden wir im Ältestenrat und in den Fachausschüssen diskutieren. Was tatsächlich bei den Inhalten passiert, wird aber erst danach offenkundig. Deswegen darf auch ich Ihnen, sehr geehrte Frau Schröder-Köpf, im Namen der FDP-Fraktion erst einmal herzlich zur Benennung zur Integrationsbeauftragten gratulieren.

Nichtsdestotrotz bleibt unser Kritikpunkt bestehen, dass es Rot-Grün in den ersten Wochen seit der Regierungsübernahme bisher nur gelungen ist, Posten zu besetzen und Kommissionen neu zu schaffen. An inhaltlichen Punkten haben wir bisher sehr, sehr wenig gesehen. Das, was Sie gerade in der Integrationspolitik bisher angeboten haben, gleicht eher einem Wirrwarr und einem Kompetenzgerangel.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Filiz Polat [GRÜNE] - Weitere Zurufe)

Deswegen stellt sich im Blick auf die Integrationskommission die spannende Frage: Wird das eher Ihr Feld, Frau Polat - in Konkurrenz zu Frau Schröder-Köpf -, oder wie müssen wir uns die Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeirat, mit der Härtefallkommission, mit der Grundsatzabteilung, die in der Staatskanzlei angesiedelt ist, und mit den Abteilungen, die noch im Sozialministerium und im Innenministerium angesiedelt sind, vorstellen? - Das ist schon recht spannend.

Nichtsdestotrotz möchte ich für meine Fraktion sagen, dass wir den Änderungen durchaus offen gegenüberstehen und bereit sind, in den Ausschüssen entsprechend darüber zu diskutieren.

Die Fragen, die sich hier stellen, hat Herr Nacke formuliert. Eine ist die der Aufgabenstellung. Das ist ja durchaus interessant. Was meinen Sie beispielsweise mit der Formulierung, dass auch die weltanschauliche Vielfalt, die kulturelle Vielfalt Teil der Arbeit der Kommission sein muss? Eine andere Frage, die man diskutieren muss, ist die der Größe der Kommission. Ist bei der vorgesehenen Größe überhaupt noch die Arbeitsfähigkeit gewährleistet? Auch Frage, ob Empfehlungen direkt an Kommission übersandt werden sollen, sollte man erörtern.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich auf die Ausschussberatung. Ich hoffe, dass Sie dort mehr auf unsere Fragen und auf unsere Anregungen und Kritikpunkte eingehen, als das heute Nachmittag passiert ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Grünen hat eine Restredezeit von 1:34 Minuten. Mir liegen zwei Wortmeldungen vor. Das ist aber offensichtlich innerhalb der Fraktion geklärt. Das Wort nimmt die Kollegin Polat. Bitte!

Filiz Polat (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal Folgendes klarstellen: Sie sprechen immer vom Zuständigkeitenwirrwarr. Aber tatsächlich haben wir an den Zuständigkeiten, wie sie bei der alten Landesregierung bestanden, nichts geändert. Es gibt eine Integrationsministerin, und der Innenminister ist für das Ausländerrecht zuständig. Wir haben auch den Integrationsbeirat, den Aygül Özkan geschaffen hat, aufrechterhalten. Das hätten wir nicht tun müssen. Die Integrationskommission gibt es seit 1993. Wir entwickeln sie nur weiter und geben ihr mehr Rechte. Neu ist allerdings, dass wir wieder eine Integrationsbeauftragte wollen. Die damalige Integrationsbeauftragte, Frau Honey Deihimi, hatte die Ministerin ja nach Berlin abgegeben. Wir wollen eine Integrationsbeauftragte, die dieses Namens auch würdig ist, nämlich als unabhängige Stabsstelle.

Wir haben den Mut, Kritik auszuhalten - im Zweifel muss der Ministerpräsident die Kritik von Doris Schröder-Köpf aushalten -, und wir haben den Mut zur Kritik von den Migrantenverbänden in der Kommission für Migration und Teilhabe.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Nacke, wir diskutieren dieses Thema schon seit zehn Jahren, auch mit dem GBD. Die Kritik ist schon längst abgeräumt. Sie wollen heute nur blockieren, und das ist schade bei diesem wichtigen Thema.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Auch auf den Beitrag der Kollegin Polat gibt es eine Wortmeldung des Kollegen Nacke zu einer Kurzintervention. Ich erteile ihm für 90 Sekunden das Wort.

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

Jens Nacke (CDU):

Ich bin ganz irritiert über das Mitteilungsbedürfnis von Herrn Watermann an diesem Nachmittag.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Polat, ich möchte zu Ihrem Beitrag zwei Anmerkungen machen.

Zum einen: Dass wir das Kompetenzwirrwarr kritisieren, das nach unserem Eindruck durchaus entstanden ist, liegt natürlich daran - Kollege Tonne sagte gerade, es ist komisch, dass wir uns darüber wundern, dass Sie umsetzen, was Sie vor der Wahl gesagt haben -, dass alles das, was Sie und insbesondere der Ministerpräsident hinsichtlich der Zuständigkeit von Frau Schröder-Köpf vor der Wahl gesagt haben, eben nicht umgesetzt worden ist.

Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt - Frau Kollegin Polat, ich würde mich freuen, wenn Sie in der Erwiderung die Gelegenheit nehmen würden, darauf einzugehen -: Es ist unklar, was mit den Empfehlungen der Kommission passiert. Was passiert z. B. mit positiven Mehrheitsempfehlungen, die ja auch gegen die Interessen eines Migrantenverbandes gefasst werden könnten? Wie gehen die Ausschüsse damit um? Soll dieses Parlament darüber diskutieren, oder werden sie, wie es beispielsweise bei einer Anhörung der Fall ist, zur Kenntnis genommen und dann gelocht und abgeheftet, wenn man ihnen nicht folgen will? - Darauf müssen Sie eine Antwort gegeben, wenn Sie die Regeln ändern wollen. Ich bin gespannt darauf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwidert die Kollegin Polat. 90 Sekunden. Bitte!

Filiz Polat (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nacke, ich muss mich wirklich wundern. Wie gesagt, wir diskutieren dieses Thema seit zehn Jahren. Seit zehn Jahren haben wir gemeinsam mit Rot-Grün dafür geworben, das Einstimmigkeitsprinzip aufzugeben, immer auch in Beratung mit dem GBD. Jetzt haben wir in Absatz 4 die Regelung getroffen, dass Empfehlungen mit der einfachen Mehrheit abgeben werden können.

Die Kommission kann eine Vertreterin oder einen Vertreter in den Fachausschuss entsenden. Diese können angehört werden. Wir können aber auch, wenn die Kommission keine Person entsenden will, ein Votum mit dem entsprechenden Protokoll abgeben, wie es auch bisher schon der Fall war.

Aber wir schaffen eben diese unwürdige Situation ab, dass sich 90 % der Kommissionsmitglieder für die doppelte Staatsbürgerschaft aussprechen und gleichwohl das Votum herausgeht, die Kommission

sei dagegen. Wie so etwas demokratisch sein soll, können Sie mir nicht plausibel erklären.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen im Rahmen der ersten Beratung zu diesem Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

Bislang ist vorgesehen, den Ältestenrat als Geschäftsordnungsausschuss mit der Beratung zu beauftragen. Nun hat Herr Kollege Nacke auch um eine Mitberatung durch zwei weitere Ausschüsse gebeten.

Nach der Geschäftsordnung des Landtags haben wir jetzt zwei Möglichkeiten. Die eine ist, den Antrag an den Ältestenrat zu überweisen, der dann ja jederzeit die Möglichkeit hätte, von sich aus weitere Ausschüsse mitberatend heranzuziehen. Die andere ist, über einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag auf Mitberatung abzustimmen. Ein solcher liegt aber nicht vor, sodass ich das Prozedere aufrufe.

Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob die Federführung der Beratung dieses Antrags zur Änderung der Geschäftsordnung beim Ältestenrat liegen soll. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? - Das war ein einstimmiger Beschluss.

Nach der Geschäftsordnung wäre jetzt ein abweichender Antrag auf Mitberatung hier im Plenum mehrheitlich zu entscheiden. Darf ich, Herr Kollege Nacke, beide beantragten Mitberatungen en bloc abstimmen lassen? - Ja.

Wer dem Antrag des Kollegen Jens Nacke zustimmen möchte, den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration mitberatend zu beteiligen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nicht streitig. Damit hat das Parlament mit deutlicher Mehrheit entschieden, dass das so passiert.

Damit kann ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 6 abschließen. Sowohl die federführende Beratung als auch die Mitberatung sind durch das Haus geregelt worden.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Ohne Steuererhöhungen runter vom Schuldenberg - Für einen sparsamen, nachhaltigen sowie generationen- und leistungsgerechten Staat - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/81

Zur Einbringung hat sich der Kollege Christian Grascha zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf die Einbringung unseres Entschließungsantrags mit einem Zitat beginnen:

"Zurück zum Mythos der zu geringen Besteuerung der Reichen. Auch er verliert seine Ausstrahlung durch trockene Statistiken. ... Das oberste Einkommensfünftel leistet 68 % aller Steuerzahlungen. Die unteren 50 % aller Einkommensteuerpflichtigen tragen hingegen gerade einmal 6,5 % und die untersten 20 % lediglich 0,1 % zum Steueraufkommen bei. Soll man das einen verteilungspolitischen Skandal nennen?"

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, dieses Zitat ist aus dem Jahr 2010. Es stammt aus dem Buch "Unterm Strich". Sie werden es sich vielleicht denken: Der Autor dieses Buches ist Peer Steinbrück, der heutige SPD-Kanzlerkandidat.

(Beifall bei der FDP und Zurufe von der CDU)

Dazu ist mir in Vorbereitung meiner Rede nur das Zitat von Wolfgang Kubicki eingefallen, der auf dem letzten FDP-Bundesparteitag gesagt hat: "Peer Steinbrück ist schon ein armes Schwein".

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist schon bitter, wenn man jetzt das Gegenteil der Überzeugung vortragen muss, die man noch vor drei Jahren vertreten hat - nur um Ruhe vor Sigmar Gabriel und Andrea Nahles zu haben. Aber das hat eben seinen Preis, und die Zeiten ändern sich.

(Jörg Bode [FDP]: Vor allem Steinbrück hat einen Preis!)

Früher hat Peer Steinbrück für seine Arbeit 20 000 Euro bekommen. Jetzt muss er für seine Arbeit etwas abgeben: seine Überzeugung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Offensichtlich macht er das aber bewusst. Denn wie wir am letzten Wochenende erfahren durften - in einem Interview nach dem SPD-Bundesparteitag vom Wochenende hat er das ja vollmundig erklärt -, garantiert er den Unternehmen in Deutschland, dass die Substanz nicht besteuert wird.

(Jörg Bode [FDP]: Ach!)

Für den Widerspruch zu dieser Aussage sorgt der ehemalige Peer Steinbrück aber sogar selbst. Er warnte nämlich schon früher vor der Unmöglichkeit der Trennung von privaten und betrieblichen Vermögen und nannte als Beispiel das Picasso-Bild, das man schnell vom Wohnzimmer in das Besuchszimmer des Betriebs hängen kann. Meine Damen und Herren, es gibt nur zwei Möglichkeiten, um diese Unmöglichkeit zu erklären: Entweder Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat der SPD täuscht die Öffentlichkeit, oder - jetzt schaue ich einmal besonders in die Reihen der SPD - er täuscht seine eigene Partei, was aus deren Sicht wohl noch schlimmer wäre.

Wenn Umgehungstatbestände geschaffen und das betriebliche Vermögen entsprechend herausgenommen werden, dann bedeutet das nichts anderes, als dass Ihre Pläne für eine Vermögensteuer eine Luft- und Lachnummer sind und dass die Beträge, die Sie heute schon ausgeben, zumindest mit Wahlversprechen, überhaupt nicht hinterlegt sind. Sollte es aber bedeuten, dass Unternehmen am Ende doch in der Substanz besteuert werden, dann würde die Garantieerklärung von Peer Steinbrück nicht stimmen. Eine Möglichkeit dazwischen gibt es eben nicht. Offensichtlich findet hier also von vornherein eine Täuschung statt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn man in die anderen Steuerarten hineinblickt, wird man relativ schnell feststellen, dass die SPD ohnehin plant, die Substanz von Unternehmen zu besteuern. Schauen wir einmal die Gewerbesteuer an. Die SPD plant weiterhin, beispielsweise Mieten oder Leasingraten in die Besteuerungsgrundlage mit aufzunehmen. Da dies keine Gewinnbesteuerung ist, ist auch dies schon eine Bestandsbesteuerung.

Was ist mit der Erbschaftsteuer? Was ist mit der Vermögensteuer? - Wenn Sie alle Ausnahmetatbestände herausnehmen, wenn Sie Umgehungstatbestände schaffen, dann werden Sie niemals auf die Beträge kommen, mit denen Sie jetzt wieder im Bundestagswahlkampf um die Häuser ziehen und Wahlversprechen abgeben. Im Übrigen haben Sie ja auch die Wahl hier in Niedersachsen mit Wahlversprechen gewonnen, die durch diese Steuereinnahmen zu finanzieren sind.

Mein Eindruck ist mittlerweile: Die Steinbrück'sche Garantie ist wahrscheinlich genauso ernst gemeint wie das Versprechen von Stephan Weil vor der Niedersachsenwahl, Gorleben werde mit ihm als Ministerpräsident garantiert nicht als Endlager infrage kommen. - Das Ergebnis haben wir heute Morgen diskutiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei Ihren Plänen geht es immer wieder um die sogenannte Gerechtigkeit. Sie teilen das Land auf in Niedriglohnempfänger und Reiche, in Gut und Böse,

(Johanne Modder [SPD]: Die Ungerechtigkeit ist schon real!)

und Sie versuchen dann, mit einem Folterkatalog von Steuer- und Abgabenerhöhungen für Gerechtigkeit zu sorgen. Im Land wollen Sie die Förderabgabe erhöhen, die Wasserentnahmegebühr erhöhen, die Rohstoffförderabgabe einführen, die Grundsteuer erhöhen, die Grunderwerbsteuer erhöhen. Im Bund wollen Sie die Vermögensteuer wieder einführen, die Vermögensabgabe einführen, die Erbschaftsteuer erhöhen, die Einkommensteuer erhöhen, die Abgeltungssteuer erhöhen, die Gewerbesteuer erhöhen, die Umsatzsteuer erhöhen, das Ehegattensplitting abschaffen, Pflegeversicherungsbeiträge erhöhen, Rentenversicherungsbeiträge erhöhen. Krankenkassenbeiträge erhöhen, die Beitragsbemessungsgrenze erhöhen usw. Wer glaubt, dass am Ende nur die sogenannten Reichen von diesen Plänen betroffen sind, der glaubt auch an den Weihnachtsmann.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie begründen Ihre Steuer- und Abgabenerhöhungspläne stets damit, dass man einen handlungsfähigen Staat schaffen wolle. Bei Rekordeinnahmen des Staates wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land weiter in die Tasche greifen. Wir hingegen haben die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft im Blick. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist bei Ihren Plänen gefährdet. Der unternehmerische Mittelstand leidet darunter, der gesellschaftliche Mittelstand leidet darunter, Arbeitsplätze gehen verloren, Wohlstand geht verloren, und am Ende riskiert Rot-Grün mit diesen Plänen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Das Spannende an diesen Plänen ist: Sie haben bisher nirgendwo auf dieser Welt funktioniert. Schauen wir beispielsweise nach Frankreich. Frankreich hat die Steuern massiv erhöht und entsprechend einen sehr hohen Mindestlohn eingeführt. Das Ergebnis ist eine exorbitant hohe Jugendarbeitslosigkeit. Oder schauen wir einmal nach Großbritannien. Dort wurde im Jahr 2010 der Spitzensteuersatz von 40 % auf 50 % erhöht. In der Folge sind die Steuereinnahmen um über 50 % zurückgegangen. Das heißt, die Verschuldung wurde in der Folge massiv erhöht. Das nennen Sie gerecht: Jugendarbeitslosigkeit und Verschuldung? Für mich sind Jugendarbeitslosigkeit und Verschuldung sozialer Sprengstoff, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt in diesem Land gefährdet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

CDU und FDP waren in diesem Land auf dem Weg, einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen.

(Renate Geuter [SPD]: 1 Milliarde Euro Defizit!)

Wir haben im letzten Jahr sogar aufgrund der außerordentlich guten Steuereinnahmen die Neuverschuldung weiter abgesenkt. Im Bund werden wir im Jahr 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das wird aber nicht mehr Schwarz-Gelb sein! Das ist dann Rot-Grün!)

- Kollege Limburg, das entscheidet zum Glück immer noch der Wähler.

Wir werden ab 2016 beginnen, den Schuldenberg abzutragen. Gleichzeitig haben wir in Niedersachsen, aber auch in Deutschland eine historisch niedrige Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das nennt man eine erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik!)

Das ist die beste Chance für junge Menschen. Junge Menschen haben Teilhabegerechtigkeit. Sie können in diese Gesellschaft einsteigen. Das sollte doch unser gemeinsames Ziel sein: beste Einstiegschancen für jene, die in dieser Gesellschaft einen Platz finden wollen.

Rot-Grün dagegen will trotz Steuereinnahmen den Bürgerinnen und Bürgern weiter in die Tasche greifen. Trotzdem wollen Sie - das haben Sie ja im letzten Tagungsabschnitt erklärt - die Verschuldungsgrenze des Grundgesetzes bis 2020 voll ausschöpfen.

Noch schlimmer als hier in Niedersachsen ist es allerdings in Nordrhein-Westfalen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Tja!)

In Nordrhein-Westfalen erklärt man schon heuteich erinnere daran: wir schreiben das Jahr 2013 -, dass man das Ziel, 2020 einen ausgeglichenen Haushalt nach dem Grundgesetz vorzulegen, nicht einhalten wird.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sie sind ideenlos und kraftlos!)

Der dortige Finanzminister - und das ist eigentlich das Schlimmste an dieser Argumentation - sagt: Wir brauchen ja von den staatlichen Einnahmen im Prinzip nur die Zinsen zu bedienen, wir müssen neue Kredite aufnehmen, um alte damit abzulösen, und der Rest der Verschuldung wird dann schon durch Geldentwertung aufgelöst. - Das, meine Damen und Herren, ist wirklich verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Inflation billigend in Kauf zu nehmen, ist ein Anschlag auf den Kleinsparer und den Rentner.

(Markus Brinkmann [SPD]: Auf den FDP-Wähler!)

Das hat überhaupt nichts mit Gerechtigkeit zu tun, sondern das ist wirklich sozialer Sprengstoff.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Fraktion steht für Leistungsgerechtigkeit, für Durchlässigkeit und Aufstieg.

(Glocke des Präsidenten)

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern auch durch das Steuersystem Freude an ihrer Arbeit vermitteln.

(Johanne Modder [SPD]: Fragen Sie einmal jene, die unter Mindestlohn arbeiten, ob die auch so viel Freude haben!)

Sie reden immer nur darüber, was der Staat braucht. Wir reden von dem, was die Bürger überhaupt schultern können. Sie reden über Geringverdiener und Reiche, wir reden über den Mittelstand.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Grascha, Sie müssen bitte zum Schluss kommen!

Christian Grascha (FDP):

Ich komme zum Schluss. - Sie reden immer nur über den handlungsfähigen Staat, wir reden über die handlungsfähige Gesellschaft. Das ist genau der Unterschied zwischen dieser Seite und jener Seite des Hauses. Der wird durch diesen Antrag auch deutlich.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Grascha, für die Einbringung. -Im Rahmen der Beratung hat Herr Kollege Brinkmann für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte sehr!

Markus Brinkmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion hat unter dem vielversprechenden Titel "Ohne Steuererhöhungen runter vom Schuldenberg - Für einen sparsamen, nachhaltigen sowie generationen- und leistungsgerechten Staat" einen Antrag vorgelegt,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist so kompliziert, dass Sie das gar nicht lesen können!)

in dem gewissermaßen gefordert wird, das Wahlprogramm der FDP zur Grundlage der Haushaltsund Finanzpolitik dieser Landesregierung zu erhehen

(Christian Grascha [FDP]: Das ist eine gute Idee!)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen allerdings mitteilen, dass es hierzu dieses Antrages gar nicht bedurft hätte.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Abstimmung über die haushalts- und finanzpolitischen Vorstellungen der FDP hat nämlich längst stattgefunden - am 20. Januar 2013.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am 20. Januar, meine Damen und Herren, haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes Niedersachsen Ihren Vorstellungen eine Absage erteilt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Was? - Christian Grascha [FDP]: Die FDP hat grandios gewonnen!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben nämlich die Nase voll davon, dass Sie ihnen immer sagen: Keine Sorge, wir senken Steuern, wir senken Schulden, wir geben mehr für Bildung und alles Mögliche aus. - Diese Versprechungen glaubt Ihnen inzwischen kein Mensch mehr.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Worauf es jetzt ankommt, ist, zu sagen, wie wir das, was wir den Bürgerinnen und Bürgern versprechen, eigentlich bezahlen wollen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Nicht so viel versprechen!)

- Seien Sie doch nicht so aufgeregt!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ich bin gar nicht aufgeregt! Ich kann doch ein bisschen helfen!)

- Vielleicht haben Sie sich auf Usedom nicht so gut erholt, Herr Kollege Hilbers. Dann fahren Sie da doch vielleicht einfach noch mal für ein paar Tage hin!

Wir sagen den Bürgern jedenfalls klar und deutlich: Wir wollen eine andere Steuerpolitik - eine Steuerpolitik, die es ermöglicht, dass die Lasten in unserem Land wieder fair verteilt werden. Der Armutsund Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt in der Tat ein Bild der Wirklichkeit. Die vermögensstärksten 10 % vereinigen mehr als die Hälfte des Nettovermögens auf sich, die unteren 50 % gerade einmal 1 %. Der Armutsbericht deckt darüber hin-

aus schonungslos auf: Jenseits einer kleinen Oberschicht mit rasant steigenden Einkommen und Vermögen hat die Masse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Steigerung des Wohlstandes keinen Anteil. So, meine Damen und Herren, kann das nicht weitergehen!

Ich glaube, es kommt jetzt darauf an festzustellen, dass sich die Wirklichkeit in Deutschland verändert hat und dass die Lastenverteilung nicht so unfair belassen werden darf. Deshalb hat übrigens auch Frau von der Leyen in ihren Armuts- und Reichtumsbericht so mutig geschrieben, was man da jetzt machen muss.

(Johanne Modder [SPD]: Die wird immer wieder eingefangen!)

- Frau von der Leyen, ja.

Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann. Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir den Bürgerinnen und Bürgern vor der Landtagswahl klar gesagt, wie wir uns eine faire Finanzierung der öffentlichen Haushalte vorstellen,

(Heiner Schönecke [CDU]: Bis auf den Polizeipräsidenten!)

nämlich durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 % ab einem steuerpflichtigen Einkommen von 100 000 Euro pro Person und durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die den Ländern bis zu 10 Milliarden Euro mehr für Ganztagsschulen, Kindergärten und Hochschulen verschaffen würde.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Die Grunderwerbsteuer haben Sie vergessen!)

Für die SPD-Landtagsfraktion gilt nach wie vor: Wir dürfen die Staatsverschuldung einerseits nicht noch weiter anwachsen lassen. Wir müssen aber andererseits gerade jetzt und auch weiterhin zusätzlich in die Zukunft unseres Landes investieren. Eine verantwortliche Haushaltspolitik steht daher vor der Herausforderung, diese Ziele in Einklang zu bringen. Deshalb ist es auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse ein zwingendes Erfordernis, auch und gerade über die Gestaltung der Einnahmeseite des Staates neu nachzudenken und zu diskutieren.

Abschließend und zusammenfassend: Meine Damen und Herren von der FDP, Sie rudern mit Ihrem Antrag in die falsche Richtung.

(Christian Dürr [FDP]: Aber Herr Steinbrück ...!)

Sie geben in Ihrem Antrag keine Antworten auf die von Ihnen verursachten, drängenden Haushaltsprobleme unseres Landes. Sie wollen mit Ihrem Antrag die soziale Spaltung in unserem Land weiter vergrößern.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie ignorieren die Wirklichkeit in unserem Land. Das werden wir nicht durchgehen lassen,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Und was machen Sie? Die Menschen wollen keine Steuererhöhungen!)

heute nicht, in den Ausschussberatungen nicht und bei der abschließenden Beratung dieses Antrages auch nicht. So machen wir das.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Brinkmann, bitte bleiben Sie noch einen Moment stehen! Würden Sie noch eine Zwischenfrage vom Kollegen Grascha zulassen?

Markus Brinkmann (SPD):

Er kann sich ja zu einer Kurzintervention melden.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Gut. - Dann setzen wir die Beratung fort. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Kollege Sebastian Lechner. Bitte schön!

(Zustimmung bei der CDU)

Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kollegen!

(Johanne Modder [SPD]: Und Kolleginnen!)

Die CDU-Fraktion hat große Sympathien für den Antrag der FDP, insbesondere für die ablehnende Haltung gegenüber neuen Steuererhöhungen. Austin O'Malley, ein englischer Schriftsteller, hat einmal gesagt:

"Beim Steuereintreiben wie beim Schafscheren soll man aufhören, wenn die Haut kommt."

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Weiser Mann! -

Johanne Modder [SPD]: Sie reden über den Spitzensteuersatz!)

Auch die CDU ist für eine auskömmliche Finanzierung des Haushaltes. Und, Frau Modder, es ja nun nicht so, dass wir im Moment in unserem Staat unter sinkenden Steuereinnahmen leiden würden.

(Johanne Modder [SPD]: Nee, überhaupt nicht! Gucken Sie sich mal die neuen Zahlen an!)

Letztes Jahr gab es Rekordeinnahmen - Herr Grascha hat es gesagt - von 602 Milliarden Euro. Heute kam über *Die Welt Online* die Nachricht, dass wir eine Geldschwemme in Deutschland zu erwarten haben. Die Bundesregierung hat heute der EU im Rahmen des Stabilitätsprogramms gemeldet, dass wir 2014 und 2015 einen ausgeglichenen Staatshaushalt haben werden und 2016 und 2017 Überschüsse erwirtschaften werden. Das DIW hat auf Basis des robusten Arbeitsmarktes errechnet, dass diese Überschüsse 2017 28 Milliarden Euro betragen werden und die Sozialkassen auf 50 Milliarden Euro angewachsen sein werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In dieser Situation planen SPD und Grüne - ich wiederhole das gerne, Herr Grascha - die Erhöhung des Einkommensteuerspitzensatzes, Veränderungen der Steuerzonen bei der Einkommensteuer, die Senkung des Kinderfreibetrages, die Einführung der Vermögensteuer, die Anhebung der Erbschaftsteuer, die Anhebung der Abgeltungsteuer, die Anhebung der Grunderwerbsteuer, die Reform der Grund- und Gewerbesteuer mit dem Ziel, Mehreinnahmen zu generieren, die Anhebung der Unternehmensteuer, das Abschmelzen des Ehegattensplittings und die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung - 40 Milliarden Euro Mehrbelastung!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Dirk Toepffer [CDU]: Was ist mit der Hundesteuer?)

Meine verehrten Kollegen von SPD und Grünen, der Volksmund hat ein Wort dafür, nämlich Raffgier. Das werden wir von der CDU-Fraktion auf keinen Fall mitmachen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Steuererhöhungen sind auch gar nicht notwendig, um den niedersächsischen Haushalt mittelfristig auszugleichen. Wir haben Ihnen in der mittelfristigen Finanzplanung einen Weg aufgezeigt. Es gibt einen Handlungsbedarf von noch 100 Millionen

Euro jährlich, den wir in der Vergangenheit geschlossen haben und den wir vor dem Hintergrund der Prognosen der Bundesregierung auch in der Zukunft schließen könnten - ganz ohne neue Steuererhöhungen. Ihr Problem sind Ihre großzügigen zusätzlichen Wahlversprechen, die Sie gemacht haben. Die können Sie so nicht finanzieren. Dafür brauchen Sie Steuererhöhungen. Es muss verziehen sein: Dabei werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Weil Sie immer so betonen, dass Sie das aus Gerechtigkeitsgründen machen: Herr Grascha darauf hingewiesen, wer wie Einkommensteuer in Deutschland bezahlt. Aber selbst wenn man dem Gedanken nachhängt, dass in dem Bereich noch etwas zu tun wäre, muss man feststellen: Ihre Pläne treffen bei Weitem nicht nur die Reichen. Die Steuerlast bei der Einkommensteuer steigt nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler bei dem Konzept der SPD ab einem Einkommen von 64 000 Euro und bei dem Konzept der Grünen ab einem Einkommen von 60 000 Euro. Das trifft dann auch den Facharbeiter bei VW.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Lechner, ich weiß, das ist Ihre erste Rede; ich würdige das auch noch. Aber mir liegt der Wunsch auf eine Zwischenfrage vor.

(Johanne Modder [SPD]: Nein!)

- Sie wird zurückgezogen. Alles klar.

Sebastian Lechner (CDU):

Mittelstandsfamilien würden zudem durch die Kürzung des Kinderfreibetrages und die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung belastet. Die Einführung der Vermögensteuer und die Erhöhung der Grundsteuer werden die Vermieter auf die Miete überwälzen, und am Ende ist der Leidtragende der einfache Mieter.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie die Einführung der Vermögensteuer würden laut DIHK-Berechnung die Steuerlast für mittlere Personenunternehmen von 47,5 % auf 60 % steigen lassen. Das wird Einsparprogramme in diesen Personenunternehmen hervorrufen, und am Ende wird sich der Angestellte, der dadurch seinen Job verliert, einen neuen Job suchen müssen. Facharbeiter, Familien, Mieter und Angestellte sind betroffen. Das sind nicht die Reichen unserer Gesellschaft,

sondern das ist der Mittelstand. Mit Ihren Plänen schröpfen Sie den Mittelstand.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte Ihnen auch sagen: Insbesondere Ihre Vermögensteuerpläne, die ja Substanzbesteuerung bedeuten würden, würden Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gefährden. Herr Grascha hat darauf hingewiesen, dass der Kanzlerkandidat der SPD gesagt hat: Nein, es wird keine Substanzbesteuerung von Unternehmen geben.

90 % der Einnahmen durch die Vermögensteuer, die Sie in Ihrem Konzept, liebe Frau Modder, prognostiziert haben, werden durch Belastungen von Betriebsvermögen entstehen. Das bedeutet, wenn Sie Unternehmen in der Substanz nicht besteuern wollen, dann bleiben Ihnen noch 10 % der prognostizierten Einnahmen, und das reicht nicht einmal, um den Verwaltungsaufwand zu kompensieren, den Sie bräuchten, um die Vermögensteuer zu erheben. Das heißt, am Ende können Sie es auch gleich lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was gilt denn nun? Wollen Sie besteuern, wollen Sie Einnahmen erzielen, oder ist das alles nur unredliche Kommunikation gegenüber unseren Wählern?

Wenn Sie wirklich etwas für die Mittelschicht und für kleine und mittlere Unternehmen tun wollen, dann setzen Sie doch noch vor der Bundestagswahl mit uns die Reform des Einkommensteuerrechts in Bezug auf die kalte Progression durch! Das würde insbesondere für kleine und mittlere Einkommensbezieher und Familien eine wirkliche Entlastung bringen. Das boykottieren Sie seit Monaten im Bundesrat; dort kommen wir nicht weiter. Aber das wäre eine wirkliche Entlastung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Am Ende gilt der alte Grundsatz: Rot-Grün zu wählen, muss man sich leisten können. Insofern ist die einzig frohe Botschaft heute, dass Sie zur Umsetzung dieser Pläne die Mehrheit im Bundestag bräuchten. Und das werden wir zu verhindern wissen.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Wie ich eben schon anmerkte, Herr Kollege Lechner: Das war Ihre erste Rede. Ich habe das bisher bei allen getan, die ihre erste Rede gehalten haben: Auch Ihnen einen herzlichen Glückwunsch zu diesem Einstieg!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei den GRÜNEN)

Im Rahmen der Beratung liegt jetzt eine Wortmeldung für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Das Wort hat der Kollege Heere.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Lechner, vorab: Ich kann mich erinnern, dass der Landesfinanzminister hier in diesem Haus, aber auch im Finanzausschuss deutlich über die Finanzsituation in Niedersachsen gesprochen hat. Sie haben hier gerade dargestellt, dass es im Haushalt nur einen Bedarf von 100 Millionen Euro gibt. Dazu möchte ich Ihnen sagen: Der Finanzminister hat deutlich gemacht, dass wir alleine in diesem Jahr mit Ihrem alten Haushalt 1,2 Milliarden Euro an neuen Krediten aufnehmen. Ich finde es wirklich etwas vermessen, sich hier hinzustellen und zu sagen: Die Situation ist fast gelöst. - So geht das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nun zum Antrag der FDP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund der vor uns liegenden Herausforderungen und der damit verbundenen Kosten muss Ihr Antrag wohl ein schlechter Scherz sein.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Heere, es liegt vom Kollegen Hilbers der Wunsch nach einer Zwischenfrage vor. Lassen Sie das zu?

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr gerne.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sehr gerne, hat er gesagt. - Bitte, Herr Hilbers!

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Kollege Heere, vor dem Hintergrund, dass der Finanzminister nach meinem Wissen in der letzten Plenarsitzungswoche hier nicht erklärt hat, dass wir 1,2 Milliarden Euro neue Schulden machen, sondern versucht hat, damit das strukturelle Defizit zu erläutern, frage ich Sie: Können Sie mir vorrechnen, wie sich die 1,2 Milliarden Euro an Nettokreditaufnahme, die wir in diesem Jahr angeblich machen, aus Ihrer Sicht ergeben?

(Christian Dürr [FDP]: Das ist eine super Frage! Das wollte ich schon öfter fragen!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Heere, bitte schön!

Gerald Heere (GRÜNE):

Es ist sehr interessant, dass Sie diese Frage stellen. Sie waren nämlich in der Ausschusssitzung. Sie haben mitbekommen, dass er das vorgerechnet hat.

Darin ist die Kreditaufnahme der HanBG enthalten, die Kredite aufnimmt, um Anteile an der NORD/LB zu kaufen. Außerdem ist darin die alte Kreditaufnahme enthalten. Es gibt noch einen dritten Posten, den ich, weil meine Notizen gerade da hinten liegen, jetzt nicht vorrechnen kann.

(Lachen bei der CDU)

Aber es stimmt: 1,2 Milliarden Euro ist die Summe, die der Finanzminister genannt hat. - Ich finde, das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Das ist nur falsch! Das ist das Problem!)

Nun zurück zu dem Antrag! - Wir haben es mit Herausforderungen zu tun, die Sie überhaupt nicht in Betracht ziehen. Wir haben das Thema Bildung. Wir alle wollen mehr Ganztagsschulen, kleinere Klassen, den Ausbau der Kinderbetreuung. Wir wollen bessere Qualität, Inklusion. Wir wollen die Herausforderungen des Klimawandels beherrschen, nämlich die konsequente Energiewende, Anstrengungen zur Energieeffizienz, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs usw. Sie kennen sicherlich die Berechnungen des britischen Ökonomen Nicholas Stern. Wissen Sie, was der gesagt hat? - Er hat gesagt, dass es mittelfristig teurer ist, nichts zu tun, als heute kostenträchtige Maßnahmen durchzuführen. Wir jedenfalls kennen diese Berechnungen, und wir handeln auch danach.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Oder nehmen wir die Straßen. Der Städte- und Gemeindebund sprach gerade erst von einem Sanierungsstau im Lande von 500 Millionen Euro. Das würde natürlich mit jeder neuen Straße noch mehr werden. Oder greifen wir die örtlichen Krankenhäuser heraus, die Investitionen in Qualität und medizinischen Fortschritt aufschieben, weil der öffentliche Investitionsetat vorne und hinten nicht reicht, usw. usf.

Wenn wir einfach nach Ihrem Prinzip verfahren und so weiter machen, fahren wir die Infrastruktur und die öffentlichen Einrichtungen sehenden Auges gegen die Wand. Nicht mit uns!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

- Es geht noch weiter, auch wenn es Ihnen wehtut.

Wir haben auch die Mitverantwortung für die Kommunen, von denen diverse unverschuldet handlungsunfähig geworden sind und in denen zum Teil kaum noch freiwillige Leistungen wie Schwimmbäder, Bibliotheken oder der Nahverkehr möglich sind. All dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir unsere öffentlichen Haushalte endlich sanieren müssen und bis 2020 die Schuldenbremse einhalten wollen. In dieser Situation mit diesen vielfältigen Herausforderungen kommen Sie mit einem solchen Antrag! Sagen Sie einmal: Nehmen Sie die Situation da draußen überhaupt noch wahr, oder in was für einer FDP-Realität leben Sie eigentlich?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die genannten Herausforderungen sollten eigentlich unstrittige Punkte sein - überparteilich. Aber was ist Ihr Beitrag dazu? - In jedem Fall liefern Sie keinen Beitrag zu der Frage, wie wir das alles finanzieren wollen. Ganz kontraproduktiv fordern Sie hingegen, dass wir auf Steuererhöhungen für Spitzenverdiener verzichten und gleichzeitig die Schuldenbremse vorzeitig umsetzen sollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, möglicherweise wird es Sie überraschen: Diese Zukunftsaufgaben werden nicht ohne zusätzliche Mittel möglich sein. Sie fordern nun das Gegenteil. Wenn Sie das Gegenteil fordern, dann darf ich Herrn Nacke zitieren. Das hat nämlich zur Folge, dass Sie die folgende Politik machen: liegen lassen, später machen! -Das wäre die Folge Ihrer Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir hingegen sagen nicht nur ganz klar, dass die Maßnahmen, die ich genannt habe, wichtig sind, sondern auch, wie sie finanziert werden können. Nun tun Sie mal nicht so, als ob die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine effektive Erbschaftsteuer für hohe Erbschaften und eine Wiedereinführung der Vermögensteuer den Untergang des Abendlandes bedeuten! Gerade in den letzten Jahren sind die hohen Vermögen in der Finanzkrise überdurchschnittlich angestiegen. Das reichste 1 % der Bevölkerung besitzt 35 % des Vermögens. Diese und ähnliche Einnahmen wollen wir zugunsten unseres Gemeinwesens abschöpfen.

Natürlich begleiten Sie Ihre Forderungen mit dem bekannten Getöse und behaupten in Ihrer Pressemitteilung, durch diese Steuererhöhungen seien Tausende Jobs in Unternehmen und der Bestand von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Gefahr,

(Zustimmung bei der CDU)

und sie würden insbesondere Mechaniker, Verkäuferinnen und Pflegehelfer betreffen. - Das steht in Ihrer Pressemitteilung. - Das verstehe ich nicht. Ich bin zunächst einmal überrascht über den Abgesang auf diese Branchen. Gucken Sie sich das doch einmal an! Sie sagen, dass es in absehbarer Zeit den Abbau von Pflegearbeitsplätzen geben soll. Entschuldigung, wo leben wir denn?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, dass sie durch unsere Steuerpläne in Bedrängnis gerieten. Entschuldigung! Die verdienen im Eingangstarif zwischen 7 und 13 Euro in der Stunde. Davon wird man sicherlich nicht diese hohen Steuersätze bezahlen. Da kommt man damit gar nicht heran, es sei denn, sie haben reiche Ehepartner, oder man hat Erbschaften gemacht.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ja, das Ehegattensplitting!

Zum Schluss: Was sagen Sie denn dazu, dass sogar Unternehmer wie jüngst Dirk Rossmann, der nun wirklich als jemand bekannt ist, der sich hier und da auch einmal anders aufregt, an dieser Stelle sagt: "Ein Steuersatz von 49 % ist gerecht."? - Übrigens schätzt auch die Wirtschaft gute Dienstleistungen in Deutschland, eine zuverlässige Infrastruktur und ein hohes Bildungsniveau. Alles dieses werden wir mit den zusätzlichen Einkünften schaffen, die wir von Verdienern hoher Einkommen

und Spitzenvermögen holen. Das ist gerecht, und dafür sorgen wir.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Die holst du von der breiten Mitte! Bei 100 000 Euro Spitzensteuersatz!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Kollege Heere. - Im Sport nennt man es einen Hattrick: Die dritte Kurzintervention heute Nachmittag für Herrn Nacke. Bitte!

(Zuruf von den GRÜNEN: Mario Gomez! - Heiterkeit)

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank. Ich wollte nicht warten, bis ich eine persönliche Erklärung abgeben kann.

Der Kollege Heere war so freundlich, mich zu zitieren. Das war leider nicht ganz so schön, weil leider falsch. Deswegen will ich das hier gerne richtigstellen: liegen lassen, später machen. - Das war der Leitsatz unseres Fraktionsvorsitzenden Björn Thümler in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung. Das war da, als wir Sie das erste Mal im ersten Parlamentsabschnitt vorgeführt haben.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das, worauf Sie sich beziehen, ist mein Beitrag zur Aktuellen Stunde im letzten Plenarabschnitt. Da hieß es: liegen lassen, gar nichts machen, Schuld auf den Bund schieben. - Ihr Beitrag von heute hat noch einmal sehr deutlich gemacht, dass das Ihre Politik ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Das war es schon?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die einmalige Gelegenheit, länger zu antworten, als die Kurzintervention gedauert hat. Machen Sie davon Gebrauch? - Sie machen davon nicht Gebrauch.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Nein, der muss noch seine Zettel sortieren!)

Dann erteile ich jetzt für die Landesregierung Herrn Finanzminister Schneider das Wort. Bitte schön!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es steht zwar den Mitgliedern der Landesregierung nicht an, das Präsidium zu kritisieren. Aber ich möchte doch richtigstellen: Hattrick ist dann, wenn man Tore schießt!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Hilbers, Sie sind der Nächste, zu dem ich spreche. Es sind gar nicht so viele Zahlen. Ich habe sie nun schon mehrfach vorgetragen. Woher kommen die 1,2 Milliarden? - 620 Millionen Nettokreditaufnahme neu; 280 Millionen sogenannte Rücklagenentnahme, d. h. Kreditaufnahme aufgrund alter Kreditermächtigung, 300 Millionen knapp 300 Millionen; alle Zahlen sind abgerundet Kreditaufnahme bei der HanBG zwecks Erwerb der Anteile an der Norddeutschen Landesbank plus Transfer der Mittel in den Landeshaushalt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Herr Minister, etwas langsamer! Dann kann die grüne Kollegin mitschreiben!)

Es sind, leicht nachprüfbar und ganz überschaubar veranschlagt aus Kreditfinanzierung, 1,2 Milliarden für den Haushalt 2013. Da beißt keine Maus den Faden ab. Da gibt es eigentlich auch nichts zu diskutieren. Da muss man nur lesen. Ganz einfach!

Aber nun zu dem Antrag: Generell kann man dazu sagen, nach der Wahl ist vor der Wahl. Der Antrag ist sehr umfänglich, hat Flugblattcharakter.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

In alten Zeiten hätte ich gesagt: Da haben Sie sich die Setzkosten gespart. Da konnten Sie gleich kopieren. Aber heutzutage ist so etwas mit den PCs ja gar nicht mehr so ein Problem. Es ist eine Vielzahl von Dingen sehr plakativ angesprochen worden. Manches ließe sich und sollte man hier auch länger und kontrovers diskutieren. Das ist im Rahmen der sehr begrenzten Redezeit kaum möglich. Herr Hilbers, ich habe nur vier Minuten, die ich wegen der Möglichkeit von Zwischenfragen sicherlich überziehen muss.

Was ich hier z. B. gerne anmerken möchte, ist, dass die Reduzierung der Probleme in Frankreich und Großbritannien auf Steuererhöhungen der Sache überhaupt nicht gerecht wird. Zwar ist das heute unpassend, weil gerade heute Frau Thatcher - wenn ich das richtig weiß - zu Grabe getragen wird. Aber das eigentliche Problem Großbri-

tanniens ist nicht die Steuererhöhung im Jahr 2010, sondern das Plattmachen der industriellen Strukturen zu Zeiten des Thatcherismus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Großbritannien hat nur noch die Hälfte des industriellen Anteils der Bundesrepublik Deutschland. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für Frankreich.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Da liegen die Probleme. Wenn man sich die einzelnen Punkte in Ihrem Antrag ansieht, möchte man mit dem Appell "Mehr Nüchternheit, weniger Ideologie" antreten. Sie haben natürlich einen ganz anderen Anspruch. Aber im Grunde ist das, was Sie hier vorgetragen haben, ein Flugblatt für den Wahlkampf.

(Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Wir haben in der Vergangenheit gemeinsam den Märkten an manchen Stellen zu viel Raum gegeben. Wir haben geglaubt, der Markt werde es richten. Der Neoliberalismus hat die Grundlagen für den weltweiten Crash 2008/2009 geschaffen. Das haben mittlerweile die meisten erkannt. Inzwischen wird überall reguliert. Die Banken werden reguliert. An vielen Stellen wird gedreht. Heute Morgen haben wir schon darüber diskutiert: internationaler Datenaustausch im Steuerrecht, Trockenlegung von Offshore-Leaks.

(Christian Grascha [FDP]: Es geht nicht um Bankenregulierung! Das ist alles nicht Thema des Antrags!)

- Nun hören Sie doch einmal zu! Ich habe doch auch ganz brav Ihren deutlich zu langen Ausführungen zugehört. Sie sollen ja nur meinen deutlich kürzeren zuhören.

Richtig ist - das brauche ich nicht zu wiederholen -, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter geöffnet hat. Das zeigen zweifelsfrei die Statistiken. Wie Sie nicht nur im letzten, sondern auch im vorletzten Armuts- und Reichtumsbericht - also in den historischen Zeitreihen des Statistischen Bundesamtes - sehen, wird deutlich, dass wir eine Konzentration bekommen eine Konzentration von Vermögen auf der einen und eine Konzentration von Nichtvermögen, von Armut auf der anderen Seite. Das ist ungut, weil das unserer Sozialstaatstradition widerspricht. Deutschland ist als Land des sozialen Ausgleichs erfolgreich gewesen. Einiges läuft aus dem Ruder. Die Frage, wie wir die Zukunftsaufgaben, wie de-

mografischer Wandel, Bildung und Energiewende, finanzieren, ist zugleich auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Beides tut weh. Sparen - das müssen wir tun - tut weh, und höhere Steuern zahlen tut selbstverständlich auch weh.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ach, das haben Sie erkannt?)

Wer tut das schon gern? Das ist doch gar keine Frage. Die Fragen, die wir gemeinsam beantworten müssen, sind: Was erfordert unsere Gesellschaft? Welche öffentlichen Aufgaben müssen wir wahrnehmen? Ist der Staat auf der Einnahmeseite dafür hinreichend ausgestattet? Der Ausweis des Jahres 2013 - Ihr Haushalt - zeigt trotz Steuerrekordeinnahmen - das ist ja richtig - 1,2 Milliarden neue Kreditaufnahmen auf. Das ist doch eine Unwucht. Sie haben es auch in zehn Jahren nicht hingekriegt, diese Unwucht zu beseitigen. Das ist doch der Punkt, um den es hier gehen sollte.

Wir werden im Zuge der Debatte um die Schuldenbremse der Bundesländer - in dieser Debatte sehe ich nicht Niedersachsen ganz vorne, sondern andere - in den nächsten Jahren erleben, dass wir noch einmal bundesweit - - -

(Jens Nacke [CDU]: Nordrhein-Westfalen! Das ist richtig!)

 - Ja, sicher, Herr Nacke, wir haben es schwer, weil wir Ihr Erbe zu tragen haben. Wir haben doch Ihr Erbe zu tragen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist doch die Schwierigkeit. Wir werden dabei an Einnahmeerhöhungen nicht vorbeikommen. Das ist das, was Herr Grascha vorhin als Folterkeller bezeichnet hat. Folterkeller? Wir wollen einmal zurück in das Jahr 1995 gehen. Das Jahr 1995: Folterkeller, Folterknechte Kohl und Genscher, 53 % Spitzensteuersatz, Vermögenssteuer.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ach!)

Eine Abgeltungssteuer gab es nicht, sondern Kapitaleinkünfte und individuelle Steuersätze. Wer ein hohes Einkommen hatte, hat Kapitaleinkünfte nicht mit 25 %, sondern mit bis zu 53 % versteuert. Lassen Sie uns noch einmal zurückgucken. Wie war die wirtschaftliche Situation? Ist die Wirtschaft unter der Vermögenssteuer zusammengebrochen? Ist die Wirtschaft unter den 53 % zusammengebrochen? Ich erinnere mich nicht daran.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ist denn heute noch alles so wie 1995?)

Ich erinnere mich nicht, dass wir damals Hungermärsche in der Republik hatten, als Kohl und Genscher regiert haben. Daran kann ich mich nicht erinnern.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das macht Ihre Aussagen für die Zukunft nicht sehr glaubwürdig. Die Vergangenheit bestätigt diese Annahmen nicht. Das, was hier vorgeschlagen wird, ist schwierig genug. Die steuerfachlichen Themen, die Frage der Abgrenzung von Vermögen, nehme ich sehr ernst. Wir wollen das Betriebsvermögen schonen, sowohl bei der Erbschaftssteuer als auch bei der Vermögenssteuer. Das ist rechtlich ein schwieriges Feld. Das wissen wir. Auch Sie sind auf Bundesebene mit Ihrer Erbschaftssteuer an diesem Thema gescheitert. Es ist anhängig, das neu zu regeln. Das ist schwierig. Das gebe ich gern zu. Gleichwohl ist es unser Auftrag, für einen sozialen Ausgleich und für eine hinreichende Finanzierung der Staatsaufgaben zu sorgen. Da allerdings - das haben Sie abschließend festgestellt - unterscheiden wir uns in der Tat.

Unser Staatsverständnis ist ein anderes. Ihr Antrag zeigt auf: Sie stehen für die Spaltung der Gesellschaft. Wir stehen für ihren sozialen Zusammenhalt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die Landesregierung hat die Redezeit um 4:07 Minuten überschritten. Herr Hilbers hat zusätzliche Redezeit beantragt. Ich erteile ihm zwei Minuten zusätzliche Redezeit.

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, damit sich diese 1,2 Milliarden Euro erst gar nicht im Plenum festsetzen, will ich Ihnen sagen: Sie wissen genauso wie ich, dass die Rücklagenentnahmen, die Sie den Krediten zugerechnet haben, Gelder aus Kreditermächtigungen sind, die bereits in anderen Haushalten abgebildet waren. Deswegen ist es nicht redlich, nicht in Ordnung und nicht vernünftig, sie der diesjährigen Kreditierung zuzurechnen. Das ist eben falsch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist geliehenes Geld!)

Wie Sie wissen - die SPD-Fraktion ist dazu in Bückeburg gewesen -, sind Rücklagenentnahmen zukünftig so zu behandeln - so haben wir sie auch in unseren Haushalt eingestellt, den Sie übernehmen und den Sie auch nicht ändern -, dass sie zu Investitionen und nichts anderem herangezogen werden. Sie sind so abzubilden wie Nettokreditaufnahmen. Also können Sie diese Rücklagenentnahme nicht der neuen, zusätzlichen Verschuldung in diesem Haushalt zurechnen.

Ferner können Sie die Übertragung der NORD/LB-Anteile an die HanBG, die im Rahmen der Kapitalisierung der NORD/LB stattgefunden hat - da erwirbt die HanBG eine rentierliche Beteiligung -, doch nicht dem Landeshaushalt als Schuldenaufnahme zurechnen. Sie rechnen doch die Aufstockung der VW-Beteiligung auch nicht dem Landeshaushalt zu. Das haben wir in der Vergangenheit nicht getan. Das passt nicht, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen will ich Ihnen sagen, was ich bei Ihnen absolut vermisse. Während Sie Steuererhöhungen das Wort reden, vermisse ich an jeglicher Stelle - außer dass Sie uns nebulös erklärt haben, ab 2015 irgendwann einmal eine Aufgabenkritik organisieren zu wollen -, dass Einsparungen und Konsolidierungen vorgenommen werden. Ich bin gespannt, was Ihre "Aktion Klingelbeutel" bringen wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben an keiner Stelle einen seriösen Vorschlag gesehen. Nicht einen Augenblick haben Sie überlegt, wie der Staat mit dem Geld, das er den Bürgerinnen und Bürgern abnimmt, auskommen kann. Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern Geld abnehmen, müssen wir eine gute Begründung haben, warum wir es benötigen.

Wir dürfen keine Politik machen, die zu höheren Steuersätzen und trotzdem zu geringeren Einnahmen führt, weil sie Wachstum und Beschäftigung erdrückt. 1 % Wachstum bringt eine viertel Milliarde Euro an Einnahmen in unseren Haushalt. Das macht deutlich: Wir brauchen eine wachstumsorientierte Politik und keine Steuerpolitik, die Wachstumsimpulse erdrückt, die die Wirtschaft lahmlegt

und Arbeitsplätze gefährdet. Das wäre der falsche Weg. Diese Erkenntnis vermisse ich bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Geuter gemeldet.

Renate Geuter (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hilbers, ich kann nachvollziehen, dass es Ihnen schwerfällt, immer wieder auf die Deckungslücke hingewiesen zu werden, die der Haushalt aufweist, den Sie uns hinterlassen haben.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Machen Sie doch einen Nachtragshaushalt!)

Aber wenn die laufenden Einnahmen unter den laufenden Ausgaben liegen, dann ist die Differenz die Deckungslücke. Diese Deckungslücke wird mit Kreditaufnahmen geschlossen - auch wenn Sie versuchen, das als Rücklagenentnahmen zu kommunizieren. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Dass diese Kreditaufnahmen dem laufenden Haushalt zuzurechnen sind, hat Ihnen der Staatsgerichtshof Ende September 2011 ins Stammbuch geschrieben.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

Er hat darauf hingewiesen, dass Rücklagenentnahmen bei der Berechnung der verfassungsmäßigen Grenze zu berücksichtigen sind.

Herr Hilbers, ich weiß, dass es wehtut. Aber die Fakten sprechen einfach eine andere Sprache. Sie können mit noch so viel Erbsenzählerei nichts anderes vermitteln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Sie haben kein Konzept außer Steuererhöhungen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Die CDU-Fraktion hat die Möglichkeit, zu antworten. - Sie verzichtet.

Damit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Antrag soll dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen werden. Wer so beschließen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 8:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/76

Zur Einbringung erteile ich Herrn Kollegen Claus Peter Poppe das Wort.

Claus Peter Poppe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Was die Regierungsfraktionen heute mit dem Gesetz zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften vorlegen, ist eine kleine Änderung im Schulgesetz, aber ein großer Schritt für die Schulen, eine große Erleichterung für Schulträger, eine große Chance für die Eltern und die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich jeden dieser Teilsätze begründen.

Erstens. Es ist nur ein kleiner Einschnitt. Im Kern gibt es nur eine Änderung in § 12 - Gesamtschulen - mit einigen wenigen Folgeänderungen. Die Gesamtschulen kehren mit dieser Änderung zu dem zurück, was immer ihrem pädagogischen Konzept entsprach: zum Abitur nach 13 Schuljahren. Die vorhergegangene Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur ist den Gesamtschulen gegen ihren Willen aufgezwungen worden. Die neue Regierung macht diese Zwangsmaßnahme rückgängig, nichts weiter.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens. Es ist eine kleine Änderung, auch in der Verordnung zur Schulorganisation. Die Anforderung der Fünfzügigkeit bei der Gründung von Gesamtschulen wird endlich abgeschafft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir schaffen auch dort ausschließlich eine Gleichbehandlung, z. B. mit den Oberschulen mit gymna-

sialem Angebot. Meine Damen und Herren, dafür sind SPD und Grüne gewählt worden, und nicht zuletzt für Ihre Weigerung, genau das zu tun, sind Sie abgewählt worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ermöglicht wird stattdessen eine Vierzügigkeit. Unter ganz bestimmten, präzise definierten Voraussetzungen ist auch eine Dreizügigkeit möglich.

Drittens. Und doch ist es ein großer Schritt, und zwar genau im Sinne des rot-grünen Anspruchs an Politik, Bildungschancen zu eröffnen, Alternativen anzubieten, Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Das, was sich viele Eltern und Schulträger gerade im ländlichen Raum gewünscht haben, wird möglich gemacht - nicht beliebig, sondern mit Augenmaß; nicht als Befehl, sondern als Angebot.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es wird ein Frühlingserwachen an unseren Schulen geben. Sie werden vom Eise befreit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Diese Befreiung wird und muss zügig erfolgen. Sie wird im Frühling erfolgen. Das hat einen einfachen Grund: Ohne die beschriebene Änderung wären die Gesamtschulen im kommenden Schuljahr gezwungen, in die von ihnen nicht gewollte Differenzierung mit einem beschleunigten Gymnasialzweig einzusteigen. Es verbietet sich, das abzuwarten und gegebenenfalls nach einem Jahr rückgängig zu machen. Wir werden daher für diese kleine Änderung ein verkürztes, aber keineswegs übereiltes Verfahren durchführen,

(Jens Nacke [CDU]: Bitte?)

ein Verfahren, das bei der neuen Opposition geradezu zum Standard gehörte, Herr Nacke. Sie von CDU und FDP sind als Entdecker der Langsamkeit völlig ungeeignet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Detail: Es wird eine schriftliche Anhörung aller Verbände geben, wie sie bei Verordnungen immer üblich ist.

(Ulf Thiele [CDU]: Es ist ein Skandal, was Sie da machen!)

Darüber hinaus wird es eine mündliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände, des Landeselternrates sowie des Landesschülerrates geben. Außerdem wird es ausreichend Beratungszeit geben. Von einem Hauruckverfahren kann, meine Damen und Herren, überhaupt keine Rede sein. Wer so etwas behauptet, macht sich lächerlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer zudem weiter von einem Angriff auf die Gymnasien oder von einem Umkrempeln der Schullandschaft redet, der beweist nur eine völlige Unkenntnis der Gesetzeslage. Für die Errichtung, Zusammenlegung und Schließung von Schulen sind die Schulträger zuständig.

(Zuruf: Aha!)

Wir haben - offenbar im Gegensatz zu Ihnen - volles Vertrauen in die Weitsicht unserer Kommunen, die selbst am besten wissen, wie sie für ein vollständiges und regional angepasstes Schulangebot sorgen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Faktisch wird es in aller Regel um eine Umwandlung von bestehenden Haupt- und Realschulen oder um eine Weiterentwicklung von Oberschulen gehen, die dies wünschen. Insofern sorgen wir für ein von vielen gewünschtes maßvolles Umsteuern. Wir ermöglichen die Gründung von Gesamtschulen auch im ländlichen Raum. Die Warner und Mahner von heute sind diejenigen, die in den letzten zehn Jahren die Schullandschaft rücksichtslos umgekrempelt und alle gegen sich aufgebracht haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dies ist ein kleiner Schritt, und es ist ein erster Schritt. Weitere werden folgen. Diese werden aber sehr dialogorientiert vorbereitet, und sie werden sämtlich, wie auch heute, dem Ziel dienen, zu mehr Bildungsqualität und Chancengleichheit in Niedersachsen beizutragen. Es wäre gut und angemessen, wenn wir jedenfalls dieses Ziel gemeinsam verfolgen würden. Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Poppe, für die Einbringung. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Försterling das Wort.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Wahlausgang, nach der Lektüre des Koalitionsvertrages und nachdem ich mir die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten angehört habe, habe ich mir in der Tat immer wieder die Frage gestellt: Wie wollen die eigentlich das Absenken der Zügigkeiten von Gesamtschulen ohne neuerliche Schulstrukturdebatte in Niedersachsen machen?

Ich muss Ihnen wirklich sagen: Das ist Ihnen mit diesem Gesamtschulerrichtungsgesetz tatsächlich gelungen. Das ist Ihnen aber nicht gelungen, weil Sie das Gesetz so gut gemacht haben. Sie lassen die Debatte gar nicht erst zu, indem Sie auf schriftliche Anhörungen im Kultusausschuss setzen und Veränderungen der Verordnung zur Schulorganisation der Verlängerung der Schulzeit an den Gesamtschulen unterjubeln, was kein normales Verfahren ist.

Wenn die Veränderungen der Schulstruktur laut Ihrem Gesetzentwurf erst ab dem 1. August 2014 greifen sollen: Warum kommt jetzt dieses überstürzte Verfahren mit Artikel 2 in diesem Gesetzentwurf?

(Zuruf von der SPD: Das hat er doch gerade erklärt? Haben Sie das nicht gehört?)

- Dann informiere ich einmal die rote und die grüne Fraktion: Wenn man die Verlängerung der Schulzeit bis zum Abitur an den Gesamtschulen von 12 auf 13 Jahre haben möchte, ist die Schulgesetzänderung tatsächlich zum 1. August 2013 nötig. Wenn wir den Inhalt weglassen, ist da Eile geboten.

Keine Eile ist aber bei der Veränderung der Verordnung zur Schulorganisation geboten. Dabei geht es um das Absenken der Zügigkeiten, die sowieso erst zum 1. August 2014 greifen sollen. Da ist keine Eile geboten. Sie sind nur zu feige für die öffentliche Diskussion. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie wollen keine Schulstrukturdebatte, weil Sie sich scheuen, weil Sie nicht mit offenem Visier gegen die Gymnasien in diesem Land kämpfen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und weil Sie das Thema vor der Bundestagswahl zügig abräumen wollen. Die wahren Auswirkungen werden den Menschen erst nach der Bundestagswahl bewusst. Dieses Gesamtschulerrichtungsgesetz ist der erste Schritt, aus Niedersachsen ein Einheitsschulland zu machen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es ist keinesfalls so, dass dieses Gesetz nur Ausnahmen für die Dreizügigkeit vorsieht. Schauen wir uns das einmal an. Die erste Ausnahme ist: Alle bis zum 1. August 2013 gegründeten Gesamtschulen dürfen dreizügig werden. Das heißt, an einem Standort, an dem es zwei fünfzügige Gesamtschulen gibt, reduzieren Sie diese einfach auf zwei dreizügige, und schon können Sie eine neue vierzügige Gesamtschule gründen. Dort, wo Sie eine fünfzügige Gesamtschule haben, aber wissen, dass es maximal für sieben Parallelklassen an einer Gesamtschule - und nach dem Gesetz nicht für die Neugründung einer Gesamtschule - ausreicht, reduzieren Sie die Zügigkeit der bestehenden Gesamtschule, um dann für die Errichtung einer neuen Gesamtschule genügend Zügigkeiten zu haben.

Das ist sozusagen das Wünsch-Dir-Was, Hauptsache, das Ergebnis stimmt, nämlich so viele Gesamtschulen wie möglich in diesem Land. Das ist Ihr Ziel.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Försterling, es liegt eine Bitte auf eine Frage vor. Lassen Sie die Frage von Frau Korter zu?

Björn Försterling (FDP):

Gerne.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Frau Korter.

Ina Korter (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Försterling, können Sie dem Parlament erklären, ob zu Verordnungen sonst mündliche Anhörungen üblich sind? Nach meiner Kenntnis gibt es dazu sonst nur schriftliche Anhörungen.

Björn Försterling (FDP):

Frau Korter, das mache ich sehr gerne, weil nämlich auch wir einmal die Verordnung zur Schulorganisation in einem Gesetzgebungsverfahren verändert haben und weil Schwarz-Gelb damals eine öffentliche Anhörung aller Bildungsverbände in Niedersachsen zugelassen hat. Dabei gab es eine kontroverse Diskussion; aber wir haben die Auseinandersetzung nicht gescheut. Wir haben nicht von Transparenz und Dialog geredet, sondern Transparenz und Dialog gepflegt, liebe Frau Korter. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Kommen wir zu Punkt 2 der angeblichen Ausnahmeregelungen zur Dreizügigkeit von Gesamtschulen. Eine Gesamtschule soll unter zumutbaren Bedingungen erreichbar sein. Ich frage Sie: Soll eigentlich künftig auch für andere Schulformen gelten, dass sie unter zumutbaren Bedingungen erreichbar sein sollen? Soll das gelten, wenn Sie im nächsten Schritt, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, vorhaben, dass die Gesamtschulen ersetzend eingeführt werden können?

Was machen eigentlich die Eltern in der Landeshauptstadt Hannover, die sich vielleicht für eine Hauptschule, eine Realschule oder eine Oberschule entscheiden? - Heute kam die Drucksache der Landeshauptstadt Hannover, in der steht, dass alle bestehenden Haupt- und Realschulen zu Gesamtschulen umgewandelt werden sollen. Wie sollen die Schülerinnen und Schüler denn dann unter zumutbaren Bedingungen Hauptschulen und Realschulen erreichen? - Das ist Ihnen egal, Hauptsache die Kinder kommen zur nächstgelegenen Einheitsschule. Das ist Ihre Bildungspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die dritte Ausnahmeregelung ist wirklich der Regelfall der Anwendung der Dreizügigkeit. Mit dieser Ausnahmeregelung können Sie an jedem Schulstandort in Niedersachsen bei Vorliegen einer Dreizügigkeit eine Gesamtschule errichten. Das kann dann auch die einzige Schulform am Schulstandort sein. So, wie ich Sie kenne, werden Sie durchaus auch bei zweizügigen Haupt- und Realschulen oder bei zweizügigen Oberschulen einfach sagen: Da kommen wahrscheinlich noch einige Gymnasiasten dazu, dann werden wir die Dreizügigkeit schon haben. Also errichten wir die Schule erst einmal. - Spätestens an diesem Punkt lässt sich die Auswirkung auf die Gymnasien nicht mehr leugnen. Auch deswegen scheuen Sie sich vor der öffentlichen Diskussion.

Ich kann Ihnen heute sagen: Wenn der Staatssekretär öffentlich feststellt, dass es in Kreisen, wo es

bisher drei Gymnasien gibt, dann möglicherweise nur noch ein Gymnasium geben wird, dann bedeutet das nichts anderes, als dass Sie bereit sind, zwei von drei Gymnasien in Niedersachsen - das sind mehr als 150 Gymnasien - Ihrer bildungspolitischen Ideologie zu opfern. Das ist die Wahrheit dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben vor der Landtagswahl davor gewarnt, dass Rot-Grün die Axt an das Gymnasium anlegen wird. Ich muss mich korrigieren: Sie legen nicht die Axt an das Gymnasium - das, was Sie hier machen, ist Brandrodung!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Zu einer Kurzintervention auf den Kollegen Försterling hat sich Claus Peter Poppe gemeldet. Bitte. Sie haben anderthalb Minuten!

Claus Peter Poppe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Försterling, ich will nicht in diesem Stil antworten. Wischen Sie sich erst einmal den Schaum vom Mund!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Gerade Ihr Abschluss zeigt: Sie wollen den Schulkampf. - Wir wollen den Schulkonsens.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Doch, das ist so. Wenn Sie nur lesen könnten!

(Ulf Thiele [CDU]: Konsens ist, wenn wir uns Ihrer Meinung anschließen, ohne sie zu prüfen! - Reinhold Hilbers [CDU]: Das Gesetz ist ungeeignet für einen Konsens! Das wissen Sie genau! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Der Gesetzentwurf sieht eine kleine Änderung vor. Ein Verordnungsentwurf wird in aller Regel nicht zu einer öffentlichen Anhörung führen. Das ist bei keiner Verordnung so. Sie sollten das wissen, Sie sollten das kennen. Allein die Tatsache, dass wir die Verordnungsänderung gemeinsam mit der Gesetzesänderung hierher ziehen und uns der

öffentlichen Debatte stellen, macht deutlich, dass wir keine Debatte scheuen, sondern dass wir das mit Ihnen zusammen diskutieren wollen.

(Jens Nacke [CDU]: Sie schämen sich zu Recht!)

Alles andere wie die Unterstellungen zur Zweizügigkeit und das, was Sie über Hannover gesagt haben, ist reiner Unsinn. In Hannover gibt es keine Oberschulen. In Hannover wählen seit Jahren weniger als 10 % der Schüler die Hauptschulen an. Hier besteht jederzeit die Möglichkeit, dass Gesamtschulen die ausreichende Größe erreichen. Wir haben hierbei vor allen Dingen an die Möglichkeit zur Vierzügigkeit im ländlichen Raum gedacht.

Sie sollten sich einfach mal die Möglichkeiten dieses Gesetzes ansehen und nicht ständig auf Kampfrhetorik schalten!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Die FDP-Fraktion möchte antworten. Herr Försterling, Sie haben das Wort.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Poppe, ja, in Hannover gibt es keine Oberschule, weil Rot-Grün das verhindert hat,

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜ-NE])

obwohl ein Schulstandort gewünscht hatte, Oberschule zu werden. Wenn man sich die Drucksache anschaut, die die Landeshauptstadt Hannover heute auf den Weg gebracht hat, dann wird es künftig auch keine Hauptschule und keine Realschule mehr in Hannover geben. Das ist der Unterschied. Das ist der Grund, warum ich gelegentlich etwas emotional werde, Herr Poppe.

Sie reden vom Schulkampf. Mir geht es nur um den Wettbewerb der verschiedenen Schulformen.

(Lachen bei der SPD)

Den kann man aus meiner Sicht gut bestreiten. Ich weiß, dass das gegliederte Schulwesen bei gleichen Rahmenbedingungen gegen die Gesamtschulen locker gewinnen wird.

(Claus Peter Poppe [SPD]: Das haben Sie zehn Jahre lang geglaubt!)

Das, was Sie unter Schulkonsens verstehen, ist nichts anderes als eine Einheitsschule für alle Kinder - für Einheitskinder - und als Einfalt. Konsens ist das ist nicht. Das ist Gleichmacherei, Herr Poppe.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Detlef Tanke [SPD]: Das glaubt Ihnen kein Mensch!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Seefried das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Ich frage mich mit der heutigen Debatte: Ist die Kehrtwende im politischen Handeln von Rot-Grün gekommen? - Mit dem Bekanntwerden des Koalitionsvertrages der rot-grünen Landesregierung kamen zwar viele schöne Formulierungen und wohlklingende Überschriften, aber keine konkreten Aussagen zur Umsetzung. Die Schulpolitik der neuen Landesregierung blieb vage. Die Ministerin schwieg, wie selbst *Die Welt* am 6. März in der Überschrift titelte: "Das Schweigen in der Schulpolitik".

Ist jetzt mit diesem Gesetzentwurf die Kehrtwende gekommen? - Beim Lieblingsthema jeder rotgrünen Landesregierung, der Zulassung weiterer Gesamtschulen, wird es jetzt konkret. Aber ist diese Kehrtwende so etwas wie mutiges und verantwortungsvolles Regierungshandeln? - Ich sage ganz entschieden: Nein, das ist sie nicht. Bei den bisherigen Ankündigungen ist es purer Leichtsinn, mal eben ohne breite Beteiligung der Bildungsverbände und im Schnellverfahren die Schulstruktur in Niedersachsen auf den Kopf zu stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist eben nicht, wie Herr Poppe es eben dargestellt hat, das Frühlingserwachen. In der Rede hat man ohnehin nicht viel davon gehört. Dieses Verfahren und die Inhalte dieses Gesetzes sind eine Kampfansage an alle Schulformen in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben mit der Einführung der Oberschule eine zukunftsfähige Schulstruktur in Niedersachsen auf den Weg gebracht, die bei aller Unterschiedlichkeit, die wir in unserem Land haben, für die Schulträger ein attraktives und demografiefestes Angebot bietet. Sie ist eine Schulform, die individuell auf die regionalen Entwicklungen und Bedürfnisse angepasst werden kann. Sie kommt vielen bildungspolitischen Forderungen nach mehr gemeinsamem Lernen, aber auch nach der Differenzierung nach. Das war für uns ein wichtiger Punkt. Die Leistungsförderung wird in dieser Schule eben nicht aufgegeben.

Meine Damen und Herren, daran wird deutlich: Die Zeit für eine Schulstrukturdebatte in Niedersachsen ist lange überschritten, sie liegt bereits lange hinter uns.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen - das waren unsere Aussagen auch im Wahlkampf - diese Debatten hier nicht mehr führen. Wir wollen über Qualität und Inhalte sowie ihre Weiterentwicklung reden. Zu diesen Punkten - Qualität und Inhalte - findet man auch in der Begründung des rot-grünen Gesetzentwurfs nicht ein einziges Wort.

Sie haben sich mit Ihrer Debatte hinter den fahrenden Zug geworfen und gefährden damit auch die erfolgreiche Umsetzung der Bildung in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gerade von Herrn Poppe gehört und auch unsere Kultusministerin Frau Heiligenstadt beteuert bei jeder Gelegenheit - auch im Kultusausschuss -, dass die neue Landesregierung keine neue Schulstrukturdebatte beginnen will und dass es keine Schulstrukturdebatte in Niedersachsen geben soll. Wie man ernsthaft auf der einen Seite einen solchen Gesetzentwurf vorlegen kann und auf der anderen Seite solche Aussagen treffen kann, können Sie wohl niemandem in diesem Land erklären.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sehen in diesem Gesetzentwurf eine Gefahr für jede andere Schulform in Niedersachsen. Die öffentlich angekündigte Ausnahme in Form einer dreizügigen Gesamtschule wird nach unseren Befürchtungen zur Regel werden. Jede erfolgreiche Hauptschule, jede gut arbeitende Realschule, aber auch gerade die neu eingeführten Oberschulen, an deren Umsetzung viele Lehrkräfte mit viel Engagement und Erfolg arbeiten, werden wieder dem Sog einer Strukturdebatte in unserem Land ausgesetzt und müssen um ihre Existenz fürchten.

(Beifall bei der CDU)

Mit unserer Sorge sind wir nicht allein. Es ist eben nicht, wie es die Ministerin bezeichnet, eine Phantomdebatte der Opposition. So hat zum Beispiel der Philologenverband in einer Pressemitteilung seine Sorge zum Ausdruck gebracht und noch einmal darauf hingewiesen, was der heutige Ministerpräsident im Wahlkampf gesagt hat - daran wird man erinnern dürfen; ein Zitat von Herrn Weil-: "Die niedersächsischen Gymnasien haben von mir nun wirklich nichts zu befürchten." Unsere Gymnasien in Niedersachsen müssen diesen Satz heute als blanken Hohn empfinden, wenn sie diesen Gesetzentwurf sehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Durch die Möglichkeiten, die mit diesem Gesetz geschaffen werden sollen, sind alle Schulformen gefährdet, aber insbesondere die Gymnasien. Es ist schon interessant, wie sich dann auch die Hausspitze des Ministeriums gegenseitig widerspricht.

Die Ministerin spricht von einer Phantomdebatte. Der Staatssekretär hingegen wurde deutlich - wir haben es eben auch schon von Herrn Försterling gehört -, als er von den drei Gymnasien berichtete, von denen vielleicht nur noch eines bestehen bleibt. Man muss sich auch die Frage stellen, was mit den Landkreisen ist, wo es heute vielleicht nur zwei kleine Gymnasien gibt. Was bleibt von denen dann übrig?

So wird auch Staatssekretär Bräth in einer *dpa*-Meldung zum Schulgesetz zitiert: Man muss kein Mathematiker sein, um zu sehen, dass die neuen Gesamtschulen auch Konsequenzen für die Gymnasien im Land bedeuten. - Man kann nur sagen: Frau Ministerin, Ihr Staatssekretär ist wenigstens ehrlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu dem beabsichtigten Verfahren sagen, das ich nur unter einer Begrifflichkeit zusammenfasse: skandalös. - Als ich die Pressemitteilung von Frau Korter gelesen habe, konnte ich es, ehrlich gesagt, gar nicht glauben, dass die Ausschussvorsitzende dort ankündigt - ich zitiere -:

"Vorgesehen ist, die Schulgesetzänderung durch die Fraktionen ins Aprilplenum einzubringen, die Verbände schriftlich dazu anzuhören und die kommunalen Spitzenverbände zu einer mündlichen Anhörung in den Kultusausschuss einzuladen."

Es kann doch nicht ihr Ernst sein, dass Sie die Fachleute im Bildungsbereich, unsere Bildungsverbände, nicht mündlich beteiligen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie man in der *HAZ* vom heutigen Tag lesen kann, rudern Sie aber anscheinend schon wieder zurück. Landeselternrat und Landesschülerrat sollen nun doch angehört werden, wobei die SPD erst gestern schriftlich etwas anderes beantragt hatte. Also morgens so und am Nachmittag für die Presse dann wieder so. Von den anderen Bildungsverbänden ist an dieser Stelle aber immer noch nicht die Rede. Für mich passt das so ein bisschen zu dem Motto: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Philologenverband zeigt sich in seiner heutigen Pressemitteilung empört über die Verweigerung der Anhörung von Lehrerorganisationen - das gilt nicht nur für ihn selbst - und bezeichnet die aktuelle Entwicklung als - Zitat - "skandalöse Groteske". Und das, obwohl diese Landesregierung nicht müde wird, überall Transparenz und Dialogbereitschaft zu predigen.

(Zuruf von der CDU: Das Gegenteil ist der Fall!)

Ministerpräsident Weil hat in seiner Regierungserklärung am 19. Februar immer wieder den neuen Politikstil angepriesen und in Bezug auf Veränderungen an den Gymnasien von einem "dialogorientierten Ansatz" gesprochen. Seine Kultusministerin hat in ihrer Unterrichtung in unserem Kultusausschuss so viel über Dialoge erzählt, dass ich irgendwann aufgehört habe mitzuzählen, wie oft der Begriff "Dialog" verwendet worden ist. Für mich wird auch an diesem Gesetz deutlich: Das ist ein Scheindialog.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Korter, in der Vergangenheit haben insbesondere Sie immer wieder herausstellen wollen, dass die Grünen für Transparenz stehen. Jetzt sehen wir, dass es - in der Realität angekommen ganz anders aussieht. Jetzt werden Sie sicherlich gleich sagen: Die Bildungsverbände können sich doch schriftlich äußern. - Sie und wir alle wissen aber, dass eine schriftliche Anhörung nicht mit einer mündlichen Anhörung vergleichbar ist. Auch haben wir nicht die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen. Kritische Punkte lassen sich dadurch vielleicht leichter ausblenden.

Damit wird auch der Begriff des neuen Politikstils in einer ganz anderen Wahrnehmung deutlich.

(Editha Lorberg [CDU]: Das nennen die "Dialog"!)

Ein Schelm, der Böses dabei denkt und annimmt, dass man dann vielleicht auch nicht so intensiv über die Finanzierung Ihres Gesetzesvorhabens sprechen will. Wir haben viele Fragen an den Landkreistag, aber auch an den Landesrechnungshof; denn es wird auch deutlich: Wenn unter der Überschrift "Haushaltsmäßige Auswirkungen" davon gesprochen wird, dass das alles gar nicht so dramatisch sei und zu Beginn sogar zu Einsparungen führen werde, so können wir das nicht glauben. Man kann es schon an einer Stelle ganz einfach festmachen: Eine Gesamtschule hat nun einmal viel mehr Leitungsstellen als eine Schule einer anderen Schulform, z.B. die Oberschule. Wie wollen Sie das finanzieren? - Ich kann mir nur erklären, dass dies über die Unterrichtsversorgung gewährleistet werden soll. Auch das werden wir nicht tolerieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insgesamt kann man feststellen: Bei diesem Gesetzentwurf erweist sich Ihre neue Dialogbereitschaft wieder einmal als Etikettenschwindel, und der neue Politikstil wird deutlich erkennbar.

Wenn man sich dann in diesem Zusammenhang die wenigen Pressemitteilungen der Kultusministerin ansieht, kann man sich wirklich nur noch wundern. So kündigt die Ministerin in einer Pressemitteilung vom 28. Februar an, dass das Niedersächsische Kultusministerium als Ausdruck eines neuen Politikstils in den kommenden Wochen in einen intensiven Dialog mit allen Bildungsakteuren treten wird. Zitat: Wir sehen den konstruktiven Gesprächen erwartungsfroh entgegen. - Wenn man sich jetzt aber die Wirklichkeit ansieht, fällt einem dazu wirklich nichts mehr ein. Für mich ist das, was sich hier abspielt, eine wahrhaftige Satire.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man muss sich wirklich nur einmal einen Moment lang vorstellen, wir hätten das unter unserer Regierungsverantwortung genauso gemacht - Frau Korter und Frau Heiligenstadt hätten den Untergang des Abendlandes beschrien.

Deshalb abschließend mein Appell: Herr Ministerpräsident, es ist an der Zeit. Greifen Sie endlich ein! Bringen Sie Ihre Kultusministerin und Ihre Koalition wieder auf den Pfad der Tugend zurück! Es geht hier auch um Ihre Glaubwürdigkeit.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Sie alle, die gerade lachen, predigen Transparenz und Dialogbereitschaft, aber treten dies an dieser Stelle mit Füßen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD]: Wir machen das, was wir angekündigt haben!)

Abschließend - meine Redezeit läuft ab - möchte ich noch ein Zitat anführen; denn das passt auch zum Schlusswort. Ludger Fertmann vom *Hamburger Abendblatt* schreibt dazu:

"Peinlich ist auch die Vorgehensweise der neuen Koalition. Ihre Spitzenleute predigen landauf, landab den Willen zum Dialog als neue politische Kultur. Aber beschlossen werden die Erleichterungen für Gesamtschulgründungen im niedersächsischen Landtag im Schweinsgalopp."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Politze von der SPD-Fraktion gemeldet.

Stefan Politze (SPD):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Seefried hat hier gerade den schulpolitischen Untergang des Abendlandes skizziert. Herr Försterling sprach von einer Brandrodung in der Schulpolitik. Eingangs möchte ich Sie einmal daran erinnern, dass Sie es waren, die 2003 verhindert haben, dass Gesamtschulen gegründet werden dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit haben Sie eine Schulstruktur verhindert und den von Ihnen viel zitierten Wettbewerb überhaupt nicht zugelassen.

Meine eigentliche Frage, Herr Seefried, aber ist, ob Sie sich schon einmal mit Ihren Kollegen von der CDU aus der sehr schönen Stadt Springe am Deister unterhalten haben. Nachdem bekannt geworden ist, welchen Gesetzentwurf wir hier einbringen wollen, haben sich Ihre Kollegen von der CDU an die Spitze der Bewegung gesetzt und nicht eine Oberschule, sondern eine IGS gefordert.

(Detlef Tanke [SPD]: Hört, hört!)

Haben Ihre Kollegen vor Ort irgendwelche anderen Erkenntnisse, oder ist dort ein Sinneswandel eingetreten, weil sie erkannt haben, dass die Eltern vor Ort Gesamtschulen wollen und die Abstimmung mit Füßen beim gegliederten Schulsystem schon stattgefunden hat?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Die CDU-Fraktion möchte antworten. Herr Kollege Seefried!

Kai Seefried (CDU):

Herr Politze, vielen Dank für Ihre Frage. Ich könnte jetzt eine Gegenfrage stellen: Ist Ihnen bekannt, an wie vielen Stellen sich die SPD-Funktionäre intensiv für die Einführung von Oberschulen eingesetzt haben und wie oft dies an irgendwelchen Stellen politisch behindert worden ist?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Ulrich Watermann [SPD]: Wo denn? -Weitere Zurufe)

Wir kritisieren an diesem Gesetzentwurf massiv, dass Sie bei der Zügigkeit so massiv heruntergehen. Wenn Sie mit Blick auf die Ausschlusskriterien sagen, dass die Dreizügigkeit die Ausnahme sein solle, dann sage ich angesichts der Kriterien, die Sie definieren, dass die Dreizügigkeit nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein wird. Dann kommt es auf die Ausstattung dieser Schulform an. Damit beginnen wir in Niedersachsen eine flächendeckende neue Schulstrukturdiskussion. Diesen Punkt haben wir wahrhaftig schon lange überschritten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Nun hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Korter das Wort.

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Seefried, Herr Försterling, Sie haben sich ja mächtig Mühe gegeben, hier schon einmal Angst, Panik und Schulkampf zu schüren. Vielleicht glauben Ihnen das die Philologen. Ich kann Ihnen aber sagen: Wenn das Ihre Oppositionspolitik für die nächsten fünf Jahre sein soll, dann ist das ein bisschen wenig. Ich hätte mehr erwartet. Schon beim ersten Schulgesetz geht das Abendland unter. Das ist ziemlich schnell. Was wollen Sie denn danach noch machen?

Meine Damen und Herren, zurück zum Schulgesetz. Auf den heutigen Tag warten viele in Niedersachsen seit zehn Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nach fünf Jahren Verbot und nach weiteren fünf Jahren Schikanierung von Gesamtschulen durch Schwarz-Gelb in Niedersachsen ist nun endlich Schluss mit der Diskriminierung dieser Schulform. Und das ist gut so. Endlich können die Schulträger Gesamtschulen dort errichten, wo sie es für richtig halten und wo sich eine ausreichende Zahl für pädagogisch gute Arbeit von Schülerinnen und Schülern darstellen lässt. Endlich hat der Elternwille zur Errichtung von Gesamtschulen die gleiche Bedeutung, den gleichen Rang wie der Wunsch nach einer anderen Schulform.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja, genau!)

Das war bei Ihnen ja anders. Da gab es den Elternwillen erster und zweiter Klasse. Endlich haben auch die ländlichen Regionen in Zukunft realistische Chancen, mit der Gründung von Integrierten Gesamtschulen ein wohnortnahes, umfassendes Schulangebot zu verwirklichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie oft haben wir das in den vergangenen Jahren hier im Landtag diskutiert, meine Damen und Herren?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment bitte, Frau Korter! Der Kollege Försterling hat eine Frage.

Ina Korter (GRÜNE):

Er hat eben schon Statements abgegeben. Er kann sich ja hinterher zu einer Kurzintervention melden.

Wie oft haben wir darüber hier im Landtag diskutiert? Wie viele Petitionen sind hier in den letzten zehn Jahren eingegangen? Wie viele Schülerinnen und Schüler mussten von den Gesamtschulen abgewiesen werden, weil dort kein Platz mehr

war? Ich erinnere mich noch sehr genau an die süffisanten Argumente aus den Fraktionen der CDU und der FDP, mit denen Sie die Verantwortung für diese Misere von sich weisen wollten und behauptet haben, die kommunalen Schulträger könnten ja ihre Gesamtschulen vergrößern. Sie wussten ganz genau, dass das aus vielen Gründen an den verschiedenen Standorten nicht möglich war.

Meine Damen und Herren, Ihre verbohrte Schulpolitik mit dem Hass auf Gesamtschulen war einer der Gründe, weshalb Sie am 20. Januar abgewählt worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ob es um Gesamtschulen oder um das Turboabitur ging, Sie haben sich bis zuletzt taub gestellt. Wir, Rot-Grün, haben vor der Wahl versprochen, sich sofort um diese beiden Themen zu kümmern. Das machen wir jetzt. Wir schaffen das Turboabitur an den Integrierten Gesamtschulen ab und ebenso an den Kooperativen Gesamtschulen, die schulzweigübergreifend nach dem Tarmstedter Modell arbeiten. Das muss sehr schnell gehen - das werde ich Ihnen jetzt erläutern -, damit die Gesamtschulen nach den Sommerferien 2013 nicht erst ihre Stundentafeln auf das von Schwarz-Gelb erzwungene Turboabi umstrukturieren müssen und dann möglicherweise ein Jahr später wieder zurückdrehen. Das ist keiner Schule zuzumuten. Wir nehmen Rücksicht auf die Situation an den Gesamtschulen und vermeiden dort unnötigen Stress.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vor vier Jahren hat die damalige schwarz-gelbe Koalition den Gesamtschulen das Turboabi aufgezwungen, um den Eltern die Alternative zum G-8-Gymnasium abzuschneiden. Die Schulgesetzänderung - hören Sie da genau zu, Herr Kollege Försterling - wurde übrigens nicht von der Regierung, sondern von den damaligen Regierungsfraktionen eingebracht und in nur sieben Wochen Beratungszeit durchgepeitscht. Übrigens: Sechs von sieben Gesetzesvorhaben im Schulbereich der letzten Jahre haben Sie durch die Regierungsfraktionen in einem verkürzten Verfahren eingebracht und nur ein einziges durch die Landesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie rufen jetzt immer nach Anhörungen. Dabei ist es doch völlig klar. Wie oft haben wir in den vergangenen Jahren dezidierte Stellungnahmen zum Turboabitur an Integrierten Gesamtschulen und zur Zügigkeit von Gesamtschulen gehört?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Korter, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Bertholdes-Sandrock zu?

Ina Korter (GRÜNE):

Nein, ich lasse im Moment keine Fragen zu. Die Kollegen können sich zu Kurzinterventionen melden.

(Jörg Bode [FDP]: So viele haben wir auch nicht frei!)

Wir haben diverse Positionen zum Turboabitur und zu den Zügigkeiten der Gesamtschulen gehört. Nur ein einziger Verband hat Sie in Ihrer Position unterstützt. Das ist der einzige Verband, auf den Sie sich heute wieder berufen können, nämlich der Philologenverband. Alle anderen haben immer vorm Turboabitur an Gesamtschulen gewarnt, und alle anderen Verbände haben auch beim Bildungsgipfel des Landeselternrates vor einigen Jahren erklärt, dass sie für die Herabsetzung der Zügigkeit für Gesamtschulen eintreten.

Wir haben ausreichend mit vielen Verbänden kommuniziert und werden jetzt dem Kultusausschuss vorschlagen, alle Verbände mit einer schriftlichen Anhörung mit ausreichend Zeit zu beteiligen: die kommunalen Spitzenverbände, den Landeselternrat, den Landesschülerrat wegen ihrer besonderen Beteiligungsrechte mündlich. Letztere - der Landeselternrat und der Landesschülerrat sind bei Vorhaben der Landesregierung und nicht bei den Vorhaben der Fraktionen da. Trotzdem werden wir auch sie zur mündlichen Anhörung in den Kultusausschuss einladen, sofern der Ausschuss das morgen beschließt. Ich denke, das ist angesichts der Dringlichkeit - die ist sehr wohl vorhanden, auch wenn Sie hier etwas anderes erzählen wollen - notwendig.

(Glocke der Präsidentin)

Für die IGS müssen sie eine Konzeptgruppe bilden, um sie einzurichten. Es ist sehr wohl Dringlichkeit vorhanden, damit es zum Schuljahr 2014/2015 starten kann.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie wissen, dass das nicht geht!)

Wir werden es den Kommunen mit dieser Schulgesetzänderung wieder ermöglichen, vierzügige

Gesamtschulen zu gründen; denn die Entscheidung darüber treffen die Kommunen. Wenn sonst keine Gesamtschule unter zumutbaren Bedingungen erreicht werden kann, darf auch eine dreizügige IGS gegründet werden. Das war und ist uns als Grüne besonders wichtig.

Gesamtschulen, meine Damen und Herren, sind auch eine Frage von Bildungsgerechtigkeit. Das muss aber auch auf dem Lande möglich sein. Bildungsgerechtigkeit ist kein Vorrecht der Städte. Deswegen müssen wir auch auf dem Land Gesamtschulen gründen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und schon - wir haben es gerade gehört - fürchten die Oppositionsfraktionen den Frontalangriff auf die Gymnasien. Da muss ich mich nur wundern.

(Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wenn Sie die Gleichbehandlung von Gesamtschulen und Gymnasien schon als Frontalangriff verstehen,

(Widerspruch bei der SPD)

- Herr Försterling spricht sogar davon, dass die Axt an die Gymnasien angelegt wird; die Axt nehmen wir nur, wenn wir Feuerholz machen, aber nicht bei Schulformen; ich weiß nicht, welches Verständnis Sie haben -, dann scheinen Sie unglaubliche Angst davor zu haben, dass den Gymnasien aus den Gesamtschulen Konkurrenz erwachsen könnte und dass sie der nicht gewachsen sind. Das wundert mich allerdings.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Korter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Ina Korter (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Ich habe da mehr Vertrauen in die Entscheidungen unserer Schulträger. Ich habe offensichtlich auch mehr Vertrauen als Sie, Herr Försterling und Herr Seefried, in die Reformfähigkeit unserer Gymnasien. In Zukunft - Sie sind doch immer für Wettbewerb - werden immer stärker die besten Schulen die Eltern, Schülerinnen und Schüler durch Qualität überzeugen müssen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Letzter Satz!

Ina Korter (GRÜNE):

Ich bin beim letzten Satz. - Mehr Qualität, mehr Gerechtigkeit - das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, und das setzen wir jetzt um.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Es liegen zwei Kurzinterventionen vor. Zunächst spricht Herr Kollege Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Korter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Korter, gegen das beschleunigte Verfahren hinsichtlich Artikel 1 Ihres Gesetzentwurfs hat niemand etwas. Das habe ich auch deutlich gemacht. Wir haben jedoch etwas dagegen, dass Sie in Artikel 2 dieses Gesetzentewurfs im beschleunigten Verfahren die Zügigkeiten absenken wollen, ohne darüber öffentlich zu diskutieren.

In der Tat habe ich auch kein Problem damit, dass Sie diesen Gesetzentwurf als Fraktionen eingebracht haben. Ich habe ein Problem damit, dass wir im Kultusausschuss immer darauf gedrungen haben, eine öffentliche Verbandsanhörung durchzuführen, und Sie das den über 30 Bildungsverbänden in diesem Land nicht zugestehen wollen. Das ist der Unterschied. Das ist auch der Unterschied, warum Sie nur von Dialog reden, ihn aber nicht pflegen.

(Beifall bei der FDP)

Dann sprechen Sie davon, dass im Wettbewerb gleiche Rahmenbedingungen gelten sollen. Sie stimmen mir doch sicherlich darin zu - darauf hätte sich auch meine Zwischenfrage bezogen -, dass man für eine dreizügige Gesamtschule nach Ihrem Entwurf weniger Schüler braucht als für eine Oberschule mit einem gymnasialen Zweig im Nachweis. Darin stimmen Sie mir sicherlich zu. Wie können Sie dann von gleichen Voraussetzungen reden?

In der Tat, das Gymnasium wird sich gegen die Gesamtschulen wehren können - davon gehe ich fest aus -, aber nicht unter der Prämisse, die sich abzeichnet, dass Sie Gesamtschulen bevorzugen wollen. Wenn Sie sagen, dass Gymnasien dasselbe Recht haben, mit der gleichen Ausstattung wie Gesamtschulen schon ab dem nächsten Schuljahr Ganztagsschulen zu werden, dann wäre das in der Tat ein erster Schritt zu gleichen Rahmenbedin-

gungen. Aber ich glaube, dass Sie sich nicht trauen, diesen Schritt zu tun, weil sie wissen, dass die Gymnasien dann bessere Chancen haben als die Gesamtschulen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Zur nächsten Kurzintervention erteile ich Frau Bertholdes-Sandrock das Wort.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Korter, Sie haben sehr stark der Gesamtschule auf dem Lande das Wort geredet. Das deckt sich genau mit dem, was die Ministerin neulich in etwa so formuliert hat: Jedes Kind soll die Schule besuchen können, die es gerne besuchen möchte. - Ich gehe davon aus, dass sie dabei sicherlich auch an die Gesamtschulen gedacht hat, vielleicht sogar vorrangig.

Schauen wir uns einmal die Situation auf dem Lande an. Wir sprechen nicht davon, dass wir in einer Stadt fünf, sieben oder acht Gymnasien haben, die teilweise aus den Nähten platzen, wo eine Gesamtschule mehr oder weniger nicht ins Gewicht fällt, ja sogar die Schullandschaft bereichern kann. Denken Sie daran, dass wir zu CDU-Zeiten sehr viele Gesamtschulgründungen zugelassen haben.

(Marcus Bosse [SPD] und Miriam Staudte [GRÜNE] lachen)

Was aber ist, wenn es ein Gymnasium, das zweizügig ist und die Dreizügigkeit häufig nicht schafft, und eine Oberschule gibt, die zweizügig oder mit Mühe und Not dreizügig ist, und Sie dann eine, vielleicht vierzügige Gesamtschule gründen? - Ich sage Ihnen: Dann ist die Oberschule weg, und das Gymnasium ist auch weg.

Nun zu der Argumentation, der Schulträger vor Ort wisse das am besten. Wenn ich das schon höre! Wer ist denn der Schulträger? - Der Schulträger wird durch den Landkreis repräsentiert, allerdings nicht durch eine statische Verwaltung, sondern durch mehr oder weniger zufällige politische Mehrheiten, die sich alle fünf Jahre ändern.

(Petra Tiemann [SPD]: Was wollen Sie uns damit sagen?)

Was aber ist, wenn es dann im Umkreis von 20 oder 25 km kein weiteres Gymnasium mehr im

Landkreis gibt? - Das wäre ja auch in Lüchow-Dannenberg der Fall.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Bertholdes-Sandrock, Ihre Redezeit ist beendet.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Danke, Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Dann setzen Sie mit möglichen politischen Mehrheiten ein solches Gymnasium auf Dauer aufs Spiel. Sie beenden es sogar; denn fünf Jahre später kann man es nicht einfach wieder neu gründen. Das ist das Fatale an diesem Gesetzentwurf.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Korter möchte antworten. Bitte!

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Bertholdes-Sandrock, ich bin schon erstaunt, wie wenig Sie den kommunalen Schulträgern zutrauen. Und wenn Sie das Ergebnis der verfassungsrechtlich abgesicherten Kommunalwahlen dann auch noch als "zufällige politische Mehrheiten" bezeichnen, kann ich mich darüber nur entsetzt äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich weiß nicht, in was für einem Kreistag Sie agieren. Ich habe eigentlich andere Vorstellungen vom Kreistag in Lüchow-Dannenberg.

Nun komme ich zu den Fragen von Herrn Försterling. Oberschulen mit einem Gymnasialzweig und dreizügige Gesamtschulen werden zu ihrer Einrichtung annähernd gleiche Schülerzahlen brauchen.

Wenn sie dann auch noch gebundene Ganztagsschulen sind - die Oberschulen dürfen das sein -, gelten annähernd gleiche Bedingungen. In Zukunft werden sich Schulträger entscheiden können - und wir trauen ihnen durchaus kluge Entscheidungen zu -, ob sie eine Oberschule mit Gymnasialzweig einrichten wollen oder ob sie gleich eine Gesamtschule einrichten, wenn sie ein entsprechendes Konzept vorlegen und die Schülerzahlen nachweisen können.

Diese Wahlfreiheit müssten Sie als angeblich Liberaler doch nur unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Für die Landesregierung erteile ich nun Frau Ministerin Heiligenstadt das Wort.

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen hat die Verbesserung der Bildungsqualität und die Sicherstellung der Bildungsgerechtigkeit in Niedersachsen zum Ziel. Dabei spielt die Gesamtschule sicherlich auch eine wichtige Rolle. Viele Eltern wünschen sich, den Bildungsweg ihrer Kinder so lange wie möglich offenzulassen. Dies beweisen die hohen Anmeldezahlen an den Integrierten Gesamtschulen in den vergangenen Jahren in Niedersachsen. Bei diesen Gesamtschulen überstiegen die Anmeldezahlen häufig die Aufnahmekapazitäten, sodass viele Schülerinnen und Schüler keinen Schulplatz an einer Gesamtschule gefunden haben und gezwungenermaßen auf eine andere Schulform ausweichen mussten.

Die Integrierte Gesamtschule bietet die Möglichkeit, die individuellen Bildungswege ihrer Schülerinnen und Schüler ohne frühzeitige Festlegung entwicklungsbezogen zu gestalten. Mit ihrem spezifischen Ganztagsangebot erhalten die Schülerinnen und Schüler ein fach- und leistungsbezogenes Schulangebot, das ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten fördert und herausfordert.

Meine Damen und Herren, die Schulzeit muss der Entwicklung eigenständiger und selbstbewusster Persönlichkeiten gerecht werden. Deshalb ist esneben den organisatorischen Änderungsvorschlägen, die in den letzten Wortbeiträgen sehr intensiv diskutiert worden sind - eine gute und vernünftige Entscheidung, den Stress, den das Abitur nach 12 Jahren bei vielen Schülerinnen und Schülern erzeugt, wieder aus den Integrierten Gesamtschulen und den nach Schuljahrgängen gegliederten Kooperativen Gesamtschulen herauszunehmen. Wir wollen bei diesen Gesamtschulen wieder das Abitur nach 13 Schuljahren einführen. Die Gründe hierfür ergeben sich auch aus dem Bildungsauftrag der Gesamtschulen selbst.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen ist es interessant, dass sich in der Debatte, die bisher zu diesem Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen geführt worden ist, die Rednerinnen und Redner der CDU und der FDP ausschließlich zu der Frage der Zügigkeit von Gesamtschulen geäußert haben. Zu der Frage der Dauer des Abiturs an diesen Gesamtschulen haben sie nicht eine Silbe gesagt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Schließlich ist der Grund, aus dem eine Änderung des Schulgesetzes, also eine gesetzliche Änderung, die wir hier in diesem Haus diskutieren müssen, notwendig ist, die Änderung der Schulzeit, nicht die Änderung der Zügigkeit. Die Zügigkeit hätten wir ganz normal auch über eine Verordnung ändern können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist der neue Dialog!)

Da wir, Herr Nacke, aber in der Tat einen neuen Dialog führen,

(Jens Nacke [CDU]: Nein! Sie reden gar nicht, Frau Ministerin! Das steht sogar in der Zeitung!)

haben wir diese Verordnungsänderung mit in die Gesetzesänderung einbezogen.

Gleichwohl ist es natürlich schon verräterisch, wenn sich CDU und FDP unter der Prämisse, sie wollten keinen Schulstrukturstreit führen, in ihren Beiträgen ausschließlich auf genau diesen Schulstrukturstreit konzentrieren und nicht ein Wort zu der qualitätsverbessernden Verlängerung der Schulzeit sagen, die mit diesem Gesetzentwurf erreicht werden soll.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Ministerin, lassen Sie eine Wortmeldung von Frau Kollegin Schwarz zu?

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Gerne.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Frau Kollegin!

Annette Schwarz (CDU):

Frau Ministerin, ich frage Sie vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen in Sachen "Abitur nach der 13. Klasse": Welche Qualitäten sehen Sie denn bei den berufsbildenden Gymnasien, an denen das Abitur auch nach der 13. Klasse abgelegt werden kann, und welche Perspektive räumen Sie diesen Gymnasien aufgrund Ihrer Schulgesetznovelle ein?

(Zustimmung bei der CDU)

Frauke Heiligenstadt, Kultusministerin:

Frau Schwarz, wir werden die Gymnasien zu einem intensiven Dialog einladen. Dieser Dialog beginnt am 10. Juni 2013.

(Jens Nacke [CDU] lacht)

- Herr Nacke, Sie mögen gerne lachen.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist eine Drohung! Das machen Sie doch gar nicht!)

Wir nehmen die Situation der Gymnasien sehr ernst. Wir nehmen auch den Stress an dieser Schulform sehr ernst. Und deshalb haben wir ihnen diesen zusätzlichen Termin nicht während der Abiturphase zumuten wollen. Wir nehmen Rücksicht auf diese Schulform - im Gegensatz zu Ihnen in den letzten zehn Jahren. Daher werden wir den Dialog am 10. Juni dieses Jahres beginnen. Auch Ihre Fraktion, Herr Nacke, wird dazu eingeladen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein! Sie beteiligen sie nur schriftlich!)

Lassen Sie mich aber noch kurz auf die qualitative Verbesserung im Hinblick auf die Schulzeitverlängerung eingehen.

Da die Gesamtschulen die Schullaufbahnentwicklung ihrer Schülerinnen und Schüler möglichst lange offenhalten und sie erst gegen Ende der Sekundarstufe I zu einem der möglichen Schulabschlüsse führen wollen, steht das gemeinsame Lernen in den Schuljahrgängen 5 bis 10 im Vordergrund. Dem steht eine vorzeitige Differenzierung und Trennung im 10. Schuljahrgang wegen des Abiturs nach 12 Jahren entgegen.

Von der Wiedereinführung von 13 Schuljahren an den genannten Gesamtschulen müssen auch die Schülerinnen und Schüler des 7. Schuljahrgangs im Schuljahr 2012/13 - also diejenigen, die jetzt im 7. Schuljahrgang sind - profitieren, die in diesem Schuljahr bereits nach den Unterrichtsvorgaben für das Abitur nach 12 Jahren unterrichtet werden. Daher ist es mir auch persönlich sehr wichtig, dass der Gesetzentwurf der Regierungsfraktionen be-

reits zum kommenden Schuljahr in Kraft tritt; denn noch hat sich der zwölfjährige Bildungsgang nur geringfügig ausgewirkt. Dies wäre im kommenden Schuljahr stärker der Fall.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr verehrte Damen und Herren, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie die Schulträger fordern seit Langem vehement die Möglichkeit eines flächendeckenden Angebots an Gesamtschulen. Durch das fünfjährige Errichtungsverbot und die überhöhten Anforderungen, die in der Vergangenheit an die Errichtung von Gesamtschulen gestellt wurden, ist das vielerorts, wie bereits ausgeführt, faktisch unmöglich geworden. Der Gesetzentwurf löst nun diese Benachteiligung von Gesamtschulen gegenüber anderen Schulformen auf. Durch die Schulgesetznovelle wird etwas vollzogen, was jedermann in den letzten Jahren beobachten konnte, nämlich dass vierzügige Gesamtschulen in Niedersachsen pädagogisch erfolgreich arbeiten können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit dieser vierzügigen Gesamtschule erhalten die Schulträger, wie schon lange gefordert, die Möglichkeit, ihre Schullandschaft flexibel zu gestalten flexibel wie nie zuvor. Sie werden auch in die Lage versetzt, den vorhandenen Gebäudebestand sinnvoll zu nutzen und Schulneubauten zu vermeiden.

In Ausnahmefällen kann die Gesamtschule auch dreizügig geführt werden. Dies setzt aber voraus, dass die inhaltlichen und organisatorischen Grundanforderungen erfüllt werden. Ich empfehle, sich die Begründung des Gesetzentwurfs noch einmal näher anzuschauen. Das scheint mir wichtig zu sein, damit sich solche Äußerungen, wie sie gerade von Herrn Försterling getätigt wurden, nicht wiederholen.

Meine Damen und Herren, mit den beiden inhaltlichen Anliegen, die mit dem Gesetzentwurf verbunden sind - der Wiedereinführung von 13 Schuljahren bis zum Abitur und der Vierzügigkeit oder gegebenenfalls Dreizügigkeit als Errichtungsvoraussetzung für eine Integrierte Gesamtschule - werden zwei zentrale Versprechen von Rot-Grün umgesetzt. Für diese zwei Punkte steht Rot-Grün, und dafür wurde die Regierungskoalition gewählt.

Es ist ein schnelles Beratungs- und Entscheidungsverfahren geboten, weil es den Schülerinnen und Schülern der Gesamtschulen hilft und weil es

den Schulträgern größeren Gestaltungsspielraum für die Errichtung von Gesamtschulen eröffnet. Dies haben wir versprochen, und dieses Wahlversprechen halten wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Insofern wird die Landesregierung die Beratungen im zuständigen Fachausschuss sehr interessiert begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich komme zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Kultusausschuss sein, mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen worden.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2013 (Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 - NBVAnpG 2013) - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/75

Zur Einbringung erteile ich Herrn Henning für die SPD-Fraktion das Wort.

Frank Henning (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierungsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bringen heute einen Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung im Beamten- und Versorgungsbereich ein, der die erste Stufe der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst auch auf die Beamtinnen und Beamten 1:1 überträgt. Damit kommen wir nach unserer Auffassung unserer Verant-

wortung gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach und sorgen dafür, dass die Dienst- und Versorgungsbezüge an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse angepasst werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir setzen damit ein klares Signal für eine gerechte und angemessene Besoldung, weil wir in Zeiten des demografischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels für einen attraktiven öffentlichen Dienst eintreten, um auch in Zukunft noch genügend Bewerberinnen und Bewerber für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu finden.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Von den 15 in der Tarifgemeinschaft der Länder vertretenen Bundesländern - das CDU-geführte Hessen hat sich bedauerlicherweise bereits im Jahre 2004 aus der Solidargemeinschaft dieser Länder durch Austritt zurückgezogen - haben allerdings bisher lediglich drei Länder das Tarifergebnis 1:1 auf den Beamtenbereich übertragen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Und die sind CDU-geführt!)

Neben Niedersachsen, Herr Kollege, sind dies die Länder Hamburg und - man höre und staune; da gebe ich Ihnen sogar recht - Bayern. Ich denke, wir befinden uns in Niedersachsen in guter Gesellschaft mit dem roten Hamburg und dem schwarzen Bayern; denn es kann doch nicht ernsthaft gewollt sein, dass zwei Mitarbeiter, die die gleiche Arbeit leisten, unterschiedlich bezahlt werden, nur weil sie Angestellte oder Beamte sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden, und dieser Grundsatz muss endlich auch in Niedersachsen wieder zur Anwendung kommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Leider wird dieser Grundsatz von vielen Bundesländern missachtet. Seit Jahren wird die Tarifentwicklung in der Besoldung von Beamtinnen und Beamten nur eingeschränkt nachvollzogen. Zwischen den Ländern bestehen heute Unterschiede in der Bezahlung der Beamtinnen und Beamten von bis zu 15 %. Dass die Föderalismuskommission 2006 die Kompetenz für die Besoldung der Beamtinnen und Beamten den Ländern übertragen hat, hat sicherlich auch seinen Teil zu dieser unguten Entwicklung beigetragen.

Aber auch die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung war nicht zimperlich, wenn es darum ging, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst deutlich zu verschlechtern. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde erhöht, das Weihnachtsgeld komplett gestrichen, die Leistungszulagen nie ausgezahlt - obwohl sich die Kolleginnen und Kollegen diese durch Streckung der ursprünglich alle zwei Jahre steigenden Alterszulagen auf jetzt nur noch zwei bis vier Jahre selbst erkaufen mussten -, durch weiteren Stellenabbau und nicht zuletzt auch durch erhebliche Kürzungen im Beihilfebereich. Das waren sicherlich keine Maßnahmen, um den öffentlichen Dienst attraktiv zu machen und um die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte in die Privatwirtschaft zu verhindern.

SPD und Grüne leisten heute einen kleinen Beitrag, diese Negativentwicklung im öffentlichen Dienst wieder zu korrigieren, indem sie der Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich nachkommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass der Bund der Steuerzahler als Vorfeldorganisation einer am Manchester-Kapitalismus orientierten FDP die Übernahme des Tarifergebnisses ablehnt -

(Beifall bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Was?)

- ja, einer am Manchester-Kapitalismus orientierten FDP; ich will das gerne wiederholen -, überrascht mich nicht wirklich; denn es liegt in der Tradition des Bundes der Steuerzahler, jeglichen Gehaltszuwachs im öffentlichen Dienst zu geißeln, und sei er auch noch so sinnvoll.

Übrigens: Zum öffentlichen Dienst gehören auch die Polizeibeamten in diesem Land, und das sind genau die Leistungsträger, über die wir sprechen, wenn wir von Arbeitnehmern sprechen, die jeden Tag ihren Kopf für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in diesem Land hinhalten, während Sie von den Leistungsträgern sprechen, die nach unserer Auffassung über den Spitzensteuersatz besteuert werden müssen - zwei Tagesordnungspunkte zuvor, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind die wahren Leistungsträger in diesem Land, nicht die Spitzenverdiener, die Sie zwei Tagesordnungspunkte zuvor noch verteidigt haben.

Herr Zentgraf als Vorsitzender des Niedersächsischen Bundes der Steuerzahler verkennt in diesem Zusammenhang übrigens, wie wichtig es in Zeiten des demografischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels ist, gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte beispielsweise in der Steuerverwaltung zu halten, um Steuergerechtigkeit herzustellen und Steuerflucht wirksam zu bekämpfen. Dieses Thema hatten wir auch gerade schon. Gerade für die niedersächsischen Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten ist es heute schon sehr lukrativ, auf die Seite der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zu wechseln, weil sie dort schlicht besser bezahlt werden.

Der öffentliche Dienst in Niedersachsen ist im Übrigen eine zentrale Infrastruktureinrichtung des Landes. Ohne eine funktionierende Steuerverwaltung, Straßenbauverwaltung oder auch Umweltverwaltung wäre es den Unternehmen in diesem Lande überhaupt nicht möglich, Gewinne zu erwirtschaften. Denn ein funktionierender öffentlicher Dienst ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wirtschaftliches Handeln privaten Unternehmertums in einem für alle gleich geltenden Ordnungsrahmen - damit alle die gleichen Voraussetzungen vorfinden - überhaupt stattfinden kann.

Ich will allerdings auch nicht verschweigen, dass uns die Entscheidung zur Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich nicht leicht gefallen ist. Die Tarifeinigung und ihre Übernahme für alle Beschäftigtengruppen wird den Landeshaushalt mit insgesamt 278 Millionen Euro belasten.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Die gegenüber der bisherigen Veranschlagung erforderlichen rund 69 Millionen Euro, Herr Kollege Hilbers, sollen innerhalb des Personalhaushalts erwirtschaftet werden.

Ich frage mich allerdings schon, warum die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung bei der Aufstellung des Haushaltsplans die notwendigen Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst lediglich mit 2 % angesetzt hat, wo doch eigentlich jeder hätte wissen müssen, dass man mit 2 % nicht hinkommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Mit vorausschauender und sorgsamer Finanzplanung hatte der schwarz-gelbe Entwurf des Doppelhaushalts 2012/2013 offensichtlich wenig zu tun

(Reinhold Hilbers [CDU]: Deswegen machen Sie ja auch einen Nachtrag, nicht wahr?)

Dies gilt im Übrigen auch für die finanziellen Rahmenbedingungen, Herr Hilbers, die die schwarzgelbe Vorgängerregierung uns hinterlassen hat, um die Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich überhaupt bezahlen zu können.

Herr Hilbers, jetzt erzähle ich Ihnen zum dritten Mal, wie sich die 1,2 Milliarden Euro zusammensetzen. Passen Sie genau auf; ich erkläre es Ihnen noch einmal, nachdem es Ihnen der Finanzminister heute auch schon einmal erklärt hat.

Die im Haushaltsplan 2013 veranschlagte Nettokreditaufnahme von 620 Millionen Euro, die vorgesehene Rücklagenentnahme von 283 Millionen Euro und die 295 Millionen Euro, die die HanBG laut Haushaltsplanentwurf für die Übernahme von Anteilen an der NORD/LB zahlen soll - die übrigens nur kreditfinanziert werden können -, müssen zusammengerechnet werden.

> (Reinhold Hilbers [CDU]: Da haben Sie zwei Zahlen durcheinander gebracht!)

Damit sind wir bei einem Handlungsbedarf von rund 1,2 Milliarden Euro, den Sie als Vorgängerregierung uns überlassen haben. In einer solchen Situation das Tarifergebnis aus den guten Gründen, die ich gerade genannt habe, auf den Beamtenbereich zu übertragen, ist angesichts dieser finanziellen Rahmenbedingungen als mutig und sportlich zu bezeichnen. Wir werden deshalb nach einem Kassensturz des Finanzministeriums bei den Haushaltsberatungen für 2014 in aller Ruhe entscheiden müssen, ob wir die zweite Stufe des Tarifabschlusses ebenfalls für den Beamtenbereich übernehmen können. Das würde noch einmal zu Mehrausgaben von 170 Millionen Euro führen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ganz kurz auf zwei Punkte eingehen, die ich bisher nicht genannt habe, die der rotgrünen Koalition aber wichtig sind. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf erfolgt auch die Umsetzung der verfassungsrechtlich gebotenen Vorgaben hinsichtlich der Unteralimentation kinderreicher Beamtenfamilien sowie zur gesetzlichen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Ich

verweise diesbezüglich auf Artikel 1 Abs. 3, mit dem der Familienzuschlag für das dritte und vierte Kind noch einmal erhöht wird, und auf Artikel 4, mit dem die eingetragenen Lebenspartnerschaften im Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilferecht rückwirkend bereits zum 1. August 2001 mit Ehen gleichgestellt werden.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Henning, das war Ihre erste Rede. Bei Männern darf man, glaube ich, von der Jungfernrede sprechen. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich. Im Übrigen haben wir festgestellt: Das war eine Punktlandung, auf die Sekunde genau. Das muss mit Ihrem früheren Beruf zusammenhängen.

(Frank Henning [SPD]: So ist es!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD)

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Hilbers von der CDU-Fraktion.

(Ronald Schminke [SPD]: Hat die CDU Betriebsversammlung, oder warum sind die alle weg? - Heiterkeit bei der SPD - Gegenruf von Dirk Toepffer [CDU]: Die Leistungsträger sind da!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute geht es darum, den ausgehandelten Tarifabschluss auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsen zu übertragen. Dazu sage ich Ihnen eindeutig: Das tragen wir mit.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Wir sind immer dem Grundsatz gefolgt, dass die Besoldung den Tariferhöhungen folgt. Sie haben völlig recht, dass Tarif und Besoldung miteinander einhergehen. Beamtinnen und Beamte haben nicht nur einen Rechtsanspruch auf eine angemessene Besoldung und Versorgung; es entspricht auch dem Gerechtigkeitsgrundsatz, dass man sie an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt. Es ist also nur gerecht, sie auch an den Tarifentwicklungen teilhaben zu lassen.

Herr Kollege, da Sie das in Ihrer Rede besonders herausgestellt haben, hätte ich erwartet, dass Sie mit aller Konsequenz handeln. Aber das tun Sie nicht.

(Zustimmung von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Sie setzen die erste Stufe heute um, aber lassen die zweite Stufe aus und stellen sie unter Finanzierungsvorbehalt. Das stellen wir heute erst einmal fest. An dieser Stelle werden wir Sie mit einem Änderungsantrag konfrontieren, damit Sie klar bekennen müssen, ob Sie die zweite Stufe ebenfalls umsetzen wollen oder nicht. Ich komme gleich darauf zu sprechen, weshalb wir das tun werden.

Wir haben in den Jahren, in denen wir regiert haben, die Tarifabschlüsse, die vereinbart worden sind, immer umgesetzt. Deswegen brauchen wir keine Diskussion darüber, ob es hier eine Kehrtwende gibt oder nicht. Wir haben den Tarifabschluss im Jahr 2003 mit 2,4 % übernommen, wir haben ihn im Jahr 2004 mit 1 % übernommen, wir haben ihn im Jahr 2004 wirkungsgleich übernommen, wir haben ihn im Jahr 2006 wirkungsgleich übernommen, wir haben ihn im Jahr 2008 mit 3 % wirkungsgleich übernommen, wir haben ihn im Jahr 2009 wirkungsgleich übernommen - so auch für 2010, gleichsam mit einem Gesetz, 1,2 % -, wir haben ihn im Jahr 2011 mit 1,5 % wirkungsgleich übernommen und im Jahr 2012 mit 1.9 %. Wir haben den Tarifabschluss immer wirkungsgleich übernommen, und wir haben auch immer die Finanzierung darstellen können. Insofern brauchen wir uns nichts vorwerfen zu lassen.

(Frank Henning [SPD]: Ich habe von der FDP gesprochen!)

- Wir haben doch zusammen regiert. Die FDP hat es doch mit uns gemeinsam gemacht. Wir sind doch hier nicht im falschen Film!

Dann haben Sie beklagt, dass das für Sie eine Kraftanstrengung ist. Natürlich ist das für Sie eine Kraftanstrengung. Schließlich haben Sie ja die "Aktion Klingelbeutel" laufen. Mir ist klar, dass Sie das jetzt alles in einen Topf werfen. Aber wenn ich richtig informiert bin, dann laufen Sie im Soll-Abschluss bei den Personalkosten im Jahr 2012 mit 140 Millionen unter dem Soll aus. Das heißt, Sie haben dort erhebliche Reserven.

Ich stelle weiter fest: Sie sind ausweislich der Presseerklärung, die das Finanzministerium veröffentlicht hat, angetreten, die 69 Millionen Euro aus dem, was Sie über unsere Vorsorge hinaus zu leisten haben, aus dem Personalkostenetat erwirtschaften und in diesem Jahr bezahlen können.

Das heißt also: Wir haben Ihnen einen Haushalt hinterlassen, über den Sie sich überhaupt nicht zu beklagen haben. Sie können den Tarifabschluss vollständig aus dem, was wir vorgelegt haben, bezahlen. Ich weiß gar nicht, was Sie mehr wollen. Haben Sie erwartet, dass wir Ihnen noch Mittel übriglassen, mit denen Sie andere Sperenzchen finanzieren können? Das, was hier geleistet werden soll, können Sie vollumfänglich bezahlen. Das ist solide Haushaltspolitik. Dafür sollten Sie sich einmal bedanken, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie diese Einsparungen aus 2012, die ich eben beschrieben habe, über die Jahre fortschreiben, gekoppelt mit den 2 %, die wir eingeplant haben, werden Sie auch in die Lage versetzt, im nächsten Jahr die 279 Millionen Euro finanzieren zu können.

Sie haben aufgezählt, wer das alles umgesetzt hat, und dabei das christlich-sozial und liberal geführte Bayern und auch Hamburg angeführt. Sie haben aber geflissentlich vermieden zu sagen, wer es anders gemacht hat.

Schauen Sie doch einmal, wie das die anderen Länder gemacht haben. Wie macht es denn NRW? - Dort befindet man sich zwischenzeitlich in der Planung. NRW nimmt eine Sozialstaffelung vor: bis A 10 vollständige Übernahme, von A 10 bis A 12 1 %, und ab A 13 werden sie Nullrunden vereinbaren. Das macht Ihr sozialdemokratisch geführtes Nordrhein-Westfalen, Ihr Musterland, nach dem Sie immer schauen.

In Baden-Württemberg, wo Sie unter Führung der Grünen mitbeteiligt sind, wird auch nicht voll umgesetzt. Bis zur Besoldungsgruppe A 9 gibt es die volle Übernahme, ab A 9 eine volle Übernahme mit einer zeitlichen Verzögerung von sechs Monaten, von A 10 bis A 11 eine volle Übernahme mit einer zeitlichen Verzögerung von neun Monaten und ab A 12 eine Übernahme mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Jahr.

So ist es dort, wo Sie Verantwortung tragen. Sie aber tun so, als laufe es nur überall dort, wo Sie Verantwortung tragen. Das Gegenteil ist der Fall. Wo christdemokratische Mehrheiten sind, hier, wo wir konsequente Politik machen, ist es immer umgesetzt worden, dort ist immer auf die Beamten geachtet worden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn also jemand Nachhilfe braucht, dann fahren Sie hin und helfen Ihren Kollegen dort auf die Sprünge!

Sie können diese Erhöhungen, die aufgezeigt wurden, aus einem soliden Zahlenwerk finanzieren. Wir werden Sie dazu bringen, dass Sie Farbe bekennen und sagen, ob Sie auch die zweite Stufe übernehmen wollen oder nicht. Diese zweite Stufe können Sie nicht unter Finanzierungsvorbehalt stellen. Sie sind den Beamtinnen und Beamten eine Antwort darauf schuldig, ob Sie sich anstrengen, ob Sie diese Finanzierung umsetzen wollen. Wenn das stimmt, was Sie hier gesagt haben, Herr Kollege, dann kann die Konsequenz nur sein, dass Sie es tun. Dann beweisen Sie es auch! Wir werden das zur Abstimmung bringen, damit deutlich wird, ob Sie es tun oder nicht. Um diese Frage können Sie sich nicht drücken.

Sie haben bezüglich der Finanzierung von den 1,2 Milliarden gesprochen. Ich will es noch einmal wiederholen. Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs dürfen Sie aus der Rücklage nur noch für Investitionen entnehmen. Also werden Investitionen getätigt. Dafür können Sie aus der Rücklage alte Schulden generieren. Aber die können Sie doch nicht den neuen Schulden in diesem Jahr zurechnen! Das sind zum Teil doch noch alte Projekte, die ausfinanziert werden müssen und bei denen Ausgabereste dagegen stehen. - Das können Sie also nicht so machen. Sie wissen auch ganz genau, dass Sie sich hier etwas strukturell in die Tasche rechnen, um die Verschuldung nach oben zu rechnen und später, wenn Sie mehr Schulden machen wollen, dies zu rechtfertigen. Dass Sie das vorbereiten, hat schon längst jeder im Lande erkannt.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Arbeit und Ihrer "Aktion Klingelbeutel". Setzen Sie einfach den Rückbaupfad der Verschuldung in Niedersachsen fort, und ändern Sie die Landeshaushaltsordnung nicht! Dann sind Sie auf einem guten Weg und können unsere konsequente Finanzpolitik fortsetzen, die im Übrigen auch den Spielraum dafür lässt, dass die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen ordentlich bezahlt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Es liegt eine weitere Wortmeldung vor: Kollege Thomas Schremmer, Bündnis 90/Die Grünen.

Thomas Schremmer (GRÜNE):

Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hilbers, wenn man Sie so reden hört, hat man das Gefühl, Sie wollten den Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen diese Gehaltserhöhung von 2,65 % nicht in Wirklichkeit geben. Denn Sie haben in einem großen Teil Ihrer Rede darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, dies zu finanzieren. Ich nehme Ihnen das so, wie Sie es gesagt haben, nicht so richtig ab. Gleichwohl ist es richtig, dass wir den Beamtinnen und Beamten - und damit mittelbar auch den kommunalen Beamtinnen und Beamten - die 2,65 % in diesem Jahr gleichermaßen wie den Tarifbeschäftigten geben.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Und nächstes Jahr?)

Meine Fraktionsvorsitzende hat gesagt, ich soll bei dieser Thematik heute nicht wieder das Rednerpult auseinanderreißen und die FDP sozusagen vornehmen. Das werde ich auch nicht machen. Ich habe nämlich mit dem Kollegen Oetjen letztes Jahr beim DGB zusammengesessen, und wir haben gemeinsam auf die Frage geantwortet: Was macht ihr eigentlich nächstes Jahr, wenn es einen Tarifabschluss gibt? Wird der 1:1 auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsen übertragen? - Ich kann mit Fug und Recht sagen: Wir, Rot-Grün, machen das dieses Jahr. Wir übertragen das Tarifergebnis für die Tarifbeschäftigten mit 2,65 % auf die Beamtinnen und Beamten im Land Niedersachsen. Das bedeutet, dass auch die kommunalen Beamtinnen und Beamten - da grüße ich meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen von der Feuerwehr Hannover, mit denen ich heute noch gesprochen habe - davon partizipieren. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Mehr muss man zu dieser Thematik eigentlich auch nicht sagen.

Vielleicht noch einen Satz zum Schluss meiner kurzen Rede: Ich habe festgestellt, nachdem Herr Hilbers geredet hat - Herr Oetjen wird sicherlich Ähnliches zu diesem Thema sagen -, dass es doch richtig ist, ordentliche Löhne, Einkommen, Gehälter und Besoldungen zu zahlen; denn die sichern den Lebensunterhalt, und sie garantieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, u. a. auch die Bezahlbarkeit von Strom und anderen lebenssichernden Elementen. Das, was wir machen, ist richtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort hat der Kollege Jan-Christoph Oetjen von der FDP-Fraktion.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie bekommen an dieser Stelle die Zustimmung der FDP-Fraktion für die 1:1-Umsetzung des Tarifabschlusses.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was sind Sie denn für ein FDPler?)

Das steht in der Tradition, lieber Herr Kollege Limburg, die wir in den vergangenen zehn Jahren an Politik hier im Niedersächsischen Landtag in einer schwarz-gelben Mehrheit praktiziert haben. Das hat der Kollege Hilbers hier sehr richtig ausgeführt, und das hätte der Kollege Henning auch wissen können, wenn er sich durchgelesen hätte, was wir in der Vergangenheit dazu gesagt haben und was wir in Pressemitteilungen dazu ausgeführt haben.

Was der Kollege Henning an dieser Stelle allerdings zu Unrecht dargestellt hat, ist, dass es angeblich Finanzierungslücken in dem Haushalt geben würde, den Schwarz-Gelb für das Jahr 2013 auf den Weg gebracht hat. Denn wir haben im Haushalt für das Jahr 2013 schon für eine zweiprozentige Tarifsteigerung vorgesorgt. Damit lagen wir letztlich gar nicht so schlecht; denn 2,65 % sind rausgekommen. Nach der Pressemitteilung des Niedersächsischen Finanzministers können die gegenüber der bisherigen Veranschlagung erforderlichen zusätzlichen rund 70 Millionen Euro genau 69 Millionen Euro sind es - innerhalb des Personalhaushaltes erwirtschaftet werden. Das heißt, um es in eine Sprache zu übersetzen, die jeder versteht: Im Haushalt ist genügend Luft, um die Tarifsteigerung 1:1 umzusetzen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist solide Haushaltspolitik, die von CDU und FDP vorgelegt wurde.

Auf der anderen Seite fehlt aber etwas in diesem Gesetzentwurf, und das ist die Übernahme der Tarifsteigerung für das Jahr 2014. Es ist ja schon zu Recht gesagt worden, dass dafür im Jahr 2014 rund 170 Millionen Euro zusätzlich notwendig sind. Ich sage hier aber sehr deutlich - insbesondere vor dem Hintergrund dessen, was der Herr Kollege Hilbers schon angeführt hat, nämlich vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Bremen, in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg, also in rotgrün regierten Bundesländern, keine 1:1-Umset-

zungen des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten erfolgt sind, sondern dass es Verzögerungen, Nullrunden und Streckungen bis zu einem Jahr gibt und dass die Umsetzungen nur für die unteren Gehaltsgruppen, aber nicht für die anderen Gehaltsgruppen erfolgt -:

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben große Sorge, ob Sie diese Umsetzung für das Jahr 2014 tatsächlich einhalten. Deswegen hat der Kollege Hilbers völlig recht. Für die FDP-Fraktion kündige ich das Gleiche an: Wir werden einen Änderungsvorschlag in die Beratung dieses Gesetzentwurfs einbringen, um die 1:1-Umsetzung auch schon für das Jahr 2014 auf den Weg bringen.

Ich sage hier sehr deutlich: Ich erwarte, dass Sie sich auch dazu verhalten, dass Sie eine Position dazu einnehmen und sagen: Ja, wir machen das auch für das Jahr 2014. - Denn das für 2013 zu machen, ist leicht. Dafür haben wir schon die Grundlagen im Haushalt gelegt. Das für das Jahr 2014 zu machen, ist die Aufgabe, die Sie jetzt haben. Es ist Ihre Aufgabe, hier Farbe zu bekennen und zu sagen, dass Sie die Tarifsteigerung auch 2014 1:1 umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Jetzt hat der Finanzminister ums Wort gebeten. Herr Schneider, Sie haben das Wort.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bund der Steuerzahler ist ganz offensichtlich doch nicht Ihre Kampftruppe. Das hat man eben gehört. Herr Hilbers - - - Ich sehe ihn im Moment nicht. - Er hört nicht zu. Herr Hilbers!

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben ja vorhin in der Debatte zu Tagesordnungspunkt 7 wuchtige Sparvorschläge angemahnt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ja!)

Ich dachte, unter Tagesordnungspunkt 9 kommt jetzt einer von Ihnen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Aber nicht nur "Aktion Klingelbeutel"!)

Tagesordnungspunkt 9, Sparvorschlag CDU und FDP: null. - Stattdessen: Forderungen nach mehr.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei der Umsetzung wird auf die Tradition Bezug genommen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, eine kurze Unterbrechung! - Es liegt die Bitte des Kollegen Bode vor, eine Zwischenfrage zu stellen.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Lassen Sie mich doch bitte erst ein bisschen was sagen. Dann bin ich gerne dazu bereit.

(Christian Grascha [FDP]: Da kommt ja leider nichts! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Wenn Sie mal zuhören würden!)

Sie berufen sich auf die Tradition. Ich habe mit dem Beamtenbund geredet. Ich habe auch mit den DGB-Vertretern geredet, die die einschlägigen Gewerkschaften repräsentieren, also ver.di, Polizeigewerkschaft und GEW - alles in den letzten 14 Tagen, auch damit es hier nicht noch zu einer Debatte über mangelnde Kommunikation kommt. Alle haben mir eines gesagt: Die Beamten in Niedersachsen stehen im Bundesvergleich recht schlecht da. Ich bin dem nachgegangen und habe mir die Tabellen angeschaut. Wenn man eine Hitliste machen will, dann muss man ein paar Fälle betrachten und vergleichen. Ich habe festgestellt, dass Niedersachsen nicht ganz am Ende liegt, aber es belegt auch nur Rang 14 unter den Bundesländern.

Das passt nicht so ganz zu Ihren Ausführungen. Und das liegt daran, dass Sie bei Ihren Ausführungen wohlweislich vergessen haben, zu erwähnen, dass Sie das Weihnachtsgeld weitgehend gestrichen haben und damit das Jahreseinkommen der niedersächsischen Beamten nicht so dolle ist.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Dann führen Sie es doch wieder ein!)

- Hört, hört!

Sie sollten also den Mund nicht so voll nehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das waren zwar schwierige Zeiten, aber man muss sich dann auch zu dem bekennen, was man gemacht hat. Dann darf man sich nicht hier hinstellen und sagen, man habe immer alles 1:1 umgesetzt, wenn die Wirklichkeit eine andere Sprache spricht. Es wird auch in den nächsten Jahren nicht leichter werden.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. - Es liegt erneut eine Bitte vor, eine Zwischenfrage zu stellen. Der Kollege Hilbers möchte Sie etwas fragen. Gilt das Gleiche wie vorhin?

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Ich habe gerade 1:26 Minuten geredet. Ich meine, vier Minuten sollten Sie wenigstens zuhören.

(Jörg Bode [FDP]: Ab wann dürfen wir denn fragen?)

Sie haben behauptet, Sie hätten hinreichend Vorsorge getroffen. Sie haben für dieses Jahr eine Tarifsteigerung in Höhe von 2 % eingeplant; es sind aber 2,65 %, was ein bisschen mehr ist. Für das nächste Jahr haben Sie auch 2 % eingeplant; da sind wir bei 2,95 %. Das sind insgesamt 50 % mehr als das, was Sie an Vorsorge getroffen haben. Das ist eine Haushaltsvorbelastung in erheblichem Umfang.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sie haben gesagt, Sie kriegen das gewuppt! Das war Ihre eigene Pressemitteilung!)

Das haben wir bei der Haushaltsaufstellung 2014 vor uns - eine erhebliche Unterdeckung in diesem Bereich. Eine vernünftige und verantwortliche Haushaltsaufstellung heißt doch, meine Damen und Herren, nichts anderes, als dass wir dies im Lichte der Gesamtschau nach Vorliegen der Steuerschätzung im Mai bewerten und dann sehen müssen, was geht. Das ist vernünftig und sachlich geboten.

Jetzt bin ich gerne bereit, Fragen zu beantworten.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Zuerst kommt der Kollege Bode.

Jörg Bode (FDP):

Sehr geehrter Herr Minister Schneider, Sie haben gerade ausgeführt, dass die niedersächsischen Beamten im bundesweiten Vergleich so schlecht dastehen, dass also Niedersachsen in dem von Ihnen aufgestellten Ranking nur auf Platz 14 liegt. Sie haben gesagt, das liegt daran, dass die Vorgängerregierung bzw. die Regierungsfraktionen

den Beamten das sogenannte Weihnachtsgeld gestrichen haben. Da Sie die Situation der Beamten als so schlecht einschätzen, frage ich Sie: Beabsichtigt die Landesregierung, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen?

(Wiard Siebels [SPD]: Oh Mann Bode, jetzt haben Sie es uns richtig gegeben!)

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Dass ausgerechnet Sie das fragen, ist schon ein bisschen spaßig.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sie können doch nicht erwarten, dass alle Verschlechterungen, die Sie eingeführt haben, von uns wieder rückgängig gemacht werden. Das habe ich auch nicht behauptet. Das angeführte Ranking ist auch kein Ranking von mir. Ich habe den Beamtenbund zitiert. Ich habe ihn zitiert, weil Sie hier eine Mohrenwäsche vorführen:

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sie stellen sich hier als die großen Saubermänner da, dabei haben auch Sie allerlei kleine Dinge angestellt, die zu den beschriebenen Ergebnissen geführt haben. Das alles können wir gar nicht wieder reparieren.

(Zustimmung bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Wie bitte? Wenn das einer von uns gesagt hätte, dann wäre hier was los gewesen! Mein lieber Freund!)

Ich kann gar nicht alles reparieren, was Sie angerichtet haben. Sie haben z. B. 100 Millionen aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Jetzt kommen die kommunalen Brüder und Schwestern und sagen: Das müsst ihr aber jetzt nachfinanzieren. Die haben uns das weggenommen. Ihr müsst uns das jetzt geben. - Und jetzt kommen Sie und sagen: Wir, Schwarz-Gelb, haben den Beamten das Geld weggenommen. Rot-Grün muss es ihnen jetzt geben.

(Jens Nacke [CDU]: "Mohrenwäsche"! Wenn das so durchgeht! Wenn wir das gesagt hätten, dann wäre hier was los gewesen! Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

- Herr Nacke macht hier Kurzinterventionen. Ich habe Schwierigkeiten, mich zu konzentrieren.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Schneider, das Wort "Mohrenwäsche" ist bestimmt grenzwertig.

(Jens Nacke [CDU]: Eine unfassbare Entgleisung ist das gewesen!)

Das können wir nicht von hier rügen; das wissen Sie. Aber ich bitte Sie, über solche Begriffe wirklich ernsthaft nachzudenken.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Darüber können wir vielleicht nachher mal diskutieren. Was daran nicht parlamentarisch gewesen sein soll, erschließt sich mir nicht so richtig.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sie sollten das zurücknehmen! - Jörg Bode [FDP]: Was sagt denn Frau Schröder-Köpf dazu? - Jens Nacke [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Es gab, glaube ich, noch eine weitere Zwischenfrage.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Der Kollege Hilbers wollte noch eine Frage stellen. Es liegt auch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Sie wird aber erst nach der Rede des Ministers aufgerufen.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Minister, ich frage Sie vor dem Hintergrund, dass uns durchaus bekannt ist - - -

(Jens Nacke [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein! Entschuldigen Sie sich jetzt dafür! Das hätte mal einer von uns sagen sollen! Dann wäre hier was los gewesen! - Gegenrufe von der SPD)

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Ich kann das nicht verstehen, Herr Nacke ist so laut.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Hilbers wird jetzt eine Frage stellen, und der Minister wird darauf antworten. Danach erhält der Kollege Nacke das Wort zur Geschäftsordnung.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass ich gar nicht leugnen will, dass wir in einzelnen Bereichen

auch den Beamtinnen und Beamten mit Blick auf die Konsolidierung des Landeshaushalts einiges zugemutet haben, und vor dem Hintergrund, dass Sie wissen, dass Niedersachsen im Ranking der Beamtenbesoldung nicht ganz oben steht, und dass Sie jetzt die Gelegenheit haben, die Situation der Beamten ein Stück weit zu verbessern, frage ich Sie, warum Sie diese konkrete Gelegenheit nicht wahrnehmen, sondern stattdessen die "Aktion Klingelbeutel" zur Kompensierung der Studienbeiträge machen. Hier hätten Sie doch eine Gelegenheit gehabt, den Beamten die Besoldungsverbesserung anzudienen, die ihnen zusteht.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Ich habe das ja eben im Grunde schon beantwortet, Herr Hilbers. Ich habe eben schon ausgeführt, dass wir nicht alles, was Sie angerichtet haben, wieder rückgängig machen können.

Die finanzielle Ausgangslage ist so, wie sie jetzt ist. Wir werden das, was uns im nächsten Jahr mit Blick auf die Beamtenbesoldung ins Haus steht, bei den Haushaltsanmeldungen nicht sehr leicht hinkriegen. Das geht auch den meisten anderen Bundesländern so.

Im Übrigen hat Hessen die Verhandlungen gerade abgeschlossen. Ich habe die Zahlen gesehen. Hessen hat - mit einer etwas anderen Stufung - im Grunde den gleichen Tarifabschluss gemacht wie die anderen Bundesländer. Das ist ein großer Ausgabebrocken im Landeshaushalt. Das war ja auch der Grund für die damaligen Einschnitte. Ich habe das hier auch nicht gegeißelt. Ich habe nur den erweckten Eindruck, hier sei immer alles 1:1 übernommen worden und es habe keine Einschnitte bei den Beamten gegeben, richtiggestellt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Wenn die Debatte dazu geführt hat, dass jetzt klar ist, dass es natürlich - bedauerlicherweise - Einschnitte gegeben hat, dann ist das ja vielleicht schon ganz hilfreich als Grundlage für die Aussprache über die Umsetzung der zweiten Stufe.

Danke.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es liegt eine Wortmeldung **zur Geschäftsordnung** des Kollegen Nacke vor. Herr Nacke, Sie haben das Wort.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedaure, dass dieser Wortbeitrag erforderlich ist. Aber, Herr Minister, Sie haben hier eben einen Begriff benutzt, der aus meiner Sicht ganz klar unparlamentarisch, diskriminierend und ausländerfeindlich ist, und zwar den Begriff der Mohrenwäsche. - Ach, das ist zum Lachen. Ich sage Ihnen mal, was dieser Begriff bedeutet. Er bedeutet, dass jemand, der eine schwarze Hautfarbe hat, von dieser schwarzen Hautfarbe reingewachsen werden soll, damit er ist wie ein Weißer. Sie wollten sagen: Sie wollen die - vermeintlichen - Fehler wegwaschen, aber das geht eben nicht. - Das ist doch der Gedanke, der dahintersteht. Das bedeutet dieser Ausdruck - ein Ausdruck, der aus der Vergangenheit stammt, der rassistisch ist. Sie haben hier einen rassistischen Ausdruck verwendet.

Was ich am allerschlimmsten finde, ist diese selbstherrliche Art, mit der SPD und Grüne hier immer aufgetreten sind, wenn sich irgendjemand mal in dieser Art und Weise eingelassen hat. Jetzt sitzen Sie da und sagen dazu nichts! Das ist ein Skandal sondergleichen! Und wenn der Minister sich dafür nicht entschuldigt, dann ist das ein Verfall der Sitten in diesem Hause, wie ich ihn noch nie erlebt habe!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Schneider hat um das Wort gebeten. Sie haben das Wort. Danach der Kollege Tonne, eventuell.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Um es kurz zu machen: Ich habe das natürlich nicht rassistisch gemeint. Auch der Präsident hat das offensichtlich anders bewertet als Sie.

(Jens Nacke [CDU]: Er darf Sie nicht korrigieren!)

Um das noch einmal festzustellen: Der Präsident hat das nicht so scharf bewertet wie Sie.

(Christian Dürr [FDP]: Das darf er nicht!)

Wenn das von Ihnen so verstanden wird, dann entschuldige ich mich dafür. Ich habe damit gar kein Problem, weil Rassismus mir völlig fremd ist, Herr Nacke.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich konnte es nicht anders bewerten. - Wird die Wortmeldung aufrechterhalten? - Herr Kollege Tonne, Sie haben das Wort.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Wortbeitrag, den Sie gerade geleistet haben. Er zeigt nämlich, dass wir offensichtlich deutlich eher in der Lage sind, mit einem Thema vernünftig umzugehen, als es von dieser Seite hier getan wird.

Herr Kollege Nacke, weswegen ich meinen Beitrag zur Geschäftsordnung aufrechterhalten habe, ist etwas, was mir fürchterlich auf die Nerven geht und was wir heute schon den gesamten Tag über erleben: Das, was Sie hier vorführen, wie Sie sich hier im Rahmen von vielen Beiträgen gerieren, ist unerträglich. Und dann wird uns hier von Ihnen zu einem Thema eine gespielte Aufregung dargeboten, die bar jeden Verstandes ist. Es ist unglaublich, was hier vorgetragen wird.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Sie verteidigen einen rassistischen Ausdruck!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat Herr Kollege Limburg das Wort.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu Ihrem Wortbeitrag komme, Herr Nacke, spreche ich zunächst zu Herrn Minister Schneider. Ich danke Ihnen ausdrücklich für die klarstellenden Worte und für die Entschuldigung, die ich notwendig fand, die ich aber auch sehr angemessen fand.

Ich möchte hinzufügen, Herr Minister: Stärke zeigt sich nicht in Sturköpfigkeit, sondern Stärke kann sich auch zeigen, dass man das, was man gesagt hat, als man sich vergaloppiert hat, zurücknimmt. -Es wäre schön, wenn sich auch andere Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause daran ein Beispiel nehmen würden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

In der Sache ist klar, dass wir auf unsere Sprache achten müssen, dass Ausdrücke, die vielleicht vor Jahrzehnten akzeptiert worden sind, heute nicht mehr verwendet werden können und dass auch im sprachlichen Bereich für Rassismus kein Raum sein darf.

Aber, Herr Kollege Nacke - da hat der Kollege Tonne völlig recht -, Ihre plötzliche sprachliche Sauberkeit zeigt sich immer nur dann, wenn sie sich gegen Mitglieder von SPD und Grünen oder Mitglieder der Landesregierung richtet. Ich kann mich noch sehr gut an eine Debatte, die wir hier infolge eines Zwischenrufs aus Ihren Reihen geführt haben, erinnern, bei der Sie, Herr Nacke, am Folgetag das Thema Rassismus als Stilfrage bagatellisiert haben. Wer noch vor Kurzem so in diesem Hause geredet hat, hat kein Recht, sich jetzt hier so künstlich zu echauffieren, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen jetzt nicht vor.

Ich komme zurück zur Ausschussüberweisung zu Tagesordnungspunkt 9.

Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein, mitberaten soll der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, komme ich auf den Punkt c der Aktuellen Stunde zurück. Das war die Diskussion um die Polizeipräsidenten. Dazu gab es einige Hinweise, auch von mir. Wir wollten prüfen, was an Zwischenrufen bzw. Aussagen gemacht worden ist. Dies ist inzwischen geschehen. Ein Zwischenruf aus der CDU-Fraktion, der uns hier angezeigt worden ist, ist nicht vermerkt. Den hat es demnach und auch nach Auswertung einer Tonbandaufnahme nicht gegeben.

(Unruhe)

- Das müssen wir so zur Kenntnis nehmen, und das nehmen wir auch zur Kenntnis!

Dann gab es eine Aussage der Kollegin Janssen-Kucz. Wörtliche Aussage laut Protokoll:

"Was Sie als Kompromiss auf den Weg gebracht haben, ist ein ausgestreckter Mittelfinger in Richtung der Frauen. Das ist traurig."

Wir bewerten das folgendermaßen: Ich möchte Ihnen, Frau Janssen-Kucz - wenn sie da ist -, den Hinweis geben, dass man bei solchen Überlegungen immer sehr genau nachdenken muss, ob man so etwas sagt oder nicht, auch wenn man das metaphorisch meint. Diesen Hinweis darf ich Ihnen so geben. Ein Ordnungsruf wird nicht erteilt. Ich liege also so, wie ich das vorhin bewertet habe, wohl richtig. Damit ist die Sache für uns hier erledigt. Sie haben mir im persönlichen Gespräch gesagt, Sie werden das auch so befolgen. - Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz (AGWVG) - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 17/70

Es hat sich als Erster der Kollege Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf möchte die CDU erreichen, dass auch Wasser- und Bodenverbände in Zukunft folgende Aufgaben übernehmen dürfen: erstens die Erzeugung, den Transport und die Einspeisung von erneuerbaren Energien und zweitens die Herstellung, die Beschaffung, den Betrieb, die Unterhaltung und die Beseitigung von Anlagen zur Erzeugung, zum Transport und zur Einspeisung von erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, Energieerzeugung ist für Kommunen wie für Private offen. Für interessierte Bürger besteht aber bisher keine Möglichkeit, sich öffentlich-rechtlich zusammenzuschließen. Öffentlich-rechtliche Organisationen sind von der Möglichkeit der Energieerzeugung bis auf we-

nige Ausnahmen ausgeschlossen, da sie nur Aufgaben übernehmen dürfen, die dem eigentlichen Verbandszweck dienen.

Bis jetzt können Wasser- und Bodenverbände Energieerzeugungsanlagen nur zur Deckung des Strombedarfs, den sie für sonstige Aufgaben haben, betreiben. Es ist aber häufig wirtschaftlich nicht sehr sinnvoll oder technisch sogar unmöglich, kleinere oder in der Zahl begrenzte Anlagen für eine beschränkte Strommenge errichten zu müssen, nur weil der wirtschaftlich zu erzeugende Strom über den Eigenbedarf hinausgeht und daher nur dann produziert werden dürfte, wenn der Betrieb der Energieanlage selbst Aufgabe dieses Verbandes sein könnte.

Daher unterbleibt bisher häufig der Bau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen mit der Folge, dass man sich mit Strom vom Markt eindecken muss. Dies ist deshalb besonders problematisch, weil z. B. der Betrieb von Schöpfwerken mit Strom vom Markt nur zu sehr ungünstigen Konditionen und teuer möglich ist, was an den besonderen Anforderungen des Schöpfwerkbetriebs liegt.

(Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, eine kurze Pause! - Wir sind jetzt beim vorletzten Tagesordnungspunkt. Der letzte Punkt geht sehr schnell. Ich darf Sie noch einmal um Ruhe bitten und darum, dem Redner zuzuhören. - Vielen Dank.

Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU):

Meine Damen und Herren, Wasser- und Bodenverbände erfüllen in Niedersachsen bereits jetzt eine Vielzahl von Aufgaben für Eigentümer, Pächter und Kommunen. Es wäre wirtschaftlich sinnvoll, wenn diesen Einrichtungen der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien mit übertragen werden könnte. Dadurch wird den Verbänden ein Mittel an die Hand gegeben, die teilweise sehr hohe Beitragslast für die Mitglieder zu senken oder wenigstens stabil zu halten. Dies gilt besonders für die Gebiete, in denen viele Schöpfwerke betrieben werden müssen.

Unsere Wasser- und Bodenverbände sind seit jeher ein geeignetes Mittel, um die Interessen verschiedener Menschen zu bündeln und Aufgaben, die sowohl dem Einzelnen als auch der Allgemeinheit nutzen, kostengünstig gemeinsam durchzuführen.

Der Bau und Betrieb gemeinsamer Anlagen zählte schon immer zur Kerntätigkeit von Wasser- und Bodenverbänden. Bereits heute kann ein Wasser- und Bodenverband Anlagen zur Erzeugung von Energie aus Wasserkraft bauen und betreiben. Sie alle wissen aber, wie wenige Wasserkraftanlagen es gibt. Wind und Sonne haben in Niedersachsen ein viel größeres Potenzial als Wasser. Hier liegen dann auch die Chancen.

Im Interesse der Verbandsmitglieder sollte daher die Befugnis zur Energieerzeugung auf weitere regenerative Energieträger ausgeweitet werden. Der Wasser- und Bodenverband zeichnet sich durch ein schlankes Organisationsrecht aus, welches zum einen die rechtlich einwandfreie, zum anderen die wirtschaftliche und sparsame Aufgabenerfüllung gewährleistet. Die Personen, die den Wasser- und Bodenverband über Beiträge finanzieren, haben über die Mitgliedschaft in den Entscheidungsorganen einen direkten Einfluss auf alle Tätigkeiten des Verbandes und können so unmittelbar über die Verwendung ihrer Gelder bestimmen.

Meine Damen und Herren, Sie kennen solche Strukturen. Sie nennen sie teilweise in anderem Zusammenhang basisdemokratisch. Hier ist das auch so. Außerdem sind Wasser- und Bodenverbände bei wirtschaftlichen Betätigungen im Regelfall sehr erfolgreich. Im neuen Entwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sind ambitionierte Ziele aufgenommen, wonach ein Bruttostromverbrauch von 35 % aus erneuerbaren Energieträgern angestrebt wird. Der Bundesrat möchte sogar bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 40 % Verbrauch aus regenerativen Energien erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen möglichst viele sinnvolle Instrumente bereitgestellt werden, und unserer Auffassung nach gehört die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Möglichkeit zum Betrieb von Energieerzeugungsanlagen für Grundeigentümer und sonstige Interessenten dazu.

Meine Damen und Herren, die Betätigung von Wasser- und Bodenverbänden auf dem Gebiet der Erzeugung erneuerbarer Energien wird zu Investitionen in Niedersachsen führen, die sonst in dieser Form nicht vorgenommen würden. Sie stärkt die regionalen Märkte, schafft Arbeitsplätze vor Ort und kommt auch den Gemeinden über höhere Steuereinnahmen zugute. Im Gegensatz zu den vorherigen Tagesordnungspunkten ist es so, dass Sie der Gesetzentwurf - außer ein wenig Zuhören und Ihrer Zustimmung - nichts kostet. Er hat keine haushaltsmäßigen Auswirkungen.

Ich bin völlig überzeugt von der Sinnhaftigkeit dieses exzellenten Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion. Ich bin gespannt auf Ihre Beiträge und die weiteren Beratungen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort hat Frau Kollegin Rakow für die SPD-Fraktion.

Sigrid Rakow (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Deneke-Jöhrens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich habe noch bis eben erwartet, dass Sie den Gesetzentwurf zurückziehen. Sie wollen etwas Gutes tun, was außer Ihnen niemand haben will. Ich glaube, was hier läuft, ist ganz unglücklich. Aber da Herr Deneke-Jöhrens sich so ernsthaft mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt hat, werde ich das jetzt auch ein Stück weit tun.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das erwarten wir!)

Die CDU-Fraktion hat sich das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz vorgenommen und möchte es um einen § 1 a ergänzen. Herr Deneke-Jöhrens hat eben gesagt, worum es geht. Zusammengefasst bedeutet das, dass die Wasserverbände damit zu Energieerzeugern oder Netzbetreibern gemacht werden können.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich ist das möglich. § 2 des Wasserverbandsgesetzes mit dem Titel "Zulässige Aufgaben" regelt in einer langen Aufgabenliste die Aufgaben des Verbandes und schreibt ausdrücklich dazu:

"Vorbehaltlich abweichender Regelungen durch Landesrecht…"

Das heißt: Wir können - wenn wir wollen - den Aufgabenbereich der Wasserverbände erweitern. So weit gehen wir konform.

Aber einige Fragen zu dem Gesetzentwurf - wenn ich ihn in der Fassung, in der er vorgelegt worden ist, behandle - drängen sich auf. Zum Beispiel: Warum sollen eigentlich - so uneingeschränkt, wie das formuliert ist - Wasser- und Bodenverbände Energie erzeugen und Netzbetreiber werden?

Warum kommt dieser Gesetzentwurf ausgerechnet jetzt? - Der Wasserverbandstag verfolgt schon seit

Längerem den Plan, Energie zu erzeugen, mindestens seit 2011. Es existiert auch ein Erlass der vorigen Landesregierung, der den Wasserverbänden die Energieerzeugung für den Eigenbedarf in einem bestimmten Rahmen ermöglicht. Da frage ich mich schon, meine Damen und Herren von der CDU: Warum haben Sie sich an dieser Stelle nicht schon damals auf einen Gesetzentwurf gestützt und ihn nicht schon damals eingebracht? Warum damals der Erlass, und warum kommen Sie jetzt mit diesem Gesetzentwurf? Mit Ihrer Mehrheit hätten Sie damals alles erledigen können. Das wäre kein Problem gewesen. Dann wären die Wasserund Bodenverbände heute schon Energieerzeuger, wie Sie es eben vorgestellt haben. Wollten Sie die Verantwortung, das in ein Gesetz zu schreiben, nicht übernehmen? Was spielt da eine Rolle? Ist das Ei, das Sie uns mit diesem Entwurf ins Nest legen, vielleicht ein faules Ei? - Was hier passiert, ist ein wenig fragwürdig.

(Jörg Hillmer [CDU]: Kommen Sie noch zum Inhalt?)

- Es kommt noch eine ganze Menge Inhalt und vor allen Dingen das Entscheidende. Sie werden sich gleich noch wundern.

Wenn ich mir die Argumente in Ihrem Gesetzentwurf angucke, dann frage ich mich: Sollen das wirklich Argumente für eine Erweiterung der Aufgaben der Verbände sein? - Sie schreiben, dass die Verbände eine schlanke Organisationsstruktur haben, dass eine kaufmännische Buchführung ausgeführt wird. Das ist gut. Wunderbar, dass die das haben. Auch wir schätzen, dass die Wasserverbände gut aufgestellt sind. Aber das ermächtigt sie doch nicht per se dazu, plötzlich Energieerzeuger zu werden. Wo ist da der logische Zusammenhang?

Natürlich kennen auch wir den Wasserverbandstag. Auch wir kennen Wasserverbände. Wir haben mit denen auch gesprochen. Ich erinnere mich an diverse Gespräche in den letzten Jahren mit verschiedenen Ansprechpartnern. Es ging in diesen Gesprächen, wie Herr Deneke-Jöhrens vorhin vorgetragen hat, auch darum, dass die Verbände Probleme haben, die Energiekosten für die Pumpen aufzubringen; die Kosten haben sich seit 2005 verdoppelt. Es ging auch um den Sanierungsbedarf etlicher Schöpfwerke und darum, wer das bezahlen kann, ob Landesmittel nötig und möglich sind, ob die Beiträge der Mitglieder für alles ausreichen können, wie die Finanzierung jetzt tatsächlich gewährleistet werden soll.

Meine Damen und Herren, wir haben die Probleme der Verbände sehr ernst genommen und werden das auch weiter tun. Die ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema beginnen wir jetzt damit, dass wir den Gesetzentwurf, so wie Sie ihn hier formulieren, auf keinen Fall unterstützen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es reicht nicht, ein altes Papier aus der Schublade zu ziehen und das als einen neuen Gesetzentwurf zu präsentieren. Keiner will dieses Gesetz, nicht einmal der Wasserverbandstag. In den Reihen der Wasserverbände wird zwischenzeitlich etwas ganz anderes diskutiert. Der Wasserverbandstag hat sich mit dem NLT und sämtlichen kommunalen Spitzenverbänden auseinandergesetzt und dort gehört, dass keiner der kommunalen Spitzenverbände es gerne sähe, wenn Wasserverbände ohne Einschränkung als Energieerzeuger aufträten. Aus dieser Diskussion heraus ist dann eine ganz neue Formulierung entstanden. Sie lautet so:

"Wasser- und Bodenverbände können zusätzlich zu den in § 2 WVG Genannten als Aufgabe übernehmen: Erzeugung, Transport und Einspeisung von erneuerbaren Energien zur Förderung anderer Verbandsaufgaben."

Das, meine Damen und Herren, passt in die Systematik des Wasserverbandsgesetzes, dass die weiteren Aufgaben der Verbände sich der Hauptaufgabe unterordnen sollen. Über eine derartige Formulierung können wir gerne reden. Aber das steht nun einmal leider nicht in Ihrem Gesetzentwurf. Sie wollen etwas ganz anderes. Zu dem, was Sie hier auf den Markt geworfen haben, können wir nur sagen: Das machen wir so nicht mit. Sollten wir mit einer anderen Formulierung kommen, die dem Wasserverbandsgesetz entspricht, dann hätten wir eine andere Diskussionsgrundlage, dann könnten wir gerne diskutieren.

Wir wissen z. B., dass der Niedersächsische Landkreistag dem CDU-Gesetzentwurf sehr kritisch gegenübersteht. Ob er mit der neuen Formulierung etwas anfangen kann, haben wir noch nicht abgeklärt. Das wäre vielleicht möglich. Wir wissen auch, dass der Umweltausschuss des Städte- und Gemeindebundes sich positiv zu der Formulierung verhalten hat, die der Wasserverbandstag jetzt selbst neu auf den Markt gebracht hat und die ich eben genannt habe. Er unterstützt also durchaus in beschränktem Rahmen den Wasserverbandstag, aber nicht das, was Sie in Ihren Gesetzentwurf geschrieben haben.

Wir wissen auch, dass die Wasserverbände in Schleswig-Holstein mit ähnlichen Problemen kämpfen wie unsere. Wir wissen, dass man auch dort nach Lösungen gesucht hat und jetzt versucht, den Wasserverbänden über die Gründung von GmbHs ein wenig dabei zu helfen, mit ihren Energiekosten besser zurechtzukommen.

Alles das sind Möglichkeiten, über die man gerne diskutieren kann, aber nicht auf Grundlage Ihres Gesetzentwurfes. Sie müssen überlegen, wie Sie da die Kuh vom Eis kriegen. So haben wir einfach keine gemeinsame Grundlage für irgendeine Auseinandersetzung.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Dr. Deneke-Jöhrens das Wort.

Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (CDU):

Frau Rakow, ich habe fast den Eindruck, dass Sie uns unterstellen, hier eine Mehrheit zu haben. Ich habe natürlich nicht erwartet, dass Sie einen Gesetzentwurf, den wir hier einbringen, kritiklos durchlassen. So einfältig bin ich nicht.

Was Sie hier unterstellen, muss ich allerdings zurückweisen. Wir haben Ihnen natürlich kein faules Ei ins Nest gelegt. Vielmehr diskutieren wir hier durchaus ernsthaft über einen Gesetzentwurf, den wir gemeinsam mit Verbänden erarbeitet haben. Wenn Sie jetzt behaupten, wir stünden da alleine, dann weise ich das zurück.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben nach unseren Zielen gefragt, warum wir das machen. Unser Ziel ist, die finanzielle Ausstattung der Verbände zu verbessern. Sie müssen Einnahmen generieren können und in eine Kostendegression kommen, also weniger für ihre Energie zu zahlen haben.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen jeden Beteiligten, wir brauchen jeden in dem Konzert, wenn wir unsere ehrgeizigen Ziele erreichen wollen. Die Verbände stehen parat und warten auf eine Lösung.

Sie haben kategorisch gesagt: Wir machen Ihren Gesetzentwurf auf keinen Fall mit. - Aber ich habe

doch herausgehört: Sie sind bereit, an einem eigenen Gesetzentwurf zu arbeiten. Ich hoffe, dass wir noch auf ein vernünftiges Ergebnis kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Sie wollen antworten. Bitte!

Sigrid Rakow (SPD):

Herr Präsident! Herr Deneke-Jöhrens, bei der Einschätzung, wie es den Wasserverbänden geht, sind wir nicht auseinander. Wir können uns durchaus darauf einigen, dass wir Regelungen finden müssen, damit sie beispielsweise mit den gestiegenen Stromkosten oder auch mit den Sanierungskosten klarkommen. Aber der Weg, den Sie einschlagen wollen, geht nicht.

Ich habe vor ganz wenigen Tagen mit den Verbänden gesprochen: mit dem NLT, mit dem Städte- und Gemeindebund, mit dem Wasserverbandstag. Von überall habe ich das Signal bekommen: Diese Formulierung geht nicht.

Der Wasserverbandstag wird auch nicht gegen den NLT und gegen den Städte- und Gemeindebund sagen: Ihr müsst uns helfen! Wir brauchen eine Regelung, damit wir als Energieerzeuger Marktteilnehmer werden können. - Das wollen die Wasserverbände gar nicht. Sie sind zufrieden, wenn sie in begrenztem Rahmen ihre Energie erzeugen können.

In dieser Richtung können wir gerne arbeiten. Vielleicht sollten wir uns einfach darauf verständigen, dass wir den Gesetzentwurf so schreiben, dass er handhabbar ist. Wir sollten dann all die Verbände einbeziehen, die wir hören müssen, wenn wir an einem Gesetzentwurf arbeiten. Dann hat das ganze Unternehmen eine Chance.

Aber mit Ihrer Formulierung, die auf dem Tisch liegt, brauchen wir das nicht zu tun. Wenn die Begünstigten selber das nicht wollen, wäre es wirklich unsinnig, sie zu einem Glück zu zwingen, das sie gar nicht haben wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Kollege Hans-Joachim Janßen vom Bündnis 90/Die Grünen!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es gleich zu Beginn zu sagen: Die grundsätzliche Tendenz und Intention des Gesetzentwurfes teile ich genauso wie Frau Rakow von der SPD. Letztendlich können wir es nur mit einer breiten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger schaffen, die monopolartigen Strukturen der Stromversorgung aufzubrechen und die Wertschöpfung vor Ort zu halten. Deshalb müssen wir es Bürgerinnen und Bürgern so einfach wie möglich machen, sich an Projekten für regenerative Energien zu beteiligen. Deshalb erscheint Ihr Ansatz, den Wasser- und Bodenverbänden dieses Betätigungsfeld zu eröffnen, auf den ersten Blick sinnvoll.

Aber genauso wie bei Frau Rakow entstehen bei mir auf den zweiten Blick Skepsis und ein ganzer Satz offener Fragen. Denn zum einen ist es nicht so, dass die Umsetzung rentierlicher Projekte im Bereich der regenerativen Energien bislang an fehlenden Investoren scheitert. Auch Bürgerinnen und Bürger vor Ort spielen hierbei eine aktive Rolle. Interessierte Bürgerinnen und Bürger gründen privatrechtlich organisierte Gesellschaften oder Genossenschaften. Da stellt sich die Frage: Welche Auswirkungen sind zu erwarten, wenn mit den Wasser- und Bodenverbänden - zweifellos privilegierte Player im ländlichen Raum - um die besten Standorte konkurriert wird? Haben da nicht z. B. die örtlichen Energiegenossenschaften, in denen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger freiwillig zusammenschließen, um beispielsweise einen Windpark zu betreiben, das Nachsehen? Das fände ich wiederum äußerst bedenklich.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt: Zum anderen handelt es sich bei den Wasser- und Bodenverbänden im Gegensatz zu den freiwilligen Zusammenschlüssen interessierter Bürgerinnen und Bürger um Zwangsmitgliedschaften. Deshalb muss in jedem Fall sichergestellt sein, dass derjenige, der sich nicht am Windpark oder an der Biogasanlage beteiligen möchte, aber trotzdem Mitglied in diesem Verband ist, dabei nicht mitwirken muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die energiewirtschaftliche Tätigkeit dieser Verbände bedarf also zumindest der Zustimmung aller daran teilnehmenden Verbandsmitglieder.

Meine Damen und Herren, für mich ist zudem völlig offen, wie beispielsweise das Betreiben eines Windparks durch einen Wasser- und Bodenverband mit der bisherigen Tätigkeit des Verbandes verzahnt werden soll. Müssen alle, die sich an diesem Windpark beteiligen wollen, Mitglied des Verbandes werden? Können also auch Menschen Mitglieder werden, die nicht im entsprechenden Verbandsgebiet wohnen? Welche Beiträge müssen sie zahlen? Wie werden sie in die Entscheidungsstrukturen des Verbandes eingebunden? Die bisherige Regelung, nach der vorrangig Eigentumsfläche bzw. Grundbesitz über das Stimmrecht entscheiden, kann für diese Tätigkeit so nicht gelten. Oder wäre vielleicht eine ganz andere Lösung denkbar, z. B. die Gründung eines Unterverbandes?

Meine Damen und Herren, es gibt noch etliche offene Fragen. Ganz sicher geht es nicht so, wie es die CDU in dieser pauschalisierten Form vorgeschlagen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zur Förderung anderer Verbandsaufgaben mag das Ganze möglich sein, aber das werden wir im Ausschuss sehr intensiv diskutieren müssen. Wir brauchen da mit Sicherheit auch die Hilfe des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort hat Herr Dr. Georg Hocker von der FDP-Fraktion.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass diese Energiewende tatsächlich nur dann wird gelingen können, wenn man immer zwei Probleme im Auge behält. Das eine ist die Entwicklung der Energiekosten. Darüber haben wir heute Morgen intensiv diskutiert, und das werden wir auch morgen noch tun. Zweitens steigt natürlich die Akzeptanz für diese Energiewende, wenn man die Menschen vor Ort partizipieren lässt, wenn es nicht nur Unternehmen der erneuerbaren Energien sind, die von fixen Einspeisevergütungen über 20 Jahre finanziell profitieren. Hiervon sollte jeder Einzelne partizipieren können, der vor Ort betroffen ist. Denn immerhin müssen

die Belastungen dieser Energiewende von den Bürgerinnen und Bürgern und eben nicht von den Vorstandsvorsitzenden der Unternehmen der Erneuerbaren-Energien-Branche oder von den Windkraftanlagenherstellern getragen werden.

Es ist nur recht und billig, finde ich, wenn jeder Einzelne, der nicht nur den Wertverlust z. B. bei seinem Haus und Grundstück akzeptieren oder ertragen muss, mit jeder Umdrehung des Rotors eine kleine finanzielle Vergütung erhält und davon profitiert. Deswegen bin ich ein großer Freund davon, dass man eine möglichst breite Basis dafür schafft, sich auch ökonomisch zu beteiligen, und dass jeder einzelne Bürger die Möglichkeit dafür erhält. Immerhin trägt er auch im besonderen Maße die Kosten dieser Energiewende - sei es durch Wertverluste, sei es durch die Zerstörung seines heimatlichen Landschaftsbildes oder eben auch durch exponentiell steigende Strompreise.

Ganz ungetrübt, meine Damen und Herren, ist meine Freude über diesen Antrag auf der anderen Seite dann aber doch wieder nicht. Wenn sich der Wasserverband künftig beteiligen und es intensivieren möchte, selbst erneuerbaren Strom zu erzeugen, mag das dazu beitragen, dass die Beiträge stabil bleiben. Wenn aber eine Körperschaft öffentlichen Rechts in großem Stil in die Stromerzeugung einsteigen möchte, halte ich das wiederum für nicht ganz unproblematisch. Das hört sich für mich dann doch einigermaßen nach "rechte Tasche, linke Tasche" an. Das Parlament legt die Einspeisevergütungen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes fest, und Körperschaften öffentlichen Rechts verdienen damit Geld. Das muss doch eigentlich bei den allermeisten hier in diesem Hohen Hause einen gewissen faden Beigeschmack verursachen.

Schließlich finde ich, dass es fruchtbar ist, darüber zu diskutieren, ob Netze privat oder öffentlich gebaut werden müssen. Meiner Meinung nach muss aber der Einstieg in die staatliche Stromerzeugung vermieden werden. Sie funktioniert - ob das zentral oder dezentral, vonseiten kleiner, mittlerer oder großer Unternehmen geschieht - hervorragend. Es wird mehr produziert als verbraucht.

Deswegen bin ich auf die Debatte im Ausschuss gespannt, bei der ich jede Tendenz der Verstaatlichung unserer Stromerzeugung sehr kritisch begleiten werde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dr. Hocker. - Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung: federführend an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz; mitberatend an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Vielen Dank.

Ich rufe als letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung auf den

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:

Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs (Epl. 14) für das Haushaltsjahr 2011 - Antrag des Landesrechnungshofs - Drs. 16/5578 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/84

Der Ausschuss empfiehlt, die Entlastung zu erteilen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen sehe ich nicht. Enthaltungen sehe ich auch nicht. Dann ist so verfahren.

Meine Damen und Herren, wir sind für heute am Ende. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wenn Sie zu den Parlamentarischen Abenden gehen, dann wünsche ich Ihnen alles Gute.

Wir sehen uns morgen um 9 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 18.42 Uhr.